

**Stenografisches Protokoll**  
- Endgültige Fassung\* -

der 43. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 29. November 2012, 10 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1-142
- MAD-Präsident a. D. Karl-Heinz Brüsselbach	1
- Ministerialdirigent Dr. Christof Gramm	58
- Kriminaloberkommissar Jens Merten	91

\*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen MAD-Präsident a. D. Karl-Heinz Brüsselbach (Anlage 1), MDg Dr. Christof Gramm (Anlage 2) und KOK Jens Merten (Anlage 3) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

## Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 29. November 2012, 10:00 Uhr

### Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Binniger, Clemens	.....	Hahn, Florian	.....
Schipanski, Tankred	.....	Heinrich, Frank	.....
Stracke, Stephan	.....	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	.....	Schuster (Weil am Rhein), Armin	.....
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Edathy, Sebastian	.....	Gleicke, Iris	.....
Högl, Eva, Dr.	.....	Kolbe (Leipzig), Daniela	.....
Rix, Sönke	.....	Özoguz, Aydan	.....
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Tören, Serkan	.....	Kurth (Kyffhäuser), Patrick	.....
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	.....	Schulz, Jimmy	.....
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Pau, Petra	.....	Petermann, Jens	.....
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Wieland, Wolfgang	.....	Ströbele, Hans-Christian	.....

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2. Untersuchungsausschuss

off.

Donnerstag, 29. November 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

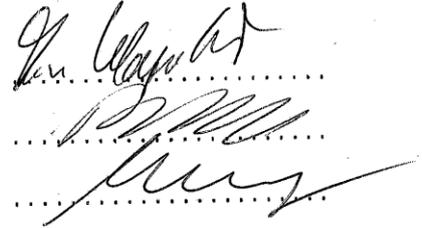
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

n. Wangenmann  
C. Busscha  
Molsberger

SPD  
Jamm  
CDU/CSU



2. Untersuchungsausschuss

off

Donnerstag, 29. November 2012, 10:00 Uhr

<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
CDU/ CSU .....	.....
SPD .....	.....
FDP .....	.....
DIE LINKE. ....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN .....	.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

... Scharlau .....	FDP .....	W. Su-1- .....
... Lause .....	Fdp .....	am ... ..
... REICHELT .....	SPD .....	Reihelt .....
... HANXWELL .....	SPD .....	Hanxwell .....
... Bauer .....	SPD .....	Bau .....
... BEYER .....	SPD .....	By .....
... Schupparz .....	SPD .....	S. Schupparz .....
... VON DIEST .....	FDP .....	v. Diest .....
... Dan Cossel .....	CDU/CSU .....	D. Cossel .....
... Wefitzel .....	SPD .....	W. Wefitzel .....
... H. Wulff .....	linke partei .....	H. Wulff .....
... Lehmann .....	LINKE .....	Lehmann .....
... Wipf .....	linke .....	Wipf .....
... M. Fein .....	CDU/CSU .....	M. Fein .....
... Weinberg .....	SPD .....	Weinberg .....

Donnerstag, 29. November 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
GRD	Christleil	StA b. BGH	
DWP	Witz	RASt	
BKL	Wachner	RDiv	
BMI	HUFMANN	SR	
BWS	MEYER	SB	
BKA	Milbach	IKK/in	
BND	Gemein	Wol	
BAG	Jittmann	MJ	
BMI	Großmann	Bauhof	
BMI	Reinhold	Mink	
BMI	Hauer	RR	
BMI	Memmerich	KWic	
BMI	Keyes	RI	
BkAnt	Fellpau	RL	
BMI	Schäfer	KOR	
UKAnt	Herrmann	ORR/in	
BMD	Zeller	OSTA BGH	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Falk		RR	Sachsen
Sauer		RR	Berlin
W. My		VR	BT
Schöber		MR	BY
Dr. Roth		ORR	BY
Müllenbach		RD'in	TH
P. Fehrmann		Bauhof	BW
F. Seifert		RR	HE
Stempac		RR	LSA
KITZSCHE		RR'in	RP
DR. SCHMIDT		RR	TH
Schupane		MR	ST

(Beginn: 10.35 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 43. Sitzung dieses Untersuchungsausschusses hiermit eröffnen und Sie alle herzlich begrüßen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- MAD-Präsident a. D. Karl-Heinz Brüsselbach
- Ministerialdirigent Dr. Christof Gramm
- Kriminaloberkommissar Jens Merten

Die heutige Sitzung findet statt in Form einer prinzipiell öffentlichen Beweisaufnahme in Form der Vernehmung von drei Zeugen, zunächst des ehemaligen Präsidenten des Militärischen Abschirmdienstes Herrn Brüsselbach, den ich hier in unserer Runde herzlich begrüßen darf. Als zweiten Zeugen haben wir Herrn Dr. Gramm aus dem Verteidigungsministerium. Als dritten Zeugen werden wir zu Gast haben Herrn Kriminaloberkommissar Jens Merten, der insbesondere befasst war und ist mit dem Thema Banküberfälle, die dem NSU zugerechnet werden, in Sachsen.

Ich darf die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- oder Bandaufnahmen mit sich führen, bitten, den Sitzungssaal zu verlassen bzw. entsprechende Geräte abzuschalten. Ton- und Bildaufnahmen sind während dieser Sitzung grundsätzlich nicht zulässig. Das gilt natürlich nicht nur für Vertreter der Medien, sondern auch für weitere Gäste auf der Besuchertribüne.

Ich darf Sie zudem bitten, nicht nur die Benutzung von Funktelefonen zu unterlassen, sondern Funktelefone auszuschalten, da zum einen ansonsten die Gefahr einer Übertragung besteht oder einer Aufzeichnung.

**Vernehmung des Zeugen  
Karl-Heinz Brüsselbach**

Herr Brüsselbach, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografi-

schen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll wird Ihnen nach Erstellung zugeleitet. Sie haben dann eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie Korrektur- oder Ergänzungsbedarf geltend machen können.

Herr Brüsselbach, ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 18. November 2012 erhalten. Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge liegt dem Ausschuss eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums der Verteidigung vor. Diese Aussagegenehmigung datiert vom 31. Oktober 2012.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst wie folgt zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem bisher von mir Vorgelegten Fragen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Altersangabe, Berufsangabe vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, gerne. - Mein Name ist Karl-Heinz Brüsselbach. Ich bin 65 Jahre alt, war 33 Jahre im Verfassungsschutzverbund tätig, zuletzt von April 2008 bis April 2010 Ständiger Vertreter des Amtschefs und danach von Mai 2010 bis Ende Juni 2012 Präsident des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst. Die Ladungsanschrift ist zutreffend.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ständiger Vertreter des Amtschefs? Welches Amtschefs?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Des Amtschefs des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst. Das Geheimnis liegt darin, dass der Präsident nur dann sich Präsident nennen darf, wenn er zivil ist. Wenn es sich um einen Soldaten handelt, wie bei meinem Vorgänger, dann ist der Titel Amtschef.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Brüsselbach, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie vor der Sitzung gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen. Sie haben das bejaht. Insofern haben Sie jetzt zunächst das Wort.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte nur wenige Vorbemerkungen machen.

Erste Vorbemerkung: Ich war, wie meine Mitarbeiter, im November letzten Jahres erschreckt über die Verbrechen des NSU, und ich bin es heute noch. Ich empfinde tiefes Bedauern für die Opfer dieser Untaten und großes Mitgefühl mit den Angehörigen.

Zweite Vorbemerkung: Bei der zwangsweise unvollständigen Betrachtung der Arbeit des MAD in der fraglichen Zeit bin ich zu der Einsicht gekommen, dass der MAD zu dieser

Zeit sehr engagiert und professionell gearbeitet hat; ich meine den Untersuchungszeitraum. Profitiert von der Arbeit des MAD haben neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz vor allen Dingen die betroffenen Landesbehörden für Verfassungsschutz in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Dritte Vorbemerkung: Schon aus diesem Grunde habe ich weder vor noch nach der Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses am 26. Januar eine Vertuschungsabsicht gehegt. Im Gegenteil: Die frühzeitige Einrichtung einer Arbeitsgruppe „2. Untersuchungsausschuss“ im Amt, unabhängig von der Abteilung II, Extremismusbearbeitung, die Entsendung eines Verbindungsoffiziers in das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Zusammenarbeit mit dem BMVg sowie die schnellstmögliche Beantwortung der zahlreichen Anfragen der Partner sprechen meines Ermessens eine andere Sprache. Mit Partnern meine ich die - da kommen wir ja vielleicht noch drauf zu sprechen -, die uns in jener Zeit täglich mit Anfragen zu Unterlagen bedacht haben, die wir nicht mehr hatten, die dort aber vorlagen.

Das sind meine Vorbemerkungen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brüsselbach, ich will mich, bevor die Fraktionen ihr Fragerecht nutzen, auf einige wenige Fragen beschränken. Dass Sie hier als Zeuge heute geladen worden sind, hat ja einen konkreten Hintergrund, der im Wesentlichen etwas zu tun hat mit der Frage, ob bzw. in welchem Umfang der Militärische Abschirmdienst Kontakt hatte zu Uwe Mundlos. Dass es einen solchen Kontakt gab, wussten wir zu Beginn unserer Tätigkeit in diesem Ausschuss nicht. Seit wann wussten Sie denn davon?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Seit dem 8. oder 10. März, als der Rückläufer des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen mit den fünf oder sechs Befragungsberichten aus jener Zeit, zu der Mundlos Wehrdienst in der Bundeswehr geleistet hat, also 2004/2005, uns erreicht hatte. Wir wussten schon sehr früh, nämlich im November, dass Mundlos Wehrdienst geleistet hat in der Bundeswehr anhand der entsprechenden Dateien der Bundeswehr, aber mehr nicht. Natürlich habe ich schon im November nachforschen lassen, ob es eine Akte gibt oder ob irgendjemand darüber

Kenntnis hat, dass der MAD in jener Zeit Mundlos bearbeitet hat. Diese Nachforschungen sind ergebnislos verlaufen.

Erst am 8. oder 10. März wurde mir die Anfrage von Sachsen mit der Bitte um Freigabe der Unterlage für den dortigen Untersuchungsausschuss vorgelegt, und zwar schon mit der schon stattgefunden habenden Nachfrage seitens der Abteilung II des MAD-Amtes, wo denn der ja eigentlich das Thema betreffende Befragungsbericht sich befinden könnte. Ich wusste also zu dieser Zeit gleichzeitig anhand der Unterlage, die mir vorgelegt wurde: Es gibt die Anfrage von Sachsen; es gibt eine Befragung des MAD aus jener Zeit zu Mundlos und vier anderen Personen, des Rechtsextremismus verdächtigen Bundeswehrangehörigen. Es gab, es gibt unsere Nachfrage: „Warum ist der Befragungsbericht selbst nicht dabei?“, und die Antwort, man könne ihn dort nicht feststellen. - Das war mein Stand am 8. oder 10. März des Jahres.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brüsselbach, dieser Ausschuss hat von dem Sachverhalt, der Ihnen im März bereits bekannt war, ungefähr ein halbes Jahr später erfahren. Halten Sie das für angemessen? Anders gefragt: Warum haben Sie es nicht für nötig gehalten, im Wissen darum, dass es diesen Untersuchungsausschuss gibt, Ihre Kenntnis vom März mit dem Parlament zu teilen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das war nicht angemessen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war nicht angemessen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das war nicht angemessen. Und ich möchte mich auch nicht hinter die Formalie zurückziehen, dass ich das Ministerium informiert habe, wo nach dem Ressortprinzip die Ministerien dem Ausschuss zuzuarbeiten haben.

Ich hätte aus heutiger Sicht mich mit dem Ministerium abstimmen können und dem Ministerium raten können, diese Unterlage dem Ausschuss zuzuleiten. Das habe ich nicht getan. Das bedaure ich aus heutiger Sicht. Der Minister, der Verteidigungsminister, hat dazu, wenn ich das der Presse richtig entnommen habe, gesagt: Der MAD hat keinen Fehler gemacht; das Ministerium war unsensibel bei der Behandlung dieser

Frage. - Dann war ich - gar keine Frage - mit unsensibel.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie sind Sie denn mit der Information umgegangen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir haben diese Information am 10. oder 12. März dem Ministerium berichtet, so wie wir alles, was ein- und ausging, dem Ministerium berichtet haben. Ressortprinzip: Das Ministerium war dafür verantwortlich, die Ausschüsse zu bedienen. Für die Ausschüsse der Länder, wenn ich das richtig erinnere, hatten wir eine Freigabe des Ministeriums, selbst über freizugebende Unterlagen und den Umfang von Schwärzungen oder Nichtfreigaben zu entscheiden, aber jeweils im Einzelfall das Ministerium hierüber zu unterrichten, was wir auch getan haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brüsselbach, Sie waren ja, bis Sie im Juni aus dem Amt aus Altersgründen, habe ich gelesen, ausgeschieden sind, Leiter eines der Nachrichtendienste in Deutschland.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich gehe mal davon aus, dass Ihnen nicht jeder Vorgang persönlich in Ihrer Amtszeit vorgelegt worden ist.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber dieser Vorgang ist Ihnen vorgelegt worden?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil man die Relevanz erkannt hat, offenkundig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Weil ich entschieden hatte, dass mir jeder Ein- und Ausgang in Sachen Untersuchungsausschuss wegen der Relevanz, in Sachen Untersuchungsausschuss des Bundes und der Länder, vorzulegen war. Das hatte ich schon im Dezember, glaube ich, entschieden, als wir auch die Arbeitsgruppe eingerichtet haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen bekannt, dass wir noch vor der Sommerpause eine ganze Reihe von Akten aus dem Militärischen Abschirmdienst zur Einsichtnahme in der Außenstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Berlin-Treptow vorgelegt bekommen haben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist mir bekannt inzwischen, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie selber daran mitgewirkt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, das war schon nach meiner Zeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war nach Ihrer Zeit.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mein letzter Dienstag war der 20. Juni 2012. Und erfahren von diesem Vorgang, also Anfrage Sachsen usw., habe ich am 11. September 2012, als ich mit dem Auto von Süddeutschland nach Köln unterwegs war und im Halbstundentakt die Nachricht kam: Der MAD hat Akten vernichtet, nicht vorgelegt, zurückgehalten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie das ein bisschen erläutern? Sie waren im Auto unterwegs?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich war im Auto unterwegs. Ich hatte das Autoradio - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Sie haben im Halbstundentakt welche Nachricht bekommen: -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Am 11. September habe ich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - Der MAD habe Akten vernichtet, zurückgehalten und nicht vorgelegt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nach meiner Erinnerung im Halbstundentakt im Autoradio, was ich gehört - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach, im Radio. Ich dachte, Sie wären angerufen - - Okay.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Im Autoradio!

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Radio abgehört, was?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Und erst abends zu Hause in den öffentlich-rechtlichen Medien habe ich dann zum ersten Mal einen Blick auf diesen Befragungsbericht - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, ich stelle mal fest, dass Sie an der Zusammenstellung der Akten für die Einsichtnahme durch den Ausschuss nicht beteiligt waren.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nämlich dieser Vorgang Mundlos war nicht Bestandteil der Akten. Es ist zum Teil sogar konkret von einzelnen Kollegen nachgefragt worden in Treptow, ob es einen Kontakt gab zu Herrn Mundlos. Das war bestritten worden von Vertretern Ihres damaligen Hauses.

Wie ist denn sozusagen die Informationskette gelaufen Richtung Ministerium? Also Sie haben darum gebeten: „Legt mir alles vor, was den Untersuchungsausschuss betrifft“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Genau.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann haben Sie Kenntnis bekommen, dass man in Sachsen einen Vorgang gefunden hat, der nach Angaben Ihres Hauses sich im Bestand des MAD selber nicht mehr befunden hatte.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann bekamen Sie diesen Vorgang. Haben die - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mit der Nachricht - - Entschuldigung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mit der Nachricht: Die Nachfrage war ergebnislos.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Nachfrage haben Sie gerichtet an?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Sachsen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nun ist es ja so, dass sozusagen eine Kopie des Vorganges sich in Sachsen befand. Aus dem Vorgang selber geht ja hervor, dass auch Sachsen-Anhalt und Thüringen seinerzeit über diese Befragung informiert worden sind. Haben Sie veranlasst, dass in Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenso wie in Sachsen nachgefragt wird, ob man dort noch ergänzende Unterlagen hat?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Habe ich nicht veranlasst, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Warum nicht? - Weil ich das als eine Angelegenheit empfand, die zwischen Sachsen und uns zu klären war. Denn Ausgangspunkt der Anfrage war ja: Sachsen wollte Unterlagen an den dortigen Untersuchungsausschuss des jetzigen Sächsischen Landtages richten. Und deshalb hatte ich das nur auf Sachsen fokussiert, die Nachforschungen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das verstehe ich nicht. Also, ich meine, Sie sind Leiter gewesen einer großen Behörde, nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Relativ großen Behörde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Relativ großen Behörde, okay. Also, 2 000 Mitarbeiter, nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** 1 200 Mitarbeiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 1 200. - Sie wussten von der Existenz dieses Untersuchungsausschusses. Sie haben Ihr Haus angewiesen, dass man auf Ihren Schreibtisch alle relevanten Unterlagen bringt, auf die man stößt, die in einem Bezug stehen könnten zum Auftrag dieses Ausschusses und zum Sachverhalt NSU.

Dann bekommen Sie im März die Information, dass es im Land Sachsen eine Kopie gibt eines Vorganges, der sich, jedenfalls angeblich, nicht mehr im Bestand des MAD

befindet. Dieser Vorgang lässt darauf schließen, dass der MAD mindestens im Jahr 1995 einen Kontakt hatte zu Herrn Mundlos, dass es dort eine Befragung gegeben hat. Dann fragen Sie bei Sachsen nach, ob es dort noch weitere Unterlagen zu dem Vorgang gibt; das wird verneint. Aus dem Vorgang selber lässt sich entnehmen, dass dieser 1995 gesteuert worden ist vom MAD an Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Und Sie haben es, obwohl Sie die Relevanz des Vorgangs erkannt haben, nicht für notwendig gehalten, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen zu fragen, ob man dort noch weitere Unterlagen hat? Habe ich das richtig verstanden? Sie fanden es aber umgekehrt wichtig genug, was die Relevanz des Vorganges betrifft, diesen der Leitung des Verteidigungsministeriums zur Kenntnis zu geben. Wollten Sie nicht mehr wissen, als Sie hätten wissen können?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Er ist ja auch noch an das Bundesamt für Verfassungsschutz ausgesteuert. Da hätte ich ja auch nachfragen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie da nachgefragt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Da habe ich nicht nachgefragt.

(Dr. Eva Högl (SPD): Warum nicht?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie auch nicht nachgefragt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Habe ich auch nicht nachgefragt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Why not, Herr Brüsselbach?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Why not, Herr Vorsitzender? - Vielleicht nicht - - Nicht zur Entschuldigung, nur zur Erklärung. Die eine Erklärung ist: Wir haben uns auf den Tatbestand „Freigabe eines Papiers für den sächsischen Untersuchungsausschuss“ fokussiert.

Zweiter Tatbestand: Ich habe mich ja schon im November/Dezember selbst mit meinen Juristen unterhalten und das Ministerium im Dezember gefragt. Und dann kam dieser Erlass, der - ich will das mal so kurz zusammenfassen - für mich lautete: Es gibt

keinen rechtlichen Titel für die Herbeischaffung, retrospektiv, von Unterlagen des MAD aus jenen Jahren, weder des MAD noch des Verteidigungsministeriums noch von Dritten. Ich habe es also nicht als meine Aufgabe angesehen, nach diesen Unterlagen zu forschen und überall nachzufragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Heißt das: Wozu man rechtlich nicht gezwungen ist, das muss man im Lichte der Aufklärungsarbeit nicht leisten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das heißt das sicher nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sondern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wie habe ich es betrachtet? - Ich habe es von Anfang an für mich sowohl von meinem Werdegang her als auch von meiner beruflichen Einstellung und meiner Erfahrung her selbstverständlich so empfunden, dass mich alles das, was uns dort erreichte, in hohem Maße interessiert hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, uns auch. Wir sind übrigens das Parlament, Herr Brüsselbach. Sie waren Leiter einer Behörde.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist mir sehr wohl bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist gut. Haben Sie mal die Rede der Kanzlerin gehört im Februar?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Fanden Sie die gut?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie den Eindruck, dass Sie das getan haben, was Sie leisten konnten, um zur Transparenz beizutragen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Aus damaliger Sicht hatte ich das Gefühl und die Vorstellung, dass ich das Notwendige leiste. Aus heutiger Sicht hätte ich mehr leisten können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und aus damaliger Sicht nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Aus damaliger Sicht habe ich das anders gesehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum? - Ist das irgendwie das Denken in Nachrichtendiensten, auch gegenüber dem Parlament, nur das offenlegen zu müssen, wozu man rechtlich zwingend verpflichtet ist, -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - obwohl ein Mehr in der Sache sinnvoll, angemessen und auch Ihre Aufgabe gewesen wäre?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, überhaupt nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie bekommen, Herr Brüsselbach, im März die Nachricht: Der MAD stand in einem Kontakt zu einer Person, hat diese befragt, der nach heutigem Stand die Mitverantwortlichkeit für zehn Morde, fünfzehn Überfälle und zwei Anschläge zugerechnet werden. - Das ist Ihnen vorgelegt worden im März. Sie fanden das wichtig genug, das Verteidigungsministerium zu informieren. Sie fanden es nicht wichtig genug, nicht notwendig, nachzufragen, wie wir jetzt feststellen, nicht nur bei Sachsen-Anhalt, bei Thüringen, sondern auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz: Habt Ihr zu dem Vorgang noch weitere Unterlagen? - Herr Brüsselbach, das finde ich rätselhaft.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe versucht, Herr Vorsitzender, das ein wenig zu erhellen, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie über den Sachverhalt - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - was in mir in jener Zeit dort vorgegangen ist. Aber mehr als das, was ich gesagt habe, aus heutiger Sicht, kann ich dazu auch nicht sagen. Ich hatte keinen Rechtstitel. Ich hatte keinen Auftrag. Ich habe mich interessiert, sehr, für alles.

Es gingen ja zum Teil am Tage zu jener Zeit manchmal 20, 40, an einem Tage 180 Seiten Befragungsberichte vom MAD aus jener Zeit ein, mit der Bitte, sie innerhalb kürzester Zeit versandfertig und freigabefertig zu machen für den Untersuchungsausschuss des Landes dort oder dort. All das hat mich interessiert, und das habe ich intensiv nachvollzogen.

Ich habe aber nicht retrospektiv versucht, die Akten des MAD wiederherzustellen. Und in diesem einen Fall, Herr Vorsitzender, haben Sie recht, hätte ich mehr machen können und wahrscheinlich auch müssen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also der Name Mundlos ist Ihnen damals schon aufgefallen, vermute ich mal.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Der Name Mundlos war mir ja schon im November bekannt. Wir wussten schon im November, dass Mundlos Wehrdienst geleistet hatte und Böhnhardt nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Gut, also - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich wusste schon in jener Zeit, also im November, seit wann Mundlos in der Szene unterwegs war. Und vielleicht mag das mit ein Grund, ein Grund mehr, eine Erklärung - kein Grund mehr -, dass mich die Anfrage aus Sachsen nicht so furchtbar überrascht hat im März, dass der MAD Mundlos befragt hat. Wenn er in der Szene unterwegs war und wenn er Wehrdienst geleistet hat und wenn - was sich ja dann herausgestellt hat - er in dieser Zeit auch auffällig geworden ist innerhalb des Dienstes, dann hat der MAD sich selbstverständlich um ihn gekümmert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat Sie denn interessiert, ob es vor 1995 einen Kontakt gab des MAD zu Herrn Mundlos?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe - muss ich jetzt aufpassen -, ich glaube, ich habe die Wehrdienstzeiten gewusst. Ja, ich habe die Wehrdienstzeit ja schon im November gewusst und habe gesehen, wann er befragt wurde, und habe aber nicht versucht, die Zeit davor im Hinblick auf MAD zu rekonstruieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Sie haben nicht versucht, die Zeit davor zu rekonstruieren, und Sie haben auch nicht den Versuch unternommen gegenüber BfV, Sachsen-Anhalt und Thüringen, möglicherweise zu dem Vorgang 95 ergänzende Unterlagen zu bekommen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist richtig, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. Sie haben aber die Information dann weitergegeben, weitergeben lassen. Wer hat das veranlasst, dass das Verteidigungsministerium informiert worden ist? Sie selber?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich hatte ja die Weisung gegeben, und es war mit dem Ministerium abgestimmt, vielleicht auch schriftlich verfügt mit einem Erlass - ich weiß es nicht -, dass wir alles, was den Untersuchungsausschuss angeht, beim Ministerium vorzulegen haben, damit das Ministerium im Rahmen des Ressortprinzips im vollständigen Wissen dessen ist, was geschehen ist und was nicht geschehen ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt finden wir in den Akten relativ viele derartige Mitteilungen, MAD Richtung Verteidigungsministerium. Was ungewöhnlich ist, ist, dass bei dem Vorgang Befragung Mundlos durch den MAD 1995 ein separates Schreiben an das BMVg versandt worden ist mit einem speziellen Absatz nur zu diesem Vorgang; also sinngemäß: Jetzt ist erstmals dokumentiert, dass Mundlos - in Führungsstrichen - bearbeitet worden ist. - Haben Sie das veranlasst, dass man sagt: „Das ist so brisant, die Information, das muss sofort in die Leitung des BMVg weitergeleitet werden“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe das Schreiben sicherlich nicht selbst verfasst, Herr Vorsitzender. Ich habe das Schreiben gesehen und fand das auch so richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Haben Sie selber mit Vertretern des Verteidigungsministeriums über den Vorgang gesprochen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Über welchen Vorgang?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Über den Vorgang Befragung Mundlos durch den MAD 1995.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das erinnere ich nicht, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, Sie können sich daran erinnern, dass Sie von dem Vorgang Kenntnis bekommen haben im März. Das ist ja nun noch nicht ganz so lange her.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Sie können sich nicht erinnern, ob Sie zwischen März und Ihrem Ausscheiden aus dem Amt über den Sachverhalt, dass der MAD eine Befragung von Herrn Mundlos durchgeführt hat 1995, mit einem Vertreter des Verteidigungsministeriums gesprochen haben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das kann ich nicht ausschließen, Herr Vorsitzender. Es ist sogar wahrscheinlich. Aber ich kann mich nicht erinnern, an welchem Tage -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Mit wem?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - mit welchem Vertreter des Ministeriums ich darüber gesprochen habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, ich meine, als Leiter des MAD sprechen Sie wahrscheinlich nicht mit einem Sachbearbeiter aus dem Verteidigungsministerium, oder?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was ist denn da so Ihre Gesprächsebene?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meine Gesprächsebene ist der Referatsleiter des Aufsichtsreferates, also damals der Herr Dr. Gramm - Ihr Zeuge -, nächste Gesprächsebene ist der Staatssekretär, für den MAD zuständig, und in wenigen Fällen auch der Minister.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Können Sie sich erinnern, mit Herrn Gramm, einem Staatssekretär oder gar dem Minister über den Vorgang gesprochen zu haben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich mich nicht erinnern. Für den Staatssekretär und den Minister würde ich das nach meiner Erinnerung ziemlich ausschließen; für Herrn Dr. Gramm kann ich das nicht bestätigen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir beginnen mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Den Anfang macht der Kollege Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Brüsselbach, vielen Dank. - Könnten Sie noch mal kurz auch für das Protokoll und uns alle Ihre MAD-Stationen zeitlich eingrenzen, wann - Sie waren ja auch lange im Ministerium in den Zeiträumen, die für uns sehr interessant sind; also da kann ich Sie schlecht zu Dingen im MAD befragen - Ihre MAD-Stationen waren?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich fange eine Station vorher an, Herr Abgeordneter.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Von mir aus auch eine vorher.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Also, 33 Jahre, habe ich ja gesagt: Zehn Jahre im Bundesamt für Verfassungsschutz, von Februar 79 bis Januar 89, in verschiedenen Referaten, insbesondere im Rechtsextremismus. Dann Wechsel zum MAD, im Februar 89 Übernahme der Leitung der Abteilung „Personelle Sicherheit“, also insbesondere Sicherheitsüberprüfungen usw. Dann 93 oder 94 Übernahme der Leitung der Grundsatz- und Rechtsabteilung des MAD-Amtes bis Anfang 97. Wechsel ins Ministerium, Übernahme der Leitung der Rechts- und Fachaufsicht über den MAD über elf Jahre. Und dann, im Frühjahr 2008, Ständiger Vertreter des Amtschefs und 2010 Präsident des MAD-Amtes.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Waren Sie im Rahmen Ihrer Zeit, also als Sie die Grundsatzabteilung im MAD geleitet haben bis 97, oder danach, als Sie quasi das Fach-

aufsichtsreferat im Verteidigungsministerium geleitet haben, mal mit der Operation „Rennsteig“ betraut?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich hatte davon gehört.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wie muss ich mir das vorstellen, wenn man von Operationen hört, die die Nachrichtendienste durchführen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich will das aufteilen: In meiner Zeit als Abteilungsleiter der Grundsatzabteilung kann ich mich nicht erinnern, davon gehört zu haben. Es war aber zu jener Zeit auch üblich und so angewiesen durch den Präsidenten, dass die Grundsatzabteilung nicht in operative Angelegenheiten eingeweiht und tätig wird, auch nicht beratend. Und in meiner Zeit im Ministerium kann ich mir nur erklären, dass ich, wenn ich keine schriftliche Unterlage erinnere, dass ich das erinnert habe bei den sogenannten vierteljährlichen Unterrichtungen des Staatssekretärs, bei denen im Ablauf von drei Monaten der Präsident des MAD-Amtes oder sein Vertreter über operative Angelegenheiten, also Quellenführung nebst allgemeiner Lage, unterrichtet. Da meine ich mich zu erinnern, das Wort Operation „Rennsteig“, „Thüringer Heimatschutz“ usw. gehört zu haben. Aber selbst war ich ja mit operativen Angelegenheiten nicht befasst. Das müsste also in dieser Zeit gewesen sein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** 97 bis 2008 waren Sie im Ministerium, ja?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt auch in der Rückschau Ihrer gesamten Erfahrung auch als Ständiger Vertreter des Amtschefs, als Präsident des MAD, haben Sie sich sicher noch mal über die damalige Operation „Rennsteig“ unterrichten lassen, oder nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe mich über die Operation „Rennsteig“ nicht unterrichten lassen, weil die Operation „Rennsteig“ für mich kein Titel, kein Arbeitsgebiet, keine Akte war; sondern ich habe nur

den Begriff gehört, soweit ich mich erinnere, dass es das gibt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Auch nicht nach dem 4. November 2011?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nach dem 4. November 2011 habe ich den Begriff Operation „Rennsteig“ meiner Erinnerung nach nicht gehört, aber wahrscheinlich gesehen auf den vielen Unterlagen und Befragungsberichten, die ja irgendeinen Titel haben mussten. Darauf, soweit ich mich erinnern kann, denke ich, bin ich auf diesen Begriff gestoßen, in MAD-Unterlagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Noch mal eine Frage zu Ihrer Zeit als Präsident. Kamen solche größeren Operationen, wo der MAD quasi gezielt oder auch in Absprache mit Landesämtern für Verfassungsschutz oder dem Bundesamt Befragungen durchführt wie eben bei „Rennsteig“ zum Thema: „Wie viele THS-Mitglieder leisten gerade Wehrdienst?“, noch mal vor? Oder war das schon eine einmalige Operation in der Größe, in der Dimension?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** In meiner Zeit als Ständiger Vertreter und als Präsident gab es das nicht, eine Operation in dieser Größe und diesem Umfang.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir müssen uns ja zwangsläufig auf den Zeitraum konzentrieren bei der Befragung, wo Sie im MAD Verantwortung getragen haben, also die Zeiträume 97 bis 2008, wo ja eine Fülle an Hinweisen anfällt, die der MAD gewinnt durch durchaus sehr gute Befragungen, wie wir den Akten entnehmen können. Von denen haben Sie als Fachaufsichtsreferatsleiter nie mal etwas erfahren?

Ich bin über eines gestolpert. Das will ich Ihnen kurz vorhalten; das ist MAT A TH-6, Anlage 3.2\*. Das ist eine Übersicht an Informationen, die man über dieses Trio bei verschiedenen Stellen bekommen hat. Da geht es auch um ein Schreiben des MAD an das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, 6. Dezember 1999: Ergebnis eines Befragungsberichtes - ich lasse den Namen jetzt weg, obwohl er im Schäfer-Bericht stand -

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-6, Blatt 172.

wo gezielt zu diesen Bombenbastlern gefragt wurde und wo Ihre Quelle dem MAD mitteilt:

Die drei Bombenbastler hätten sich schon auf der Stufe von Rechtsterroristen bewegt, die mit einer gewissen Zielsetzung eine Veränderung dieses Staates herbeiführen wollten.

Bei der Fülle an Befragungen, die gemacht werden, zu extremistischen Bestrebungen in der Bundeswehr gibt es ja unterschiedliche Ausprägungen. Aber der Informationsgehalt: „Hier sind ein paar auf dem Weg, Rechtsterroristen zu werden“, ist ja sicher etwas, hoffe ich doch, sehr Seltenes. Hat Sie so etwas dann nie erreicht, dass man sagt: „Da müssten wir auch das Ministerium mal informieren“, und damit Sie, als damaliger Referatsleiter für die Fachaufsicht zuständig?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Also diesen Befragungsbericht - es war ja keine Quelle; der Herr H. war ja eine Verdachtsperson - habe ich erst im Frühjahr gesehen, als er auf den Tisch kam.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Jetzt dieses Jahr? 2012?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Diesen habe ich erst da gesehen. Und ob er jemals im Ministerium war, kann ich nicht sagen; aber ich würde mich mit Sicherheit an diesen Bericht erinnern. Und wenn dieser Bericht heute überall hervorgehoben wird, auch im Schäfer-Bericht, dann kann ich auch nachvollziehen, warum, selbstverständlich.

Aber Befragungsberichte habe ich in meiner Zeit im Ministerium kaum gesehen. Und wenn wir - was auch in meinem Aufgabenkatalog stand -, wenn ich mit meinen ein, zwei Mitarbeitern des Häufigeren im Jahr in den MAD-Stellen unterwegs war, dann haben wir dort im Wesentlichen Befragungsberichte aus Sicherheitsüberprüfungen gesehen und nicht operative Befragungsberichte. Die haben wir dann im Amt gesehen. Ab und zu habe ich auch gebeten, mir operative Befragungsberichte vorzulegen, was in den seltensten Fällen der Fall war, weil es dort nur wenige gab; denn die Stellen halten sie ja nicht fest. Entweder läuft die Befragung gerade oder der Bericht wird geschrieben, oder der Bericht ist ins Amt unterwegs. Dass es mal eine Akte, einen Vor-

gang, eine Zusammenfassung von Befragungsberichten gegeben hätte, die mir in meiner Zeit im Ministerium aus dem Amt vorgelegt worden wären, mit einem speziellen Peak auf diesen Bericht oder auf einen solchen Bericht, Herr Abgeordneter, daran kann ich mich nicht erinnern. Das schließe ich aus.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wir fragen uns halt: Was helfen so brisante und ja auch inhaltlich gute Informationen, wenn sie am Ende dann irgendwie versanden? Also, das Ministerium hat damals solche Informationen nicht bekommen. Nach der Aktenlage, die ich gerade zitiert habe, hat das thüringische Landeskriminalamt, das ja nach den drei gesucht hat zu dieser Zeit, im Jahr 99, sie auch nicht bekommen. Nach der Aktenlage wissen wir, dass das Landesamt für Verfassungsschutz sie nicht dort abgeholt hat, wo sie eigentlich hingehört hat, also zur Operation „Drilling“. Da war die Information auch nicht.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** „Drilling“ sagt mir jetzt gar nichts, Herr Abgeordneter.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Nein, nein, ich wollte Ihnen nur sagen: Die Information, die auf der einen Seite hochbrisant war, was ja auch die Einschätzung eines flüchtigen Trios betrifft - das hätte vielleicht auch eher mal dazu führen können, dass man die nicht als scheinbar harmlose abgetauchte Straftäter auf der Flucht eingruppiert, sondern sagt: „Die machen möglicherweise Aktionen, die diesen rechtsterroristischen Vorstellungen entsprechen“ -, wäre ja bedeutsam gewesen. Nur muss es dazu jemand erfahren oder alle die, die da irgendwie eingebunden sind. Das war nicht der Fall. Halten Sie da nicht auch eine Änderung der Abläufe für zwingend? Was nützt eine Befragung, wenn hinterher das Wissen nicht dorthin gelangt, wo es genutzt werden kann?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Eine sehr gute Frage an einen Mitarbeiter der Dienste seit vielen Jahren: Was kann man systemisch und systematisch verändern? - Sicherlich sehr viel. Aber ich würde nicht so weit gehen, dass man eine Nachsorgepflicht etabliert, die da lauten würde, dass ich jeder Information, die ich einmal aussteuere - bei der Fülle, die der MAD produziert an Infor-

mationen, halte ich das für undenkbar - - gesetzlich möglicherweise sogar noch festschreibe. Aber in einer besonderen Situation und mit einer besonderen Information halte ich es - so habe ich es in meinem ganzen Berufsleben eigentlich auch gehalten - für selbstverständlich, dass man, die Beteiligten, ob das nun „Rennsteig“ heißt oder wie auch immer, „Thüringer Heimatschutz“, „Kameradschaft Jena“, sich regelmäßig miteinander bespricht, nicht nur unterhält, sondern bespricht und im Rahmen dieser Besprechungen festlegt, wer was macht. Das ist koordiniertes Vorgehen oder Vorgehen im Rahmen des Verfassungsschutzes, die ja ihre Benehmensregelungen haben, die der MAD nicht hat - aber wir sind ja in den Koordinationsrichtlinien früher drin gewesen -, dass man sich koordiniert, wer was macht. Wozu, wenn nicht dazu, finden diese Besprechungen unter einem Titel, unter einem Arbeitstitel statt?

Nun ist das wieder so eine Besonderheit - Herr Abgeordneter, wenn Sie mir das erlauben -: Dieser Bericht H. war ja ein Bericht aus einer Verdachtsfallbefragung. Verdachtsfallbefragungen sind vielleicht ein wenig zu singulär und nicht so systemisch gesehen worden. Wenn diese Information H., wenn das eine Quelle des MAD gewesen wäre in der Operation „Rennsteig“, die von wem auch immer geführt wurde - vom BfV wahrscheinlich; ich weiß es nicht -, wenn das eine Quelle gewesen wäre, bin ich mir sicher, dass unter einem anderen Titel und mit einem anderen Hintergrund ein anderer Film abgelaufen wäre und man diese Information mit einem speziellen Hinweis nach Thüringen gegeben hätte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Können Sie uns noch mal den Unterschied erklären zwischen Verdachtsfallabfrage und Quellenabschöpfung? Warum sehen Sie einen qualitativen Unterschied in der Verarbeitung der dabei gewonnenen Informationen? Also, warum ist die Verdachtsfallabfrage eher ein bisschen etwas, was halt auch mal anfällt, während die Quellenabschöpfung immer dann auch als hochbrisant sofort gesehen wird?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zunächst besteht ja schon mal vom Umfang her dessen, was zu tun ist, also zwischen Quellen - ich möchte jetzt keine Zahlen nennen öffentlich -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das brauchen Sie auch nicht.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - die geführt werden, und Verdachtsfällen natürlich ein quantitativ unglaublich großer Unterschied. Und Quellen werden befragt, nicht primär um von ihnen Informationen über Dritte und Organisationen und Geschehnisse zu erhalten, sondern zu ihrer Person, um beurteilen zu können: „Ist diese Person Träger von rechtsextremistischen Bestrebungen, mehr oder weniger intensiv?“, und auf einer anderen Ebene, im Ministerium oder in den personalbearbeitenden Stellen, zu der Frage: Können sie in der Bundeswehr bleiben? Wenn ja: Unter welchen Restriktionen? Und wenn nein: Wird das ... (akustisch unverständlich)

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dazu befragen Sie Quellen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, dazu befrage ich eine Verdachtsperson, ob sie - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): „Quellen“ hatten Sie gesagt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Hatte ich „Quellen“ gesagt? - Entschuldigung! Also, Quellen befragen wir, um Informationen nicht zur Quelle zu bekommen - die haben wir ja vorher geforscht und geworben -, sondern über Dritte - Dritte als Zusammenfassung für Organisationen, Personen, Bestrebungen, Agitationen, Papiere usw.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die Verdachtspersonen befragen Sie in Ihrem eigenen - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Um mir ein Bild machen zu können, was ich von dieser Person im Sinne der Extremismusbeobachtung zu halten habe. Dieser ganz andere Ansatz mag also dazu führen, dass es auch im Hinblick auf die Weiterverfolgung ein etwas anderes Label gibt, unter dem das transportiert wird.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der Kollege Wolff hat eine kurze Zwischenfrage, sofern Sie das, Herr Vorsitzender, einräumen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Selbstverständlich.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank. - Herr Brüsselbach, Sie sprachen gerade von Weiterverfolgung. Sie sprachen davon, dass man über eine gesetzliche Regelung der Nachverfolgung nachdenken sollte. Meinen Sie nicht, dass es eine Idee wäre, wenn man sich ein Gesamtbild über eine Person verschaffen wollte, militärisch wie zivil, dass diese Nachverfolgung innerhalb einer Behörde stattfinden könnte, dass man den militärischen und den zivilen Teil innerhalb einer gemeinsamen Behörde am besten darstellen kann, sodass es hier keine weiteren gesetzlichen Regelungen oder Verwaltungsverfahrensmöglichkeiten gäbe, um hier entsprechend die Organisation zu vereinfachen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt weiß ich, worauf Sie abheben, Herr Abgeordneter. Deshalb tue ich mich schwer - da ich nicht das Ministerium bin -, auf diese Frage als ehemaliger Präsident des MAD-Amtes zu antworten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Könnten Sie das erwägen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, man kann das so betrachten. Aber - vielleicht bin ich da auch falsch verstanden worden - eine Behörde hilft ja nicht; dann müssten Sie eine Universalbehörde etablieren. Bei Verdachtsfällen haben Sie ja schon das Problem, dass wir zwar die Verdachtsperson befragen, um uns von ihrer Person und ihrem Willen und Wirken ein Bild zu machen; aber bevor diese Befragung stattfindet, müssen wir ja möglicherweise schon fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn Stellen befragen in dieser Bundesrepublik und in den Ländern, wo unter Umständen zu dieser Person Informationen vorliegen, also: Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und dann auf der Ebene „Landeskriminalamt“, also BfV, Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz mal drei, Staatsschutz und örtliche Polizei. Das ist ja das Problem, das der MAD a priori im System hat, dass wir oft nicht erfahren von örtlichen Stellen, dass jemand dort extremistisch bestrebend tätig ist, weil dort, an dieser Stelle vor Ort, nicht bekannt ist, dass dieser Mann derzeit Soldat ist und möglicherweise 700 Kilometer ent-

fernt in einer Kaserne in einem ganz anderen Teil dieses Landes Dienst tut.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber die Reduzierung allein auf Bundesebene würde dann doch vielleicht einen Effizienzgewinn bringen, oder?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es könnte einen Effizienzgewinn bringen. Aber es würde in Bezug auf die Verzahnung und Zusammenarbeit des MAD mit der Bundeswehr mit Sicherheit einen Verlust mit sich bringen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nachdem wir jetzt das Lieblingsthema unseres Koalitionspartners auch im Protokoll vermerkt haben, will ich noch mal zu der mit entscheidenden Frage kommen und Ihnen etwas vorhalten aus MAT A BMVg-4, Anlage 14/4\*. Das ist ein Vermerk des Referatsleiters an den Generalinspekteur. Da steht auf zwei Seiten eine Aufzählung von sechs bedeutsamen Punkten in Vorbereitung einer Verteidigungsausschusssitzung. - Ich kann es Ihnen gerne auch geben lassen, wenn Sie es selber sehen wollen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich würde darum bitten, Herr Abgeordneter.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich halte es Ihnen einmal kurz vor, und dann bringt man es Ihnen.

Da steht - es geht also um V-Mann-Erkenntnisse, die der MAD hatte -:

In zwei Fällen erhielt dieser V-Mann über dritte Personen Informationen zu ... MUNDLOS und BÖHNHARDT. Es handelte sich um eine Aufzählung bedeutsamer Personen im THS und ein anderes Mal um den mutmaßlichen Aufenthaltsort der drei untergetauchten Personen. Diese und alle weiteren Informationen in Bezug auf den THS wurden durch den MAD an die zuständigen zivilen Verfassungsschutzbehörden ausgesteuert.

(Dem Zeugen wird das Schriftstück vorgelegt)

Ich gehe davon aus, dass der Zufluss an Informationen für diesen Vermerk aus Ihrem

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMVg-4, Blatt 48.

Hause kam. Können Sie uns dazu etwas sagen? Was ist gemeint mit dieser Information zu dem Aufenthaltsort der drei? Was war das für eine Erkenntnis, die man da in den Akten entdeckt hat aus zurückliegender Zeit? Und wo soll der gewesen sein, der Aufenthaltsort? - Nr. 6 unten.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, ich weiß, um welchen Vorgang es sich handelt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Dann bin ich schon mal beruhigt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich weiß aber ebenso gut, Herr Abgeordneter, dass dieser Vorgang, wenn er nicht heruntergestuft wurde, VS-Geheim eingestuft ist und auch verarbeitet ist im Geheimbericht, zusammenfassenden Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber wir müssen jetzt gar nicht - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist immer der gleiche Sachverhalt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, ja. Aber die schlichte Frage ist ja - zwei schlichte Fragen von mir -: Trifft es zu, dass der MAD mal Informationen bekommen hat über den Aufenthaltsort dieser zwei, in dem Fall, oder dieser drei, und, wenn ja: zu welchem Ort? Sie müssen mir keine Quelle sagen, auch keine Beschreibung einer operativen Tätigkeit; das will ich alles gar nicht wissen. Nur zwei Dinge: Trifft es zu, dass es diese Information mal gab - auch nicht, von wem -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - und, wenn ja: Welcher Ort oder welcher Raum wurde denn genannt als möglicher Aufenthaltsort?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das trifft zu. Ich meine, es wäre auch schon im November oder Dezember in der Presse gewesen. Ich kann es nicht genau sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber ich habe es lieber hier noch einmal von dem Zuständigen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meiner Erinnerung nach war die Rede, Herr Abgeordneter, von Kreta.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Bitte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Von Kreta.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das ist aber, glaube ich, ein anderer Hinweis.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist ein anderer Hinweis. „Bedeutende Personen“ erinnere ich aus der Aufarbeitung. „Mutmaßlicher Aufenthaltsort“ habe ich - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Der Hinweis auf Kreta: Es gab ja immer das Gerücht, dass die auf Kreta waren und dort verstorben seien, das von der Polizeischiene her in Gang gesetzt war.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Diesen Hinweis habe ich abgespeichert.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber mir geht es um den anderen; deshalb habe ich Sie gefragt. Der Vermerk ist ja - er ist nicht so alt - nach dem 04.11. gemacht worden vom Verteidigungsministerium für den Generalinspekteur für eine Sitzung des Verteidigungsausschusses. Ich gehe doch davon aus, weil Sie ja selber gerade gesagt haben - aus Ihrer eigenen Zeit als Referatsleiter -: „Das Ministerium hat ja keine Kenntnis über operative Maßnahmen, über solche Dinge, sondern kriegt die dann vom MAD“, dass Ihr Haus zu der Zeit, als Sie noch Präsident waren, das Ministerium da auch entsprechend versorgt hat. Deshalb wäre jetzt meine schlichte Frage: Gab es diese Hinweise auf den Aufenthaltsort des Trios? Wenn ja: Wo war der Ort oder die Region?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ziffer 6. Zwei Fälle: Einmal „bedeutsame Personen“ erinnere ich, auch von der Quelle. Und ein anderes Mal erinnere ich, dass die Quelle die Information mitgebracht hat: Kreta. - Das ist das, was ich erinnere, Herr Abgeordneter. Kein anderer Ort. - Und mehr Fälle habe ich ja hier nicht in der Ziffer 6.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nie einen anderen Ort?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe keinen anderen Ort. Wenn Sie mir helfen oder einen Vorhalt machen - vielleicht erschließt sich das.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich meine, es ist ja nicht so lange her; das sind jetzt ein paar Monate. Deshalb habe ich gedacht, werden Sie sich am besten erinnern können letztendlich.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, ich habe - - Mit diesen beiden Hinweisen, mehrfach verarbeitet auch bei anderen Behörden, vom MAD, die wir auch ausgesteuert haben, war einmal die Information: Wer ist bedeutende Person, womit kann man weitermachen und etwas Bedeutendes aufbauen? Das waren die beiden. Und der zweite Hinweis war: Wo könnten die Gesuchten sich aufhalten? Da habe ich - es tut mir leid - nur Kreta abgespeichert in meinem Speicher.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay, dann wollen wir das an der Stelle mal dabei belassen. Dann habe ich für den Moment keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt dann zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Morgen, Herr Brüsselbach!

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Frau Abgeordnete!

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich möchte noch mal kurz ansetzen im November 2011, als uns allen bekannt wurde und wir alle entsetzt waren, dass die bundesweite Mordserie von dem NSU begangen wurde, wie sie sich selbst nannten, und möchte Sie noch mal fragen - der Vorsitzende hat ja schon begonnen, Sie danach zu fragen -: Was genau haben Sie, Herr Brüsselbach, dann, als Sie das erfahren haben - die Informationen kamen ja schrittweise und wir hörten immer mehr, auch vom Zusammenhang zu dem Mord an Michèle Kiesewetter und so -, in Ihrem Amt veranlasst nach dem 4. November 2011? Wenn Sie uns das bitte mal Schritt für

Schritt mitteilen könnten: Was waren Ihre Schritte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, der Reihe nach: Ich habe sehr schnell - - Nein, ich fange so an: Zunächst habe ich im Hause abfragen lassen: Gibt es Wissen über die Personen, über diese drei Personen, von denen am 08. die Rede war? Mehr gab es ja bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Ich glaube, der 08. war der Zeitpunkt, als die Frau Zschäpe sich den Polizeibehörden gestellt hat; 04. war Eisenach. Ich habe recherchiert: Gibt es etwas über diese Personen beim MAD oder in der Bundeswehr, also in den Bundeswehrregistern?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Brüsselbach, können Sie mir bitte mal sagen: Wie läuft das ab, wenn der Präsident entscheidet, zu recherchieren? Was passiert dann?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, dann wird recherchiert, hoffe ich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, ich meine nur - - Ich möchte gern mal teilhaben: Wie läuft das ab? Wen rufen Sie dann an?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dann rufe ich niemanden an, sondern dann be- raume ich eine Besprechung an, und dann mache ich meine Vorschläge und lasse mir Gegenvorschläge und ergänzende Vorschläge von meinen Mitarbeitern geben. Dann wird entschieden, was zu tun ist. Und dann wird das mehr oder weniger schriftlich festgehalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wer nimmt an so einer Besprechung teil?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Der Stellvertreter des Präsidenten, der Abteilungsleiter der zuständigen Abteilung, also Extremismusverarbeitung -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Christmann in dem Fall?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - Christmann -, und unter Umständen noch der Abteilungsleiter I, also Grundsatz und Recht, die ja heute im Gegensatz zu früher auch etwas mehr operativ-rechtlich begleiten. Möglicherweise bringt der eine oder andere

auch noch einen Mitarbeiter mit, wenn ich das gestatte. Sonst beschränkt sich das auf diesen Personenkreis.

Dann wird besprochen und ein Ergebnis festgehalten, auch für die Akten. Und so haben wir dann, habe ich dann auch diese Weisung unterschrieben, diese Arbeitsgruppe einzurichten. Und ich habe Herrn Christmann explizit angewiesen, in unseren noch vorhandenen Gesamtakten aus jener Zeit, also in Quellenakten - nicht Verdachtsfallakten, die ich ja so nicht finden kann -, in Quellenakten nachzuforschen, ob es da etwas gibt. Also, erste Frage war: Register, dann Akten, dann Arbeitsgruppe, Verbindungsaufnahme mit dem Ministerium: Welche Fragen stellen sich aus meiner Sicht, und was ist zu klären, und wie geht es weiter? Und dann kam das sehr schnell ins Laufen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Mit wem haben Sie im Ministerium gesprochen? Mit Herrn Dr. Gramm, mit dem Referatsleiter?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mit Herrn Dr. Gramm. Das war mein Ansprechpartner, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann haben Sie also den Rechercheauftrag gegeben. Dann wurde gesucht. Wann haben Sie dann die Nachricht bekommen: „Wir haben keine Informationen beim MAD zu den drei Personen“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Sehr früh, im November, also zwischen dem 8. und dem 14./15. November muss das gewesen sein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und wie geht das dann weiter? Dann haben Sie durchgeatmet und gesagt: „Wir hatten mit dem nichts zu tun“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dann habe ich nicht durchgeatmet, sondern ich hatte den Auftrag erteilt, alle noch vorhandenen Akten im MAD aus jener Zeit in dieser Abteilung unter dem Begriff Rechtsextremismus nachzusehen. Ich wollte mich nicht auf Register und Dateien verlassen. Bisher hat mir ja nur die Bundeswehrcodei gesagt: Mundlos hat seinen Wehrdienst geleistet. - Das war ja alles.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Dazu stelle ich jetzt mal eine Nachfrage, und zwar: Wir haben in den Unterlagen die Anfrage des Bundeskriminalamts; das kam ja dann auch schnell. Die haben also am 5. Dezember 2011 bei Ihnen nachgefragt und noch mal am 4. Januar. Die Unterlagen sind letztendlich dem Bundeskriminalamt übermittelt worden am 7. März 2012. Darf ich Sie mal fragen - das sind drei Monate -, was in der Zeit so geschehen ist und ob das angemessen und üblich ist - ich meine, die Dringlichkeit war, glaube ich, bewusst -, dass man das so spät übermittelt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wenn ich das recht erinnere, Frau Abgeordnete, ging es bei der Übermittlung und der Nachfrage des BKA aber nicht um MAD-Informationen, sondern um Bundeswehrintformationen. Das war für mich ein großer Unterschied. Das war zu subsumieren unter der Frage, die ich ja schon dargestellt oder angedeutet habe: Welcher Rechtstitel erlaubt welches Vorgehen durch welche Stelle in welcher Zeit, und welche Verpflichtungen und Zeitachsen stehen dahinter? Wenn ich das recht erinnere, hat das Bundeskriminalamt uns gefragt: Wo hat Mundlos gedient? - Das war leicht festzustellen. - Wer war mit auf der Stube? Welche Lehrgänge hat er besucht? Wann ist er befördert worden? Wann war er auffällig? - Alles Dinge, die ich ja keiner MAD-Akte entnehmen konnte, die also in der Bundeswehr recherchiert werden mussten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da möchte ich jetzt ganz gerne noch mal nachhaken, Herr Brüsselbach.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, gerne.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben dann in unseren Unterlagen, dass Herr Christmann an das Kreiswehersatzamt Erfurt einen Brief geschrieben hat am 17. Februar 2012. Ich muss hier immer die MAT-Nummer nennen; das muss ich nachliefern, das habe ich nicht darauf notiert. Dann wurde jedenfalls veranlasst, dass die Personalakte von Uwe Mundlos aus dem Kreiswehersatzamt Erfurt am 24. Februar 2012 abgeholt wurde. Wir haben sogar vermerkt, dass das um 7.12 Uhr geschah.

Jetzt stelle ich mir die Frage - das habe ich mich direkt gefragt, als ich das gelesen habe -: Das sind alles Zuständigkeiten des Bundesministeriums der Verteidigung; das haben Sie auch so dargestellt. Es ging ja auch immer mal hin und her, wer eigentlich zuständig ist.

Wie kann das denn dann kommen, dass der MAD da als Kurier benutzt wird? Wie ist das denn: Hatten Sie das Gefühl, dass Sie da doch irgendwie zuständig sind? Oder hatten Sie das Gefühl, dass das Bundesministerium der Verteidigung da nicht ran will oder auf keinen Fall was damit zu tun haben möchte? Oder wie kam das zustande? Es ist doch ein ungewöhnlicher Vorgang. Oder stimmen Sie mir da nicht zu?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es mag so aussehen, Frau Abgeordnete. - MAD.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, klar.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich will das nicht aus meiner ehemaligen Sicht, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, da fragen wir ja gleich Herrn Dr. Gramm.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - aus der des Ministeriums, kommentieren. Also, es war keine Aufgabe des Ministeriums, sondern es galt zunächst mal das Ressortprinzip im Hinblick auf den Ausschuss.

Und dann stellte sich die Frage: Wo gibt es in der Bundeswehr Unterlagen zu Mundlos und seiner Wehrdienstzeit - also Personalakte oder Wehrdienstakte, Wehrrersatzakte; wie diese auch immer heißen in den verschiedenen Teilen -, die an verschiedenen Stellen gelagert und aufbewahrt werden oder auch nicht? Diese Akten im Einzelnen herbeizuschaffen, war aus meiner Sicht Aufgabe des Ministeriums.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Das sagte ich ja eben gerade.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Und das hat das Ministerium auch so gesehen. Das Ministerium musste sich jetzt aber innerhalb des Ministeriums mit den zuständigen Stellen für das Wehrrersatzwesen kurzschließen, wie das nun zu geschehen hat, damit die überhaupt wissen in den einzelnen Stellen, in der Bundeswehr, in der Gesamt-

organisation: Es kommt jetzt jemand und holt Akten ab oder holt Informationen ab. - Und dieses Abholen, Zusammentragen, Transportieren und Abliefern beim Bundeskriminalamt hat das Ministerium uns übertragen. Warum? Weil wir der klassische Ansprechpartner für die Polizei in solchen Angelegenheiten sind. Es war ja nicht von ungefähr, dass das Bundeskriminalamt uns angefragt hat oder die verschiedenen Stellen der BAO. Es war ja nicht nur eine Stelle im Bundeskriminalamt, sondern es waren verschiedene Stellen, die unter dem Titel „BAO“ ein Schreiben schickten und uns baten, das und das und das zu den vielen Personen, die auch hinterherkamen, nicht zu eruieren und zusammenzustellen, sondern abzuholen und zu transportieren, und bei der Übergabe, wenn ich das recht erinnere, ja zu sagen: Und wenn ihr noch Fragen habt, dann bitte im Rückweg diese Fragen an den MAD stellen, der sie dann wieder - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Ja, vielen Dank, Herr Brüsselbach.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Also, die operative, handwerkliche Geschichte oblag meinen Leuten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Vielen Dank, Herr Brüsselbach. - Die Nähe zum BKA und so haben wir hier auch schon mal gehört als Erklärung.

Ich möchte Sie jetzt doch noch mal fragen: Sie haben also dann die Personalakte am 24. Februar 2012 bei sich im Amt, die Personalakte Uwe Mundlos. Dieser Ausschuss hatte sie nicht mal im September, als wir die Vernehmung von Herrn Huth bereits terminiert hatten, nämlich für den 11. September. Wir haben sie erst danach bekommen; das ist Ihnen bekannt. Jetzt möchte ich gerne verstehen und Sie fragen: Warum wird diese Personalakte Mundlos dann nicht sofort dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages übermittelt? Denn es gab bereits seit dem 9. Februar 2012 - das muss Ihnen bekannt sein - einen entsprechenden Beweisbeschluss MAD-2 dieses Ausschusses hier, und die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses gesamten Themas dürfte Ihnen bewusst gewesen sein. Darauf hätte ich jetzt gerne eine Erklärung.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, es wäre jetzt wohlfeil, auf das Ministerium zu

verweisen, Frau Abgeordnete. Das will ich auch nicht tun.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, ja, Herr Brüsselbach, nur das funktioniert nicht. Sie haben gesagt, Sie haben sie abgeholt. So.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Der Bote - also das Amt, wir - hatte den Auftrag, diese Akte dorthin zu tragen, wo die Anfragen herkommen. So war die Regelung. Unter diesen anfragenden Stellen, die uns nach konkreten Informationen zu den Personen fragten, hatte ich nicht den Ausschuss subsumiert, Frau Abgeordnete. Den Ausschuss habe ich immer subsumiert unter dem Ressortprinzip, für den das Ministerium verantwortlich war. Sorry.

**Dr. Eva Högl (SPD):** War Ihnen der Beweisbeschluss MAD-2 vom 9. Februar 2012 bekannt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, und der MAD-Beschluss 3. Der MAD-Beschluss 3 - über den haben wir uns auch sehr intensiv unterhalten im Hause - bedeutete für mich, dass sämtliche Rücklaufakten - so will ich sie mal bezeichnen - oder Teile von Akten des MAD, die im Rücklauf mit Anfragen und Freigabebitten uns erreichten, also Dutzende, ja eine neue Akte bedeuteten, eine neue Akte im Anwachsen entstanden war, neue Akten. Und diese hatten wir unter dem Beweisbeschluss MAD-3 subsumiert, wie auch immer. Die Mundlos-Akte ist dann auch noch - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Brüsselbach, Sie subsumieren. Das verstehe ich ja auch alles. Ich bin auch Juristin. Ich weiß, was subsumieren heißt. Aber wir wollen uns doch hier mal mit dem Tatsächlichen befassen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Gerne.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben also die Personalakte von Uwe Mundlos in der Hand, und Sie können sich vorstellen, dass diesen Untersuchungsausschuss alles, was mit Uwe Mundlos zu tun hat, auch die Wehrdienstzeit, brennend interessiert. Ich glaube, da subsumiert man nicht umständlich, wem man die jetzt schickt oder nicht, sondern nimmt doch wahr, dass das subito diesem Ausschuss zugestellt werden muss, zumal die Beweis-

beschlüsse bereits gefasst waren. Das habe ich noch immer nicht verstanden, warum das nicht geschah.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mea culpa. Das gehört mit zu dem, was ich versucht habe auf die Fragen des Vorsitzenden zu erläutern. Das Ressortprinzip war für mich das Ressortprinzip. Das Ministerium hatte uns unsere Aufgaben zugeteilt und hatte sich seine Aufgaben zugeteilt, und jeder in seiner Verantwortung war dafür zuständig, das zu tun, was im Rahmen dieses Auftrages zu tun war. Unabhängig davon: Selbstverständlich hätte ich auch auf die Idee kommen können, diese Akte vorher, bevor wir sie zum Bundeskriminalamt getragen haben, zu doppelten und sie über das Ministerium an den Ausschuss zu geben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie da mit Herrn Dr. Gramm mal drüber gesprochen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber, Herr Brüsselbach, ich möchte das gerne verstehen. Sie bekommen also - Sie haben sich ja alles persönlich vorlegen lassen, haben Sie uns gesagt - die Personalakte Uwe Mundlos am 24. Februar auf den Schreibtisch. Und dann blättern Sie die durch und sagen: Okay, die geben wir dem Bundeskriminalamt und reden nicht mit dem Ministerium darüber, was da jetzt weiter zu veranlassen ist. - Das verstehe ich einfach nicht.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe die Akte, Wehrersatzakte oder wie sie heißt, Mundlos nicht auf dem Schreibtisch gehabt. Sie ist mir auch gar nicht vorgelegt worden. Denn meine Mitarbeiter haben den Auftrag des Ministeriums so verstanden: Der MAD ist der Bote. Er holt beim Kreiswehrersatzamt Erfurt - oder wo war das? -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, Erfurt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - eine Akte ab und trägt sie stante pede, weil ja eh schon ziemlich viel Zeit verstrichen war - Ihre Frage -, schnurstracks -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Zum BKA.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - zum BKA; Ermittlungsverfahren, Anfrage BKA beantwortet.

**Dr. Eva Högl (SPD):** 7. März war das, 24.02. ist sie abgeholt worden. Also, schnurstracks zum BKA ist irgendwie noch mal was anderes; von Erfurt nach Wiesbaden dauert jedenfalls meines Wissens nicht mehrere Tage.

Aber ich will Sie noch mal fragen, Herr Brüsselbach: Sie waren Präsident des MAD. Es geht um die Personalakte Uwe Mundlos. Sie hatten vorher in Ihren Eingangsstatements gesagt, Sie haben sich alles vorlegen lassen, weil Sie das für so wichtig erachtet haben, was im Zusammenhang mit NSU und der Aufklärung usw. -- Sie haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Wie darf ich mir bitte vorstellen, dass Sie nicht mal in die Personalakte Uwe Mundlos, die ja Ihre Leute abgeholt haben, reinschauen und dass Sie nicht mal mit dem Ministerium darüber sprechen? Also, ich meine, vielleicht gibt es Wichtigeres bei Ihrer Arbeit, aber die Personalakte Uwe Mundlos aus seiner Wehrdienstzeit halte ich für ein einigermaßen wichtiges Dokument im Zusammenhang unserer Arbeit hier. Ich kann gar nicht verstehen, dass man da nicht neugierig ist als MAD-Präsident.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meine Neugier, Frau Abgeordnete, war selbstverständlich grenzenlos. Aber diese Akte Mundlos ist mir als Eingang nicht vorgelegt worden, sondern vorgelegt worden sind mir, so wie ich es angewiesen hatte, alle Ausgänge in Sachen Ausschuss und alle Eingänge in Sachen Ausschuss. Diese Akte, die ja ein Bote in der Hand hatte, war in dem Sinne dann für meine Mitarbeiter, so interpretiere ich das, kein Eingang.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Tören hat das Wort.

**Serkan Tören (FDP):** Ja, ich würde erst mal mit einer allgemeinen Frage anfangen. In Ihren einleitenden Worten meinten Sie, dass von Ihrer Arbeit, also des MAD, insbesondere die Landesverfassungsschutzämter profitiert hätten. Was meinen Sie denn genau damit?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich meine genau damit, dass von den vielen, vielen Befragungsberichten, die ich dann gelesen habe - also an einem Tag kamen 180 Seiten MAD-Befragungen -, ich den Eindruck gewinnen konnte und musste, dass wir viele, viele Informationen in die Länder gegeben haben, die dort sehr wohl zur Anreicherung von Erkenntnissen oder zur Gewinnung neuer Erkenntnisse beigetragen haben. Der Umfang erschien mir groß.

**Serkan Tören (FDP):** In den 90er-Jahren hatten Sie mehrere Funktionen beim MAD gehabt. 1995 gab es ja diese Befragung von Mundlos. Haben Sie in den 90er-Jahren schon davon erfahren?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, sicher nicht. Ich war ja bis 94 mit Sicherheitsüberprüfungen befasst und insoweit nicht mit dem Thema beschäftigt und dann als Grundsatzabteilungsleiter auch mit operativen Angelegenheiten nicht befasst.

**Serkan Tören (FDP):** Ich würde gern auf einen Artikel in der *Frankfurter Rundschau* hinweisen mit dem Titel „MAD befragte Mundlos offenbar mehrfach“. Kennen Sie diesen Artikel vom 20. November 2012?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Serkan Tören (FDP):** Ja, vielleicht für die Öffentlichkeit: Da geht es in dem Artikel darum, dass das Bundeskriminalamt wohl einen ehemaligen Freund oder einen Freund von Mundlos befragt haben soll im Dezember 2011 und März 2012. Und der hat wohl gesagt, dass Mundlos ihm erzählt hätte, dass es nicht nur diese eine Befragung 1995 gegeben hätte, sondern mehrfache Befragungen. Und dann ging es um die Zuordnung „Wer hat da wohl gefragt, wer ist in Kontakt getreten: MAD, oder war es der Verfassungsschutz?“ und die Möglichkeit, die bestünde, dass der MAD dann auch mehrfach wohl nachgefragt hätte. Das ist so die Aussage des Zeugen. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe den Artikel gelesen, Herr Abgeordneter. Ich kann mir keinen rechten Reim darauf machen, auf den Artikel. Ich habe mir beim Lesen des Artikels überlegt: Wenn es meh-

rere Befragungen des MAD gegeben haben sollte, was der Artikel ja nicht expressis verbis behauptet, sondern der Freund sagt: „Verfassungsschutz/MAD“, dann spricht dafür wenig. Denn bei den Aussteuerungen - siehe auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und zum Bundesamt für Verfassungsschutz - wäre nach meinem Dafürhalten und meiner Logik die anderen Befragungen auch aufgetaucht<sup>1</sup>, auch ausgesteuert worden und müssten sich heute zwangsläufig irgendwo dort wiederfinden im Gesamtkontext. Meine These: Nicht auszuschließen ist, dass Mundlos auch vom Verfassungsschutz befragt worden ist in der Zeit; nicht in einer Kaserne.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Kaserne!)

- Nicht in einer Kaserne. - Aber ich kann nicht ausschließen, dass der - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in einer Kaserne! Aber der Zeuge sagt: im Arrest!)

- Wir?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, im Artikel sagt er das!)

**Serkan Tören (FDP):** Nein, im Arrest.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ach so.

**Serkan Tören (FDP):** Ist denn das Bundeskriminalamt noch mal irgendwie auf Sie zugekommen wegen dieser Befragung des Freundes?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meines Wissens nicht.

**Serkan Tören (FDP):** Also, Sie wissen auch nicht, wer dieser Freund da ist?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, das ist ja jetzt auch lange nach meiner Zeit.

**Serkan Tören (FDP):** Ja, deswegen frage ich ja. Aber Dezember 2011 hat ja noch eine Befragung dieses Freundes stattgefunden durch das Bundeskriminalamt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, meines Wissens ist das Bundeskriminalamt

nicht auf uns zugekommen, mit keiner Frage in diesem Kontext zu Mundlos.

**Serkan Tören (FDP):** Vielleicht noch ein paar Fragen. Können Sie eigentlich sagen, ob aus dem Umfeld des Trios, ob da der MAD irgendwie weitere Personen gefragt hat? Oder haben da Interviews stattgefunden aus dem Umfeld des Trios?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt müssten Sie mir zunächst, Herr Abgeordneter, sagen, wie weit Sie das Umfeld ziehen. Ich meine, schon im Frühjahr war ja dann die Zahl der Personen - ich habe das in einer Liste nachhalten lassen -, über die wir von Dritten, also den zehn Stellen ungefähr, die uns gefragt haben, gefragt worden sind - - Da waren wir ja auch bei über 100 angekommen, zu denen diese Liste geht.

**Serkan Tören (FDP):** Diese Liste meinte ich ja, die spreche ich ja an.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Deshalb kann ich nicht sagen, inwieweit der MAD im Umfeld - ohne das Trio - von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, wenn Sie so wollen - - Ja, denn die Befragung des Herrn H. müsste man ja dann in diesem Sinne - so interpretiere ich Sie, Herr Abgeordneter - unter „Umfeld“ sehen.

**Serkan Tören (FDP):** Meistens ging es ja um Wehrpflichtige: Ist auch im Offiziersbereich irgendwie - - Gab es da auch eine Beobachtung oder Interviews?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zu jener Zeit?

**Serkan Tören (FDP):** Ja.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich nicht sagen. Wenn es Verdachtsfälle im Offiziersbereich gegeben hat in jener Zeit, dann hat der MAD da selbstverständlich auch und umso intensiver gefragt. Aber im Nachlauf oder im Rücklauf aller Befragungsberichte, die ich gelesen und erhalten habe, habe ich keinen Offizier gesehen.

**Serkan Tören (FDP):** Keinen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

<sup>1</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

**Serkan Tören (FDP):** Ein paar Fragen noch zur Operation „Rennsteig“. Können Sie Näheres dazu sagen? Wer hat denn das initiiert? Jetzt haben Sie gesagt: Ja, so eine Akte dazu gab es eigentlich nicht, sondern begrifflich haben Sie davon erfahren. - Gab es da irgendwie einen Überbau oder irgendwie eine - - Wer hat das Ganze initiiert? Können Sie dazu etwas sagen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich nicht.

**Serkan Tören (FDP):** Auch zum Zeitpunkt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich nicht sagen, Herr Abgeordneter, denn das war meine Zeit im Ministerium.

**Serkan Tören (FDP):** Gab es denn irgendwie ähnliche Operationen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nicht dass ich das erinnere.

**Serkan Tören (FDP):** Und der Name „Zafira“ sagt Ihnen auch nichts?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** „Zafira“: Möglicherweise habe ich das jetzt im Nachhinein bei den vielen Presseveröffentlichungen, die ich auch lese und gelesen habe, soweit ich sie in die Hände bekomme, gelesen. Aber aus jener Zeit im Zusammenhang mit einer Operation sagt mir das nichts.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herr Vorsitzender, darf ich kurz eine Frage stellen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, Sie haben noch zwei Minuten.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja. - Zu der Operation „Rennsteig“: Der Thüringer Verfassungsschutz sagte, es handelte sich um eine Anwerbeaktion bei Wehrpflichtigen, um V-Leute zu gewinnen. Sind solche Operationen üblich? Sind die mehrfach durchgeführt worden? Kamen die regelmäßig vor? War das Standard? War das eine Ausnahme?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mir ist eine solche Anwerbeaktion unter Wehr-

pflichtigen als Sammelaktion, als umfangreiches Vorhaben nicht bekannt, auch nicht unter Operation „Rennsteig“. Wenn ich den Begriff „Operation ‚Rennsteig‘“ aus meiner Zeit im Ministerium erinnere, dann wegen der vierteljährlichen Unterrichtung über den Einsatz von Quellen. Eine Sammelaktion „Anwerbung von Wehrpflichtigen“ ist mir nicht bekannt.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Aber die Operation „Rennsteig“ ist Ihnen aus der Zeit im Ministerium bekannt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** So erinnere ich das; aber nicht als Sammelaktion zur Anwerbung von Quellen unter Wehrpflichtigen.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sondern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Als gemeinsame Aktion zur Sammlung von Informationen in Sachen „Thüringer Heimatschutz“, „Kameradschaft Jena“, Kameradschaft - was haben wir noch gehabt? - Zwickau und unter anderem - -

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** „Anti-Antifa“.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nur unter diesen - - Also, Rechtsextremismus in dieser Zeit, in diesen Ländern, über die Ländergrenzen hinweg: Nicht mit Wehrpflichtigen; „Rennsteig“ erinnere ich überhaupt nicht.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Und über welchen Zeitraum sprechen wir jetzt? Wann haben Sie davon ungefähr gehört?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, das muss dann 97 folgend gewesen sein.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also, das Ministerium wurde regelmäßig alle Vierteljahre über solche Vorgänge informiert?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es gibt einen Erlass des zuständigen Staatssekretärs - immer schon; also solange ich denken kann -, der den Präsidenten des Amtes verpflichtet, vierteljährlich ihn über den Einsatz

von Quellen des MAD im gesamten Beobachtungsfeld zu unterrichten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn es keine Akte gab oder wenn Ihnen keine Akte erinnerlich ist zur Operation „Rennsteig“: Wie wurde dann informiert?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es wird mündlich vorgetragen, Face to Face.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Von wem?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Von dem Präsidenten des MAD-Amtes oder seinem Vertreter und Abteilungsleiter über Spionageabwehr, Rechtsextremismus, Linksextremismus, islamischer Extremismus und Terrorismus usw.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn Sie das so aufgezählt haben: Können Sie dann mal so eine ungefähre prozentuale Anteilsbeschreibung machen? Was war denn wie stark in den Berichten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Also bei Vorträgen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, kann man sagen: „Über den islamischen Extremismus oder Fundamentalismus haben wir in der Bundeswehr eigentlich recht selten gesprochen, weil es ihn nicht gab“? Oder haben wir darüber - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zu jener Zeit haben Sie sicher recht, Herr Abgeordneter. Also, wenn wir über 97 ff. reden, sprechen, dann haben wir sicherlich dort über islamischen Extremismus und Terrorismus noch nicht, noch gar nicht oder jedenfalls nicht in dem Umfang gesprochen wie nach dem 11. September 2001.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Linksextremismus, Rechtsextremismus: Was überwog?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Schwerpunkt eindeutig Rechtsextremismus über die Jahre hinweg.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau hat das Wort.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, Herr Brüsselbach, erst mal Guten Tag! Ich will mal zu einer ganz anderen Frage kommen. Ausweislich der Akten sind beim MAD auch nach dem 4. November 2011 noch Akten mit Bezug zum Rechtsextremismus vernichtet worden, und erst am 19. Juli 2012 wurde auf Bitten des Untersuchungsausschusses ein vorläufiger Stopp für Aktenvernichtungen aus dem Bereich Rechtsextremismus verfügt. Dazu habe ich mehrere Fragen an Sie.

Wenn ich mir die Liste anschau der vernichteten Akten im MAD seit dem 04.11., die uns in MAT A MAD-1/1, Blatt 3 ff. vorliegt, dann fällt mir auf, dass noch am 8. März 2012 eine Auswerteakte zur „Fränkischen Aktionsfront“ vernichtet wurde, immerhin eine Nachfolgeorganisation des „Fränkischen Heimatschutzes“. Die Begründung für die Aktenvernichtung war: Die Organisation existiert nicht mehr, und die Erkenntnisse wären veraltet. - Nun wissen alle, die sich intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus im Allgemeinen und mit dem Komplex NSU im Besonderen beschäftigen, dass das Kerntrio des NSU sehr enge Kontakte in die fränkische Neonaziszene hatte und natürlich auch zu den Aktivisten der „Fränkischen Aktionsfront“. Einer der führenden Aktivisten, Matthias Fischer, findet sich sogar in der Adressliste von Uwe Mundlos, die im Januar 1998 von der Polizei in Jena beschlagnahmt wurde - MAT A TH-1/2, Blatt 283. Und das gilt im Übrigen auch für die Telefonnummer einer bekannten Neonazikneipe, Treffpunkt dieser Aktionsfront, in Nürnberg. Können Sie uns erklären, wie man noch im März 2012 auf die Idee kommen kann, Akten, die so deutliche Bezüge zum Untersuchungsgegenstand aufweisen, zu vernichten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, ich will es versuchen, Frau Abgeordnete, zu erklären. Ich hatte im November/Dezember angewiesen, alle Akten, die wir noch besaßen aus jener Zeit, daraufhin durchzusehen, ob es einen Bezug zum NSU gibt und den relevanten Personen, was ja fortdauernde Durchgänge verursachte; denn je mehr Namen uns erreichten als Anfragen, ohne dass wir den Hintergrund kannten, desto öfter mussten wir nachschauen in diesen Akten. Und ich hatte sehr schnell angewiesen, kei-

nerlei Akten - das mögen Sie mir vorhalten - in irgendeinem Zusammenhang mit dem NSU, seinen Taten und den Personen, die uns von anderer Seite genannt wurden, zu vernichten. Und der Abteilungsleiter II, der Herr Christmann, hat mir mehrfach versichert, dass dem nachgekommen wird.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Nach welchen Kriterien kann man denn diesen NSU-Bezug feststellen? Also, mal abgesehen von dieser lebenden Liste, die inzwischen auf über 100 Personen, die auch wechseln, angeschwollen ist, haben wir auch mit dem Wissen von heute natürlich die Frage: Wie kann man überhaupt auf die Idee kommen, Bezüge zum Rechtsextremismus zu vernichten? Oder andersrum: Warum haben Sie nicht wie Herr Ziercke, der BKA-Präsident, tatsächlich eine Anweisung erteilt, nach dem 04.11. vorläufig überhaupt keine Akten zum Phänomenbereich Rechtsextremismus zu vernichten, bis klar ist, was untersucht werden muss und kann?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, gute Frage. Zu einem möglichen Moratorium und seinen Rechtsgründen: Ich war mir sicher - das mögen Sie mir nachsehen, Frau Abgeordnete -, dass mit meiner Weisung und dem immer wieder neuen Nachschauen, also mit dem jeweils neuesten Stand, in unseren Akten dort nichts vernichtet werden würde, was in diesem Zusammenhang relevant werden könnte.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Gut. - Der Kollege Petermann macht weiter.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Herr Brüsselbach, im Jahre 1990 waren Sie ja noch Mitarbeiter des MAD; wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bereits ein gutes Jahrzehnt damals.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ein Jahr.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Ein Jahr. Und zuvor aber bei anderen Behörden im Sicherheitsbereich?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zuvor zehn Jahre im Bundesamt für Verfassungsschutz.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Also, im Jahre 1990 ist ja das MAD-Gesetz auch in Kraft getreten. Das heißt, Sie haben das doch dann relativ aktiv auch wahrgenommen und waren auch an der Umsetzung dieses Gesetzes beteiligt. Wie würden Sie denn die Wirksamkeit dieses Gesetzes mit den Erfahrungen, die Sie in den letzten 22 Jahren gesammelt haben, einschätzen? Ist das eine gute Rechtsgrundlage für die Tätigkeit gewesen, die da der MAD auszuüben hatte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Herr Abgeordneter, jetzt fragen Sie möglicherweise genau den Falschen -

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Aber Sie sind der Präsident gewesen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - oder den Richtigen; denn ich habe an diesem Gesetz ja mitgewirkt, als der Referentenentwurf entstanden ist. Das ist natürlich normal.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Sie können sich auch selbst loben.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sachverständiger Zeuge!)

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, nein. Erst mal liegt mir das fern, und zweitens haben da viele andere auch mitgewirkt - um bei der Wahrheit zu bleiben.

Ich würde aus heutiger Sicht zunächst mal zu der allgemeinen Frage sagen, dass die erste Frage, die wir uns damals gestellt haben: „Machen wir ein eigenes MAD-Gesetz, oder machen wir ein Verweisungsgesetz?“, die dann zugunsten des Verweisungsgesetzes entschieden wurde von der Leitung, richtig war, auch wenn es für die Mitarbeiter und für viele Dritte viel schwieriger zu lesen und zu handhaben ist. Ich kann das MAD-Gesetz ja gar nicht in die Hand nehmen, ohne nicht gleichzeitig das Verfassungsschutzgesetz danebenzulegen.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Vielleicht kann ich es mal kurz spezifizieren.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meine erste Antwort wäre: Der Ansatz, wie es systematisch gestaltet wurde, ist korrekt und hat sich bewährt. Über viele einzelne Regelungen kann man sprechen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich möchte mal § 3 Abs. 3 zitieren. Dort heißt es:

Der Militärische Abschirmdienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichten einander über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

Hat das in praxi funktioniert, so wie das dort eigentlich auch gefordert wird, letzten Endes auch vom Gesetzgeber gefordert wird, speziell auch im Fall des Terrortrios?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ob das letztendlich im Fall des Terrortrios, Herr Abgeordneter, funktioniert hat, vermag ich nicht zu sagen, weil ja meine -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wer soll uns denn diese Frage beantworten, wenn nicht der Präsident?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:**  
- Moment, wenn Sie mir das erlauben -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Bitte.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - Sicht der Dinge nur war: Ich habe alle Akten gelesen, die uns von Dritten als ehemals von uns stammend gegeben worden sind. Ob die vollständig waren, weiß ich nicht. Wie die MAD-Akten damals aussahen, weiß ich nicht. Ob der MAD wirklich in toto und zu 100 Prozent alle Informationen ausgesteuert hat, weiß ich nicht. Ich besitze nur Rückläufe und meine Kenntnis der allgemeinen Zusammenarbeit der Dienste aus jener Zeit. Und da sage ich jetzt vielleicht mal etwas Plakatives - vergleichende Werbung ist ja verboten in diesem Lande; aber durch den Wechsel der verschiedenen Behörden darf ich das vielleicht so formulieren -: Ich habe beim MAD einen ungeheuren Altruismus festgestellt im Hinblick auf das Wissen und Sollen, ständig andere an diesen Informationen teilhaben zu lassen. Das war nach meiner Ansicht noch nie so groß wie beim MAD und ist es auch heute noch; denn der MAD ist darauf angewiesen, dass er Informationen von Dritten bekommt. Ich habe ja vorhin das Beispiel genannt zwischen dem Auseinanderfallen von Wohnort und Dienstort, von Aktivitäten und dienstlichen Aktivitäten. Wir sind auf die Polizeien angewiesen. Wir sind auf die Truppe angewiesen. Wir sind auf die ande-

ren 16 Verfassungsschutzbehörden angewiesen. Und damit dieses Miteinander, dieses do ut des auch funktioniert, muss man auch selbst sehr sorgfältig und intensiv seine Informationen hergeben; und das hat der MAD getan.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** War es Ihnen denn möglich, nachzuvollziehen, was aus einer Information geworden ist, also ob es zum Beispiel gelungen ist, eine Straftat zu verhindern oder aufzuklären? Gab es da eine Rückmeldung? Auch jetzt speziell, wenn es um die Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaften geht - das wäre dann die Frage, die sich anschließt -: Wie war die Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften? Weil auch dazu sind Sie ja verpflichtet.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt retrospektiv, Herr Abgeordneter?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, ja.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Aus der Sicht der jetzigen Akte oder aus meiner damaligen Erinnerung?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Aus Ihrer Erinnerung.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Aus meiner Erinnerung kann ich mit Fug und Recht sagen, dass zahlreiche dieser Informationen, die der MAD gewonnen hat, auch über Landeskriminalämter oder direkt an Staatsschutz, Staatsanwaltschaften oder auch an die exekutiven Bereiche in der Wehrbeschwerdeordnung der Bundeswehr gegangen sind und Maßnahmen ausgelöst haben.

**Sebastian Edathy (SPD):** Das Frage-recht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Herr Brüsselbach, ich will jetzt nicht so sehr die Abteilung Altruismus, sondern die Abteilung Egoismus mit Ihnen erörtern und zwei Vorhalte machen aus unseren Akten.

Zunächst mal MAT A MAD-2/5, Blatt 2 f. Das ist die Anhörung einer Verdachtsperson. Die Verdachtsperson sagt zunächst:

„Ich kann es mir schon denken, worum es geht. Die Bundeswehr hat sich ja viel Zeit gelassen, ich habe mich schon gewundert, wo sie bleiben. Ich bin zu einem Gespräch bereit.“

„Ich habe viele Warnungen von ehemaligen Soldaten bekommen, bei einer Befragung durch den MAD vorsichtig zu sein.“

So. Und dann ist er aber nicht ganz so vorsichtig, sondern sagt unter anderem Folgendes:

„Ich würde Gesetze ändern, z. B. das Strafrecht, Kinderschänder müssten mit dem Tode bestraft werden.“ ...

Auf Frage: „Wenn meine Frau nicht Deutsche wäre, hätte ich sie nicht.“ ...

Adolf Hitler sei ein Mann, der etwas erreicht habe. ... Er sei ein großer Mann gewesen, sonst wären ja wohl nicht so viele hinter ihm hergelaufen.

Und dann äußert er noch:

Außerdem besitze er ein Bild von Himmler (koloriert) und zwei Reichskriegsflaggen. Eine alte aus der Kaiserzeit ohne und eine neuere mit Hakenkreuz.

Er habe nur solche Sachen in seinem Besitz, die ihm bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei keine Schwierigkeiten machen. „Mit einer Durchsuchung muss man immer rechnen.“

Jetzt sage ich mal: Ich hoffe, das war eine Fehleinschätzung von diesem Mann. Aber was uns dann überrascht, war die Einschätzung des MAD zur Person:

Offener, freundlicher junger Mann, der den Befragern alle Fragen ohne Probleme beantwortete, solange die Fragen nicht in Richtung Szenenamen und Trefforte gingen.

Und dann geht es weiter:

Nach Auffassung der Befrager gehen von diesem aber keinerlei Bestrebungen, die gegen die Bundeswehr gerichtet sind, aus.

Zwar rechtsextrem, aber harmlos für die Bundeswehr.

Ein zweiter, den ich Ihnen auch vorhalten will, gilt als einer der Hauptunterstützer des

Trios, ist als solcher auch angeklagt. Der wurde auch im Jahre 2000 befragt. Der sagt nun:

Im Alter von 16/17 Jahren habe er sich auf Brust und Oberarm mehrere Wikingerköpfe, die Losung „Blut und Ehre“, eine Odalsrunen und eine Reichskriegsfahne mit den Initialen A. H. ... tätowieren lassen. Von wem dies gemacht worden sei, wollte VP nicht sagen ...

VP wisse, dass der Spruch „Blut und Ehre“ ein Leitspruch der SS gewesen sei und dieser verboten ist.

Die SS hätte wirklich für ihr Land gekämpft und sei dafür auch in den Tod gegangen. Er verehere die SS ...

Und dann sagt er noch:

Bei der Musterung beim KWEA ZWICKAU seien diese Tätowierungen auch gesehen worden, man hätte ihn aber nicht darauf angesprochen.

Bezüglich des Duschens in der Kompanie seien ihm keine Auflagen gemacht worden.

Der wird nun eingeschätzt:

... halbwegs intelligent ... In einer spannungsfreien Gesprächsatmosphäre erteilte die VP freundlich, aber stets gut überlegte Auskünfte.

Also, man befragt, stellt lupenreine Nazis fest. Und auf die Frage an Oberst Huth: „Folgte daraus irgendwas für die Bundeswehr?“, Antwort: Nein, wir haben sie maximal nicht beim Sprengen ausgebildet. - Also, sie konnten keinen Sprengschein machen. Schießen lernen durften sie. Befördert wurden sie, wie wir wissen, aber einen Sprengschein nicht machen.

Frage: Im Jahr 2000 waren Sie im Ministerium, Rechts- und Fachaufsicht. Waren Ihnen solche Vorgänge bekannt? Fanden Sie das korrekt? Ich habe das letzte Mal gesagt, dass die Bundeswehr die Schule der Neonazis war, möglicherweise nicht mehr die Schule der Nation, aber jedenfalls die Schule der Neonazis. Was haben Sie veranlasst, das zu ändern? Können Sie uns dazu was sagen?

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A MAD-2/2, Blatt 17 bis 21.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, Herr Abgeordneter. Ich war von 97 ff. im Ministerium für die Rechts- und Fachaufsicht zuständig. Ich habe mitgewirkt an der Zuarbeit des Ministeriums für den damaligen Untersuchungsausschuss „Rechtsextremistische und andere Vorfälle in der Bundeswehr“. Ich weiß - ich habe das im letzten oder vergangenen Jahr noch mal gelesen - hinsichtlich des Abschlussberichtes aus jener Zeit, dass der MAD in diesem Abschlussbericht gut wegkommt, das Ministerium, die Bundeswehr nicht so gut. Das weiß ich noch; das erinnere ich auch. In der Folge dieses Ausschusses - jetzt habe ich nicht genau die Zeit; wann war der Abschlussbericht, wann war der Ausschuss zu Ende, erinnere ich nicht mehr - hat es ja verschiedene Kommissionen gegeben, eine Kommission geleitet von dem späteren Generalinspekteur General von Kirchbach, die sogenannte Von-Kirchbach-Kommission, die umfangreichste Maßnahmenkataloge in Sachen Rechtsextremismus in der Bundeswehr, Bearbeitung, Folgen, Maßnahmen, Verantwortung usw. festgelegt haben.

Der MAD hat seine Weisungen erhalten: Also, Einführung von schriftlichen Informationspflichten zu Verdachtsfällen, bestätigten Verdachtsfällen, also erkannten Extremisten, nicht erkannten Extremisten, Unterrichtung der Inspektoren durch den Präsidenten des MAD in regelmäßigen Abständen über diese Phänomene, Unterrichtung der örtlichen Vorgesetzten und Dienststellenleiter durch unsere MAD-Stellenleiter und viele Maßnahmen mehr, die die Truppe in eigener Verantwortung vorzunehmen hatte, was die Unterrichtung, Verfolgung, Ahndung und Berichte über das Veranlasste an das Ministerium angeht. Also, das ganze Volumen dieser Papiere, die nicht bei mir, sondern nur zum Teil in meiner Verantwortung entstanden sind, danach an anderer Stelle, umfasst sicher einen halben bis ganzen Leitz-Ordner. Deshalb muss man ein wenig auf die Zeit achten. Ich habe den Eindruck gewonnen in jener Zeit, dass vieles viel besser geworden ist, was dann gemacht wurde, aber dass nicht alles durchgedrungen ist, was der MAD informiert, vorgeschlagen und weitergegeben hat.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, das, was Sie gesagt haben, heißt doch: Ohne die Vorfälle in Schneeberg und ohne einen Untersuchungsausschuss des Bundestages wäre es so weitergegangen, dass man Nazis erkennt,

dass man dazu einen Anhörungsbericht schreibt, wo das unzweifelhaft drinsteht, und dann nichts passiert, jedenfalls keine Entlassung aus der Bundeswehr, jedenfalls keine Schlussfolgerung für den Wehrdienst des Betroffenen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das halte ich für eine Hypothese, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder sagen wir es anders: Dass die ganzen 90er-Jahre über - - Das ist hier aus dem Jahr 2000: zwei, null, null, null. Auch in dem Jahr war es noch nicht geändert. Oberst Huth als Zeuge hier sagte uns, ab der Jahrtausendwende sozusagen wäre es dann anders geworden. Ich will mich nicht ins Datum verkämpfen: Aber geschlagene zehn Jahre seit der Wiedervereinigung, die ja nun gerade sehr kritische Jahre, was Rechtsextremisten, insbesondere in einem Teil der neuen Bundesländer, angeht, waren, was Sie ja auch festgestellt haben - - Das haben wir ja gesagt; das ist ja alles auf den Punkt. Nur das Aufregende für mich ist: keine Konsequenzen. Und dann sagt uns der Oberst Huth als Zeuge hier: Na ja, ich war ja nur MAD.

Sie waren aber nun Bundesverteidigungsministerium ab einem bestimmten Zeitpunkt und sind dann mit dem Wissen, das Sie hatten, hingegangen. Deswegen, denke ich, sind Sie schon der richtige Zeuge, uns mal zu sagen: Gab es Reaktionen? Hat man darüber sich mal den Kopf gemacht? Hat man darüber mal gesprochen: „Wir haben hier Nazis, die kommen als Nazis, die gehen als Nazis, und wir bilden sie militärisch aus“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, jetzt muss ich meine Erinnerung über die einzelnen Stationen, die ich damals durchlaufen habe, sortieren.

Erste Antwort über den gesamten Zeitraum hinweg: Wenn das hier so gefallen sein sollte, dass in den 90er-Jahren nichts passiert ist, wäre das sicherlich völlig falsch. Es ist auch in den 90er-Jahren viel passiert. Ich erinnere mich an meine Zeit bis 94 im MAD in Sachen Sicherheitsüberprüfungen, dass auch im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung, wo ja nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz Rechtsextremismus ein Ausschlussgrund für die Erteilung eines Sicher-

heitsbescheides ist, zahlreiche Sicherheitsbescheide auch für Grundwehrdienstleistende nicht erteilt worden sind. Das ist meine Erinnerung über die Sicherheitsüberprüfung. Bitte nehmen Sie das mal zu dem Thema hinzu.

Im Rahmen Extremismusbeobachtung und Folgen habe ich das zwischen 94 und 97 nicht beobachtet, sondern erst wieder 98 beobachtet. Und auch dort, vor dem Untersuchungsausschuss, hatte ich nicht den Eindruck, dass das, was der MAD dort sagt und vorschlägt und macht und berichtet, keine Folgen hat. Ich erinnere mich allerdings an die ein oder andere Diskussion dann im Ministerium, auch mit dem einen oder anderen Rechtsberater, dass der MAD am Anfang des Prozedere, wenn Sie so wollen, als Staatsanwaltschaft Informationen erhebt, auch entlastende, und sie vorträgt und auf der anderen Seite zum Teil auch oft das Prozessrisiko eine Rolle gespielt hat, das Prozessrisiko abgewogen wurde und gesagt wurde: „Mit dem und dem Sachverhalt“ - davon vielleicht nur der und der Teil vorhaltbar<sup>2</sup> und der und der Teil beweisbar<sup>3</sup>, - „würden wir bei einem Disziplinarverfahren bzw. bei einem Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung oder einem Entlassungsverfahren möglicherweise nicht durchdringen.“ Das alles hat eine Rolle gespielt; aber intensiv, nachdem ich dann da war - nicht weil ich da war; um Gottes willen -, nachdem ich dann im Ministerium aufgeschlagen bin.

Und nach 98 ist dies - „dies“ heißt: Was geschieht damit, und geschieht das konsequent mit solchen Informationen? - - war ständiges Thema der Leitung. Und die Minister und die Staatssekretäre, die ich in meiner Zeit im Ministerium erlebt habe, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, für die war das immer ein Leitungsthema und ein ständiges Thema, auch gegenüber den Inspektoren der Teilstreitkräfte darauf zu dringen, dass es mit Informationen in Sachen Rechtsextremismus keinerlei Kompromissbereitschaft gibt. So erinnere ich das.

Und wenn es den ein oder anderen Fall gab, in dem die Truppe - verzeihen Sie mir den Ausdruck „die Truppe“ - an der Stelle eines Kommandeurs nicht entsprechend reagiert hat, dann gab es Weisung, dies vorzutragen seitens des MAD, und dann wurde vonseiten der Leitung dort direkt interveniert. So habe ich das in Erinnerung.

---

<sup>2</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

<sup>3</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Wir kommen nun, nachdem die Grünen ihre Zeit 50 Prozent mit meiner Duldung überschritten haben, zur nächsten Berliner Runde - das nur vorsorglich, Herr Wieland. Das Fragerecht hat wieder die Unionsfraktion, und es fährt fort der Kollege Stracke.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ich knüpfe an an die Fragen des Kollegen Wieland zum Thema Umgang mit Extremismus, speziell Rechtsextremismus in der Truppe. Die Bundeswehr oder gar eine Wehrpflichtarmee ist ja ein Spiegelbild der Gesellschaft. Und mich würde jetzt einfach mal der Blick auch in die Zukunft interessieren. Mit welchen Veränderungen rechnen Sie denn eigentlich, gerade mit dem Blick auf Rechtsextremismus in der Truppe, durch den Wegfall der Wehrpflicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Eine schwierige Frage, Herr Abgeordneter, das zu prognostizieren, erst recht für einen ehemals Verantwortlichen, der sich nun nicht mehr in Verantwortung befindet. Aber mich hat das Thema natürlich nach dem Wegfall der Wehrpflicht und bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienst auch schon sehr interessiert. Wir waren uns mit dem Ministerium darüber einig - und ich weiß, dass bei meinem Ausscheiden daran noch gearbeitet wurde -, dass die ehemaligen, alten wirksamen Vorbeugungsinstrumente der Zusammenarbeit mit den Kreiswehersatzämtern beim Wegfall der Wehrpflicht und des Kreiswehersatzamtes als solchem nicht mehr greifen würden und dass man neue Instrumente wird etablieren müssen, um das unerkannte Eindringen von Rechtsextremisten in die Bundeswehr zu verhindern. Das war Konsens. Welche Instrumente dort jetzt etabliert worden sind, kann ich nicht sagen. Aber es wird nicht einfacher werden; so war unsere These.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Können Sie denn da hinsichtlich Ihrer Überlegungen das noch ein bisschen aufschließen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich hatte die eine oder andere Überlegung, die ich auch gegenüber dem Ministerium artikuliert habe. Ich weiß nicht, ob wir Schriftsätze ausgetauscht haben; auf der Arbeitsebene, ja. Ich persönlich habe, glaube ich, jedenfalls zu diesem Thema keine Schriftsätze ausgetauscht, aber ich habe - - Ich bin so unterschieden, dass ich letztendlich das Schlüs-

selinstrument nicht habe vorschlagen können: in Anbetracht der ja auch geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen keine Regelverfassungsschutztreueüberprüfung mit Regelanfrage usw., usw.; das muss man ja sehr gut überlegen. Ich weiß aber, dass die Personalverantwortlichen im Ministerium das sehr schnell in die Hand genommen haben, um aus ihrer Sicht - - Was kann ich in den Bewerberzentren und Karrierezentren, wie das jetzt, glaube ich, heißt, tun, um rechtzeitig das Notwendige zu veranlassen, wenn ich im Bewerbungsverfahren, auf welchen Hinweis auch immer, auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund stoße?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Jetzt könnte man ja formulieren: Durch die Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht - so muss man es ja richtigerweise sehen - wird die Bundeswehr ein Stück weit exklusiver dadurch, weil der Durchfluss an Bevölkerung fehlt. Würden Sie denn formulieren oder sehen, dass die Rolle des MAD sich dadurch insgesamt auch verändern wird? Wird sie unter Umständen an Bedeutung verlieren, die Rolle des MAD?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe in den Papieren, die wir zu dem Gesamthema „Wie geht es mit dem MAD weiter?“ - - formuliert, denke ich, dass die Rolle des MAD mitnichten abnehmen wird im Bereich Rechtsextremismusbeobachtung und dass der MAD weiterhin sehr wohl, auch im Rahmen der vorbeugenden Maßnahmen, gebraucht werden wird, um wichtige Informationen zu liefern. Denn nur der MAD hat im Vorfeld durch seine Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutz- und Polizeibehörden in Bund und Ländern, denke ich, die Möglichkeit, dort rechtzeitig ein Warnsignal zu setzen.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Der Kollege Binninger hat noch ein paar Fragen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Brüsselbach, ich will noch mal zu diesem Thema „Aufenthaltsort des Trios“ kommen, wo Sie ja gesagt haben, -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kreta.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - Kreta war das Einzige, woran Sie sich jetzt erinnern können. Jetzt gibt es ja in den Akten unter anderem MAT A TH-6 und auch im Schäfer-Bericht eine Fundstelle, die eben Hinweise gibt auf den Aufenthaltsort Chemnitz des Trios. - Moment, ich werfe Ihnen noch nichts vor; ich beschreibe nur. - Die ist offenkundig im Thüringer Verfassungsschutz damals gegeben worden, und zwar im Frühjahr 2001.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Von uns?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nein, von dem thüringischen Verfassungsschutz. Der Thüringer Verfassungsschutz hat diese Information von einer Quelle erhalten. Diese Quelle wiederum aber soll vorher auch Bezug gehabt haben zum MAD. Kam es denn vor, dass Sie da auch Quellen übergeben haben, also sprich: in der Bundeswehrzeit von Ihnen angeworben, auch befragt zu Rechtsextremismus? Und dann endet ja die Wehrzeit irgendwann absehbar und damit auch Ihre Zuständigkeit: Kam es dann schon auch vor, dass der MAD mit der örtlichen Landesbehörde Kontakt aufnimmt und sagt: „Wir hätten hier jemand, der wäre vielleicht auch für euch interessant“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja. Aber nach meiner Erinnerung - jetzt wieder aus der Zeit im Ministerium bei diesen Unterweisungen über Quellenwerbung, Quelleneinsatz, Beendigung von Quelleneinsätzen und Übergabe - war es eher anders in der Regel, dass uns die Empfänger von wichtigen und zahlreichen Informationen gesagt haben: Ihr dürft ja nur Quellen in der Bundeswehr führen. Also, ist diese Quelle XY ein Soldat oder ein ziviler Beschäftigter der Bundeswehr? Wir wissen jetzt, dass diese Quelle dann und dann die Bundeswehr verlassen wird. Ist es möglich, dass ihr mit der Quelle spricht vor dem Ausscheiden, um die Quelle zu befragen, ob sie möglicherweise bereit wäre, mit einer zivilen Verfassungsschutzbehörde weiterhin als Quelle weiterzuarbeiten? - Die Initiative kam nach meiner Erinnerung mehrheitlich von denen, die die Informationen bekommen haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay. Aber wie sind Sie dann damit umgegangen,

wenn so ein Ansinnen an Sie herangetragen wurde?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt aus meiner Sicht: Im Ministerium - ich war ja da nicht operativ und nicht im Amt tätig -, aus meiner Erinnerung, ist das vorgetragen worden. Und dann hat der Präsident in jedem Einzelfall auch vorgetragen, was man tun wird, also ob man mit dem Mann sprechen wird, ob man mit dem Mann schon gesprochen hat - das kam immer auf den Zeitpunkt der Unterrichtung an - und was diese Quellen dazu zunächst mal als erste Information oder als zweite gesagt haben. Und da erinnere ich sehr wohl, dass Quellen ihre Bereitschaft erklärt haben, vorbehaltlich des gesamten Verfahrens der Übernahme durch den Verfassungsschutz, und auch Quellen sich kategorisch geweigert haben, weiterzuarbeiten.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Wer ist denn damit dann befasst konkret? Also, jetzt nehmen wir mal den Fall hier, der ja auch im Schäfer-Bericht genannt ist. Offensichtlich geht die Initiative von den Thüringern aus, bezieht sich auf einen Wehrpflichtigen, den wiederum Sie, der MAD, schon hatten als Quelle. Und dann überlegt man: „Können wir den übergeben?“, sprich: Ist der auch nach seiner Wehrdienstzeit noch bereit, da zusammenzuarbeiten? - Wer macht das dann im MAD-Amt? Wer begleitet diesen Vorgang und hat damit ja auch direkte, ungefilterte Informationen über so etwas? Jetzt will ich nur die Organisationseinheit wissen. Macht das die Außenstelle, macht das die Zentrale?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das Verfahren betrifft nur wenige Personen: Einmal die Quellenführer, also die V-Mann-Führer, wenn es ein V-Mann des MAD war, in der Regel ein Team, weil das nicht alleine geschieht, also zwei Soldaten in der Regel, dann der Dezernatsleiter von diesen V-Mann-Führern, dann der Beschaffungsleiter und der Abteilungsleiter.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Die sind damit befasst?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mhm.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Weil wir haben ja hier - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Und dann wird es zu einem Zeitpunkt - - Es gibt ja auch im Amt regelmäßige OP-Besprechungen, sogenannte OP-Besprechungen, wo dem Präsidenten alle Fortgänge in allen Quellen zusammenhängend vorgetragen werden. Schlussendlich wird auch die Amtsführung unterrichtet.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Wenn das dann passiert ist: Ist es üblich, dass man da seitens des MAD mit der Verfassungsschutzbehörde noch in Kontakt bleibt? Oder ist das dann nach dem Motto: „Aus den Augen, aus dem Sinn“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein. Das Lehrbuch und die Regel dazu sagt, dass unsere Nachsorgepflicht fortwirkt, wie auch bei Quellen, die aus dem MAD, aus der Bundeswehr ausscheiden und nicht weiterarbeiten, in unserer Fürsorge- und Nachsorgepflicht weiterhin Kontakt gehalten wird zu der neuen Verfassungsschutzbehörde und mit deren Einverständnis zu dem Mann oder der Frau.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Sodass es schon auch sein könnte, wenn diese Person relativ bald, im Frühjahr 2001 dann den Thüringern sagt: „Ich habe Hinweise; das Trio ist in Chemnitz oder soll in Chemnitz sein“, und die Person war kurz davor noch in Ihrem Verantwortungsbereich als Quelle oder Informant, dass der MAD davon schon auch - sei es nicht schriftlich, aber möglicherweise im direkten Kontakt auf der Arbeitsebene - erfahren kann.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Durchaus.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Ja. Wie lange bewahren Sie eigentlich Akten auf zu V-Leuten? Selbst wenn sie dann die Bundeswehr verlassen haben, also damit ja keine mehr sein können: Wie lange wird das dann vorgehalten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt muss ich erst sortieren: V-Mann-Akten, Verdachtsfallakten, Quellenakten. Quellenakten werden - soweit ich das erinnere, wie die Regeln sind - so lange aufbewahrt, wie der Betroffene in der Bundeswehr ist, also nicht die zehn Jahre, so meine Erinnerung. Aber

nicht Verdachtsfallakten: Die werden nach den Fristen von §§ 11 und 12 Verfassungsschutzgesetz vernichtet. Quellenakten werden aufgehoben und sind dann auch noch da, so wie in dem Fall mit dem Hinweis auf Kreta war die Quellenakte noch da, obwohl die Zeit des Einsatzes der Quelle schon abgelaufen war.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. Bei dem Hinweis auf Chemnitz war sie wohl leider nicht mehr da.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Doch. Nein, Chemnitz erinnere ich überhaupt nicht als Hinweis auf einen Aufenthalt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nein, nein, ich unterstelle Ihnen das auch nicht. Der konkrete Ort wurde dann genannt wohl beim thüringischen Verfassungsschutz, und die Person, die ihn genannt hat, war kurz zuvor noch in Ihrer Obhut. Dazu gibt es eben leider keine Akten mehr, was ja für uns immer dann auch bedauerlich ist. Ich will noch mal einen Sprung machen zum 4. November 2011.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Eise-nach.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Eise-nach. Jetzt wurden Sie ja vorher schon mal auch in Ansätzen gefragt, aber ich hätte trotzdem noch mal die Bitte: Wann wurden Sie davon informiert: „Da gibt es diesen Sachverhalt“? Oder haben Sie das nur aus den Medien entnommen? Also, wann gab es diesen offiziellen Anruf an den MAD: „Befasst euch mal mit den beiden Personen, die hier im Wohnmobil tot aufgefunden wurden!“? Oder andersrum gefragt - vielleicht hilft das -: Wann haben Sie denn überhaupt als Person Brüsselbach von dem Vorgang erfahren? Ich meine, Sie hören ja alle halbe Stunde Nachrichten, wie wir vorhin erfahren haben.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich denke, am 11. Nach meiner Erinnerung am 11.; nicht am 08., sondern am 11.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Am 11. November?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Am 11. November, weil am 11. November ja erst

die Zusammenhänge zwischen den Asservaten, die in dem Wohnmobil gefunden worden waren - verbessern Sie mich bitte - klar wurden, dass also bei den Asservaten die Waffen gefunden wurden, die wiederum die Spur legten im Hinblick auf die Taten des NSU. Wann ich die drei Namen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe zum ersten Mal gehört habe, kann ich nicht sagen. Aber das wird nicht der 04. gewesen sein; das wird eher der 8. oder 9. gewesen sein. Jedenfalls erinnere ich, dass wir am 11./12. - - Am 13./14. wurde mir gesagt: Drei Namen, einmal Bundeswehr, keine Unterlagen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wer hat das gesagt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Die Abteilung II von Herrn Christmann, die ich mit der Nachforschung „Gibt es da etwas beim MAD zu diesen dreien?“ - - festgestellt hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Keine Unterlagen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Die haben Mundlos in der Bundeswehrdatei - WEWIS, glaube ich, heißt sie immer noch - gefunden.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Darf ich eine ganz kurze Nachfrage stellen?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Högl, bitte.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Sie haben auf meine Frage vorhin gesagt, dass Sie diese Abfrage am 08.11. veranlasst haben.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dann muss ich mich korrigieren, Frau Abgeordnete. Dann habe ich diese Abfrage an dem Tag veranlasst, an dem ich zum ersten Mal die drei Namen gehört habe und den Zusammenhang dessen, was diesen drei Namen vorgeworfen wurde zu dieser Zeit.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und die drei Namen hat Ihnen wer mitgeteilt? Via Medien, via BKA, via thüringische Polizei? Irgendjemand muss ja mal den Hörer in die Hand nehmen und sagen: Jetzt müssen wir

den MAD fragen, ob die beiden Männer mal Wehrdienst geleistet haben oder Soldaten waren. - Das muss irgendjemand machen. Eigeninitiativ machen Sie es ja nicht. Können Sie sich da noch dran erinnern? Und da denke ich: Es war ja so hochkarätig, das geht ja am Präsidenten nicht vorbei.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich meine, das hätte ich eigenhändig gemacht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wer?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich meine, das hätte ich selbst veranlasst. Es ist niemand zu mir gekommen und hat gesagt: „Da gibt es hier diese drei Namen, und die haben wir abgefragt, und einer davon hat Wehrdienst geleistet“, sondern ich habe aktiv am 08./09. - wann waren die Namen in der Presse? - gefragt, und dann hat man mir gleich diese Antwort erteilt. Also, es hat niemand angerufen, es hat niemand meines Wissens beim MAD angerufen und hat gesagt: „Hier sind die drei Namen“, und: „Könnt ihr etwas zu diesen drei Namen und Bundeswehr sagen?“ So habe ich das - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und dann haben Sie abgefragt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe selbst abgefragt. Ja, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, und dann hat der Abteilungsleiter Ihnen rückgemeldet: „Also, einer war bei der Bundeswehr, Mundlos, dazu haben wir aber keine“ - also Stand damals - „Akten mehr oder keinen Vorhalt“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und was haben Sie dann mit der Information gemacht: Im Ministerium oder im BKA von sich aus angerufen? Ich meine, irgendjemand interessiert sich ja mal dafür.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Also, ich habe diese Information wenige Tage danach bei einer der vierteljährlichen Unterrichtungen im Ministerium, bei der ich dann selbst als Präsident vorgetragen habe, vorgetragen, und der Herr Christmann und seine Mitarbeiter haben es denen gesagt, die es

aber zum Teil schon wussten. Denn wenn ich das heute in der Presse richtig verfolge, war ja bei der Polizei und bei den Ermittlungsbehörden einschließlich GBA auch schon sehr früh bekannt - sonst wäre diese Anfrage nicht gekommen: Wer war auf der Stube, und was war da los? -, dass Mundlos Wehrdienst geleistet hat.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe anderthalb Zwischenfragen, Herr Brüsselbach.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Bitte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir können aus den Akten sehen, dass am 15.12.2011 Herr Christmann, Leiter Abteilung II im MAD, sich entschlossen hat, die Personalakte von Mundlos beim Kreiswehersatzamt Erfurt anzufordern. Tatsächlich hat man sich diese Akte aber erst besorgt am 24.02.2012, das heißt zwei Monate später. Wie ist denn das zu erklären? Denn aus der Akte, die in Erfurt vorliegt, geht ja hervor, dass Mundlos in seiner Wehrdienstzeit rechtsextremistisch sogar so weitgehend aufgefallen ist, dass der Wehrbeauftragte damals eingeschaltet wurde. Daraus hätte man ja schließen können: Sehr wahrscheinlich gab es einen Kontakt MAD-Mundlos. Hat man sich dafür nicht interessiert? Und dann: Haben Sie diese Personalakte vorliegen gehabt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein. Mir ist diese Akte meines Wissens nicht vorgelegt worden. Und die Zeitverzögerung, wie mir später vorgetragen wurde, hing damit zusammen, dass nicht klar war, über das Ministerium festzustellen, wo diese Akte denn nun war, welche Teile sie noch enthielt und wer die informationelle Verfügungsgewalt über diese Akte übernehmen sollte. Das ist ja erst im Januar dann entschieden worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will nur ganz kurz Folgendes festhalten, Herr Brüsselbach: Sie waren ja damals MAD-Präsident. Sie wissen seit Ende letzten Jahres: Herr Mundlos hat Wehrdienst geleistet. Ihr Haus weiß: Es gibt eine Akte, Kreiswehersatzamt Erfurt, die wird aber nicht Novem-

ber/Dezember angefordert, sondern die wird Ende Februar abgeholt. Aus dieser Akte ergibt sich: Mundlos ist als Rechtsextremist aufgefallen. - Führte zu keinerlei Veranlassung.

Dann gibt es einen Hinweis aus Sachsen. Sachsen hat ein Anschreiben des MAD von 1995 gefunden, dass der MAD 95 Kontakt zu Mundlos hat und eine Befragung durchgeführt hat. Das hat Sie nicht veranlasst, mal nachzugucken: Gibt es beim BfV in Thüringen/Sachsen-Anhalt, die auch Adressaten des Anschreibens waren, das Protokoll der Befragung? Denn Sachsen hatte das Protokoll ja nicht. Sachsen hat nur sozusagen das Deckblatt gehabt mit den Adressaten: MAD schreibt an Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und BfV. Das hat auch nicht Veranlassung gegeben, nachzufragen. Sie haben das damals dem Ministerium gemeldet. Das Ministerium hat auch nicht den Auftrag gegeben, nachzufragen. Wer nachgefragt hat, war nach Ihrem Ausscheiden aus dem Amt Ihr Nachfolger.

Jetzt mal Klartext, Herr Brüsselbach: Wären Sie heute noch im Amt, wüssten wir von diesem Vorgang bis heute nichts. Sehe ich das falsch?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das sehen Sie falsch, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich war ja sicher, dass Sachsen diesen Vorgang auch diesem Ausschuss vorlegen würde; denn so lautete ja die Anfrage. Und ich war mir sicher, dass alles, was zwischenzeitlich auftauchen würde, entstanden nach dem 8. November 2011, unter dem Beweisbeschluss MAD-3, von uns, dem MAD-Amt, hier vorliegen würde. So gestalteten sich in meiner Vorstellung die Abläufe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, Herr Brüsselbach, wenn Sie selber seit März Kenntnis hatten: „Mein Haus, der MAD, hatte Kontakt zu Herrn Mundlos; aber dazu haben wir keine Akten“, dann haben Sie sich weder in der Pflicht gesehen, mal nachzufragen, wer die Akten haben könnte, noch haben Sie sich in der Pflicht gesehen, diesen Ausschuss zu informieren, dass es den Vorgang gibt. Sie haben sich in der Pflicht gesehen, das Ministerium zu informieren. Das Ministerium hat sich nicht in der Pflicht gesehen, uns

zu informieren, wie Sie auch nicht. Wir haben eine Bundeskanzlerin, die sagt: Wir tun alles zur Aufklärung. - Herr Brüsselbach, haben Sie versagt im Amt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe das vorhin bedauert und bedaure das jetzt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist das ein Ausdruck von Versagen, mangelnder Sensibilität?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Der Minister hat das als mangelnde Sensibilität bezeichnet. Ich möchte dem nichts hinzufügen. Er hat recht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger fährt fort.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie haben aus eigener Initiative, 8. November 2011 - plus/minus einen Tag; das können wir jetzt nicht mehr feststellen - ja veranlasst, nachzuschauen: „Sind die Personen mal Wehrpflichtige gewesen?“, und haben die Rückmeldung bekommen. Den weiteren Werdegang haben wir ja jetzt schon mehrfach erörtert. Ich will den auch nicht noch mal vertiefen; das Kritikwürdige ist unbestritten.

Was mich ein bisschen stutzig macht, ist: Woher kommt dieser Impuls, selber schnell nachzuschauen: Waren die mal Wehrpflichtige? - Das macht man ja eigentlich nur, wenn man vielleicht mit Anfragen rechnet. Zu der Zeit war ja zum Teil die Ceska-Mordserie noch gar nicht im Spiel. Es war der Verdacht des Polizistenmordes; schlimm genug. Macht man das bei anderen Kapitalverbrechen auch? Haben Sie das in der Vergangenheit auch gemacht, wenn sonst irgendwo in der Republik ein Kapitalverbrechen ist, bei dem Männer beteiligt sind, dass Sie sofort nachschauen: Waren die mal beim Bund? - Oder gab jemand einen Impuls dazu: „Schaut mal nach“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich denke, ich habe zu dieser Zeit und danach diesem Vorgang eine solche Bedeutung beigemessen, dass ich mich veranlasst sah, asap von meinen Leuten feststellen zu lassen, ob wir betroffen sein könnten, würden, sollten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, aber noch mal eine Nachfrage: Wenn sonst - - Sie haben das ja sehr früh gemacht, aus eigenem Entschluss - was ja grundsätzlich nicht zu kritisieren ist. Meine Frage ist aber: Machen Sie das - und zu dem Zeitpunkt konnte man ja die ganzen Verstrickungen noch nicht wissen, weil die Ceska wohl in dem Zeitraum erst gefunden wurde - bei anderen Kapitalverbrechen, wo Männer eine Rolle spielen, wo man jetzt vom Alter her unterstellen kann: „Die waren vielleicht beim Bund“, dort auch? Das müsste ja dann ein geübtes Verfahren sein. Dort nicht, in dem Fall, ja?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich hatte - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie kennen das Gerücht, das sich irgendwie hartnäckig hält - das ich auch gerne aus der Welt schaffen würde, sage ich ganz offen; aber um Dinge aus der Welt zu schaffen, muss man den Fakten auf den Grund gehen -, der MAD sei in Eisenach gewesen am 04.11. oder am Tag danach. Haben Sie davon mal gehört?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Können Sie das sowohl für den 04.11 als auch für die Tage danach - wir haben ja dankenswerterweise eine Information des Ministeriums bekommen; die sagen also, für den 04.11. kann man das ausschließen, alles überprüft, Fahrtenbücher usw.; mache ich dann auch gern einen Haken dran - als Präsident auch ausschließen, auch für die Tage danach, auch für Ihre Außenstelle in Leipzig?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich kann das nicht ausschließen, Herr Abgeordneter. Wir hatten damals - - war es in der Presse das Gerücht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Brüsselbach, ich stelle die Frage noch mal. Vielleicht waren Sie sich jetzt auch der Dimension Ihrer Antwort nicht bewusst. Wir reden vom 4. November 2011. Zwei lange gesuchte Rechtsterroristen kommen nach einem Banküberfall zu Tode, Umstände so weit öffentlich bekannt, Feuerwehreinsatz, Polizeieinsatz. Polizistenmord steht sofort im

Raum am Tag danach. Es kommen Polizeikräfte aus anderen Ländern, also aus Baden-Württemberg in dem Fall, sofort nach Gotha - das ist ja das Zuständigkeitsgebiet für Eisenach bei der Polizei -, die Ermittlungen laufen an, das ganze Prozedere. Das ist alles sicher hektisch, aufwendig. Aber die Frage, ob in diesen Tagen danach auch der MAD mal mit einem Dienstfahrzeug vor Ort war und sich hinbemüht, ist doch schon nicht ganz trivial, und wo ich jetzt erwarten würde: Da kann ich als Präsident etwas sagen. Ich kann es ausschließen, weil wir gar nicht zuständig waren und ich nicht wüsste, warum da der MAD auftauchen sollte bei so einem Delikt, das Sie ja selber sensibilisiert hat. - Oder es war nicht so. Aber das wäre für mich eher bedenklich. Also, haben Sie mal mit den Leuten gesprochen, Außenstelle Leipzig, oder mit Ihrem Amt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Als das Gerücht aufkam, Herr Abgeordneter, habe ich selbstverständlich sofort nachfragen lassen bei der Abteilung II und im Hause und habe auch Auftrag gegeben, mit den Leipzigern zu sprechen. So. Und dann ist mir gesagt worden: Fehlanzeige. Mir ist gesagt worden: Fehlanzeige. Und ich hatte keinen Zweifel, daran zu zweifeln. Nur wenn Sie eine ausschließliche - - Bei den Bereichen, die ich verantwortet habe, -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, nach bestem Wissen und Gewissen, Herr Brüsselbach; jetzt werden wir nicht spitzfindig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - hat die Befragung einer Auskunftsperson zu einer Sicherheitsüberprüfung einer dritten Person in - - Aber mir ist gesagt worden: Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, Sie müssen doch Ihren Leuten trauen und vertrauen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dann war auch niemand vor Ort? Dann kann man das doch ausschließen nach bestem Wissen und Gewissen. Für alles kann ich auch nicht die Garantie übernehmen im Leben; das weiß jeder von uns hier. Aber Sie haben es überprüft.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dann bitte ich, mich so zu verstehen: Ich habe das überprüft, und mir ist gesagt worden: Da ist nichts. - Und ich hatte keinerlei Anlass, daran zu zweifeln.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also, dann haben wir das geklärt. Und das Ministerium hat uns mitgeteilt, dass man außerdem alle im Dienst befindlichen Angehörigen befragt hätte, die Dienstreiseanträge, die Fahrbücher ausgewertet hätte und die An- und Abwesenheitslisten der ehemaligen MAD-Stellen in Leipzig, Schwielowsee und Rostock ausgewertet hätte mit gleichem Ergebnis. Und Sie haben nichts, was darüber hinausgeht, an irgendwelchen Zweifeln, sondern Sie können sagen: „Jawohl“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, habe ich nicht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Dann machen wir da auch einen Haken dran. - Ich habe keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, dann mache ich mal weiter mit einem anderen Gerücht, nämlich dem Tatort Heilbronn. Da gab es ja Ende November einen *Stern*-Artikel, den Sie vielleicht auch mal gelesen haben. Und da war auch die Frage, inwieweit der MAD mit diesem Vorgang „Anwesenheit ausländischer Geheimdienste oder ausländischer Polizeidienststellen am Tatort Heilbronn zur Tatzeit“ befasst war. Und wir haben auch in unseren Unterlagen einen Schriftwechsel. Sie sind ja auch darüber informiert worden. Sie haben auch Recherchen angestellt und darauf geantwortet. Können Sie das hier noch mal ausführen, zu welchen Erkenntnissen Sie gekommen sind und inwieweit Sie damit befasst waren, soweit das möglich ist? Die Unterlagen selbst sind ja eingestuft.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Die Unterlagen sind eingestuft. Ich hatte von dem *Stern*-Artikel Kenntnis. Ich weiß nicht, ob es noch mehrere Artikel zu diesem Thema gab. Ich glaube, einmal in einem anderen Gremium zur Kontrolle dieser Dienste ist das Thema mal diskutiert worden und vorgetragen worden. Jedenfalls war ich sehr über-

rascht, als ich dann einen Brief bekam eines Kollegen, der mich bat, unter dem Thema „US/Heilbronn“ ihm doch mal mitzuteilen, was den MAD veranlasst habe, bei einem anderen Dienst nachzufragen, ob man eine Verbindung zu den Amerikanern dort unten herstellen könne. Das hat mich sehr überrascht, und es hat mich auch sehr verwundert. Und ich habe dann recherchieren lassen und habe mir auch die Papiere vorlegen lassen einschließlich der dienstlichen Erklärungen der beteiligten Personen in unserer MAD-Stelle in Stuttgart. Und der Sachverhalt stellte sich dann für mich absolut glaubhaft - weil mehrere Personen übereinstimmend so berichtet haben - so dar, dass der Sachverhalt genau umgekehrt abgelaufen war: dass ein Mitarbeiter einer anderen deutschen Sicherheitsbehörde bei uns anrief, und zwar nicht im Amt, sondern in der Außenstelle, und dort bat, einen Kontakt zu einem Ansprechpartner bei einer amerikanischen Dienststelle herzustellen. Und das habe ich dann zurückgeschrieben.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Darf ich eine Zwischenfrage stellen?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, selbstverständlich.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Eine andere Sicherheitsbehörde ruft bei Ihnen an, bittet um Kontakt. Uns interessieren jetzt eben deshalb, glaube ich, können wir es hier auch in öffentlicher Sitzung machen - keine irgendwelchen Details. Uns geht es nur um die Reihenfolge der Anrufe, weil die ja schon entscheidend ist, ob eine ausländische Stelle zuerst anruft und etwas erbittet oder ob die deutsche Seite aufgrund des *Stern*-Artikels sagt: Jetzt nehmen wir Kontakt mit denen auf. Kann das denn sein? - Ist es denkbar, Herr Brüsselbach, dass von dieser Reihenfolge, die Sie gerade beschrieben haben - andere Behörde ruft bei Ihnen an: Bitte stellt uns den Kontakt her - - dass es davor aber auch schon eine Telefonkette gegeben hat, bei der jemand beim MAD angerufen hat und dann schnell durchgestellt wurde zu einer anderen Behörde, und das etwas für Verwirrung gesorgt hat und dann diese Kette, die Sie gerade beschrieben haben, eigentlich erst die zweite Anruffolge ein paar Tage später war? Also, Entschuldigung, wenn ich es jetzt ein bisschen kryptisch fragen muss.

Aber wir wollen ja öffentlich bleiben; deshalb kann ich jetzt nicht viel mehr sagen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich möchte das in dem Zusammenhang ausschließen, weil ich so umfänglich habe recherchieren lassen, weil mir das so merkwürdig vorkam, dass ich extra ein Schreiben eines Kollegen bekomme - er hätte mich auch anrufen können -, also ein hoch eingestuftes Schreiben eines Kollegen bekomme, der mich schriftlich bat, dazu zu recherchieren, was natürlich eine schriftliche Recherchegrundlage und eine schriftliche Antwort erforderte, sodass ich auch nach mehreren Telefonaten der Abteilung mit den betroffenen Mitarbeitern in Stuttgart keinen anderen Zusammenhang herstellen kann, als dass zu diesem Thema, über das wir sprechen, einzig und allein der erste Anstoß von der anderen deutschen Sicherheitsbehörde kam bei uns.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Nur noch ein Satz von mir. Ich kenne diesen Schriftwechsel auch. Wir haben die Akten aber insgesamt gesehen. Ich will es nur so weit formulieren: Ich habe da meine Zweifel.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mhm.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Zweifel bleiben; die haben wir anderen auch. Ich will trotzdem das Thema jetzt beenden, weil Sie können da weiter nichts zu sagen. Sie haben ja geschildert, wie der Kontakt da zustande kommt.

Ich möchte zu einem anderen Thema kommen, und zwar: Was uns alle gewundert hat, wenn ich das so kollektiv sagen darf, ist, dass Uwe Mundlos so spät von dem MAD befragt wurde. Herr Wieland hat ja auch einen anderen Fall schon mal berichtet. Wir haben letztes Mal mit Herrn Huth auch - - habe ich viele Fälle präsentiert: Umgang allgemein mit Rechtsextremismus. Und bei Uwe Mundlos fällt das eben auf. Der fällt auf als Rechtsextremist und wird dann kurz vor Ende seiner Wehrdienstzeit befragt. Und ich will Ihnen ganz offen sagen, dass ich möchte, dass der MAD nah dran ist an Rechtsextremisten in der Bundeswehr, ja. Also, das ist nicht etwas - - Deswegen habe ich die Haltung auch grundsätzlich nicht verstanden, warum man da nicht offensiver mit umgegangen ist, mit dieser Frage. Wenn es Rechtsextremisten gibt, dann möchte ich,

dass der MAD die im Blick hat. Das fällt auf bei Uwe Mundlos. Und wir haben einen Ausdruck - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Bundeswehr sie aus dem Dienst entfernt!)

- Bitte, was?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Bundeswehr sie rausschmeißt!)

- Ja, genau, dass natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Genau, da haben wir ja schon drüber gesprochen.

Wir haben einen Ausdruck aus einer alten Datei, die es bei Ihnen mal gab. Sie kennen den Vorgang vermutlich. Das ist Ihnen berichtet worden. Wir haben da so einen Auszug aus so einer Datei. Ich weiß nicht genau, wie die heißt, „Vera“ oder „Verona“ oder irgendetwas so.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** „Veranda“.

**Dr. Eva Högl (SPD):** „Veranda“, genau. MAT A BMVg-6/1: „Veranda“. Und das ist vom 19.09.2012. Wir haben uns erklären lassen, dass da Experten dran mussten, um diesen Ausdruck zu machen. Da ist der Ablauf von der ersten Meldung - Uwe Mundlos ist ja aufgefallen durch rechtsextreme Verhaltensweise - bis zur Befragung MAD - und dann ist er am Ende seiner Wehrdienstzeit - drauf.

Warum, Herr Brüsselbach, ist diese Abfrage nicht schon viel früher gemacht worden? Sie wissen ja, dass wir am 11.09. Herrn Huth terminiert hatten. Ich sage das noch mal: Wir haben erst danach die Personalakte bekommen. Und offensichtlich ist erst danach mal versucht worden, dieses alte „Veranda“-System noch mal zu aktivieren und den Ausdruck zu machen. Das habe ich nicht verstanden. Warum haben Sie nicht beispielsweise mal so einen Ausdruck da machen lassen; denn da ist ja dann rausgekommen, inwieweit der MAD befasst war mit Uwe Mundlos?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Weil mir und, soweit ich weiß, den leitenden Mitarbeitern der Abteilung zu dieser Zeit überhaupt nicht bekannt war, dass es noch Reste

dieser Datei im MAD-Amt gab. Das ist mir nie vorgetragen worden. Im Nachhinein habe ich erfahren, dass ein findiger Mitarbeiter sich erinnert hat und dann zu seinen Vorgesetzten gesagt hat: Da gibt es noch Reste dieser Datei. - Ich kannte diese Datei nur aus meiner Vorvorzeit im MAD, und ich wusste - und mit nichts anderem habe ich auch gearbeitet -, dass die Abteilung Extremismusabwehr im MAD längst, Mitte des Jahrzehnts ungefähr, auf die Datei EXA 21<sup>4</sup>, also Extremismusabwehr 21, umgestellt war und dass mit „Veranda“ weder gearbeitet wurde noch dass sie dazu noch hätte dienen können, um Informationen oder Reste von Informationen zu generieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie haben Sie denn davon erfahren, dass es noch so einen „Veranda“-Auszug gibt, so einen Ausdruck? Da waren Sie ja schon nicht mehr im Dienst.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das habe ich am 5. November erfahren, als ich im MAD-Amt war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** 5. November 2011?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** 5. November 2012, als ich nach der Ladung im MAD-Amt war -

**Dr. Eva Högl (SPD):** 12? Ah, okay, als Sie sich vorbereitet haben.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - und man mir das erzählt hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay, alles klar. Da haben Sie das dann im Rahmen Ihrer Vorbereitung erfahren. Und dann haben Sie ja auch den Ablauf gesehen; denn Sie haben sich das ja sicherlich angeguckt. Das ist ja ein Beleg neben dem Befragungsprotokoll dafür, dass der MAD mit Uwe Mundlos Kontakt hatte.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Sorry, bei den Unterlagen, die man mir dort gezeigt hat, war dieser Auszug, soweit ich das erinnere, nicht dabei. Also, da müssten Sie mir den Ablauf noch mal kurz in Erinnerung - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Also, ich will nur auf eine Frage noch mal kurz hinaus, nämlich die späte Befragung. Das ist etwas,

wofür wir eine Erklärung brauchen. Uwe Mundlos fällt auf Mitte August 1994 durch rechtsextremeres Verhalten. Das haben wir schon erörtert. Dann gibt es auch ein Strafverfahren, Arrest wird beantragt, wird aber nicht verhängt. Und die Befragung ist dann im März, am 9. März 1995. Am 31. März 1995 endet seine Wehrdienstzeit. Wie kommt das zustande, dass er so spät befragt wurde? Haben Sie da eine Erklärung für?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das aus Ihrer Sicht nicht auch zu lang, der Zeitraum zwischen Auffallen durch rechtsextremeres Verhaltensweise und Aktivität des MAD?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist fraglos zu lang. Ich denke, dass man diese Frage „Wie waren die Zusammenhänge?“ nur beantworten könnte, Frau Abgeordnete, wenn man diese Akte Mundlos, also in Ihrer MAD-Konsistenz, hätte, nachvollziehen könnte: Gab es andere Kontakte? War der MAD in der Truppe? Hat er mit dem Vorgesetzten gesprochen? Hat er mit dem Disziplinarvorgesetzten gesprochen? Hat er mit dem nächsthöheren Vorgesetzten gesprochen? Hat er mit anderen aus der Gruppe, aus der Stube, aus dem Zug gesprochen? Wer hat eigentlich was zu dieser Zeit zwischen Truppe und MAD und zwischen MAD und Truppe getan? Das ist ja, soweit ich das verstanden habe, auch aus den anderen Akten nicht ersichtlich. Die Zeit ist zu lang. Es gibt nicht erst seit meiner Zeit, sondern seit Längerem, wahrscheinlich seit Ende 90, die mehrfach wiederholte Weisung - und zwischen uns und dem Ministerium so abgesprochen -, dass verzugslos zu befragen ist, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, genau, das meinte ich auch.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - wenn ich eine Befragungsbasis habe, und dass nach der Befragung verzugslos zu informieren ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. - Vielen Dank dafür.

Dann möchte ich noch mal auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Sie haben vorhin ausgeführt - ich weiß nicht mehr,

<sup>4</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

auf die Frage von welchem Kollegen -, dass Sie angesprochen wurden von zivilen Verfassungsschutzämtern und dann quasi gebeten wurden, Leute mal zu befragen, weil die in Betracht kamen oder im Fokus von den zivilen Ämtern waren. Das finde ich einen sehr interessanten Gesichtspunkt. Sie haben das so ähnlich formuliert. Aber können Sie das noch mal ausführen, wie da die Zusammenarbeit war, weil - ich hatte das auch schon Herrn Huth gefragt - wenn man so spät befragt, ja - - Herr Huth hat auch gesagt: Natürlich gab es dann auch ein Interesse daran, nicht nur die zivilen Verfassungsschutzämter zu informieren, sondern gegebenenfalls die Person auch zu übergeben und zu ermöglichen, dass die zivilen an denen dranbleiben. Wie war das genau?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Da müssten wir jetzt die beiden Phänomenbereiche, Personengruppen Verdachtspersonen und Quellen, also V-Männer und Ähnliches, auseinanderhalten. Ich denke - ich habe das vorhin im Zusammenhang mit Quellen ausgeführt -, dass Quellen, auch wenn sie den anderen Kollegen nicht namentlich oder in der Identität bekannt waren, durch die Aussteuerung der von Ihnen gelieferten Informationen aus dem MAD in den Verfassungsschutzbereich dort informationell Aufsehen erregt haben; so will ich das mal formulieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und wie war das bei Verdachtspersonen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Und bei Verdachtspersonen war das so, müsste das so gewesen sein, dass nur dann spezielle Fragen von Verfassungsschutzbehörden zu speziellen Themen an spezielle Verdachtspersonen gerichtet wurden, wenn die Partnerbehörden davon wussten, dass der Betroffene in der Bundeswehr als Verdachtsperson bearbeitet wird und eine Befragung ansteht. Das dürfte die Ausnahme gewesen sein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann haben die gesagt: „Wenn ihr den fragt, dann fragt doch auch noch mal“ -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - „den und jenen“? Also, so war die Zusammenarbeit?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** So nach dem Studium der Akten. So stelle ich mir das auch vor in jener Zeit nach dem Abtauchen des Trios.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie auch bei den Befragungen durch den MAD zum Teil bei diesen Verdachtspersonen die Grundlage dafür gelegt, dass die dann - ich nenne es jetzt mal untechnisch - übernommen werden konnten, also dass das fortgeführt werden konnte durch die zivilen Verfassungsschutzämter? Weil uns ist das allen ja aufgefallen, dass bei der Befragung von Uwe Mundlos - - Die Befragung endet ja - Sie haben das gesehen; wir haben das Befragungsprotokoll - mit der Frage, ob er sich vorstellen kann, Anschläge auf Asylantenheime der Polizei oder den Verfassungsschutzbehörden zu melden. Wir haben uns ja gefragt: War das ein Werbeversuch? - Zum Ende der Wehrdienstzeit auch nicht besonders einleuchtend. Aber war das vielleicht ein Versuch, dann so eine Übergabe an ein ziviles Amt auch zu ermöglichen? Wie qualifizieren Sie das denn?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich daraus nicht erkennen, Frau Abgeordnete. Soweit ich das richtig gesehen habe, ist es ja nur eine Anmerkung. An dieser Stelle wurde -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - die Verdachtsperson gefragt. Ein Anwerbeversuch des MAD war es sicher nicht. Das schließe ich aus. Die Vorbereitung eines möglicherweise späteren Anwerbeversuchs für eine Verfassungsschutzbehörde - danach sieht es auch nicht aus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn er mit Ja geantwortet hätte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wenn er mit Ja geantwortet hätte, was wäre dann passiert?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist die spannende Frage, finde ich.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist die spannende Frage. Das ist jetzt eine reine Hypothese.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon wieder eine gute Frage!)

Dann hätte man es - was auch immer der Verfassungsschutz damit macht und um welche Verfassungsschutzbehörde es sich handelt - mit dem Ausscheiden und mit diesem Bericht der betreffenden Stelle übermitteln müssen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und denen gesagt: „Bleibt da mal dran; der kommt infrage“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ratschläge an andere -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie nicht gegeben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - sind ein schlechter Ratgeber.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe noch eine Frage, die mich sehr interessiert. Da Ihre Expertise - - Sie sind ja sehr erfahren. Ich stelle mir die Frage, ob es überhaupt möglich ist, in der Bundeswehr Rechtsextreme als V-Leute zu führen. Das halte ich für eine andere Frage als ansonsten bei den Parteien oder bei anderen Gruppierungen oder so. Es handelt sich hier um eine staatliche Einrichtung, Bundeswehr. Wenn man da bekenkende Rechtsextreme hat, die als V-Leute führt - ich will Ihnen ganz offen sagen: ich halte das für ein Sicherheitsrisiko, insbesondere wenn es nicht mehr nur, nur in Anführungsstrichen, um Wehrdienstleistende geht, sondern wir jetzt eine Berufsarmee haben -: Wie beurteilen Sie das als erfahrener Experte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Beim Thema Quellenführung ganz allgemein muss man zunächst mal sehr unterscheiden zwischen Verfassungsschutz und MAD.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich frage Sie jetzt in Sachen MAD und Bundeswehr.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Beim MAD - das haben Sie ja zu Recht und so deutlich hervorgehoben -, in Sachen MAD können es nur Angehörige der Bundeswehr

sein. Das heißt, diese Angehörigen der Bundeswehr, Soldat - mehr - oder auch zivile Angehörige der Bundeswehr, befinden sich, wie man früher gesagt hat, in einem besonderen Gewaltverhältnis. Also, sie unterliegen zahlreichen Rechten und Pflichten, und das Gleiche gilt für den Dienstherrn. Deshalb bestand, soweit ich das zurückerinnere - also 98, 99, 2000 und folgende bis zu meinem Ausscheiden im BMVg -, die Weisung des Staatssekretärs, keine Rechtsextremisten in der Bundeswehr als Quellen zu werben. Da gibt es auch entsprechende Erlasse. Es durften also nur ehemalige Angehörige von rechtsextremistischen Organisationen, und wenn nicht Angehörige, dann nur solche geworben werden, die sich glaubhaft vom Rechtsextremismus distanzieren und vollumfänglich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung dieses Landes bekannt hatten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Tören, bitte.

**Serkan Tören (FDP):** Ich würde sonst gern da weitermachen und mal allgemein Sie fragen: Wie läuft das denn bei einem Anwerbeversuch, oder wie läuft das technisch ab, und wann entscheidet man sich eigentlich für jemanden dann, dort zu fragen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das bedarf sorgfältigster Prüfung und deshalb einer gehörigen Zeit. Also, zunächst muss ich Informationen zur Person haben, muss Informationen haben zu seinem dienstlichen Umfeld. Ich muss Informationen zu seinem privaten Umfeld haben. Oft ist mit den Personen auch vorher schon gesprochen worden als Verdachtsfall, wobei sich dann herausgestellt hat, dass dieser Verdachtsfall nicht bestand oder die Verdachtsumstände nur sehr gering waren oder die Verdachtsumstände auszuräumen waren. Dann wird mittels verschiedener Papiere im Amt bis hinauf zum Präsidenten mittels Vorlagen und Vorschlägen entschieden, ob man einen Werbeversuch macht. Wenn man einen Werbeversuch macht, wird der entsprechend vorbereitet, und dann wird mit dem Betroffenen gesprochen, ob er sich vorstellen könnte, im Rahmen seiner Funktion als Soldat in der Bundeswehr und seiner Kenntnis über diese und jene Zusammenhänge und

Personen dem Militärischen Abschirmdienst Informationen zu liefern.

**Serkan Tören (FDP):** Jetzt noch mal zur Klarstellung: Bevor man überhaupt einen derartigen Versuch startet, geht das Ganze erst mal bis hoch zum Präsidenten. So habe ich Sie richtig verstanden?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Bei Verbindungsmännern, also bei VM-Leuten, bis zum Präsidenten, bei den anderen Quellen, Gewährspersonen und Hinweisgebern, bis hin zum Abteilungsleiter - ja, Abteilungsleiter.

**Serkan Tören (FDP):** Dann entscheidet man sich für einen Versuch. Technisch läuft das dann so, dass man dann so eine Art Interview dann durchführt oder bzw. eine Befragung. Und dann die Entscheidung. Können Sie dazu was sagen? Wie wird die getroffen? Okay, jetzt akzeptiert das jemand. Gibt es ein Okay „Ich möchte gerne kooperieren“? - Wie wird das in den Akten vermerkt? Wird das überhaupt vermerkt, und wie sind dann die weiteren Entscheidungsabläufe?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Da müssen Sie wieder, Herr Abgeordneter, zwischen den verschiedenen Quellen unterscheiden. Ich fange mal oben an, beim Verbindungsmann. Da gibt es eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Betreffenden mit Unterschrift, und die kommen in die Akten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das BMVg meldet sich zu Wort. Herr Witz, was ist Ihr Beschwernis?

**RD Torsten Witz (BMVg):** Herr Vorsitzender, wir kommen jetzt langsam in den Bereich dessen, wo wir die Grenze verlassen oder überschreiten zwischen öffentlicher Sitzung und nichtöffentlicher Sitzung, weil wir hier sehr stark in die Eigenmethodik abdriften.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, Herr Brüsselbach, nehmen Sie den Hinweis von Herrn Witz so auf, dass Sie nicht allzu detailliert das Herangehen des MAD an solche Fragen schildern.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich will es gerne allgemein beantworten. All das, was dort geschieht, wird schriftlich niedergelegt und auf der entsprechenden Hierarchieebene zur Kenntnis genommen, gelesen und entschieden.

**Serkan Tören (FDP):** Die Frage ist ja schon gestellt worden. Der Anwerbeversuch geht hoch bis zum Präsidenten - teilweise; es kommt nämlich drauf an. Kann ich auch die Frage stellen: Auch die Entscheidung als solche, geht das auch hoch bis zum Präsidenten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich meinte, für die wertigsten Quellen die Entscheidung. Die Entscheidung trifft der Präsident.

**Serkan Tören (FDP):** Jetzt haben Sie vorhin auch schon geantwortet, dass die Vernehmung von Mundlos 1995 - - Da habe ich Sie richtig verstanden: Sie haben das nicht als einen Anwerbeversuch für den MAD gesehen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Serkan Tören (FDP):** Warum nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es liegt auf der Hand, dass eine erste Frage in dieser Richtung schon zeitlich nicht mehr ausgereicht hätte, der gesamter Vorlauf zur Prüfung, zur Vorlage, zur Befassung, zum Plan gereicht hätte; der rein zeitliche Aspekt. Aber auch inhaltlich entnehme ich dem Bericht, dass der Herr Mundlos erstens ungeeignet gewesen wäre von seinem Werdegang und seinem Herkommen her, überhaupt nicht bereit gewesen wäre, mit dem MAD zusammenzuarbeiten, und deshalb eine Anwerbung aus der Sicht des Entscheidenden für mich - jetzt im Nachhinein in Kenntnis der damaligen Fakten - nicht infrage gekommen wäre.

**Serkan Tören (FDP):** Und für andere Behörden - haben Sie vorhin ja auch schon geantwortet -, da können Sie es aber nicht ausschließen, oder wie habe ich Sie verstanden?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt müssen Sie mich - -

**Serkan Tören** (FDP): In Vorbereitung für andere Behörden.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir bereiten nicht für andere Behörden vor, sondern ich habe den Fall geschildert und gemeint, dass wir schon eine Quelle haben, die treu und ehrlich, berichtstreu - wie wir das sagen - ist, also treu und ehrlich Informationen bringt, was sich ja auch durch Vergleich mit anderen Quelleninformationen anderer Behörden feststellen lässt. Wenn uns da andere Behörden fragen, ob wir mit diesen Personen schon mal sprechen können, ob sie unter Umständen nach Verlassen der Bundeswehr bereit wären, mit einem anderen Nachrichtendienst zusammenzuarbeiten, dann haben wir das getan.

**Serkan Tören** (FDP): Nur kurz. Würden Sie das bestätigen: Ich habe hier noch mal - das halte ich Ihnen vor - die Zeugenaussage von Herrn Huth, den wir hier hatten. Ich zitiere mal:

An der Schule für Verfassungsschutz, Lehrgruppe Bad Ems, wurden alle Ermittler darauf hingewiesen, bei Befragungen im Extremismusbereich diese Frage zu stellen, explizit. Aus zwei Gründen. Der eine Grund war: Wie lässt sich die Person darauf ein? Weil es schon für die Bewertung: „Ist es ein Extremist: ja oder nein?“ sehr wichtig ist, wie er sich verhält.

Und in den anderen Fällen war es einfach so: Wir haben durch diese Befragung die Möglichkeit geschaffen für andere Behörden, später eventuell auf Personen zuzugehen. Denn wir konnten diese Personen gar nicht nutzen; wir wollten sie auch gar nicht nutzen.

Aber die Fragen wurden aus diesen zwei Gründen gestellt. Das ist einfach so, ...

Würden Sie das auch so beurteilen wie der Herr Huth?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zum Lehrstoff zu diesem Thema zu jener Zeit vermag ich nichts zu sagen. Warum diese Frage so formuliert wurde, vermag ich auch nicht zu sagen, bei Mundlos. Aber jedenfalls ist die Standardfrage bei einer Befragung einer Verdachtsperson: Sind Sie bereit, wahre Angaben zu machen, und sind Sie

auch künftig bereit, uns Auffälligkeiten in der Truppe, Vergehen in Richtung Extremismus zu melden? - Ist eine Standardfrage.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich würde weitermachen. Zuvor noch eine kurze Bemerkung. Mir ist vorhin ein Begriff aufgefallen, den ich hier für die FDP so nicht stehen lassen möchte. Also: Aus der Schule der Nationen wurde die Schule der Neonazis gemacht. - Man kann nicht Hunderttausende junger Staatsbürger einziehen, in ein besonderes Gewaltverhältnis zwingen, in Uniform stecken, sie kasernieren für mehrere Monate und am Ende sagen: Das war übrigens die Schule der Neonazis. - Das geht so nicht, und das will ich zurückweisen. Wir kritisieren hier viel und bringen die Dinge auch auf den Punkt. Aber die Diskreditierung der Streitkräfte an der Stelle ist so nicht richtig. Meine Frage ist - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, dazu möchte ich etwas sagen! Wenn ich zitiert werde, dann richtig, Herr Kurth!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dazu können Sie etwas sagen. - Herr Kurth, sind Sie einverstanden, wenn Herr Wieland etwas sagt?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe eine Frage zu Mellrichstadt und der Kaserne; da wäre doch mal interessant.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Zu Mellrichstadt und der Kaserne. Ich habe Sie ja vorhin auch nicht unterbrochen, obwohl ich es - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben mich hier falsch zitiert, Herr Kurth, und dazu sage ich etwas.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe es mir hier aufgeschrieben.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie können auch offenbar falsch schreiben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber wenn Herr Kurth - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viele Fähigkeiten. - Ich habe gesagt - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich würde jetzt gerne zu Mellrichstadt - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, es tut mir leid. Aber Herr Kurth ist nicht damit einverstanden, dass Sie sich jetzt äußern. Deswegen würde ich Sie bitten, sofern Sie jetzt nicht eine Unterbrechung für eine Beratungssitzung wünschen, -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das wünsche ich nicht. Ich rüge - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - dass Sie aus Ihrer Sicht die Dinge klarstellen, wenn das Fragerecht bei den Grünen ist.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch einen Vorhalt als falsch rügen, und das tue ich hiermit und sage, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Das Nähere können wir dann nachher hören.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - meine Äußerung war: Die Bundeswehr war die Schule der Rechtsextremisten. - Das war meine Äußerung, nicht „wurde gemacht“ oder „wurde“; sie war es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Kurth hat das Wort.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gut, dass Sie meine Zurückweisung jetzt noch mal unterstrichen haben, bestätigt haben. Das war an der Stelle sehr wichtig.

In Mellrichstadt hatten wir vorhin über den Befragten gesprochen, dessen Namen wir jetzt hier nicht genannt haben. Die Kaserne befand sich in Bayern. Der MAD hat die Befragung durchgeführt, hatte wichtige Erkenntnisse zu dem Trio erhalten, hat die Erkenntnisse weitergegeben nach Thüringen und nach Sachsen. Wenige Monate nach der Befragung fand der erste Mord statt in Bayern. An Bayern selbst gab es aber keine Meldung zu dieser Aussage. Wie erklären Sie sich das? Ist das ein Verfahren, oder ist

das ein Übersehen gewesen, oder ist das üblich?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich denke, das war und ist das übliche Verfahren, dass der Informationsaustausch zwischen dem MAD, wenn es nicht besondere Lagen oder Erkenntnisse nahelegen mögen - - Der Standardinformationsaustausch zwischen dem MAD findet mit der Verfassungsschutzbehörde statt, wo der Betreffende zu Hause und/oder extremistisch aktiv ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das heißt, wenn ein Hamburger Neonazi in Mittenwald stationiert ist und dort sehr aktiv ist, würden die bayerischen Behörden davon nichts zur Kenntnis erhalten, aber die Hamburger Behörden?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es würden die Hamburger Behörden auf jeden Fall erhalten, und die bayerischen Behörden würden es dann erhalten, wenn der Betreffende auch in Bayern außerhalb der Kaserne und außer Dienst aktiv ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ist das aufrechtzuerhalten, diese Vorgehensweise, oder wäre das zum Beispiel eine Sache, wo man sagen könnte: „Vielleicht überlegen wir uns eine andere Vorgehensweise“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich denke, so wie es geregelt ist, ist das schon vernünftig; denn man muss hinzufügen: Und Bayern hätte es bekommen, wenn Mundlos damals schon in Bayern aktiv gewesen wäre. - So wechselte er zwischen Kaserne Bayern und Aktivitäten in Thüringen. Wenn also irgendetwas, was in Bayern befragt wird, außerhalb der Kaserne dort wesentlich wird, dann bekommen die das auch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, die Zeit der FDP ist abgelaufen, -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - jedenfalls für diese Runde. - Wir haben gleich eine namentliche Abstimmung. Es ist gerade der vorletzte Redner bereits aufgerufen. Deswegen würde ich vorschlagen, jetzt zu

unterbrechen. Wir haben ja gesagt, wir verbinden das mit einer Mittagspause. Das heißt, wir setzen hier um 14.15 Uhr fort und haben dann direkt das Fragerecht der Linksfraktion.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von  
13.16 bis 14.44 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind in der zweiten Berliner Runde, und das Fragerecht hat die Linksfraktion. Die Fragen stellt der Kollege Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Herr Brüsselbach, ich möchte mal eins voranstellen: Wir haben leider nicht feststellen können, also nicht in einem einzigen Fall oder unter einem Aspekt, dass Sie als MAD-Amt in diesem ganzen Rechtsterrorismuskomplex jemals die Staatsanwaltschaft über irgendwas informiert hätten, obwohl es eigentlich aus dem MAD-Gesetz in Verbindung mit dem Bundesverfassungsschutzgesetz notwendig gewesen wäre oder zumindest möglich gewesen wäre. - Das will ich mal voranstellen.

Sie hatten unter anderem ja auch den Grundwehrdienstleistenden und wohl auch Informanten Tibor R. vernommen. Der hat in seiner ersten Befragung durch den MAD darauf hingewiesen, dass er das untergetauchte Trio kenne und dass er vermute, dass Ralf Wohlleben und André Kapke mehr über den Verbleib des Trios wüssten. Der MAD hat dann Tibor R. am 25.03.2001 mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz erneut befragt. Damals wies Tibor R. darauf hin, dass er das Trio persönlich kenne und dass die drei nach Szene-Informationen vermutlich in Chemnitz untergetaucht seien. Dann macht er weiter detaillierte Angaben darüber, dass Uwe Mundlos seit 1996 intensive Kontakte zum „Blood & Honour“-Aktivisten aus Chemnitz hatte, und nennt Namen, weist auch nochmals auf Kapke und Wohlleben als enge Unterstützer der drei Untergetauchten hin.

Durchgängig in den Akten fällt das besondere Interesse des MAD am Aufenthaltsort des Trios also auf. Der Zeuge Huth, der ja lange Jahre der Rechtsextremismus-Abteilung Ihres Hauses vorstand, hat uns dazu auf Nachfrage, ob es denn einen besonderen Auftrag gegeben habe für seine Abteilung, nach dem Trio zu fragen, zunächst gesagt,

nein, den habe es nicht gegeben. Und dann, als intensiv auch noch mal nachgefragt und Fundstellen vorgehalten wurden, hat er eingeräumt, dass es da wohl Erinnerungslücken gäbe.

Herr Brüsselbach, haben Sie möglicherweise in letzter Zeit mal mit Beteiligten des Amtes insoweit gesprochen, also nach dem 04.11.2011, hat es also aus Ihrer Sicht oder nach Ihrer Kenntnis einen Auftrag für den MAD gegeben, nach dem Trio zu suchen, nachdem es 98 abgetaucht war, bzw. können Sie unseren Eindruck bestätigen, dass Sie danach gesucht haben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt, Herr Abgeordneter, betrifft das nicht meine Zeit im Amt, also nur das, was ich retrospektiv jetzt nach dem 04. bzw. 08.11.2011<sup>5</sup> aus den Akten entnommen habe. Diese Befragung, wenn das die nämliche ist, auf die Herr Abgeordneter Binninger reflektiert hat - Chemnitz ist mir nicht bekannt -, die habe ich nicht gelesen. Ob es einen Auftrag - in Anführungszeichen - gab, kann ich nicht sagen. Ich habe keinen Auftrag gesehen. Ich habe keine gemeinsame Entschließung der Sicherheitsbehörden gesehen, nach ihnen zu suchen. Aber die ganzen Befragungsberichte, die ich gelesen habe, sofern darin die drei oder eine von diesen drei Personen vorkommen, die lesen sich für mich im Nachhinein so, als wenn alle Beteiligten, hier der MAD, gefragt haben. Wenn sich Gelegenheit gab, sprich Personen aus der Szene, aus diesem geografischen Bereich, dann wurde danach gefragt; das war mein Eindruck. Nicht durchgängig; aber wenn es Anlass gab in den Befragungen - welchen Anlass auch immer; ich kenne da die Gesamtzusammenhänge aller Akten nicht -, dann wurde danach gefragt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Und was ist dann denn aus diesen Erkenntnissen geworden, die Sie gewonnen haben bei den Befragungen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe keine Erkenntnisse gesehen. Außer der eigenen Quellenerkenntnis, die Richtung Kreta ging, habe ich keine Erkenntnisse gesehen in diesen Akten, die mir jemals gesagt hätten: Ja, der MAD wusste zu diesem und jenem Zeitpunkt, da sind sie, oder da könnten sie sein.

<sup>5</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Welcher Weg hätte denn eingeschlagen werden müssen, wenn es Erkenntnisse gegeben hätte, die Sie vielleicht nicht hatten, aber andere Kollegen, wenn sie damit befasst gewesen wären. Hätte man die Staatsanwaltschaft informieren sollen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dann hätten die sofort an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden müssen, es sei denn, sie sind vielleicht quellengeschützt. Wenn Sie auch die Übermittlungsvorschriften des MAD-Gesetzes an die Staatsanwaltschaften bzw. an die Polizeien vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Leitung, also Staatsanwaltschaften - besser - - danach fragen, dann hätte nichts dagegen gesprochen, das nicht auch der Staatsanwaltschaft zu geben. Ob es eine Absprache zu jener Zeit gab in Richtung bestimmter Länder - Thüringen usw. -, dass man im Verfassungsschutzverbund sagt: „Zunächst tausche ich im Verfassungsschutzverbund aus, also MAD und BfV geben das an das LfV X, und diese geben es an die Polizei“, vermag ich nicht zu sagen. Wäre aber auch denkbar; würde nicht gegen die Übermittlungsvorschriften sprechen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Haben Sie retrospektiv eine Erklärung dafür, dass - jedenfalls nach unserer Kenntnis - keinerlei Informationen bei den Staatsanwaltschaften angekommen sind?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Fertig? - Das Fragerecht hat jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann will ich die Gelegenheit doch mal nutzen. Herr Brüsselbach, Sie haben vorhin auf die Frage der Kollegin gesagt, in diesem Jahr, nein, im Dezember letzten Jahres habe sich der Bundesnachrichtendienst an Sie gewandt - also nicht an Sie persönlich, sondern an den MAD - und gefragt, ob Sie einen Kontakt herstellen könnten. Haben Sie denn nun Kontakt hergestellt oder nicht? Konnten Sie oder nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt habe ich die Geheimakten selbstverständlich nicht vorliegen und den Text der Papiere auch nicht in Erinnerung. Aber meiner Erinnerung nach haben mir meine Leute gesagt, der Kontakt sei zustande gekommen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie ins Mikrofon reden? Sonst wird es zu schwierig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Entschuldigung!

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bitte.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meiner Erinnerung nach haben meine Leute auf ihre Recherchen hin mir berichtet, der Kontakt sei zustande gekommen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie denn, was bei diesem Kontakt dann rausgekommen ist?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Könnte es sein, dass bei dem Kontakt rausgekommen ist, dass die US-Seite Hinweise darauf hat oder haben soll, dass nicht, wie der *Stern* damals geschrieben hat, geheimdienst- oder nachrichtendienstliche Mitarbeiter in Deutschland unterwegs gewesen sein sollen in der Zeit, als der Mord an Frau Kiesewetter begangen wurde, also am 25.04.2007, sondern dass es sich um FBI-Beamte gehandelt habe, die dann auch am nächsten Tag wieder weg gewesen wären? Da wissen Sie gar nichts von?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mir ist gesagt worden und aufgeschrieben worden und mit Unterschrift versehen worden, dass dieser Kontakt zustande kam, dass er gesucht wurde. Ich weiß wohl, dass er zustande kam. Über die Inhalte weiß ich nichts. Aber wenn ich richtig unterrichtet bin - sonst müssen Sie mir einen Vorhalt machen aus den Akten -, war die Kontaktperson nicht vom FBI, die wir genannt haben; die war nicht FBI.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das habe ich in Erinnerung, dass das nicht FBI war. Wo die FBI-Spur oder angebliche Spur herkommt, vermag ich nicht zu sagen, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie auch nie an einer Besprechung teilgenommen mit Ihrem Kollegen vom Bundesnachrichtendienst, -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wo darüber geredet worden ist?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, habe ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keinerlei Erkenntnisse dazu?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe an keiner solchen Besprechung teilgenommen. Ich weiß, dass es eine solche Besprechung gegeben haben soll.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, zwischen MAD und BND?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zwischen MAD und BND nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht. Sondern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es soll eine Besprechung gegeben haben im Kanzleramt, an der ich nicht teilgenommen habe, und da soll gesagt worden sein, dass man hinsichtlich dieser Geschichte mal den MAD fragen möge. Mehr weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja und, ist er nun gefragt - - Ich meine, MAD waren Sie ja oder zuständig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja. Dann kam ja der Brief. Also, ich habe das so in Zusammenhang gebracht, dieses Gespräch, und dann die Frage an mich wurde transportiert durch den Brief.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie da nicht interessiert, was denn nun der BND von der Stelle wissen wollte?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es hätte mich interessiert. Aber ich habe es nicht als meine Aufgaben und in meiner Befugnis angesehen, den BND jetzt nun zu fragen, was er denn mit diesem Kontakt angefangen hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, ob die Bundesanwaltschaft da auch eingeschaltet worden ist, Monate später, und sich dann auch Informationen besorgt hat?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich weiß, dass die Bundesanwaltschaft sich Monate später an uns gewandt hat und sich die Informationen, den Schriftverkehr hat vorlegen lassen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich den Schriftverkehr mal angeguckt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Bitte?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich den Schriftverkehr mal angeguckt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Den Schriftverkehr mit der Bundesanwaltschaft? Nein, den - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, den die Bundesanwaltschaft sich hat vorlegen lassen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das waren ja nur - - Was wir vorgelegt haben, waren die Anfrage und mein Antwortschreiben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da ging es nicht um FBI-Mitarbeiter?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Für mich war die Anfrage der Bundesanwaltschaft -- Ob da jetzt „FBI“ mit dem Titel stand, vermag ich nicht zu sagen. Die Anfrage der Bundesanwaltschaft war: Da hat es doch einen Schriftverkehr gegeben zwischen denen und dem MAD-Amt. Bitte, den uns zu den Ermittlungsakten zu geben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe in einem Pressebericht gelesen, dass am 2. Dezember 2011 ein Verbindungsbeamter des US-Nachrichtendienstes mit einem BND-Mitarbeiter telefoniert habe und in dem Gespräch habe der amerikanische Beamte geäußert, man habe auf US-Seite Hinweise darauf, dass es sich um FBI-Mitarbeiter gehandelt haben soll, die in Deutschland --

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Herr Kollege!)

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Nicht geheim?)

- Seit wann ist *Spiegel Online* geheim? Oder?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Ja, ja!)

- Ist das neuerdings so?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aus *Spiegel Online* darf Herr Ströbele in öffentlicher Sitzung zitieren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie dürfen aus *Spiegel Online* in öffentlicher Sitzung zitieren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich ja getan.

(Sönke Rix (SPD): Aber die Antwort ist natürlich jetzt geheim!)

- Wieso denn?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat doch der Zeuge zu entscheiden!)

Also, Herr Brüsselbach, ist das so oder nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Können Sie die Frage noch mal wiederholen, die ich jetzt mit Ja oder Nein beantworten soll?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Ja oder Nein brauchen Sie -- Die können Sie auch ausführlicher beantworten.

Ein Verbindungsbeamter des US-Nachrichtendienstes habe am 2. Dezember 2011 mit einem BND-Mitarbeiter telefoniert. In dem Gespräch habe der amerikanische Beamte geäußert, man habe US-Hinweise darauf, dass möglicherweise FBI-Beamte im Rahmen einer Operation auf deutschem Boden -- zwei Mitarbeiter nach Deutschland habe reisen lassen und diesen Vorfall -- nach dem Vorfall in Heilbronn wieder zurückbeordert worden seien.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wenn ich das so erinnere wie Sie, Herr Abgeordneter, dann nicht aus dienstlichem Wissen, sondern weil ich wahrscheinlich auch diesen Artikel gelesen habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dienstlich nichts?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat denn bei Ihnen das dann bearbeitet?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Die Abteilung II unter Herrn Christmann.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kretschmann?

(Zurufe: Christmann!)

- Christmann, ach so.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Unter Herrn Christmann.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. -- Dann habe ich dazu erst mal keine Frage mehr. Dann müssen wir andere fragen, wenn wir die vollständige Akte dazu haben.

Jetzt noch mal ein Vorhalt im Anschluss an das, was Ihnen schon vorgehalten worden

ist. Haben Sie jemals davon erfahren, dass im September 2009 [sic!] der „Thüringer Heimatschutz“ sich bemüht habe, sich eine reine Weste zu machen und sich nach außen so darzustellen, dass er nichts mit Gewalt zu tun habe, und dass er deshalb zum Schein sich auch distanziert habe von dem Bombenbauertrio und dass mit diesem Verhalten des „Thüringer Heimatschutzes“ - so sollen Sie, also nicht Sie persönlich, sondern der MAD, erfahren haben von einer Quelle - die drei gesuchten Bombenbastler ausdrücklich einverstanden gewesen sein sollen? Haben Sie davon erfahren?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zunächst einmal habe ich, Herr Abgeordneter - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie müssen noch mal bitte das Mikrofon aktivieren. Ich habe Sie leider versehentlich ausgeschaltet.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zunächst mal habe ich auch diesen Artikel gelesen, den Sie jetzt zitieren. Dann habe ich versucht, mich zu erinnern, ob das nicht schon in dem Bericht stand, in dem entsprechend eingestuftem Bericht, Gesamtbericht, den das BfV ja in mehreren Fassungen zeitlicher Abstufung hergestellt hat, wo auch der MAD viermal in Bezug auf die Bombenbauer vorkam. Und ob das einer dieser Sachverhalte war, vermag ich nicht mehr zu sagen. Die Sachverhalte, die ich mit Sicherheit erinnere, waren die, die mir der Herr Abgeordnete Binninger schon vorgehalten hat in dem Bericht; also eins, zwei. Und was drei und vier waren, vermag ich nicht genau zu sagen. Wenn es aber vom MAD kam und von uns ausgesteuert worden ist, dann müsste es auch in diesen Unterlagen gestanden haben.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was mich jetzt daran interessiert - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, ich darf auf die Zeit hinweisen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben gesagt, wenn das - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir haben noch eine weitere Runde.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir haben gleich noch eine weitere Runde.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Vorsitzender, vielleicht kann ich die Frage noch stellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, bitte, dann stellen Sie die.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn das dann ausgesteuert worden ist und an das Bundesamt für Verfassungsschutz mitgeteilt worden ist und Sie damals - Sie nicht persönlich, aber der MAD - wussten, dass zu diesem Zeitpunkt die drei bereits seit zweieinhalb Jahren gesucht wurden: Warum hat der MAD jetzt nicht versucht, über diese Schiene, wo ja offenbar Kontakt zu den dreien da war, zu erfahren, wo die sind, und das dann der Polizei mitzuteilen oder überhaupt diesen ganzen Vorgang der Polizei mitzuteilen, die ja angeblich fieberhaft nach denen gesucht hat?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das vermag ich so nicht zu beantworten, Herr Abgeordneter. Nach den Papieren, die ich gelesen habe - mögen sie vollständig sein oder nicht -, hat der MAD niemals einen konkreten Hinweis aus seiner Quellenlage gehabt, wo die drei sein könnten, Ausnahme Kreta, was sich ja als - ich weiß nicht - Chimäre herausgestellt hat.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber wie man an die drankommt, das steht ja hier in dem - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich kann nicht nachvollziehen, was das BfV mit dieser Information gemacht hat.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, der MAD, was der MAD - - wie man an die drankommt. Eine Quelle weiß, wie man an die drankommt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dieses Stück Papier, wo steht, eine Quelle weiß, wie

man an ihn rankommt, habe ich nicht gesehen oder jedenfalls nicht mehr in Erinnerung. Ich habe dieses nicht gesehen. Sonst hätte ich das mit meiner Aufmerksamkeit so auch aufgenommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. - Herr Kurth hatte eine Verständnisfrage, oder habe ich das falsch gedeutet?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe eine Verständnisfrage. Herr Ströbele, können Sie die Zeitangabe noch mal wiederholen und die Quelle, aus der Sie - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzte?)

- Ja. Also, wann hat der „Thüringer Heimatschutz“ sich von dem Trio distanziert? Das hatten Sie ja angegeben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der „Thüringer Heimatschutz“, das soll im September 2000 gewesen sein. Da waren die drei genau zwei Jahre und acht Monate unterwegs, wenn ich das jetzt richtig rechne. Da soll der „Thüringer Heimatschutz“ diesen grandiosen Beschluss gefasst haben, sich jetzt nach außen von denen zu distanzieren, und die sollen ausdrücklich einverstanden sein, dass - - Die Jenaer Bombenbastler, die drei, sollen damit einverstanden gewesen sein. Danach muss ja die Quelle Informationen gehabt haben über die drei untergetauchten Bombenbastler.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, es ergibt sich, Herr Kollege Kurth, aus den MAD-Akten, die zur Einsichtnahme in Berlin-Treptow ausgelegt worden sind. Es gab eine Quelle mit dem Decknamen Harm (?). Das stand auch schon öfter in der Zeitung. Deswegen kann ich das sagen. Die war sehr nahe an einem der führenden Aktivisten des „Thüringer Heimatschutzes“ und hat unter anderem über Gespräche mit diesem Aktivisten berichtet, dass dort eine Kaderliste in Vorbereitung sei und dass man da auch - - also sozusagen die Hardcore-Fraktion gebildet werden sollte innerhalb des THS und da auch die beiden Untergetauchten, Mundlos und Böhnhardt, in Betracht kämen. - So. Bevor wir jetzt zur nächsten - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit eingebunden soll

auch Herr Ralf Wohlleben gewesen sein, der gemeinsam mit den dreien - inzwischen wissen wir ja, dass er angeklagt ist - in diese Pläne, in dieses Vorhaben eingebunden war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bevor wir zur nächsten Berliner Runde kommen, hat freundlicherweise die Unionsfraktion mir eingeräumt, ein paar Fragen einzuflechten.

Ich weiß nicht, Herr Reinfeld, haben Sie inzwischen klären können, wann die Sicherheitsbehörden zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, dieses Video zu sehen im November?

**MR Richard Reinfeld** (BMI): Wir sind noch in der Klärung. Der Kollege vom BKA ist noch draußen. Sobald ich es habe, teile ich es Ihnen mit, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Ich habe mir noch mal Unterlagen kommen lassen aus dem Ausschusssekretariat, Herr Brüsselbach, weil ich mich nicht erinnern konnte, etwas gelesen zu haben, was Sie vorhin behauptet haben. Sie haben vorhin behauptet, Sie hätten am 8. November 2011 veranlasst, dass Ihr Haus mal prüft, ob Mundlos bzw. Böhnhardt mal bei der Bundeswehr waren.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe schon auf die Nachfrage bzw. auf den Vorhalt der Abgeordneten Dr. Högl, Herr Vorsitzender, geantwortet, dass das am 8. ff. gewesen sein muss.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das war am 14.11. Nach den Akten war es am 14.11. Ihr eigenes Amt hat uns - das ist der Ordner MAT A MAD-5 - eine Übersicht der Chronologie zur Verfügung gestellt, was denn der MAD an Aktivitäten entfaltet habe. Das beginnt:

In Vorbereitung auf die Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums

- also des Bundestages -

am 15.11. hat MAD-Amt durch Anfrage beim Bundesamt für Wehrverwaltung ermittelt, dass Mundlos 94 bis 95 Wehrdienst geleistet hat. Präsident MAD wurde erstmalig am 14.11. hierüber unterrichtet. (?)

Diese Information findet sich auch in den Akten. Also, die datiert in der Tat vom 14.11. Das ist ein Schreiben, das ist an Sie gerichtet, und da heißt es:

Im Rahmen der Berichterstattung im Zusammenhang mit mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten wurde unter anderem Uwe M. (38 Jahre) benannt. Hierbei handelt es sich um Mundlos, Uwe, Personenkennziffer ... (?)

Und dann steht da:

M. leistete seinen Wehrdienst im Zeitraum 94 bis 95 in Bad Frankenhausen ab. (?)

Also, dass Sie davor irgendetwas an Aktivitäten entfaltet hätten, kann ich dem nicht entnehmen. Der Eindruck, der sich aus den Akten ergibt, ist der: Für den 15.11.2011 war hier im Bundestag eine Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Parlaments anberaumt. Daraufhin haben Sie einen Tag vorher veranlasst, dass mal nachgefragt wird in Ihrem Haus bzw. konkret bei der Wehrverwaltung: Waren Böhnhardt und Mundlos mal zu irgendeinem Zeitpunkt Angehörige der Bundeswehr?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das lese - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, dass Sie da sozusagen eigeninitiativ tätig geworden sind, findet sich nicht. Ich würde aber sagen, Herr Brüsselbach, wenn Sie vorher tätig geworden sein sollten, würden Sie doch einen solchen wichtigen Vorgang sicherlich als Leiter eines 1 200 Personen umfassenden Amtes dokumentiert haben.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das lese und interpretiere ich etwas anders, Herr Vorsitzender. Der - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie sich definitiv erinnern, dass Sie vor dem 14.11. Weisung erteilt haben: „Schaut mal nach, ob die beiden Angehörige der Bundeswehr waren“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich meine, mich so zu erinnern, vor dem 14.11. Weisung gegeben zu haben, das zur prüfen, und, wie es das Papier sagt, am 14.11. über

das Ergebnis dieser Recherche unterrichtet worden zu sein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Tja, das ist nun ein Problem. Herr Brüsselbach, Sie werden unterrichtet mit Datum vom 14.11.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:**

Betreff: Sonder-PKGr am 15.11.

Bezug: Mündliche Weisung Präsident vom 14.11. (?)

Das heißt, Sie wurden am 14.11. aufgrund einer mündlichen Weisung von Ihnen am selben Tag darüber informiert: Wir haben rausgefunden, Herr Mundlos war bei uns 94/95 als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr. - Sind Sie sich hundertprozentig sicher, dass Sie vor dem 14.11. etwas veranlasst haben? Warum finden wir das nicht in den Akten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher. Wenn Sie mir jetzt beim zweiten Vorhalt den Bezug vorhalten, dann, muss ich sagen, werden meine Leute das richtig aufgeschrieben haben, dass ich erst am 14.11. gefragt habe. Ich meinte aber zu - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und zwar, weil am Folgetag eine Sondersitzung anstand des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Das heißt, wenn es am 15.11. diese Sitzung nicht gegeben hätte, wären Sie auch am 14.11. nicht aktiv gewesen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das kann ich so nicht - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will Ihnen nur mal folgendes Zweites vorhalten, was mir jetzt auch übrigens neu war: Sie sind ein zweites Mal informiert worden, am 22. November. Können Sie sich erinnern?

Aufgrund mündlicher Weisung Präsident vom 22.11. (?)

Können Sie sich erinnern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:**

Betreff: Extremismus-/Terrorismus-  
abwehr

Hier: Mutmaßlicher Rechtsterroris-  
mus; mündliche Weisung Präsident  
vom 22.11. (?)

Wie gesagt, der Vermerk für Sie ist vom  
selben Tag. Also, ähnlich wie am 14.11., wo  
auf Herrn Mundlos hingewiesen worden ist.

In Vervollständigung des Bezugs 1

- das war der Vermerk vom 14.11. ausweis-  
lich des Schreibens hier -

sind nach hiesiger Kenntnis bisher  
nachstehende Personen mit Bun-  
deswehrbezug im Fallkomplex NSU  
pressewirksam geworden:

Erstens. Mundlos. Dienstzeit Bun-  
deswehr 94 bis 95. (?)

Können Sie sich erinnern?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wer  
waren die zwei - - Wer waren zwei und drei?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann  
ich mich nicht dran erinnern, Herr Vorsitzen-  
der.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der  
Zweite ist Herr Dienel.

Bundeswehrzeit 01.01.98 bis  
31.10.98. (?)

Das spricht für einen Wehrpflichtigen,  
nicht? - Dann kommt ein dritter Name. Kön-  
nen Sie sich erinnern, was das für ein Name  
war?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der  
dritte Name ist Ralf Wohlleben.

Bundeswehrangehöriger 02.05.96  
bis 01.05.2000 (?)

Wohlleben war von 96 bis 2000, in einer  
Zeit, wo er führender Funktionär war im THS,  
Bundeswehrsoldat, offenkundig Berufssoldat.  
Wissen Sie, wer Herr Wohlleben ist?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr  
Wohlleben ist die einzige Person, die be-

schuldigt wird im anstehenden Verfahren, die  
neben Frau Zschäpe noch in Haft ist. Wissen  
Sie auch, warum?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** ...  
(akustisch unverständlich)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil  
Herr Wohlleben in einem engen Kontakt zu  
dem Terrortrio gestanden hat. Wie wir nicht  
nur aufgrund der Aussage von Herrn Strö-  
bele, der hier zitiert hat, wissen, war das  
damals bekannt. Herr Wohlleben war übri-  
gens in einer Zeit Bundeswehrangehöriger - -

(RD Torsten Witz (BMVg) meldet  
sich zu Wort)

- Nein, nein, ich führe das hier zu Ende; tut  
mir leid. Das ist hier auch VS.

(Stephan Stracke (CDU/CSU):  
NfD!)

**RD Torsten Witz (BMVg):** Es geht um  
Geburtsdaten und Namensidentitäten, und  
das könnten wir vielleicht aufklären, wenn  
Sie mir sagen würden, welches Geburts-  
datum bei diesem Ralf Wohlleben genannt  
ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also,  
der war zu dem Zeitpunkt 20, 21, zu Wehr-  
dienstzeitanfang.

**RD Torsten Witz (BMVg):** Wir haben  
zwei Geburtsdaten. *Der* Ralf Wohlleben ist  
geboren am 27.02.1975.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hier  
steht kein Geburtsdatum drin. Aber, Herr  
Witz, Sie müssen mir doch jetzt sagen kön-  
nen, ob der Ralf Wohlleben, der hier erwähnt  
wird, der in Schöneck 96 bis 2000 - -

**RD Torsten Witz (BMVg):** Nein, *der* Ralf  
Wohlleben war nicht Soldat. Das habe ich  
gerade noch mal abgeklärt. Er hat keinen  
Bundeswehrbezug. Dieses Stück Papier  
datiert zu einem Zeitpunkt, wo wir noch nicht  
wussten, welcher Ralf Wohlleben mit wel-  
chem Geburtsdatum. Also, *der* Ralf Wohl-  
leben ist geboren am 27.02.75, kein Soldat,  
und der dort aufgelistete Ralf Wohlleben ist  
Soldat gewesen und ist geboren am  
24.06.1976. Die haben beide den gleichen  
Namen. Aber es sind nicht die gleichen Per-  
sonen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Vielen Dank, Herr Witz. - Ich erinnere mich jetzt daran.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha.  
(Heiterkeit)

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schade.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Es tut mir leid, dass ich mich erst auf Vorhalt oder Hilfe erinnere bei dem Umfang der Akten, dass mir gleich bei der Vorlage gesagt wurde, wenn es nicht drinstand, es ist fraglich, ob dieser Ralf Wohlleben der nämliche Ralf Wohlleben ist, und dass mir später gesagt wurde, es ist keine Personenidentität vorhanden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Dann bleibt also jedenfalls festzuhalten, dass sozusagen Ihre Veranlassungen, mal intern zu prüfen, ob es eine Bundeswehrezugehörigkeit von Herrn Mundlos gab, dass das am 14.11. war und nicht früher, mutmaßlich. - Okay. Gut.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, aber mein Ralf Wohlleben war der richtige! - Heiterkeit)

- Ihrer war der richtige. Ja, das stimmt. Das ergibt sich aus dem Zusammenhang der Berichterstattung des Zeugen - Quatsch, des V-Manns.

So. Die Union hat das Wort. Herr Binniger.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wir haben keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die SPD-Fraktion.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben auch keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na so was! - Die FDP-Fraktion. Herr Kurth.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ich habe noch eine Frage zurück zu Extremisten bei der Bundeswehr. Wir hatten die Frage

hier schon mal diskutiert: Warum werden denn überhaupt Rechtsextremisten zum Grundwehrdienst eingezogen? Die Antwort war einleuchtend und nachvollziehbar: Warum sollten sie ausgeschlossen werden von einer Dienstpflicht, die alle jungen Leute durchzuführen haben?

Aber jetzt die Frage: Wie werden sie denn in der Truppe verwendet? Damals kam die Antwort: Wir fördern sie nicht, und wir befördern sie nicht. - Könnten Sie das noch mal uns hier darlegen, wie Sie da vorgehen und nach welchen Maßstäben, welche Maßstäbe Sie anlegen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Vorgegangen sind; denn das betrifft ja nur die Vergangenheit.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja, da haben Sie recht. Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt im letzten Jahr, richtig.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Erstens, Herr Abgeordneter, der Lehrsatz - so will ich das mal bezeichnen - „Es gibt keine Grundwehrdienstausnahme“ ist mir noch bekannt aus den 90er-Jahren. Heute spielt das keine Rolle mehr. Damals müssen Sie natürlich noch einen Fall hinzunehmen, um die verschiedenen Fälle zu unterscheiden: Wie wird ein Rechtsextremist Wehrdienstleistender? - Auch dadurch, dass man es nicht merkt, dass die Information erst aufkommt, nachdem der Betroffene seinen Wehrdienst angetreten hat oder nachdem er erst nach Antritt seines Wehrdienstes in der Truppe als extremismusverdächtig aufgefallen ist. Also, die verschiedenen Fälle muss man unterscheiden.

Was ist dann passiert? Woher auch immer die Information kam - von uns selbst, aus der Truppe oder von Partnerbehörden -: Dann wurden die Dienst- und Disziplinarvorgesetzten über diesen Verdacht schon oder den sich bestätigt habenden Verdacht im Hinblick auf den Extremismus unterrichtet. Und so lange, bis die personalbearbeitenden Dienststellen schriftlich über die vorwerfbaren Sachverhalte unterrichtet wurden und eine Entscheidung treffen konnten - damit so lange nichts passiert -, wurde von uns bei der ersten Unterrichtung den Dienst- und Disziplinarvorgesetzten gesagt: erstens keine Spezialausbildung, keine Sprengstoffausbildung usw., keine Förderung, keine Beförderung. In dieser Zeit, in der die Frage nach der

WDO geprüft wurde: „Was hat mit diesem Wehrpflichtigen zu geschehen?“, sollte und durfte keine Förderung und keine Beförderung stattfinden. So waren die Regeln.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das war ein Standard? Oder war das ... (akustisch unverständlich)

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das waren Regeln, die meines Wissens jedem in der Truppe bis hinunter in die Kompanien bekannt waren.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nach welchen Maßstäben haben Sie bemessen, ob jemand Extremist ist oder nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir haben ja nicht das Plakat „Extremist“ vergeben, sondern wir haben geschrieben: „Verdacht im Hinblick auf die Betätigung Rechtsextremismus“, und haben dann die vorhaltbaren Tatsachen mitgeteilt. Das zusätzliche Etikett „erkannter Extremist“ diente im Wesentlichen internen Verfahren und bedeutete: Wir haben, wenn schon nicht vor Gericht beweisbare, dann jedenfalls bestätigte Informationen, dass er sich extremistisch draußen betätigt, also Teilnahme an Bestrebungen, Veröffentlichungen, Flugblätter, Mitgliedschaft in Organisationen, möglicherweise Gewaltbereitschaft und andere Dinge mehr. Also, dafür gab es Kriterien. Aber bitte, das Etikett „erkannter Extremist“ bedeutete nach außen hin nur für die Verantwortlichen der Bundeswehr: Der MAD kann das auch argumentativ und instrumentativ unterstützen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Vielleicht ganz kurz eine ergänzende Frage, Herr Brüsselbach. Mich würde mal interessieren, weil der Kollege Kurth gerade fragte hinsichtlich der Verwendung: Haben denn Personen, von denen Sie den Eindruck haben, dass sie zum Beispiel Rechtsextremisten wären, Zugang zu Geheiminformationen bekommen? Und: Wie haben Sie reagiert, wenn es darum ging, wenn Rechtsextremisten beispielsweise im Auslandseinsatz eingesetzt werden sollten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Erstes Thema: Verschlusssachen. Zugang zu Verschlusssachen nur nach Sicherheitsüberprüfung durch den MAD; sonst keine Er-

mächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen höher als NfD.

Wenn also jemand schon eine Ermächtigung hatte und ermächtigt war und Zugang hatte und dann erst sich herausstellte, dass er Extremist ist, extremistische Bestrebungen verfolgt, dann wurde der Sicherheitsbescheid auf dem zuständigen Wege, MAD an die Geheimschutzbeauftragten, die drei in der Bundeswehr, rückwirkend entzogen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): War das in jedem Fall so?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** In jedem Fall, wo der MAD Informationen bekam, die er den Entscheidungsträgern zugänglich machen konnte und die auch gerichtsfest waren, wurde von den zuständigen Entscheidungsträgern die Entscheidung getroffen: Der Sicherheitsbescheid ist zu entziehen. - Dass in einem solchen Falle jemals die Entscheidung getroffen werde, kein Entzug des Sicherheitsbescheids, ist mir nicht erinnerlich; schließe ich aber nicht aus. Es gab ja oder gibt ja nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz eine eigene Anhörung beim MAD und eine eigene Anhörung bei den Geheimschutzbeauftragten. Es kam durchaus vor, dass es den Betroffenen bei ihrer Anhörung vor den Entscheidungsträgern, sprich den Geheimschutzbeauftragten der Bundeswehr, gelungen ist, die vom MAD vorgetragene Verdachtsmomente auszuräumen oder stark zu relativieren. Solche Fälle gab es, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir hatten ja Medienberichte, dass auch ein Offizier beispielsweise im Ausland eine sehr große Nähe zum Rechtsextremismus hatte. Wir hatten auch Medienberichte über den Zugang zu Verschlusssachen. Wie erklären Sie sich das?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Herr Abgeordneter, ich kenne diese Medienberichte nicht. Ich kann deshalb zu den einzelnen Fällen nicht Stellung nehmen. Für den Auslandseinsatz galt Folgendes: dass der Auslandseinsatz per se keine Sicherheitsüberprüfung erfordert, per se der Auslandseinsatz als solcher eines Wehrpflichtigen oder -- Wehrpflichtige waren es ja nicht, sondern freiwillig länger Wehrdienstleistende, die freiwillig in Auslandseinsatz gegangen sind. Bei denen war es so, dass der Aus-

landeseinsatz als solcher keine Sicherheitsüberprüfung erforderte. Aber natürlich, wenn irgendwo im Zusammenhang mit dem Auslandseinsatz oder auch nur in Vorbereitung der Zugang zu Verschlusssachen notwendig war, dann galt wiederum das Sicherheitsüberprüfungsgesetz, und es war zu überprüfen. Es sind also in verschiedenen Fällen nach meiner Erinnerung Soldaten in den Auslandseinsatz gegangen, und dann, nachdem Informationen aufkamen und durch den MAD entsprechend verarbeitet wurden, sind diese aus dem Auslandseinsatz repatriert worden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich will noch mal grundsätzlicher werden, damit ich das verstehe. Die Grundwehrdienstleistenden werden eingezogen. Sie müssen damit auch auf gewisse Grundfreiheiten verzichten - das ist ganz natürlich -, Freizügigkeit oder Ähnliches. Jetzt kommt noch ein politisches Element dazu: politische Betätigung in einem Bereich, den wir alle nicht wollen; aber die Betätigung ist da. Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, dass jemand beispielsweise nicht befördert wird? Wo sind da die entsprechenden - und wer entscheidet das vor allen Dingen - Maßstäbe, die auch die Gleichbehandlung von Soldaten garantieren und gewährleisten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir, der MAD, haben weder über die Erteilung eines Sicherheitsbescheides noch über die Beförderung oder Nichtbeförderung zu entscheiden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wer hat das gemacht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir machen nur die Vorschläge, und über die Erteilung eines Sicherheitsbescheides entscheiden die Geheimschutzbeauftragten der Streitkräfte bzw. der Wehrverwaltung, und über die Beförderung oder Nichtbeförderung entscheiden die sogenannten personalbearbeitenden Dienststellen. Das fängt beim Bataillon an und geht hinauf bis zu, früher, Regiment und zur Division und zum Ministerium natürlich.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, in den 90er-Jahren - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Diese zuständigen Personalbearbeiter, wie es so schön heißt, also die für die Personalführung verantwortlichen Stäbe und Organisationen, entscheiden in eigener Zuständigkeit und in eigener Verantwortung mit dem Material, das der MAD vorgelegt hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gibt es denn Fälle - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wir haben nur in der Zwischenzeit - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gibt es denn Fälle, wo Nichtbeförderungen ausgesprochen worden sind aufgrund politischer Einstellungen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja, selbstverständlich.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie viele? Wissen Sie das? Ich will es mal so sagen: Als ich Wehrdienst geleistet habe, war die begründungslose Beförderung die Regel für Grundwehrdienstleistende. Also, nicht die Beförderung musste begründet werden, sondern die Nichtbeförderung, wenn ich es richtig verstanden habe. Das heißt, ich kann als Begründung für eine Nichtbeförderung angeben: „politisch nicht geeignet zum Gefreiten“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** „Politisch nicht geeignet“ habe ich den Papieren niemals entnehmen können, sondern entweder bedarf es - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bitte? Noch mal.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Konkreter Vorhalt kann nicht sein „politisch nicht geeignet“, sondern „Erkenntnisse über extremistische Bestrebungen“ oder „unzuverlässig“. Es gibt natürlich auch - ich lasse „natürlich“ weg; das ist immer verkehrt - in einer Person, in einem Wehrpflichtigen mehrere Phänomene, die gleichzeitig auftreten, also Wehrunwilligkeit, Extremismus, Ungehorsam, Angriff auf Vorgesetzte, Drogenmissbrauch, Straftaten. In den meisten Fällen, die ich persönlich noch kenne aus meiner Sicherheitsüberprüfungszeit, war es so, dass niemals, fast niemals nur ein Phäno-

men allein zu der Frage der Beförderung oder Nichtbeförderung betrachtet werden musste und zur Entscheidung geführt hätte, sondern meistens mehrere.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Hat denn eins - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, Sie haben schon elf Minuten statt neun.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wenn jemand - das ist mir in Erinnerung - nur sehr unregelmäßig zum Dienst erscheint und dann auch nicht nur unordentlich, sondern erklärt, er habe an einer wichtigen Demonstration einer rechtsextremistischen Organisation teilnehmen müssen und habe deshalb nicht zum Dienst erscheinen müssen, dann haben Sie den Fall relativ klar, und er betrifft mehrere Ebenen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das ist ja einfach. - Herr Vorsitzender, ich habe Sie schon verstanden. Aber ich habe noch eine Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Stellen Sie die bitte noch.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Traf denn eines der eben beschriebenen Phänomene von Ihnen, wenigstens nur eins, auf Herrn Mundlos zu?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Herr Mundlos ist ja, wie ich inzwischen der Presse genommen habe, zweimal befördert worden oder einmal befördert worden, -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Regelbeförderung.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - und die Kriterien für eine Nichtbeförderung haben auf Herrn Mundlos zugetroffen, lagen bei Herrn Mundlos vor, ja, aus meiner Sicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. - Keine Fragen. Grüne? - Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Brüsselbach, ich schließe noch mal an an das, was ich Sie

vorhin gefragt habe. Wie ist denn bei Ihnen die Auffassung im MAD oder die Vorschriftenlage gewesen, wenn Sie, der MAD, davon erfahren, dass drei Rechtsextremisten, Bombenbastler, also die schon Bomben gebastelt haben, also nicht irgendwie aufgefallen wegen irgendwelcher Meinungsdelikte oder Aussagedelikte oder Ähnlichem - - Also, drei sind unterwegs, und der MAD erfährt jetzt gezielt oder zufällig davon, wo die was machen, also wie man möglicherweise einen Zugang zu denen bekommen könnte. Ist es dann nach Ihrer damaligen und jetzigen Auffassung Aufgabe des MAD, der Polizei von einem solchen möglicherweise erfolgversprechenden Weg, an die ranzukommen, damit die Gesuchten auch einem geordneten Strafverfahren zugeführt werden können, Mitteilung zu machen, oder begraben Sie das in Ihrem Herzen und sagen: „Hauptsache, wir wissen das“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ganz einfach: Ja, es ist Mitteilung zu machen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum ist - was Sie ja damals wussten - der Thüringer Polizei, die händeringend seinerzeit nach den drei Untergetauchten gesucht hat, von dieser Information, die ich Ihnen vorhin vorgelesen habe - und der Vorsitzende hat das ja auch noch mal vorgelesen -, nicht Mitteilung gemacht worden?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das vermag ich nicht zu sagen, Herr Abgeordneter. Ich würde es mir im Nachhinein so erklären, dass die Information durch den MAD an das betreffende Landesamt für Verfassungsschutz mit beinhaltetete, es auch der Polizei mit zu übermitteln und zur Verfügung zu stellen. So würde ich es mir erklären. Aber die Vorschriftenlage wäre klar: Es ist eine Mitteilungspflicht in Sachen „Verhinderung von Staatsschutzdelikten“ gegenüber der Polizei entstanden, und der wäre nachzukommen gewesen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja berichtspflichtig, das heißt, die Bundesregierung ist berichtspflichtig und damit auch Sie als eine untergeordnete Behörde unter der Bundesregierung gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium. Können Sie sagen, ob Sie seinerzeit im September 2000 im Parlamen-

tarischen Kontrollgremium Mitteilung gemacht haben: „Wir haben hier einen besonderen Vorgang. Wir haben davon erfahren, dass drei Untergetauchte an einem Tarnungsmanöver beteiligt sind, dass der ‚Thüringer Heimatschutz‘ sich jetzt nun tarnt als ganz friedliche Truppe, die keiner Fliege was zuleide tun wird, und da sind drei Untergetauchte eingebunden. Wir wissen das; wir haben eine Quelle da, die das weiß“? Haben Sie das damals mitgeteilt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe es sicher nicht mitgeteilt, da ich nicht an den Gremiumssitzungen teilgenommen habe, sondern im Ministerium war, im Ministerium die Unterlagen vorbereitet habe. Aber ich erinnere nicht, eine solche Information über meinen Tisch bekommen zu haben, woher auch immer, und dass ich mir die Frage gestellt hätte, dies dem Gremium mitzuteilen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aha. Also haben Sie keinerlei Veranlassung gesehen, das von sich aus zu tun?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich kannte diese Information nicht. Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt habe ich noch mal zu dem anderen Vorgang, der vorhin auch erörtert worden ist - - Also: Wann haben Sie die erste Information darüber erhalten, dass Herr Mundlos nicht nur bei der Bundeswehr war, sondern dass er auch bereits im Jahr 1994 in Erscheinung getreten ist, möglicherweise sogar strafrechtlich, wegen rechtsextremer Umtriebe, jedenfalls mit einem Strafbefehl geahndet seinerzeit? - Ist Ihnen bekannt oder haben Sie das den Unterlagen dann entnommen, dass er bereits 1994 von seinem Disziplinarvorgesetzten mit sieben Tagen Arrest bestraft worden ist, und kann es sein, dass Sie während dieses Arrestes erstens davon informiert wurden und zweitens - nicht Sie persönlich, sondern Ihr Amt - ihn dann befragt haben im Arrest?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Dieser Sachverhalt ist mir erst nach meinem Ausscheiden aus dem Dienst aus der Presse bekannt geworden, dass Herr Mundlos wäh-

rend seiner Wehrdienstzeit in dieser und jener Weise auffällig geworden ist.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was sagen Sie denn nun dazu, dass - - Da soll es ja diesen Zeugen geben, den Schulfreund, der gesagt hat: „Herr Mundlos hat mir gesagt, während er im Arrest war“ - ich weiß nicht, wie häufig der im Arrest war; aber da war er jedenfalls im Arrest -, „ist er befragt worden“. Der Zeuge meinte, vom Verfassungsschutz. Aber Sie haben ja selber gesagt, im Arrest, im Bundeswehrarrest werden in der Regel die Delinquenten nicht vom Verfassungsschutz befragt, sondern vom MAD. Also, kann das nicht doch zutreffen, was der Zeuge in Erinnerung hat, dass Herr Mundlos in dieser Zeit, also schon 94, befragt wurde?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das habe ich so nicht gesagt. Möglicherweise habe ich mich missverständlich ausgedrückt. Ich habe nur gesagt, dass in den Kasernen der Verfassungsschutz nicht befragt, sondern der MAD befragt. Das ist die Regel. Dass wir in der Regel oder gar nur in einzelnen Fällen im Arrest befragt würden, halte ich für ziemlich ausgeschlossen, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie, also der MAD?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Der MAD, ja. Der MAD würde - so habe ich das gelernt im MAD - im Arrest unter einem besonderen Gewaltverhältnis, einer Autorität in der Bundeswehr, die nicht der MAD ist, wohl nicht befragen, sondern der MAD würde dann befragen, wenn er mit dem Mann eine Befragungssituation und einen Befragungsort herstellen könnte, den er bestimmt. Also, ich würde die Befragung oder mehrfache Befragung des MAD in einem Arrest, in einem besonderen, doppelt besonderen Gewaltverhältnis Bundeswehr weder für professionell - ob zulässig, vermag ich jetzt nicht zu beurteilen - noch jemals in meiner Praxis vorgekommen bezeichnen, soweit ich das erinnere.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wäre es denn Aufgabe damals des Disziplinarvorgesetzten von Herrn Mundlos gewesen, wenn ein Mann in Arrest

kommt, nicht vielleicht, weil er betrunken zum Dienst erschienen ist, sondern wegen rechtsextremer Umtriebe, weil das der Disziplinarvorgesetzte offenbar als so gravierendes Delikt angesehen hat, dass er den Mann, den Soldaten für sieben Tage in einen Dienstarrest schickt - - Muss er das nicht dem MAD mitteilen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das sehe ich so.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann spricht ja vieles dafür, dass Sie - also, Sie nicht, sondern immer der MAD - bereits 94 eigentlich davon hätten informiert sein müssen, zumal da ja auch noch ein Strafverfahren angelaufen ist.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das wiederum sehe ich nicht ganz so; denn dann müsste sich an der Gegenseite, sprich beim Absender der Information, also des Verantwortlichen dort, aus dessen Akten wohl etwas ergeben. Ob es jemals in den MAD-Akten war, können wir nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielleicht darf ich da kurz die Information geben - das war ja auch Thema der letzten Beweisaufnahmesitzung -: In der Tat ist die Meldung durch den Bundeswehrstandort an den MAD bereits 94 erfolgt, allerdings angeblich erst eine Reaktion infolge einer Befragung 95.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben. Genau. - Gut. Dann habe ich keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. Brauchen wir eine weitere Berliner Runde?

(Zurufe: Nein!)

Gibt es noch Fragebedarf einzelner Kolleginnen und Kollegen? - Herr Kurth, bitte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nur, weil Sie es gerade eben sagten: Ist es grundsätzlich, wenn ich es richtig verstanden habe, ausgeschlossen, dass kein weiterer Beamter eines anderen Nachrichtendienstes bei den Befragungen dabei ist [sic!]? Oder ist es grundsätzlich so, dass ein weiterer mit

dabei ist, wenn Sie Personen befragen? Also, wenn ein MAD-Mann befragt, sitzt noch jemand dabei, aus dem zuständigen Landesamt beispielsweise?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Grundsätzlich nicht oder in der Regel nicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Grundsätzlich nicht, wobei das Wort „grundsätzlich“ in dem Fall heißt, dass es eine Regel ist, zu der es auch Ausnahmen geben könnte - ich habe das in meiner Praxis das eine oder andere Mal erlebt -, dann aber nur wegen der rechtlichen Klarheit - im Firmenrecht würde man sagen: klare Firma, klare Kante -, da nur unter Vorstellung und Hinweis darauf, dass es sich um eine solchen handelt. So war meine Erinnerung.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hätte ich noch eine Schlussfrage, Herr Brüsselbach. Wir haben ja gleich den Zeugen Herrn Dr. Gramm aus dem Bundesministerium der Verteidigung hier als Folgezeugen. Mich würde noch mal interessieren, Ihrer Erinnerung nach: Sie haben ja die Personalakte Mundlos abholen lassen Ende Februar 2012 in Erfurt. Ist das richtig?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich kann den Zeitraum nicht erinnern. Ich weiß nicht, wann wir - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 24.02. war das.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Haben wir sie abgeholt?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** „Personalakte Mundlos wird durch einen Mitarbeiter des MAD beim Kreiswehrrersatzamt Erfurt abgeholt“ (?), steht da.

Aus dieser Akte, die uns ja inzwischen vorliegt, ergibt sich, Mundlos war Rechtsextremist. Der ist auch entsprechend aufgefallen. Der Wehrbeauftragte ist sogar eingeschaltet worden. Also, aus dieser Akte heraus hätte man eigentlich wissen können, dass die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist - war ja auch zutreffend -, dass es einen Kon-

takt gab MAD zu Herrn Mundlos. Zu welchem Zeitpunkt wusste denn das Verteidigungsministerium über diese Personalakte Bescheid?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Vermag ich nicht zu beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es gibt da ein interessantes Schreiben. Ich würde gerne wissen, ob Sie das kennen. Das ist also auch aus dem Ordner MAT A MAD-5. Das ist hier die laufende Nummerierung Seiten 49 und 50. Das ist ein Schreiben von Herrn Christmann. Herr Christmann ist ja, wie wir nun alle wissen, Abteilungsleiter bei Ihnen im MAD oder damals im MAD - oder ist er ja heute noch -, und Herr Christmann hat am 06.01.2012 ein Schreiben an das Bundesministerium der Verteidigung gerichtet, und zwar an Herrn Dr. Gramm. Ich zitiere auszugsweise:

In diesem Zusammenhang hat Kreiswehersatzamt Erfurt uns

- also MAD -

am 15.12.2011 fernmündlich mitgeteilt, dass die Personalakten des seinerzeit zuständigen Kreiswehersatzamtes Gera durch das Kreiswehersatzamt Erfurt übernommen worden seien und dass dort noch eine Restakte zu Mundlos vorhanden sei. (?)

Das ist also die Akte, die Sie dann haben abholen lassen am 24.02.

In dem Schreiben von Christmann an den jetzt kommenden Zeugen Dr. Gramm heißt es dann aber im nächsten Absatz:

Eine Kopie der Restakte habe das Kreiswehersatzamt Erfurt an BMVg WV I 5 übersandt. (?)

Also offenkundig vor dem 06.01.2012. Ist Ihnen das bekannt, dass sozusagen eine Kopie - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das Schreiben von Herrn Christmann kenne ich, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das kennen Sie?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Daraus ergibt sich ja ganz offenkundig, dass vor dem 06.01.2012 im Bundesministerium für Verteidigung die Personalakte von Herrn Mundlos vorgelegen haben muss, aus der sich ergibt: „Rechtsextremist, Wehrbeauftragter eingeschaltet“, wo sich eigentlich sofort Fragebedarf ergeben würde: Gibt es irgendwo beim MAD oder bei Verfassungsschutzbehörden irgendetwas, was auf einen Kontakt zwischen MAD und Herrn Mundlos hindeutet? - Wäre jetzt, finde ich, sehr naheliegend. Ist Ihnen bekannt, dass es - - Hat das Verteidigungsministerium Sie damals entsprechend gefragt?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Was gefragt?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat das Verteidigungsministerium irgendwann die Frage an Sie gerichtet: „Lieber Präsident Brüsselbach, gab es einen MAD-Kontakt zu Mundlos?“?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein. Ist nie gefragt worden? Sie waren bis zum Juni 2012 Präsident.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Halt, halt, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bevor sich die Sachsen im März gemeldet haben, gesagt haben: „Lieber MAD, wir haben ja noch eine Kopie von dem Anschreiben“?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Die Frage: „Gab es einen Kontakt MAD zu Herrn Mundlos?“, wurde mir schon im Dezember mehrfach gestellt aus dem Ministerium heraus. Und ich habe zu der Zeit immer beantwortet, ich kann es nicht sagen; denn dass der Kontakt stattfand, habe ich erst am 8. oder 10. März erfahren. Also, zu der Zeit im Dezember - Dezember, ja -, als ich gefragt wurde: „Es muss doch oder wahrscheinlich hat es doch einen Kontakt des MAD zu Herrn Mundlos gegeben; Mundlos hat gedient und war in der Szene unterwegs usw.“ - das sind die Dinge, die mir erinnerlich sind -, habe ich jeweils wahrheitsgemäß beantwortet: Ich weiß es nicht, ob es einen Kontakt gegeben hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Problem ist, Herr Brüsselbach, aus den Dokumenten ergibt sich keineswegs, dass, bevor am 08.03.2012 sich das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen gemeldet hat, dass sie einen Beleg haben für einen Kontakt zwischen MAD und Mundlos, in irgendeiner Hinsicht danach mal gefragt worden ist. Nach Bundeswehrzeiten ja; nach Ausbildung von Herrn Mundlos ja, und zwar sowohl durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ist gefragt worden als auch durch das Bundeskriminalamt ist gefragt worden. Es gibt sich aber nicht aus den Akten das Bild, dass danach gefragt worden ist: Gab es einen Kontakt zwischen MAD und Herrn Mundlos?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Wen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn Sie so intensiv gefragt worden sind, Herr Brüsselbach, was ich nicht in Akten finde - vielleicht sind Sie ja angerufen worden -, dann ist für mich erst recht unverständlich, dass Sie im März nicht das gemacht haben, was Ihr Nachfolger im Sommer veranlasst hat. Sie wussten im März, es gab einen Kontakt, und Sie wussten aufgrund des Anschreibens von 95, das Sachsen noch hatte: Nicht nur Sachsen ist damals angeschrieben worden und mit einem Gesprächsprotokoll bedacht worden, das sich in Sachsen ja nicht mehr fand, sondern auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Landesamt Thüringen und das Landesamt Sachsen-Anhalt. Wenn das denn so ein Riesenthema gewesen sein soll, Verteidigungsministerium fragt den MAD-Präsidenten: „Gab es einen Kontakt?“, und Sie seit März 2012 wissen und dann gleichwohl, außer bei Sachsen selber, drei andere Behörden nicht befragen - nicht das Bundesamt befragen, nicht Thüringen befragen, nicht Sachsen-Anhalt befragen -, wie erklären Sie sich denn das? Wissen Sie, das macht den Eindruck, Sie wollten eigentlich nicht wissen, was Sie hätten wissen können. Liege ich da falsch?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Völlig falsch, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich war sehr daran interessiert zu wissen, was ich nicht wusste. Wenn ich mehrfach im Dezem-

ber und Januar gefragt wurde bei Vorträgen oder Besprechungen: „Gab es einen Kontakt des MAD zu Herrn Mundlos?“ - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Brüsselbach, warum haben Sie denn in Sachsen-Anhalt, in Thüringen, beim Bundesamt nicht nachgefragt mit dem Hinweis: „Wir haben hier aus Sachsen den Hinweis, wir haben als MAD Herrn Mundlos befragt. Damals sind Kopien des Befragungsprotokolls an Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und an das Bundesamt gegangen“? Sie fragen weder im Bundesamt noch in Thüringen noch in Sachsen-Anhalt nach. Das macht für mich nicht den Eindruck eines großen Interesses, sondern den Eindruck, irgendetwas lieber nicht so genau wissen zu müssen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Im Gegenteil. Ich war sehr daran interessiert, und ich habe unmittelbar mein - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum haben Sie sich denn nicht entsprechend verhalten?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Mein Ministerium, was mich mehrfach gefragt hat: „Gab es einen Kontakt?“, habe ich stante pede davon unterrichtet, dass es einen Kontakt gegeben hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber Sie haben nichts - -

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Und ich habe den Hintergrund geschildert, woher ich das weiß, und dass es da einen Befragungsbericht gibt, der nicht existiert, den ich aber selbst nicht nachrecherchiert habe. Ja, den habe ich selbst nicht nachrecherchiert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und wenn man etwas nicht nachrecherchiert, ist das ein Ausdruck von großem Interesse?

Vielen Dank, Herr Brüsselbach. Wir sind am Ende der Zeugenbefragung angelangt. Sie bekommen das vorläufige Protokoll, haben eine Frist von 14 Tagen, innerhalb derer Sie da drübergucken können, Korrekturen, Ergänzungswünsche geltend machen können.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag, und wir freuen uns auf Herrn Dr. Gramm.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Wir machen gleich ohne Pause  
weiter! Alle sitzen bleiben! - Wolf-  
gang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Wir sind die Nicht-  
raucherbank! - Zuruf: Herr  
Binninger, Sie haben sich nicht  
durchsetzen können!)

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Christof Gramm**

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich begrüße als Zeugen Herrn Ministerialdirigenten Dr. Christof Gramm aus dem Bundesministerium der Verteidigung.

Herr Gramm, ich darf Sie zunächst darauf aufmerksam machen, dass von der Sitzung eine Tonbandaufnahme angefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird dann später, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, gelöscht.

Das Protokoll Ihrer heutigen Vernehmung wird Ihnen zugestellt im Entwurfsstadium. Sie haben dann, sofern Sie es wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen bzw. Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 19. November 2012 erhalten. Bezüglich Ihrer heutigen Zeugenvernehmung liegt uns eine Aussagegenehmigung des Bundesministers der Verteidigung vor. Diese Aussagegenehmigung datiert vom 31.10.2012.

Herr Dr. Gramm, vor Ihrer Zeugenaussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 2 [sic!] der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungs-

widrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem bisher Vorgetragenen Fragen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Gramm, nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift noch aktuell ist.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Mein Name ist Christof Gramm. Ich bin 54 Jahre alt, Jurist und Unterabteilungsleiter in der Rechtsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung. Die Anschrift in der Ladung trifft zu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Herr Dr. Gramm, Sie haben die Möglichkeit nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes, sich vor Ihrer Vernehmung einleitend zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht. Insofern erteile ich Ihnen jetzt zunächst das Wort.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Herzlichen Dank. - Meine Stellungnahme wird etwa zwölf Minuten dauern.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Von der Zuordnung der Mord- und Gewaltserie zu der rechten Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ haben wir im Referat erstmalig im Herbst 2011 aus der Presse gehört. Bis dahin haben wir nicht geglaubt, dass so etwas in Deutschland möglich ist. Die Wucht des Hasses, die sich in diesen schrecklichen Taten entladen hat, und die damit verbundene Menschenverachtung ist zutiefst abstoßend und auch beängstigend. Den Opfern, ihren Angehörigen

sowie den Hinterbliebenen gelten unser Gedanke und unsere Anteilnahme.

Im Folgenden werde ich einige Aspekte unserer Arbeit für den 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode darstellen. Vom Frühsommer 2008 bis zum Juni 2012 habe ich das Referat „Fachaufsicht über den Militärischen Abschirmdienst“ im Bundesministerium der Verteidigung geleitet. In dieser Zeit wurde das Referat wegen verschiedener Organisationsänderungen mehrfach umgegliedert und umbenannt. Das ursprünglich im Organisationsstab des Ministeriums verankerte Referat Org 5/KS wurde zum 1. November 2010 in das Referat R/KS umgewandelt, in die Abteilung Recht integriert und dort unmittelbar dem Abteilungsleiter unterstellt.

Seit dem 1. April 2012 ist das Referat in die Linie der Rechtsabteilung eingegliedert und trägt jetzt die Bezeichnung R II 5. Es gehört zu der neu organisierten Unterabteilung Recht II, die ich seit dem 1. Juli 2012 leite. Dabei wurde der Aufgabenbereich des Referats deutlich erweitert. Für den MAD ist es aber auch weiterhin zuständig.

Die Verantwortung für die operativen nachrichtendienstlichen Vorgänge liegt in erster Linie beim MAD. Die Arbeit des MAD muss jedoch ministeriell begleitet und gesteuert werden. Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit werden Informationen und Standpunkte ausgetauscht und erörtert. Hervorzuheben sind daneben Weisungen des Verteidigungsministeriums, wie beispielsweise die geltende Grundsatzweisung für den MAD. In ihr sind bestimmte Berichtspflichten festgelegt. So hat der Präsident des MAD-Amtes dem zuständigen Staatssekretär in der sogenannten vierteljährlichen Unterrichtung regelmäßig über wichtige operative Vorgänge und dabei insbesondere über den Einsatz von verdeckt arbeitenden Mitarbeitern zu berichten.

Ich möchte nun kurz darstellen, wie wir uns seit Januar auf den Untersuchungsauftrag eingestellt haben. Meine damalige Rolle als Referatsleiter bestand in erster Linie darin, die Zuarbeit zum Ausschuss sicherzustellen und die dafür erforderlichen Prozesse zu organisieren. Das heißt konkret:

Erstens. Auf der Sachebene ging es um die Zusammenstellung der untersuchungsrelevanten Akten. Dabei standen und stehen wir vor folgender Schwierigkeit: Der Untersuchungsauftrag ist alleine schon aufgrund der komplexen Tatvorgänge weit gefasst. Er umfasst einen Zeitraum von rund 20 Jahren,

und dies gilt auch für die ersten Beweisbeschlüsse.

Einen einfachen Aktenzugang gab es nicht, weil es keine auch so bezeichneten NSU-Akten gab. Um in einer Vielzahl von Akten die Bezüge zum Untersuchungsgegenstand herauszuarbeiten, müssen wir für den Untersuchungsauftrag für unsere Aktenrecherchen fortlaufend Suchbegriffe entwickeln. Hierzu benötigen wir Stichwörter und Namen. Auf dieser Grundlage werden die Akten von Hand Seite für Seite gesichtet. Der Prozess wird ständig fortgesetzt und erfährt durch jeden neuen Sachverhalt und durch jeden neuen Namen eine Erweiterung.

Auch grundsätzliche Rechtsfragen waren zunächst zu klären, beispielsweise die Pflichtenstellung des Verteidigungsministeriums zum Untersuchungsausschuss. Auf dem Gebiete der Verteidigung ist grundsätzlich nur der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss zuständig. Unabhängig davon, von dieser streng juristischen Betrachtungsweise, war und ist es für uns selbstverständlich, dass wir Sie bei Ihrer schwierigen Arbeit unterstützen.

Zweitens. Es wurde schnell deutlich, dass wir die Aufgabe alleine mit dem vorhandenen Personalumfang nicht lösen können. Zwar haben zunächst alle Mitarbeiter neben ihren Aufgaben sehr engagiert mitgearbeitet. Wir benötigten aber zusätzliche Mitarbeiter, die sich ausschließlich mit dem Untersuchungsgegenstand befassen. Das BMVg befand sich im Frühjahr 2012 allerdings in einer Phase der Umstrukturierung und Neuausrichtung, verbunden mit einem erheblichen Abbau von Personal. Qualifizierte Mitarbeiter für die umfangreichen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss konnten übergangsweise erst ab März und dauerhaft erst ab April bzw. ab Mitte Mai gewonnen werden.

Drittens zum konkreten Verfahren und zum zeitlichen Rahmen. Wir sahen uns angesichts der Weite des Untersuchungsauftrages vor die Frage gestellt: Wo sollen wir anfangen? - Zunächst orientierten wir uns an der Reihenfolge der Beweisbeschlüsse. Wir konzentrierten uns dabei vorrangig auf die Herausarbeitung der nachrichtendienstlichen Bezüge beim MAD. Im Frühjahr stand daneben auch die Frage der Waffen- und Sprengstoffdiebstähle im Vordergrund. Darüber hinaus haben wir die sonstigen Aktenbestände des Ministeriums sowie der gesamten Bundeswehr zu bearbeiten. Die re-

formbedingten Änderungen der Organisationsstruktur im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr, wie beispielsweise die Ausgliederung der fünf militärischen Führungsstäbe, die damit verbundenen Umzüge quer durch die Republik unter Mitnahme ihrer Akten, stellen uns dabei vor erhebliche Probleme. Hinzu kommen geänderte Zuständigkeiten bei der Frage: An wen müssen wir uns überhaupt wenden?

Ein wesentlicher Teil der praktischen Arbeit ist und bleibt die intensive Begleitung des MAD-Amtes. Hier finden ständig Besprechungen mit der dort aufgestellten Projektgruppe und mit den Mitarbeitern der betroffenen Fachabteilungen statt. Unsere inhaltliche Leitlinie besteht dabei in der Schaffung größtmöglicher Transparenz. So achten wir darauf, dass Schwärzungen so zurückhaltend wie möglich vorgenommen werden. Aber auch hier gab und gibt es immer wieder zeitraubenden Klärungsbedarf. Mehrfach haben wir im Sinne unserer Leitlinie eingegriffen und Schwärzungen des MAD-Amtes reduziert, beispielsweise am 10. Oktober, als wir Ihnen einen gesamten Ordner neu bewertet übersandt haben. Größtmögliche Transparenz bedeutet für uns auch, dass wir nach dem Grundsatz handeln: im Zweifel für die Übersendung an den Ausschuss.

Im Übrigen stehen wir in der Bundesregierung in der Projektgruppe NSU mit den anderen beteiligten Ressorts in engem Kontakt.

Rückblickend muss ich allerdings heute feststellen, dass wir manches hätten besser machen können. Nach meiner Überzeugung haben wir zwar rechtlich richtig, aber nicht immer mit dem nötigen Fingerspitzengefühl gehandelt. Vor allem frage ich mich, ob wir die Schwerpunkte immer richtig gesetzt haben, und möchte das kurz erläutern.

Frühzeitig war allgemein bekannt, dass Uwe Mundlos 1994/95 seinen Grundwehrdienst bei der Bundeswehr geleistet hat. Bekannt war auch, dass er damals durch sein Auftreten gewisse Rückschlüsse auf seine Zugehörigkeit zur rechten Szene zuließ. Es war also nicht ganz unwahrscheinlich, dass Mundlos während seiner Dienstzeit dem MAD aufgefallen war. Man kann auch sagen, es hätte geradezu verwundert, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre. Allerdings gab es im MAD keine Akte Mundlos mehr.

Als das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz dem MAD im März 2012 ein Anschreiben übersandte, mit dem der MAD

1995 unter anderem einen Befragungsbericht Mundlos an die Landesämter für Verfassungsschutz in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie an das BfV überstellt hatte, war der Inhalt der Befragung zwar noch nicht bekannt. Der eigentliche Befragungsbericht fehlte damals auch den sächsischen Kollegen. Ab März war für uns aber klar, dass Mundlos vom MAD befragt worden war. Darüber haben wir die Leitung des Ministeriums auch umgehend informiert, verbunden mit der Bewertung: Gut, dass der MAD damals seine Informationen weitergegeben hat.

Warum also wurde das Anschreiben aus Sachsen von unserer Seite nicht sofort dem Untersuchungsausschuss vorgelegt? Nun, das Schreiben des MAD war ein Aktenstück des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Es war ursprünglich zwar vom MAD erstellt worden, heute aber nicht mehr in seinem Gewahrsam. Im MAD war die eigene Akte bereits vor Jahren entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen vernichtet worden. Das sächsische Landesamt zielte mit seiner Anfrage auf eine Freigabe dieses Dokumentes. Insoweit beabsichtigte niemand von uns, Ihnen das Dokument oder die dort enthaltenen Informationen vorzuenthalten. Tatsächlich wurde die Freigabe gegenüber Sachsen unverzüglich erteilt. Wir gingen dabei fest davon aus, dass Sie die Unterlagen von den sächsischen Kollegen erhalten würden, was dann Mitte April - nach Ostern - auch geschehen ist.

Allerdings haben wir - da haben unsere Kritiker recht - einen Unterschied übersehen zwischen - sagen wir mal - „rechtlich richtig“ und „rechtlich richtig und umsichtig“. Ein gezielter Hinweis von uns an Sie auf die Befragung des Uwe Mundlos durch den MAD wäre angebracht gewesen. Ich bedaure, dass wir das damals nicht erkannt haben.

Den Vorwurf mangelnder Umsicht müssen wir uns auch für die Personalakte des Uwe Mundlos gefallen lassen. Akten der Personalführung sind allerdings von den Akten des MAD scharf zu trennen; sie sind keine MAD-Akten. Die Existenz der Personalakte Mundlos war frühzeitig bekannt und für sich betrachtet auch keine Sensation. Zu jeder Person bei der Bundeswehr gibt es eine Personalakte, die nach dem Ausscheiden der Person auch noch eine gewisse Zeit aufbewahrt wird. Die Akte von Herrn Mundlos wurde von R II 5 im Juli über die Personalabteilung beim zuständigen Kreiswehersatzamt angefordert, um sie für den Ver-

sand an den Untersuchungsausschuss vorzubereiten. Zuvor war die Akte bereits im März auf Anforderung des Bundeskriminalamtes über den MAD zugeleitet worden. Ebenso erhielt sie der Generalbundesanwalt auf seine Bitte.

Am 12. September teilte der GBA mit, dass er im Hinblick auf sein Ermittlungsverfahren keine Bedenken gegen eine Vorlage der Personalakte an Sie habe. Die Personalakte wurde Ihnen daraufhin umgehend zugeleitet. Auch hier wäre es umsichtiger gewesen, Ihnen frühzeitig die Existenz der Personalakte anzuzeigen und die entsprechenden Prüfungsschritte zu beschleunigen.

Unterschätzt haben wir den Umfang und die Schwierigkeiten der Recherche in den sonstigen Aktenbeständen der Bundeswehr. Der Weg von der Personalakte Mundlos beim Kreiswehersatzamt zur Disziplinarakte Mundlos führte über eine aufgelöste Kammer des Truppendienstgerichts Süd schließlich hin zum Bundesarchiv. Dort gibt es ein eigenes, sehr umfangreiches Militärarchiv, und es ist wohl nur einem Zufall zu verdanken, dass die Disziplinarakte dort noch existierte und nicht längst vernichtet worden war.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal festhalten: Zu keinem Zeitpunkt bestand die Absicht, die Herausgabe von Unterlagen zu verzögern oder zurückzuhalten. Auch wenn Sie, was ich bedaure, einen anderen Eindruck gewonnen haben, ist das Gegenteil der Fall. Es gab und gibt im BMVg keine Verweigerungshaltung. Ich bedaure es auch, wenn bei Ihnen und bei den Hinterbliebenen der Opfer der Eindruck eines gewissen Gleichmuts entstanden ist. Dies mag auch mit dem Umstand zusammenhängen, dass ich selbst als Beauftragter zunächst nicht im Untersuchungsausschuss anwesend war. Aus heutiger Sicht würde ich das anders machen.

In den letzten Monaten und Wochen haben wir, habe ich einen intensiven Lernprozess durchlaufen. Die Aufgabe des Beauftragten nehme ich seit dieser Zeit zwar nicht mehr selbst wahr, sie liegt aber weiterhin in meinem Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich.

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, ich versichere Ihnen, dass wir entschlossen sind, Sie zu unterstützen, Ihnen aktiv zuzuarbeiten und dabei auch weiter eigene Defizite zu korrigieren.

Ihre Fragen werde ich jetzt gerne nach bestem Wissen beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank, Herr Dr. Gramm. - Ich habe jetzt nicht auf die Uhr geguckt. Es fühlte sich ein bisschen länger an als zwölf Minuten. Aber schönen Dank für die Einführung.

Ich habe einige Fragen, die ich an Sie richten möchte. Das eine ist: Wir haben gerade noch mal Rückmeldung bekommen vom BMI. Also, am 10. November wurde das gefundene Bekennervideo des NSU gesichtet. Dann war auch erst klar: Es gibt da einen rechtsextremistischen oder rechtsterroristischen Hintergrund. Eine Frage, die ja relativ naheliegend gewesen sein dürfte, war ja die: Haben die beiden männlichen Personen, die da ums Leben gekommen sind am 04.11.2011, zu irgendeiner Zeit mal der Bundeswehr angehört? Wann ist denn diese Frage aufgeworfen worden, und wie ist mit dieser Frage umgegangen worden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Diese Frage hat uns im Referat auf Umwegen erreicht. Wenn ich mich richtig erinnere, kam es über eine Anfrage einer Zeitung. Ich glaube, es waren die *Stuttgarter Nachrichten*. Sie ging dann aber nicht in meinen Arbeitsbereich, sondern in die damalige Abteilung WV. Wir hatten in diesem Stadium mit dem Thema wenig zu tun; denn für die Personalakten ist die Rechtsabteilung, der wir angehören, nicht zuständig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nach unseren Unterlagen ergibt sich - das ist MAT A MAD-5; das ist diese Übersicht, die der MAD erstellt hat, Seiten 5 bis 8; wir hatten ja gerade Herrn Brüsselbach, den ehemaligen MAD-Präsidenten, als Zeugen zu Gast -, dass dieser am 14.11. veranlasst hat, dass bei der Wehrverwaltung geprüft wird, ob Mundlos und Bönnhardt der Bundeswehr angehört haben. Das hat er veranlasst offenkundig, weil am 15.11. eine Sondersitzung hier im Bundestag des Parlamentarischen Kontrollgremiums stattfindet.

Das Nächste, was wir finden, ist, dass am 24.11.2011 das Bundesamt für Verfassungsschutz den MAD nach Wehrdienstzeiten gefragt hat. Dann hat am 05.12. das Bundeskriminalamt über das Bundesamt für Verfassungsschutz beim MAD nachgefragt. Von einer Anfrage des Verteidigungsministeriums beim MAD findet sich nichts. Hat es so eine Anfrage gegeben?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben - ich weiß allerdings nicht mehr ganz genau, wann das war; aber es war jedenfalls noch im Dezember - spätestens im Zusammenhang mit der Anfrage der *Stuttgarter Nachrichten* selbstverständlich auch beim MAD nachgefragt, ob es beim MAD einen Aktenrückhalt<sup>6</sup> über Mundlos gegeben habe. Das hat das MAD-Amt damals bereits dezidiert verneint. Die Frage ist von uns gestellt worden, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Gramm, bedurfte es einer Anfrage der *Stuttgarter Nachrichten* beim Bundesverteidigungsministerium, damit das Verteidigungsministerium auf die Idee kam, beim MAD mal nachzufragen, ob es da Unterlagen gibt zu Herrn Mundlos? Ist das Ihr Ernst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich gestehe, dass ich das nicht mehr genau weiß, was jetzt der genaue Auslöser war. Ich weiß aber, dass wir auch beim MAD angefragt haben, ob es dazu Unterlagen gab.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wegen einer Presseanfrage?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Es gab damals mehrere Themen, die durch die Presse gegangen sind. Ich glaube, es war auch noch ein MDR-Bericht. Wir haben sehr frühzeitig Kontakt mit dem MAD-Amt aufgenommen: Habt ihr dazu etwas?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das, in welcher Form?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ging mit Sicherheit telefonisch. Wir haben eine sehr enge Zusammenarbeit mit meinen Mitarbeitern und den Mitarbeitern des MAD-Amtes, und diese Frage ist mit Sicherheit frühzeitig gestellt worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir finden in den Akten - das ist dieselbe MAT-Nummer, MAD-5 - auf den Seiten 49 bis 50 ein Schreiben von Herrn Christmann, Abteilungsleiter im MAD, an Sie. Das datiert vom 06.01.2012. In den ganzen Betreffpunkten wird Bezug genommen insbesondere auf Anfragen vom Bundeskriminalamt, aber nicht auf Anfragen vom Verteidigungsministerium.

Sind Sie sich sicher, dass unabhängig von einer Presseanfrage das Verteidigungsministerium von sich aus den MAD gebeten hat, mögliche Bezüge zu den beiden am 04.11. in Eisenach verstorbenen Personen zu prüfen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da bin ich ganz sicher; denn es hat bereits vor Weihnachten ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten, dem damaligen Präsidenten Brüsselbach, und mir gegeben. Wir haben eine sehr intensive und enge Zusammenarbeit gepflegt. Da hat Herr Brüsselbach mich auch informiert und mir erzählt, dass das Bundeskriminalamt Akten haben wolle, Anfragen gestellt habe und dass wir uns um diese Frage doch bitte kümmern mögen. Daran kann ich mich sehr genau erinnern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Um welchen Teil des Ministeriums handelt es sich eigentlich bei der Bezeichnung WV I 5?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist die Abteilung für Wehrverwaltung, die es inzwischen ja nicht mehr gibt, da wir einen Umbruch vorgenommen haben. Das ist die Abteilung, die für die Kreiswehersatzämter zuständig war. In den Kreiswehersatzämtern lagern die Personalakten der ehemaligen Soldaten und eben auch von Uwe Mundlos.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann hat denn das Bundesverteidigungsministerium das erste Mal die Personalakte von Herrn Mundlos erreicht?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Personalakte von Herrn Mundlos ist zum ersten Mal im Zusammenhang mit dieser Anfrage von Stuttgart seitens der Abteilung WV in das Ministerium gelangt. Sie ist damals aber nicht zur Rechtsabteilung, also nicht in mein Referat gelangt, was auch nicht weiter verwunderlich ist, da für die Aktenhaltung innerhalb des Ministeriums die Abteilung WV zuständig war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Schreiben, auf das ich mich gerade bezogen habe, datiert vom 06.01.2012. Da schreibt Herr Christmann an Sie, Herr Dr. Gramm - ich zitiere -:

In diesem Zusammenhang hat das Kreiswehersatzamt Erfurt uns am

<sup>6</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

15.12.2011 fernmündlich mitgeteilt, dass die Personalakten des seinerzeit zuständigen Kreiswehersatzamtes Gera durch das Kreiswehersatzamt Erfurt übernommen worden seien

- ich nehme an, Gera ist aufgelöst worden -  
und dass dort
- also in Erfurt, im Kreiswehersatzamt -  
noch eine Restakte zu Mundlos vorhanden sei. (?)

Wir wissen aus den Akten, dass diese Akte am 24. Februar 2012 durch einen MAD-Mitarbeiter abgeholt worden ist. Aber Herr Christmann teilt Ihnen bereits am 06.01. Folgendes mit:

Eine Kopie der Restakte

- also die dann Ende Februar vom MAD abgeholt worden ist -  
habe das Kreiswehersatzamt Erfurt an BMVg WV I 5 übersandt. (?)

Also, auf jeden Fall vor dem 06.01.2012. So. Nun sind, wie gesagt, am 04.11. Herr Mundlos und Herr Böhnhardt ums Leben gekommen. Am 08.11. hat sich Frau Zschäpe gestellt. Am 06.01. ist das Ganze also schon zwei Monate her. Das Ausmaß der Straftatenserie, die dem NSU zugeordnet wird, war Anfang des Jahres 2012 eigentlich, glaube ich, jedem in dieser Republik bekannt. So. Und da geht also eine Personalakte eines Rechtsterroristen an das BMVg und liegt da in der Abteilung für Wehrverwaltung, oder wie? Und da ist sie liegen geblieben, oder was?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nach meinem Kenntnisstand hat die Abteilung WV die Akte nicht komplett erhalten, sondern nur einen Auszug in Kopie, um diese Presseanfrage beantworten zu können. Bei einer späteren Nachfrage bei der Abteilung WV haben wir dann erfahren, dass diese Unterlagen dort wieder vernichtet worden sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Akte lag also im Original weiterhin beim Kreiswehersatzamt in Erfurt in unverfälschter Form. Das Problem, was Sie jetzt, wenn ich das - - Bitte, Sie sind der Fragende.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, ich sage mal Folgendes, Herr Dr. Gramm: Ich gehe ja mal davon aus, dass ein Verteidigungsminister durchaus ein veritables Interesse daran haben dürfte, was denn in seinem Zuständigkeitsbereich bekannt ist über eine Person, der als späterem Rechtsterroristen zehn Morde unter anderem zur Last gelegt werden.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Zweifellos können wir davon ausgehen. Nur, Sie war auch - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War das nicht so, oder wie?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Entschuldigung, ich bin nicht der Verteidigungsminister, sondern Mitarbeiter in der Rechtsabteilung, und die Dinge, die da gelaufen sind, sind in der Abteilung WV gelaufen.

Das Problem, was wir hatten, war ein ganz anderes. Unser Problem war: Wie können wir sicherstellen - das erklärt vielleicht auch die Kommunikation zwischen dem MAD-Amt, zwischen dem eben zitierten Schreiben von Herrn Christmann und uns -, dass diese Akte nunmehr zum Bundeskriminalamt, das ja da nachgefragt hatte, möglichst schnell verbracht wird?

(Dr. Eva Högl (SPD): Am 7. März!)

Da waren wir dann gefordert, um einen Weg zu finden, um diese Verbringung zum BKA sicherzustellen. Die Anfrage des BKA kam zweimal. Sie kam einmal vor Weihnachten und kam dann einmal noch dezidiert Anfang Januar. Hier galt es im Grunde genommen zwei Probleme zu lösen. Aber ich will hier mich jetzt nicht der Gefahr aussetzen, hier rechtlichen Formalismus zu betreiben. Wir mussten - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich auch nicht. Ich bin kein Jurist, aber - -

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, ich möchte - - Ich weiß, dass - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nur, Herr Dr. Gramm, Sie haben ja offenkundig spätestens aufgrund des Schreibens vom 06.01.2012 gewusst: Da gibt es eine Personalakte zu Herrn Mundlos, die übrigens nach

unseren Unterlagen dem BKA zwei Monate später erst zugegangen ist, am 07.03.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das trifft zu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das sind acht Wochen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das trifft zu. Ich wollte gerade versuchen, das zu erläutern, und tue das gerne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Aber ich meine, ist es nicht naheliegend, bei einer solchen brisanten Angelegenheit zu sagen: „Wir wissen, die Akte ist in Erfurt beim Kreiswehersatzamt. Es gibt eine Anfrage des Bundeskriminalamtes. Seht mal zu, dass das innerhalb von 24 Stunden beim Bundeskriminalamt ist“, und nicht, wenn ich am 7. Januar einen Brief kriege, zu sagen: „Na ja, und wenn es am 07.03. zum BKA geht, ist auch gut“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nach unserer Vorstellung hätte das deutlich schneller gehen können und auch gehen müssen. Wir hätten es uns in dieser Lage sehr einfach machen können und sagen können: Dafür sind wir gar nicht zuständig. Personalakten gehen die Fachaufsicht über den Militärischen Abschirmdienst überhaupt nichts an. - Das wäre so das übliche beamtische Verhalten, was man vielleicht normalerweise als schlechtes Beispiel für Beamtentum kennt.

Hier lag die Lage aber so: Das MAD-Amt selbst hat uns mitgeteilt, dass es sehr gerne der Überbringer dieser Akten wäre. Da gab es aber einige rechtliche Schwierigkeiten zu lösen; denn das MAD-Amt war für Herrn Mundlos nicht zuständig, nicht mehr zuständig.

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es gibt eine Zwischenfrage der Kollegin Högl.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, aber gerne.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sehr herzlichen Dank. - Herr Dr. Gramm, wenn Sie als Fachaufsicht über den MAD als das Referat nicht zuständig waren, wie Sie jetzt ausgeführt haben, dann lassen Sie uns doch mal bitte wissen: Wer wäre denn zuständig gewesen

im Bundesministerium der Verteidigung für die Personalakte Uwe Mundlos?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wie angedeutet: Zuständig für die Aktenhaltung waren damals die Abteilungen, die die Kreiswehersatzämter unter sich haben. Also, das war die damalige Abteilung WV. Ich sage es mal ganz platt: Wir hätten es uns einfach machen können und ein Schreiben an das BKA schreiben können: „Bitte richtet euch an die Abteilung Wehrverwaltung<sup>7</sup>“, oder wir hätten es auch einfach an die Abteilung WV weiterreichen können, damit die sich darum kümmern.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich wollte nur eine kurze Zwischenfrage stellen. Aber wenn der Vorsitzende es erlaubt, würde ich gerne eine Bemerkung machen.

Also: Eine bundesweite Mordserie. Die Täter fliegen auf. Wir sind in einer brisanten Situation. Es wird bekannt, dass ein Täter bei der Bundeswehr war. Und Sie haben nichts anderes zu tun, als darüber nachzudenken, ob die Abteilung Wehrverwaltung oder die Rechtsabteilung oder vielleicht doch der MAD, weil er den besseren Kontakt zum BKA hat, die Akte übermittelt, und dann fliegt die Akte irgendwo drei Monate rum, und im März bekommt sie dann irgendwann das BKA. - Entschuldigen Sie bitte, dass ich das hier so als Zwischenbemerkung mache. Aber das ist komplett unverständlich, und das zeugt auch von einer Ignoranz gegenüber der Relevanz dieses Vorgangs, wenn ich das so deutlich sagen darf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, und hinzu kommt ja offenkundig, dass bereits zum Jahreswechsel eine Kopie der Akte das BMVg erreicht hat. Die ist dann bearbeitet worden, um eine Presseanfrage beantworten zu können, und wurde anschließend vernichtet. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** So habe ich das einmal gehört, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ah ja. - Sie waren ja hier auch doch bei einigen Sitzungen als Vertreter des BMVg dabei. Da haben Sie sich ja wahrscheinlich auch vorbereitet und schlau gemacht.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, -

<sup>7</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** - das ist nicht der Fall.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sondern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe an Sitzungen hier, wie ich vorhin ausführte, noch nicht teilgenommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ach so, noch nicht teilgenommen. Sorry, dann habe ich das falsch in Erinnerung gehabt.

Ist Ihnen denn irgendwie bekannt, dass die Leitungsebene des Ministeriums sich mal interessiert hat für diese Personalakte?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich gehe davon aus, dass das der Fall ist; denn es wurde damals ja eine Presseerklärung erarbeitet im Pressestab, und der Pressestab gehört ja im weitesten Sinne auch zur Leitung.

Ich möchte nur noch bitte ein Missverständnis ausräumen, wenn ich das kurz darf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Frau Dr. Högl, ich glaube - vielleicht habe ich mich falsch ausgedrückt -, wir haben gerade nicht uns nicht gekümmert. Ich kann es auch positiv sagen: Wir haben uns gekümmert. Wir haben uns um diese Akte gekümmert, obwohl wir dafür eigentlich nicht zuständig waren. Wir wollten einen Weg finden - übrigens auch als Präzedenzfall für zukünftige Fälle, damit klar ist, dass der MAD diejenige Behörde ist im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, die Auskünfte erteilt und die auch entsprechende Akten an die zuständigen Sicherheitsbehörden übermittelt. Herr Brüsselbach hat das einmal so schön in einem Telefongespräch mir mitgeteilt: Sicherheitsbehörden reden mit Sicherheitsbehörden. - Wir haben diesen Weg - auch wenn das vielleicht etwas umständlich war - auch gefunden. Vielleicht haben Sie in der Akte die Stellungnahme vom 26. Januar von Herrn Witz zur Kenntnis genommen, -

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

der einen sehr klaren Weg gefunden hat, wie es möglich ist auf rechtlich einwandfreiem

Wege, dass der MAD sich als Bote betätigt und diese Akte übersendet. Das haben wir am 26. Januar abgeschlossen. Damit war aus unserer Sicht im Prinzip übrigens auch alles klar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Aber die Notwendigkeit, diesen Untersuchungsausschuss über die Existenz einer Bundeswehropersonalakte Mundlos zu informieren, die haben Sie nicht gesehen?

(Dr. Eva Högl (SPD): September!)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Entschuldigung. Im Januar - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Notwendigkeit, diesen Untersuchungsausschuss über die Existenz einer Bundeswehropersonalakte zu Herrn Mundlos zu informieren, haben Sie nicht gesehen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Selbstverständlich haben wir sie gesehen. Aber ich darf daran erinnern, dass Anfang Januar, als diese Debatten laufen, der Untersuchungsausschuss noch nicht existierte, dass wir auch noch keine Beweisbeschlüsse hatten. Aber dass wir den Untersuchungsausschuss selbstverständlich informieren würden, war uns vollkommen klar. Dass das zu spät passiert ist und dass das hätte schneller gehen können und sollen, räume ich ohne Weiteres ein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wissen Sie, warum das passiert ist?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Was passiert ist? Dass es so spät passiert ist, meinen Sie?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dass wir überhaupt informiert worden sind. Dass wir überhaupt informiert worden sind, haben wir der Tatsache zu verdanken, dass Herr Brüsselbach nicht mehr im Amt ist.

(Dr. Eva Högl (SPD): Das war der Spiegel!)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist mir jetzt neu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist Ihnen nicht klar?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, es tut mir leid.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will es Ihnen mal kurz nur erläutern.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das verstehe ich jetzt nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das kann ich Ihnen sagen, wie das zu verstehen ist. Am 08.03. meldet sich das Landesamt Verfassungsschutz Sachsen bei dem MAD unter Präsident Brüsselbach und sagt: Lieber MAD, wir haben was gefunden aus dem Jahre 95. - Das ist ein Anschreiben - kennen Sie ja wahrscheinlich inzwischen - vom Juni 95 an das Bundesamt für Verfassungsschutz, an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, an das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen, an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt. Anlage - die fehlte den Sachsen; die hatten sie nicht mehr - ist eine Befragung unter anderem von Mundlos, Uwe, geboren 11.08.73 in Jena. Darüber wird der MAD Anfang März informiert, informiert dann das Verteidigungsministerium.

Die Befragung von Herrn Brüsselbach hat ergeben, dass Herr Brüsselbach es nicht für nötig gehalten hat, in Thüringen, Sachsen-Anhalt oder beim Bundesamt für Verfassungsschutz nachzufragen: Habt ihr dort das Protokoll der Vernehmung von Herrn Mundlos? - Im März wusste der MAD und wusste die Spitze des Verteidigungsministeriums ausweislich der Akten, dass es einen solchen MAD-Kontakt 95 gegeben hat. Wir sind darüber nicht informiert worden, weder damals durch den MAD noch durch das Bundesverteidigungsministerium. Herr Brüsselbach hat keine Veranlassung gesehen, der Sache nachzugehen, also bei drei von vier Empfängerbehörden nachzufragen: Habt ihr den Vorgang vielleicht da? Die Sachsen haben nur das Anschreiben. Habt ihr mehr?

Das BMVg hat offenkundig den MAD auch nicht angewiesen, dem nachzugehen. Wer dem nachgegangen ist, das ist Herr Birkenheier. Herr Birkenheier ist im Sommer neuer MAD-Präsident geworden, ist informiert worden über den Vorgang. Daraufhin hat Herr Birkenheier im Sommer nachgefragt, in Sachsen noch mal, in Sachsen-Anhalt erstmals, in Thüringen erstmals, beim Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals, und beim Bundesamt für Verfassungsschutz

hat man aufgrund dieser Anfrage das Protokoll der Vernehmung von Herrn Mundlos gefunden

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht gleich!)

- Auch nicht gleich, aber dann im Nachgang. - Hätte es aber diese Initiative von Herrn Birkenheier nicht gegeben, kann ich Ihnen sagen, Herr Dr. Gramm, ist die Wahrscheinlichkeit sehr, sehr hoch, dass wir bis zum heutigen Tage nichts gewusst hätten von diesem Vorgang.

Es gibt eine Personalakte, aus der eindeutig hervorgeht - das konnte man schon Ende letzten Jahres dort nachlesen, Sie jedenfalls, wir nicht; wir kannten die ja nicht mal, den Vorgang -: Mundlos hat sich 94/95 in der Zeit seiner Wehrpflicht rechtsextremistisch betätigt, und zwar so weitgehend, dass sogar der Wehrbeauftragte eingeschaltet worden ist. - Aus der Personalakte ergibt sich fast schon zwingend, dass es einen MAD-Kontakt sehr wahrscheinlich gegeben hat. Sie haben vorhin gerade gesagt: Es wäre ja ein Wunder gewesen, wenn nicht.

Glauben Sie, dass das Agieren Ihres Hauses, dass der Umgang mit diesem Vorgang der Maßgabe der Bundeskanzlerin entspricht, möglichst umfangreiche, umfassende, restlose Transparenz herzustellen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Auf diese Frage können Sie ja jetzt nicht im Ernst ein Ja erwarten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Eine Antwort schon.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, eine Antwort selbstverständlich, aber natürlich kein Ja.

Ich will mich da gar nicht billig herausreden. Als wir von der Befragung des Herrn Mundlos erfahren hatten durch die Überstellung des Berichts des MAD - am 12. März war das, glaube ich -, war uns die Brisanz dieser Befragung durchaus bewusst. Deswegen haben wir ja auch sofort eine Leitungsvorlage gemacht und informiert. Wir haben auch noch weitere Dinge unternommen. Wir haben allerdings nicht genug unternommen. Mein Mitarbeiter, der sich um dieses Thema gekümmert hat - ich habe ihn extra noch mal im Vorfeld gefragt -, hat zweimal im MAD-Amt angerufen und gefragt: Gibt es nicht

eine Möglichkeit, da noch irgendwie ranzukommen? - Außerdem hat er auch noch einmal in Sachsen angerufen und die Sachsen gefragt: „Seht ihr nicht eine Möglichkeit, euer Papier zu vervollständigen?“, denn rein rechtlich gesehen war es ja schon ein Aktenstück von Sachsen. Was wir nicht getan haben, ist, dass wir selbst von uns aus noch einmal an das BfV oder an Thüringen oder an Sachsen-Anhalt herangetreten sind. Das muss ich einfach zugeben, jawohl.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum haben Sie das nicht getan, und warum ist das nicht angewiesen worden, das zu machen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben das nicht getan, weil wir uns, ehrlich gesagt, damals nicht darüber im Klaren waren, dass das jetzt unsere primäre Aufgabe war, das zu tun, um ehrlich zu sein. Wir waren der Ansicht, dass das entweder das MAD-Amt hätte klären müssen oder die Sachsen. Wir gingen davon aus - stimmt möglicherweise nicht -, dass die Sachsen etwas verloren hatten an ihrem Bericht, und deswegen können wir - aus heutiger Sicht alles anders zu sehen - aus damaliger Sicht - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, es wäre damals schon anders zu sehen gewesen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Mag sein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das mag nicht sein. Das ist doch vollkommen naheliegend. Sie machen eine Leitungsvorlage. Das machen Sie wahrscheinlich ja auch nicht bei jedem Vorgang. Das heißt, Sie haben diesem Vorgang schon eine gewisse Relevanz beigemessen. Das heißt, der Minister war in Kenntnis gesetzt. Sehe ich das richtig?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, das ergibt sich aus der Vorlage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und der Minister hat nicht gesagt: „Dann schaut doch mal nach. Fragt mal nach, nicht nur in Sachsen, sondern auch bei den drei anderen Behörden, zwei Landesämtern in Ostdeutschland und dem Bundesamt Verfas-

sungsschutz“? Das ist nicht veranlasst worden vom Minister?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben Ihnen die Vorlage so, wie sie zurückgekommen ist, vorgelegt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Und das heißt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es finden sich auf dieser Vorlage keine weitergehenden Weisungen an uns.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat Sie das gewundert? - Also, warum will man denn so was nicht wissen? Habe ich schon mal Herrn Brüsselbach gefragt, der dann gesagt hatte: Er wäre sehr interessiert gewesen, aber hat sich nicht gekümmert.

Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Stracke.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Gramm, mich würde die Zusammenarbeit des MAD mit den anderen Sicherheitsbehörden interessieren, und zwar weil wir Sie ja auch als Fachkundigen haben, was die Rechtslage angeht. Zunächst einmal hat es mich erstaunt, als Sie gesagt haben: Wir haben jetzt hier einen Präzedenzfall gehabt des Herantretens des BKA an den MAD, und deswegen haben wir jetzt eine Regelung gefunden, wie denn beispielsweise die Briefträgerfunktion des MAD insgesamt ausschaut. - Ist es denn eigentlich so unüblich gewesen, dass polizeiliche Ermittlungsbehörden - sei es das BKA oder andere - auf den MAD zukommen und um weiterführende Informationen bitten, wo unter Umständen auch nicht nur der MAD derjenige ist, der angefragt wird, sondern auch andere Behörden im Gai des Bundesverteidigungsministeriums?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist meines Wissens keineswegs unüblich. Die Besonderheit bestand hier nur darin, dass der gesetzliche Aufgabenradius des Militärischen Abschirmdienstes auf Angehörige des Geschäftsbereichs ausdrücklich begrenzt ist. Wenn Personen dem Geschäftsbereich nicht oder nicht mehr angehören, gibt es keine gesetzliche Zuständigkeit des MAD. Deswe-

gen war hier schon eine Besonderheit in der Lage. Dieses Problem stellt sich übrigens auch noch in anderem Zusammenhang, zu dem ich, wenn ich darf, nachher auch gerne noch etwas sagen würde. Das gilt auch für Bewerber für die Bundeswehr. Die Zuständigkeit des MAD greift laut Gesetz erst, wenn Angehörige der Bundeswehr bestehen, das heißt, wenn sie eingestellt sind, und nicht vorher. Wenn sie eingestellt sind, findet die Zusammenarbeit natürlich auf allen Ebenen statt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Sehen Sie das jetzt ausreichend geregelt, so wie Sie es gemacht haben, dass - so verstehe ich sie, diese Regelung - jetzt in allen Anfragen der Sicherheitsbehörden außerhalb des MAD der MAD zunächst die Zuständigkeit hat und dann innerhalb der weiteren Geschäftsbereiche das sortiert und die Informationen zusammenfügt - ist das so zu verstehen? -, oder braucht es da jetzt Ihrer Ansicht nach noch weiterführende Regelungen für die Zukunft? Also, anders gefragt: Geht es hier ausschließlich um eine Regelung eines Einzelfalls, oder hat das jetzt Allgemeinverfügungscharakter?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich denke, dass dieser Fall, über den wir uns hier unterhalten, schon wirklich ein sehr besonderer Fall ist. Grundsätzlich sollte die Zuständigkeit des MAD auf Angehörige des Geschäftsbereichs beschränkt bleiben. Alles andere würde seinen Aufgabenradius, glaube ich, entschieden sprengen.

Eine Frage, die man stellen kann und die man vielleicht auch stellen muss und die wir uns auch stellen, ist die: Was können wir eigentlich in Zukunft tun, damit ein Uwe Mundlos nicht mehr zur Bundeswehr kommt? Hier stellen sich auch rechtliche Fragen, inwieweit möglicherweise das Aufgabenfeld des Militärischen Abschirmdienstes sinnvollerweise auch auf Bewerber bei der Bundeswehr erstreckt werden könnte und sollte.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Sind Sie da schon bei den Überlegungen zu einem Ergebnis gekommen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich persönlich, ja. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass es gerade in einer geänderten Struktur - - Wir haben es ja jetzt de facto mit einer „Freiwilligenarmee“ zu tun, was einerseits

bedeutet, dass wir uns die Mitarbeiter aussuchen können, was andererseits aber auch bedeutet, dass wir sie verantwortlich aussuchen müssen. Wir glauben, dass das MAD-Gesetz an einer Stelle lückenhaft ist. Es gibt nämlich nach unserer Rechtsanalyse keine Möglichkeit, für Bewerber bei der Bundeswehr eine NADIS-Abfrage zu machen. Das empfinden wir als kritisch. Das ist etwas, was meines Erachtens geändert werden sollte. Ich sage ganz offen: Da würden wir uns auch über Empfehlungen - Sie erwarten ja auch von uns was; aber wir erwarten manchmal auch was von Ihnen - des Ausschusses in diese Richtung freuen. Ich bin gerne bereit, das zu vertiefen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, dass es zu einer völlig routinemäßigen Abfrage bei jedermann kommen soll. Aber es gibt durchaus Fälle, wo eine solche Abfrage Sinn machen könnte.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Könnten Sie uns das gerade mal ein bisschen erläutern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, das will ich gerne tun. Wenn Bewerber zur Bundeswehr kommen, ist es ja durchaus vorstellbar - - Die Bundeswehr ist nach wie vor ein - überspitzt formuliert - interessanter Arbeitgeber für Extremisten jeglicher Couleur. Wo lernt man sonst den Umgang mit Waffen, mit Sprengstoffen und mit ähnlichen Materialien? Aus diesem Grund ist die Prävention natürlich besonders wichtig. Es kommt in Zukunft noch mehr darauf an, sicherzustellen, dass nicht die Falschen zu den Streitkräften kommen. Wir glauben, dass da alle Instrumente, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen, genutzt werden sollten. Ein Instrument, was es sonst gibt, was hier aber aufgrund mangelnder Zuständigkeit des MAD ins Leere geht - übrigens auch eine andere Stelle der Bundeswehr kann das wohl nicht -, ist die NADIS-Abfrage. Die NADIS-Abfrage macht Sinn, um festzustellen, ob es eine Verstrickung in irgendwelche extremistischen Zusammenhänge gibt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wenn man sich beispielsweise die Äußerungen der Bundeswehr ansieht zu der Frage von Vorkommnissen rechtsextremistischer Art im Rahmen der Bundeswehr, fällt auf, dass speziell bezogen wurde bislang auf Wehrpflichtige. Man hat gesagt: Ja, Bundeswehr ist ein Spiegel der Gesellschaft. Deswegen

kommen da oder kamen bislang hier in einem größeren Maße besondere Vorkommnisse vor, weniger im Bereich der Soldaten, die beispielsweise einen längeren Zeitraum in der Bundeswehr dienen. - Jetzt ist die Bundeswehr eine andere, wie Sie richtig ausführen, eine Freiwilligenarmee und jedenfalls mit einer Aussetzung der Wehrpflicht gekennzeichnet. Führt das dann auch zu einer Veränderung des Anforderungsprofils des MAD? Anders formuliert: Hat die Bedeutung des MAD eher verloren, oder, weil der Kreis kleiner wird, gewinnt er vielleicht sogar eher noch mehr an Bedeutung?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es ist vielleicht zu früh, dazu eine abschließende Aussage zu machen. Ich würde mit meiner Erfahrung nur sagen, dass die Bundeswehr eben selbstverständlich für Extremisten interessant ist, und ich glaube, dass die Aufgabe des MAD an Bedeutung in diesem Zusammenhang keineswegs abnimmt. Ich würde mich in dem Zusammenhang auch nicht von Zahlen blenden lassen. Ich glaube, dass gerade der Fall oder die Fälle, über die wir hier sprechen - oder auch, um etwas anderes zu nennen, der Fall Breivik - - Es ist eben möglich, dass sehr wenige sehr viel Unheil anrichten können, und hier halte ich es für sehr richtig und für sehr sachgerecht, im Bereich der Prävention sehr genau hinzuschauen. Also, das Bewerbungsverfahren, die Frage: „Wer kommt zur Bundeswehr und wer nicht?“, wird in Zukunft eine ganz zentrale wichtige Aufgabe des Verteidigungsministers sein. Davon bin ich persönlich - ich bin ja hier als Zeuge mit meinen eigenen Wahrnehmungen - fest überzeugt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Sie haben vorher deutlich gemacht, dass dieser Fall, den wir hier behandeln, Ausnahmecharakter darstellt und insofern die Regelung, die Sie getroffen haben - Briefträgerfunktion des MAD nämlich -, eine Ausnahme darstellt. Wie stellen Sie denn in Zukunft sicher, dass das Zusammenspiel zwischen den Sicherheitsbehörden insgesamt funktioniert und besser unter Umständen funktioniert, wie wir es bislang feststellen mussten in vielfachen Bereichen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nach unserem Kenntnisstand und nach den Akten, die ich wahrgenommen habe, kann man dem MAD eigentlich nicht vorwerfen, dass er

seine Informationen, die er auch gerade im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex gewonnen hat, nicht weitergegeben hätte.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Aber nicht an  
die Polizei!)

- Er hat sie nicht an die Polizei weitergegeben. Er hat sie aber an Verfassungsschutzbehörden weitergegeben.

Die Grundlagen für die Weitergabe an die Polizei aus dem MAD-Gesetz, was da an dieser Stelle auf das Verfassungsschutzgesetz verweist, sind sehr eingeschränkt. Da gibt es eine Weitergabepflicht im Falle der sogenannten Katalogtaten - aber ich will hier nicht belehrend wirken -, die §§ 74 a und 120 GVG. Sie kennen das. Ansonsten gibt es hier keine Zusammenarbeitsverpflichtung.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Wenn es um die Weitergabe von Informationen geht, fällt auf, dass wir eigentlich kein System der Nachsorge in irgendeiner Weise haben. Das heißt, man gibt zwar gerne das Informationsmaterial, wenn man es gesichtet hat und als notwendig erachtet hat, dann unter Umständen weiter. Aber das war es dann auch schon. Gibt es Überlegungen eigentlich im Rahmen des MAD - auch aus den Erfahrungen heraus, die wir jetzt auch haben ziehen müssen -, denn hier ein solches System der Nachsorge zu etablieren, spezieller da miteinander zu reden, oder sehen Sie das, was jetzt auch gesetzlicher Natur geschaffen wurde, als ausreichend an?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich denke, dass ein solches System der Nachsorge in der Tat zunächst auch einmal innerhalb der Bundeswehr besser etabliert werden müsste, als das bislang der Fall ist. Es gibt bestimmte Weisungen, die der damalige Staatssekretär Dr. Wichert noch erlassen hatte, aus dem Jahr 1998, die klare Vorgaben machen, wie mit bestimmten Informationen umzugehen ist und wie die auch zu dokumentieren sind. Was bislang fehlt - das sehe ich durchaus auch als verbesserungsfähig an -, ist eine Rückmeldung auch an den MAD selbst, was denn nun mit bestimmten Erkenntnissen, die der MAD an die personalbearbeitenden Stellen bzw. an die militärischen Disziplinarvorgesetzten weitergibt, geschieht. Hier sehe ich durchaus Verbesserungsbedarf. Das ist aber erkannt. An diesem Bereich arbeitet

jetzt die Personalabteilung. Wir arbeiten zu. Das soll in Zukunft verbessert werden.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ich möchte mal den Blick lenken auf die Zusammenarbeit des BMVg bzw. des MAD hier mit diesem Untersuchungsausschuss. Es fällt ja grundsätzlich auf, dass Sie bei jeglichen Aktenlieferungen einen Hinweis unten anführen, nämlich: „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“. Könnten Sie uns das mal erläutern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Dieses „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“ geht zurück auf einen alten Streit; ich habe das vorhin erwähnt. Grundsätzlich sagt ja die Verfassung, dass für Gegenstände im Bereich des Verteidigungsministeriums allein der Verteidigungsausschuss zuständig ist. Das hat auch schon in früheren Untersuchungsausschüssen immer einmal eine Rolle gespielt. Wir haben aber daraus nicht die formaljuristische Konsequenz gezogen, uns der Zuarbeit hier zu verweigern, sondern wir arbeiten selbstverständlich auch für den Bereich des MAD Ihnen zu. Aber das ist der Hintergrund. Also, konkret ist es der Art. 45 a Abs. 3 Grundgesetz<sup>8</sup>, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wir hatten jetzt hier als Ausschuss im Februar ja bereits drei Beweisbeschlüsse erlassen gehabt, und es ist auffällig: Was an Aktenlieferungen kam bis zum Juli dieses Jahres, war eigentlich nur etwas, was mit Organigrammen, mit Übersichten zu tun hat, aber nichts, was in irgendeiner Weise der Erfüllung der Beweisbeschlüsse im tieferen Sinne dienlich gewesen wäre. Wir hatten hier den Zeugen Christmann ja schon bei uns, der darauf hingewiesen hat - ich zitiere -:

Und nachdem die Regeln klar waren, haben wir auch für die Zusammenstellung der Unterlagen für den U-Ausschuss sofort angefangen zu suchen.

Jetzt würde mich mal interessieren: Was sind denn das für Regeln, auf die er unter Umständen Bezug nimmt? Warum haben Sie denn, als Sie die drei Beweisbeschlüsse bekommen haben, eigentlich so lange gebraucht innerhalb des Hauses, um uns hier entsprechend mit Informationen zu versorgen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben sehr schnell mit dem MAD-Amt Kontakt aufgenommen und eine Arbeitsgruppe gegründet und das MAD-Amt an diese Aufgabe - ich sage auch mal: durchaus im Sinne der Fachaufsicht - herangeführt. Dafür hat es vieler Gespräche bedurft, viele Gespräche gegeben. Es gab dabei auch - sagen wir mal - durchaus einen Lernprozess. Es musste durchaus auch deutlich gemacht werden, dass man mit Schwärzungen in Texten doch eher zurückhaltend umgehen muss. Es musste deutlich gemacht werden, dass Schwärzungen, wenn sie denn Platz greifen, substantiiert begründet werden müssen und nicht formelhaft, und dergleichen mehr. Das war tatsächlich ein Prozess, der nicht immer leicht war.

Hinzu kommt aus unserer Sicht Folgendes: Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass wir in einer Umbruchsituation waren und dass wir - - Ich wollte das hier nicht ausbreiten, weil es vielleicht auch zu sehr nach billiger Entschuldigung klingt. Aber wir hatten neben dem NSU-Ausschuss und neben den Routineaufgaben drei weitere Hauptbaustellen. Die eine betraf einen Abschlussbericht über den MAD - der ja in der politischen Debatte immer wieder in Zweifel gezogen wurde in letzter Zeit - für das Vertrauensgremium des Deutschen Bundestages, an dem auch die Hausleitung ein großes Interesse hatte.

Die zweite Großbaustelle betraf den Umbau und die Neuausrichtung der Streitkräfte, von denen eben auch das Ministerium, insbesondere auch mein Referat, betroffen war. Wir haben neue Aufgaben, aber zunächst kein Personal bekommen, so wie das ja manchmal üblich ist.

Und der dritte Bereich war, dass das MAD-Amt selbst neu ausgerichtet wurde und seine Neuausrichtung zum 1. April bereits eingenommen hat - oder in Teilen zumindest -, und auch da waren wir stark gefordert. Wir selbst haben - das räume ich hier ohne Weiteres ein - durchaus Startschwierigkeiten gehabt, bis wir so richtig in Gang gekommen sind. Ich habe in einem der Protokolle gelesen, dass es ja einen Kulturwechsel offenbar gegeben habe in Richtung Juni, dass dann plötzlich der Aktenfluss funktioniert hätte. Nun, das liegt auch an der personellen Situation bei uns, dass wir eine ganze Zeit gebraucht haben, bis wir eine schlagkräftige Mannschaft zusammengestellt haben. Das war erst im Mai im Grunde genommen wirklich der Fall, was eben viel mit der Neuorga-

<sup>8</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

nisation des Hauses zu tun hatte. Das erklärt vielleicht auch, warum wir dann erst richtig in Gang gekommen sind.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wenn ich das übersetzen darf: Die Prioritätensetzung lag zunächst einmal nicht primär daran, diesen Untersuchungsausschuss in der gebotenen Form zu unterstützen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das wäre mir persönlich, wie Sie sicher verstehen werden, zu scharf. Ich würde eher sagen: Wir haben uns in der Kunst des Möglichen geübt und haben versucht, die verschiedenen Aufgaben, die wir haben, so zu organisieren, dass es eben funktioniert. Es ist aber nicht so, dass wir da nichts getan haben. Wir haben ständige Besprechungen geführt. Wir haben selbst lange klären müssen: Wo können wir schwärzen? Wo können wir nicht schwärzen? Was geht zu weit? - Das waren alles Fragen. Ich darf vielleicht daran erinnern, dass wir uns dem Treptow-Verfahren sofort angeschlossen haben, ohne zu zögern. Ich darf vielleicht auch darauf hinweisen, dass wir - ich erwähnte vorhin das Stichwort „Lernprozess“ - in der Praxis dazu übergegangen sind - auch in unseren Anschreiben an Sie -, sehr viel deutlichere Hinweise zu geben auf Zusammenhänge, die für Ihre Arbeit möglicherweise von großem Interesse sind.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Muss ich dadurch den Eindruck gewinnen, dass Sie zum allerersten Mal als MAD und das BMVg mit - - der Umgang eines Untersuchungsausschusses hier erst geübt werden mussten und sich üben mussten?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich selbst habe mit einem Untersuchungsausschuss aktiv davor nicht viel zu tun gehabt. Mir war aber klar, dass wir das schnell auf die Reihe bekommen müssen. Es gab Schwierigkeiten, ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Gehe ich dann recht in der Annahme, dass jetzt für weitere Untersuchungsausschüsse, sofern sie notwendig sein sollten, denn hier gewisse Umgangsregeln so eingeübt werden, dass solches nicht sich als Dauerphänomen darstellt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Selbstverständlich. Aber Sie erlauben mir dann vielleicht ein kleines Wort auch noch zur Verteidigung. Dieser Untersuchungsausschuss ist ja nun doch ein besonderer Untersuchungsausschuss. Die Regeln, die hier gelten, sind doch ein wenig andere, als das früher der Fall war.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Nämlich? Warum sind die anders?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich glaube, es ist wirklich was Besonderes, dass es hier im Grunde genommen um auch eine parteipolitisch ganz besondere Konstellation geht. Normalerweise sind ja Untersuchungsausschüsse - so lernt das jeder Verfassungsrechtler - immer das Instrument der Opposition. Hier ist es ja völlig anders. Hier ist ja ein Gesamtaufklärungsinteresse wirklich des Parlamentes da, und dem muss man Rechnung tragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Gramm, darf ich das so verstehen, dass sich normale Untersuchungsausschüsse dadurch auszeichnen, dass Sie als Ministerium wenig liefern müssen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist jetzt eine gewisse Zuspitzung von Ihnen. Das würde ich so nie formulieren.

(Dr. Eva Högl (SPD): Das haben Sie aber sehr nahegelegt, diese Frage jetzt!)

Ich beantworte - - Ich habe jetzt aus einem Lehrbuch des Verfassungsrechts hier zitiert. Die Schlüsse, die Sie daraus gezogen haben - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt also, wir arbeiten so, dass es für Sie anstrengender ist als sonst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ehrlich gesagt, ja.

(Heiterkeit)

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ich glaube, das ist auch ganz gut so. - Herr Dr. Gramm, mich würde noch ein weiterer Aspekt interessieren, nämlich die Frage der Aktenvernichtung, und zwar gibt es ja hier auch, verfügt vom Präsidenten Birkenheier,

einen Aktenvernichtungsstopp. Mich würde einfach auch hier mal die Rechtslage interessieren. Zum einen: Waren Sie denn damit in irgendeiner Frage zunächst einmal befasst, mit der Frage von Aktenvernichtungen, dass da ein Stopp kommt und Akten jetzt im Zusammenhang mit NSU oder - grundsätzlicher Art - mit Rechtsextremismus nicht weiter einer Aussonderung zugeführt werden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Dieses Thema hat meines Wissens in den Besprechungen mit dem MAD-Amt, die wir ja ständig geführt haben - sozusagen mit wachsender und steigender Tendenz -, immer eine Rolle gespielt. Einer meiner Mitarbeiter, der das dann auch maßgeblich ab April übernommen hat, hat darauf stets hingewiesen, dass Akten mit einem möglichen Bezug zum Untersuchungsgegenstand keinesfalls zu vernichten sind. Es hat sich allerdings damals, weil uns das völlig selbstverständlich<sup>9</sup> erschien, nicht in einer schriftlichen Weisung niedergeschlagen, noch nicht. Das ist dann später gekommen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und jetzt ist die Situation, Sie vernichten keinerlei Akten aus dem gesamten Phänomenbereich Rechtsextremismus oder bezogen auf NSU-Bezug?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, es gibt aus dem gesamten Bereich mit rechtsextremistischen Bezügen einen Vernichtungsstopp. Wir haben da einmal die Anweisung von dem Vorsitzenden Herrn Edathy umgesetzt. Das ist unmittelbar geschehen - ich glaube, noch am gleichen Tage - durch den Präsidenten des MAD-Amtes. Es hat dann auch innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung eine entsprechende Weisung des Abteilungsleiters „Rechts“ an alle Abteilungsleiter im Hause mit nachgeordneten Bereichen gegeben.

Wir haben übrigens auch noch einmal im Vorfeld dieser Sitzung das MAD-Amt angewiesen, zu überprüfen, ob die damals vernichteten Teilakten - es wurde Ihnen darüber berichtet - rekonstruiert werden können. Das ist abschlägig beschieden worden. Man hat uns aber auch versichert, dass seit der Weisung oder seit diesem Bericht vom 24.09. - wenn ich das mir hier richtig notiert habe - keine weiteren Akten im MAD-Amt vernichtet worden sind.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** So ein Vernichtungsstopp ist ja pragmatisch. Mich würde allerdings dennoch die Rechtssituation interessieren. Ist das denn mit geltendem Datenschutzrecht eigentlich in Einklang zu bringen, bzw. wie lange kann denn so ein Vernichtungsstopp an sich dauern? Also, müsste man hier unter Umständen auch noch mal gesetzlich nachjustieren? Mich würde Ihre Einschätzung interessieren.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Diese Frage - - Ganz offen gesagt, bringt uns dieser Vernichtungsstopp rechtlich durchaus in bestimmten Bereichen in gewisse Verlegenheiten; denn es gibt ja in der Tat gesetzliche Vernichtungspflichten, wo vorgesehen ist, dass Akten zu beseitigen sind und zu vernichten sind. Wir behelfen uns da, ehrlich gesagt, mit so einer Art Eisschränklösung, indem wir sicherstellen, dass auf diese Akten kein Zugriff mehr erfolgen kann, dass sie aber auch nicht vernichtet werden. Letztendlich müssen sie aber irgendwann vernichtet werden, und zwar - aus meiner persönlichen Sicht - rechtlich zwingend dann, wenn der Untersuchungsausschuss beendet ist, also mit dem Ende der Legislaturperiode.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Gramm, ich muss noch mal kommentieren und auch noch mal nachfragen. Sie haben gesagt: Die Tatsache, dass dieser Untersuchungsausschuss ein anderer Untersuchungsausschuss ist, hat bei Ihnen zu einem veränderten Verhalten geführt, was die Zulieferung angeht oder die Bearbeitung oder so. - Das hätte ich ganz gerne noch mal erklärt, was das genau hieß; denn wir kommen gleich noch mal zu ein paar Details, wie da gearbeitet wurde oder nicht.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wenn wir es rein rechtlich sehen, ist es doch eigentlich nicht erforderlich. Normalerweise besteht doch die Pflicht der Regierung, die Akten, die sie findet, zuzuliefern. Wir tun mittlerweile

---

<sup>9</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

aber sehr viel mehr. Wir suchen proaktiv für Sie. Wir suchen inzwischen auch Namen, die Sie uns nicht gegeben haben. Wir suchen auf Listen - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Gramm, darf ich mal eine Zwischenbemerkung machen? - Sie suchen nicht für uns. Sie haben auch ein Aufklärungsinteresse. Davon gehe ich doch aus - oder? -, dass Ihr Bundesminister das auch hat.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, selbstverständlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Die Bundeskanzlerin hat das ziemlich deutlich für die Bundesregierung formuliert: dass alles getan werden soll.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das widerspricht sich ja auch nicht. Selbstverständlich muss alles getan werden, und das tun wir ja auch. Aber den Auftrag, zu untersuchen, haben ja nun in erster Linie Sie, und wir haben den Auftrag, Ihnen, so gut wir können, zuzuliefern.

Und ich glaube, wir tun das wirklich inzwischen. Wie gesagt: Sie bekommen in den nächsten Tagen von uns Namen, die Sie noch gar nicht kennen, die auf keiner Liste draufstehen. Sie bekommen von uns Informationen - -

(Hartfried Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Welche denn?)

- Ja, gut, das werde ich hier in öffentlicher Runde mit Sicherheit nicht nennen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir kommen jetzt erst mal zu den Sachverhalten, die wir hier zusammen - - Genau, okay.

Herr Dr. Gramm, ich will nur sagen: Wir haben auch Bundesländer, die es mit mehreren Hundert bis zu Tausenden von Akten zu tun haben. Wir haben fünf Morde in Bayern und haben umfängliche Akten und so. Also, verglichen damit, was andere zugeliefert haben, erarbeitet haben, durchforstet haben, auf Namen überprüft haben fortlaufend, auf neu aufkommende Sachverhalte wie Ku-Klux-Klan und so, ist das, was wir jetzt im Zusammenhang mit Bundesministerium der Verteidigung und MAD haben, überschaubar, um das mal so zu formulieren.

Und ich will jetzt mal zu ein paar konkreten Dingen kommen, die auch schon am

Rande angesprochen wurden, aber ganz deutlich am Anfang auch sagen: Ich unterscheide zwischen dem Vorgang MAD-Befragung Uwe Mundlos - das ist ein anderer Vorgang -, sondern ich möchte mich jetzt gerne mal widmen dem kompletten Vorgang und dem Verfahren rund um die Personalakte Uwe Mundlos, weil das ja etwas ist, was unmittelbar Ihr Haus jetzt auch betrifft; Sie sind zwar auch zuständig für MAD, aber eben, was in Ihrem Haus liegt. Und ich habe aus den Akten und aus der bisherigen Zeugenbefragung den Eindruck gewonnen, dass das Bundesministerium der Verteidigung diesen gesamten Sachverhalt mit ganz spitzen Fingern angefasst hat und auch versucht hat, das möglichst weit wegzuschieben. Und ich will jetzt mit Ihnen das noch mal kurz durchgehen.

Sie haben uns ja auch gesagt, dass die Anfrage des Bundeskriminalamts beim MAD gelandet ist am 5. Dezember, und dann fragen die noch mal nach am 4. Januar. Was ich nicht verstehe, ist, warum bei Ihnen nicht sofort, nachdem sukzessive die Umstände bekannt wurden rund um NSU und die Zusammenhänge klar wurden und so, warum dann Anfang November in der Zeit bei Ihnen nicht sofort etwas veranlasst wurde aus eigenem Aufklärungsinteresse. Vielleicht können Sie uns das noch mal mitteilen. Also, das will ich einfach nicht - - habe ich bisher nicht verstanden und will ich auch anhand dessen, was ich gefunden habe, noch nicht so recht verstehen. Ich habe selbst in einem Bundesministerium gearbeitet zehn Jahre, also ich habe da Verwaltungserfahrung, und ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich dann ergeht in einem Hin und Her, welches Referat ist zuständig, sondern da gibt es eine Ansage von oben: Ihr guckt mal. - Da wird jemand festgelegt, der zuständig ist. Da wird ein Verfahren verabredet oder eine Arbeitsgruppe, und da gibt es auch eine fortlaufende - wenn die Sache ausreichend wichtig ist - Information der Leitung und Ansagen der Leitung zurück. Warum war das bei Ihnen zu keinem Zeitpunkt so?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich habe vorhin schon mal versucht, Ihnen da vorsichtig ein wenig zu widersprechen. Wir haben das durchaus versucht, und wir haben versucht, auch da an dem Punkt gerade Verantwortung zu übernehmen, obwohl wir dafür eigentlich nicht zuständig waren. Wir waren nicht zuständig für die Personalakten; wir

wollten aber sicherstellen, dass das BKA diese Akte so schnell wie möglich bekommt. Es hat umfangreicher Gespräche bedurft mit der Abteilung WV - der Kollege Witz hat die geführt -, um die davon zu überzeugen, dass sie die Personalakten überhaupt herausgeben dürfen. Das hat wieder rechtliche Probleme aufgeworfen<sup>10</sup>, die ich jetzt nicht vertiefen möchte.

Es hat zweitens auch umfangreicher Gespräche bedurft, um dem MAD-Amt - da war durchaus auch -<sup>11</sup> Auch das möchte ich bitte erläutern: Das MAD-Amt wollte den Boten machen. Es war aber - - Es hat sich aber von uns eine sehr - sagen wir mal - enge Weisung gewünscht an diesem Punkt. Es wollte sozusagen von uns die Sicherheit bekommen, das auch tun zu dürfen. Diese Sicherheit haben wir auch gerne gegeben. Deswegen das Papier vom 26. Januar.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Gramm, ist in Ihrem Haus die Dimension dieses Komplexes - bundesweite Mordserie, 15 Banküberfälle, zwei Sprengstoffanschläge -, ist die Dimension gesehen worden? Also, ich möchte noch mal zu sprechen kommen: Personalakte Uwe Mundlos wird ans Bundesministerium der Verteidigung gefaxt am 7. Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** An die WV, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und das löst gar nichts aus. Sie wird gefaxt, eine Presseanfrage wird beantwortet, und dann wird sie weggeschmissen. Also, das ist einfach ein unvorstellbarer Vorgang. Das ist doch ein relevantes Dokument, wenn einer der drei Straftäter in diesem Komplex bei der Bundeswehr war. Es existiert noch eine Personalakte - das ist ja schon mal was -, man erfährt das im Hause, und, Herr Dr. Gramm, das löst gar nichts aus: Das löst keine Leitungsvorlage aus, das löst keine Besprechung aus, das löst keine Zuständigkeitsklärung aus, sondern die Akte wird in den Papierkorb gesteckt, und dann beginnt das ganze Verfahren von Neuem. Dann wird nämlich die Akte im Februar erst - - Am 17. Februar gibt es ein Schreiben des Abteilungsleiters II aus dem MAD an das Kreiswehrrersatzamt in Erfurt, und dann mit Kurier am 24. Februar übermittelt. Ich verstehe das nicht. Wie kann das angehen? Das war doch ein wichtiges Dokument.

<sup>10</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

<sup>11</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Zweifellos. Es waren sicherlich auch viele Stellen im Hause daran beteiligt. Auch das ist -<sup>12</sup> haben Sie ja den Akten entnehmen können. Es hat zu diesem Zeitpunkt noch keine verschärfte Bemühung gegeben, diese Akte herzustellen, um sie Ihnen zu übersenden. Ich kann nur sagen zu unserer Entschuldigung: Es gab damals den Untersuchungsausschuss auch noch nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, Herr Dr. Gramm, das muss doch bei Ihnen was auslösen. Darum geht es mir doch. Ich sagte doch gerade: Sie arbeiten doch nicht nur für uns. Sie arbeiten in der Bundesregierung. Ich frage mich wirklich - - Also, ich meine, Personalakte Uwe Mundlos, das legt man doch nicht an die Seite, schmeißt es in den Papierkorb wie eine Zeitschrift oder so, sondern da guckt man doch mal; das legt man dem Minister vor, da guckt man mal genau hin: Was war denn da? Wie ist es denn dem so ergangen bei der Bundeswehr? Was müssen wir denn eventuell weiter damit machen?

Und dann will ich Ihnen noch mal ganz kurz sagen: Dieser Untersuchungsausschuss hat am 9. Februar den Beweisbeschluss MAD-2 gefasst, und die Personalakte Uwe Mundlos hat uns hier - da können sich, glaube ich, alle Beteiligten noch dran erinnern - erreicht, nachdem wir Huth terminiert hatten, Oberst Huth, für den 11. September. Da haben wir nämlich eine SMS bekommen, dass der *Spiegel* die Personalakte Uwe Mundlos hat. Und da war Ihr Kollege vom Verteidigungsministerium plötzlich ganz erschrocken und wurde blitzartig in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt, und dann haben wir die Personalakte Uwe Mundlos als Tischvorlage bekommen. Das war der Her gang. Halten Sie das für angemessen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe bereits eingeräumt, dass ich diese Zeitabläufe für unglücklich halte und dass wir das aus heutiger Sicht anders machen würden; überhaupt keine Frage. Das ist damals nicht optimal gelaufen. Das hätten wir besser machen müssen. Ich kann dazu nichts anderes sagen. Ich kann Sie da verstehen. Ich möchte - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wissen Sie was? Wissen Sie was? Wir haben Sie er tappt damals. Sie haben geglaubt, Sie können die Befragung von Oberst Huth hier irgendwie

<sup>12</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

über die Bühne bringen, ohne dass wir die Personalakte Uwe Mundlos kennen. Wenn das später rausgekommen wäre, wäre das genau so - ich will Ihnen das noch mal sagen - gekommen: Wir hätten Oberst Huth hier vernommen, ohne auch nur ein Blatt der Personalakte Uwe Mundlos zu kennen, ohne überhaupt zu wissen, dass es eine Personalakte gibt. Und das will ich Ihnen ganz deutlich sagen: Das ist ein Umgang mit diesem Untersuchungsausschuss, den ich nicht nur für unangemessen halte, sondern für eine Unverschämtheit, und ich glaube, da sind die Kolleginnen und Kollegen auch meiner Meinung. Sie hatten Kenntnis von der Personalakte Uwe Mundlos seit dem 7. Dezember 2011, und das möchte ich gerne mal festhalten.

Und ich habe noch keine Gründe jetzt vernommen, weshalb das so lange gedauert hat. Sie haben sich zwar dafür entschuldigt und halten das auch für nicht angemessen, aber die Gründe können Sie mir nicht benennen. Was geht denn dann in so einem Ministerium vor, wenn da eine Personalakte auftaucht und der Untersuchungsausschuss einen Beweisbeschluss gefasst hat? Was diskutiert man denn dann eigentlich? „Wir haben die zwar, aber wir geben die denen nicht“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, jetzt spitzen Sie, mit Verlaub, ein wenig zu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. Ich will es aber einfach mal wissen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das steht Ihnen ja auch selbstverständlich zu. Ich will gleichwohl versuchen, zu sagen - ich werde es sicherlich nicht befriedigend erklären können -: Es ist nur so, dass wir uns tatsächlich zunächst darauf konzentriert hatten, die MAD-spezifischen Bezüge herauszuarbeiten; das war eigentlich unser Approach. Und wir haben uns außerdem zunächst auch entsprechend der sukzessiven Beweisbeschlüsse um die Themen Waffen und Sprengstoff schon ziemlich intensiv gekümmert. Ich glaube, wenn ich das richtig erinnere, haben Sie da auch relativ schnell was bekommen.

Dass wir an dieses Thema relativ spät rangegangen sind, hatte was mit unserer internen Arbeitsteilung - in Anführungszeichen - zu tun, dass wir gesagt haben: Erst dieses, dann jenes. - Wir konnten nicht alles auf einmal. Dass das hier schlecht gelaufen

ist, sehe ich ein. Aber ich sage noch mal: Da irgendwelchen Vorsatz dahinter zu vermuten, um Ihnen etwas vorzuenthalten und Herrn Huth sozusagen hier befragen zu lassen, ohne dass Sie diese Akte haben, also das ist definitiv nicht der Fall. Buchen Sie es ab unter Ungeschicklichkeit, unter Dummheit, aber bitte buchen Sie es nicht ab unter Vorsatz und unter vorsätzlicher Misshandlung des Untersuchungsausschusses; das ist nicht der Fall.

Ich kann Ihnen die Chronologie, wann wir das angefordert haben und wie das dann gelaufen ist, selbstverständlich gerne nachweisen. Ich könnte auch noch viel erzählen dazu, dass es noch Abstimmungsgespräche innerhalb der Bundesregierung gegeben hat, weil es ja auch zu klären war, wie man mit solchen Akten grundsätzlich umzugehen habe. Und ich kann Ihnen auch noch erklären, warum es nun ausgerechnet an dem Tag, als die - was Sie erwähnt haben - *Spiegel*-Anfrage gekommen ist - - Das war nun genau der Tag, an dem wir vom Generalbundesanwalt die Freigabe bekommen haben für diese Akte. Und wir haben uns dann entschieden, die Ihnen sofort rüberzuschicken. Sie hätten sie sonst am nächsten Tag bekommen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir hatten die Befragung von Herrn Huth aber am 11. September. Ich habe nur - - Der Vorsitzende hat auch noch eine Zwischenfrage, aber ich habe noch eine Frage: Haben Sie Ihren Minister mal mit dem Vorgang Personalakte Uwe Mundlos befasst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, der Minister ist jedenfalls seit 11. - - seitdem dieser Eklat hier passiert ist, über diese Vorgänge informiert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das heißt, Sie haben eine Personalakte Uwe Mundlos seit dem 7. Dezember im Haus und Sie halten das gar nicht für nötig, Ihren Minister darüber zu informieren. Wie hat der denn im September reagiert, als er aus der Presse erfahren hat, dass es eine Personalakte Uwe Mundlos gibt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da war ich nicht beim Minister. Das müssten Sie ihn selbst fragen. Aber ich weiß nicht, wer - - was auch sonst an Informationen gelaufen ist über die Abteilung WV, wem die vorgelegt

haben; das weiß ich nicht. Da hatten wir nichts mit zu tun, bei dieser Pressegeschichte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und da spricht man auch im Haus nicht drüber?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Unser Haus ist relativ groß.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn ich kurz fragen darf, Herr Dr. Gramm: Sie gehen davon aus, dass der Minister über die Existenz der Personalakte Mundlos nicht informiert worden ist?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich weiß das nicht, weil ich die Informationsstränge, als die Personalakte erstmalig im Dezember ja dann bei uns angelandet ist über die Presseabteilung, wie das genau gelaufen ist. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Definitiv klar ist aber, dass er im März informiert worden ist über den Fund in Sachsen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist definitiv der Fall. Diese Vorlage habe ich selbst unterzeichnet, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat der Minister zu irgendeinem Zeitpunkt Ihres Wissens mal geäußert: „Liebes Haus, tut bitte alles, damit der Ankündigung der Bundeskanzlerin auch Taten folgen, was Aufklärung, Transparenz betrifft, liefert alles, was die brauchen!“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das war eigentlich selbstverständlich. Das hat - <sup>13</sup> Im Übrigen habe ich über diese Frage wenn, dann mit meinem Staatssekretär gesprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was hat der gesagt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Der hat uns unterstützt. Er hat mich gefragt: Braucht ihr Personal? - Ich habe gesagt: Ja. - Selbstverständlich, kriegt ihr, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, Herr Dr. Gramm, ich meine jetzt eigentlich nicht, ob der Minister gesagt hat: „Wir tun alles, um Herrn Dr. Gramm zu unterstützen“, sondern: „Tut bitte in unserem Ministerium alles, um den Ausschuss zu unterstützen.“

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Na gut, aber einer muss es ja machen im Ministerium. Einer muss sich ja darum kümmern, dass Personal zustande kommt, dass die Akten rübergeschoben bekommen, und das war - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat es jemals von der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums Ihnen gegenüber eine Aussage gegeben, die inhaltlich etwa folgenden Kern hatte: „Tut bitte alles, um die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses zu unterstützen“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe darüber mit dem Bundesminister der Verteidigung persönlich nicht kommuniziert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Habt Ihr noch? - Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe noch ein bisschen, genau. - Das ist sehr untypisch, wenn ich das so offen sagen darf, weil Meinungsäußerungen des Ministers auch in der Regel das Haus erreichen, selbst wenn man nicht jeden Tag persönlich mit dem Bundesminister spricht. Also eine Meinungsbildung dergestalt: „Volle Kraft voraus, alle Anstrengungen zur Unterstützung des Untersuchungsausschusses!“, hätte Sie erreicht, wenn es die gegeben hätte - da bin ich ziemlich von überzeugt -, ohne dass Sie dazu persönlich mit dem Minister hätten sprechen müssen.

Ich will noch mal eine andere Frage stellen, nämlich: Wer ist denn heute im Bundesministerium der Verteidigung dafür zuständig, also für alles, was mit den Personalakten der rechtsextremen Unterstützer des NSU zu tun hat, und welche Konsequenzen daraus dann auch für die Bundeswehr insgesamt in der Frage Umgang mit Rechtsextremismus zu ziehen sind? Wer macht das heute bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, heute findet die gesamte Steuerung im Referat Recht II 5 statt. Herr Witz, den Sie ja kennen,

<sup>13</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

leitet das im Wesentlichen. Er wird dabei unterstützt durch auch mich, und wir bemühen uns darum, das aus allen Ecken und Enden jetzt zusammenzuführen. Das betrifft einmal die Personalaktendimension, und es betrifft aber auch die Disziplinaraktendimension, also da, wo es zu den Truppendienstgerichten geht. Und es betrifft auch, soweit wir da weiterkommen - was nicht immer einfach ist -, die Akten im Bundesarchiv. Also, wir haben uns schon seit September hier neu aufgestellt und sind da, glaube ich - - bemühen uns da jedenfalls.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ich setze das in der nächsten Runde fort.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Okay. - Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Gramm, zunächst einmal ist ja durchaus zu bemerken - das haben Sie ja schon festgestellt -, dass im Zeitablauf seit Bestehen des Untersuchungsausschusses ja zumindest mal vernehmlich ein Denkwandel stattgefunden hat, sodass dann spätestens seit dem Wechsel an der Spitze des MAD auch tatsächlich Informationen an den Ausschuss geflossen sind. Trotzdem haben Sie gerade eben angekündigt, dass Sie jetzt weitere Namen und weitere Akten, die wir noch gar nicht kennen würden, uns geben wollen. Es würde mich dann schon mal interessieren, warum wir das noch nicht haben.

**Zeuge Dr. Christof Gramm**: Die Zusammenhänge liegen ja nun nicht offen auf dem Tisch, sondern Zusammenhänge ergeben sich aus Studien, aus Hinweisen, aus allen möglichen Zusammenhängen, die wir auch selbst nicht kennen. Ich habe vorhin versucht, zu sagen, dass es für uns sehr schwierig ist. Wir können nicht in den Schrank greifen und haben die Akte NSU und haben diese Akte<sup>14</sup>, sondern wir müssen überall gucken: Wo gibt es noch Bezüge? Wo ist noch irgendjemand, der Kontakt hatte mit irgendjemand auf der Hunderter-Liste oder so weiter? Das sind immer wieder Dinge, die auftauchen und bei denen wir versuchen, Ihnen aktiv zuzuarbeiten.

Wir sind übrigens jetzt auch dazu übergegangen - wenn ich dieses Beispiel erwähnen darf -, Akten zu versuchen wieder zurückzugewinnen, die wir gar nicht mehr haben,

sondern die wir - Stichwort Hunderter-Liste - möglicherweise bei Landesbehörden vermuten. Aber auch das ist nicht ganz einfach.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie dann die Landesbehörden jetzt konkret deswegen noch mal angesprochen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm**: Das MAD-Amt ist angewiesen, dieses zu tun, und wir haben das getan, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche, wenn ich kurz fragen darf?

**Zeuge Dr. Christof Gramm**: Ich glaube, sämtliche.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich würde weitermachen, wenn es möglich ist. - Danke.

Sie haben vorhin das Problem mit der NADIS-Abfrage angesprochen. Wie haben Sie es denn bisher gelöst, also wenn Sie selber nicht oder der MAD selber nicht NADIS abfragen kann? Aber das scheint ja einleuchtend zu sein. Das muss möglicherweise auch tatsächlich mal im parlamentarischen Verfahren behandelt werden, dieses Problem. Aber wie wurde das denn bisher gelöst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm**: Bisher hatten wir es vergleichsweise einfach, weil wir ja unter den Bedingungen der Wehrpflicht agiert haben. Bei der Wehrpflicht war immer klar, dass bestimmte Jahrgänge zur Musterung heranstehen würden. Man konnte dann im Zusammenhang mit den anderen Verfassungsschutzbehörden und den Staatsschutzbehörden im Rahmen gewisser Listenabgleiche feststellen: Wer, welcher erkannte Extremist kommt denn nun im Laufe der nächsten ein, zwei Jahre auf uns zu?

Das MAD-Amt besitzt deswegen selbstverständlich keine rechtliche Zuständigkeit, aber man hat sich hier mit einem - ich will es mal - - mit einem besonderen Verfahren beholfen: Das ist das sogenannte BuB-Verfahren gewesen, die berühmte „Bitte um Beteiligung“. Das heißt, das MAD-Amt hat in solchen Fällen ein Schreiben an die Kreiswehersatzämter gerichtet, in dem drinstand: „Wenn diese Person zum Wehrdienst heransteht, dann benachrichtigt uns bitte.“ Auf die Weise haben wir dem Gesetz genügt, dass

<sup>14</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

wir keine Informationen sammeln dürfen über Personen, die der Bundeswehr ja noch nicht angehören - das ist immer die rechtliche Grenze, die das MAD-Gesetz ja sehr klar zieht -, haben aber andererseits sichergestellt, dass bestimmte Personen, die extremistisch sind, nicht zur Bundeswehr kommen. In der Praxis hat sich das häufig so ausgewirkt - aber das hat Herr Huth wahrscheinlich schon erläutert -, dass insbesondere Gewalttäter gar nicht eingezogen wurden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, die - - Das scheint ja jetzt die Regelung zu sein. Bei Grundwehrdienstleistenden allerdings ist das doch anders. Wenn ein Rechts-extremist zum Wehrdienst ansteht, ist er aufgrund seiner politischen Einstellung vom Wehrdienst befreit gewesen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, es handelte sich hier nur - -<sup>15</sup> Es gab Unterschiede. Ich glaube, Gewalttäter und gewalttätig geneigte Leute haben dann ein sogenanntes verschärftes BuB bekommen. In den anderen Fällen hat der MAD dann eine Rückmeldung erhalten, wie die - - damit sie dann die Möglichkeit hatten, hier auch vorzugehen gegebenenfalls.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie sprachen eben von Listenabgleich. Können Sie das noch mal definieren oder genauer beschreiben: den Listenabgleich mit anderen Verfassungsschutzbehörden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da müssten Sie bitte vor allem jetzt den MAD befragen, wie das genau funktioniert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, die rechtlichen Grundlagen oder - - schon in Ihrem Zuständigkeitsbereich.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das findet statt im Rahmen der normalen Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsschutz-ämtern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bei Zugang und auch anschließend nach Wehrdienstabgang?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, bei Zugang.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bei Zugang?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und da gibt es eine rechtliche Regelung, dass man sagt, ein Soldat, der die Wehrdienstzeit beendet, aber auch im Blickfeld des MAD war, wird dann nicht weitergemeldet an Verfassungsschutzämter, oder wie ist das? Also, durchaus auch - -

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Moment, Moment jetzt! Entschuldigung, das ist jetzt eine andere Frage. Das ist jetzt die Frage: Was passiert mit Extremisten, die die Bundeswehr verlassen, mit erkannten Extremisten? In solchen Fällen werden Verfassungsschutzbehörden selbstverständlich benachrichtigt. Das BfV wird benachrichtigt auf der Grundlage von, ich glaube, § 3 ist das, und für die anderen gibt es andere Grundlagen im MAD-Gesetz bzw. im Bundesverfassungsschutzgesetz.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Welche Maßstäbe setzen Sie denn an, um einen Extremisten zu definieren oder zu erkennen? Gibt es da rechtliche Grundlagen, Dienstvorschriften, ZDv, wie auch immer?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, dazu gibt es Grundlagen in der Weisung. Wenn Leute beispielsweise extremistischen Organisationen angehören, wenn sie sich dort betätigen, dafür gibt es Grundlagen, ja. Das sind im Wesentlichen die Weisungen, die der vorhin schon zitierte Staatssekretär Dr. Wichert, der ein ganz entschiedener Gegner gegen jede Form von Rechtsextremismus in den Streitkräften war, erlassen hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie weit ist denn dann geregelt auch, dass - - Wir haben bisher im Ausschuss hier gehört, dass die unmittelbaren Disziplinarvorgesetzten beispielsweise darüber entschieden haben, ob jemand befördert wird oder nicht befördert wird aufgrund seiner politischen Einstellung. Nun handelt es sich ja bei sehr vielen Truppenteilen um vergleichsweise junge Kompaniechefs zum Beispiel, die so eine Entscheidung zu treffen haben. Wie wird denn gewährleistet, dass dieser Kompaniechef eine

<sup>15</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

richtige Entscheidung trifft in so einer sensiblen Frage? Wir reden ja auch - -

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das will ich noch kurz erklären: Wir reden ja auch nach wie vor über die Staatsbürger in Uniform bei manchmal vermutetem extremistischem Hintergrund, die nach wie vor aber natürlich bürgerliche Freiheiten haben, die auch innerhalb einer Kaserne geschützt sind, wenngleich auch gewisse Grundrechte in der Kaserne natürlich ausgesetzt sind; das ist klar.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es gibt dafür eine eigene Weisung auch<sup>16</sup>, aber dieses Mal eben der damaligen Personalabteilung; auch heute noch ist die da noch für<sup>16</sup> zuständig. Hier geht es also letztlich darum - - Es geht um zwei Themen. Es geht einmal um das Thema: Welche Maßnahmen sollen die Disziplinarvorgesetzten ergreifen? Und dafür gibt es eben Hinweise für das Vorgehen gegen Extremisten, eine Weisung aus dem Jahr 1998, das sogenannte Olboeter-Papier - so heißt das nur bei uns in der Bundeswehr -, in dem im Einzelnen geregelt ist, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Und der MAD nimmt ja auch, wenn er einen Extremisten erkennt, regelmäßig eine Beratung der Vorgesetzten vor, indem er ihnen Vorschläge macht, wie in einem solchen Falle zu verfahren ist.

Also, mir fällt ganz konkret ein Beispiel ein. Wir hatten jetzt kürzlich - das ging auch durch die Presse - einen Soldaten in Afghanistan, der wegen rechtsextremistischer Dinge aufgefallen ist. Der MAD war sehr schnell dran und hat dann, glaube ich, zehn Tage später eine sogenannte Absicherungsberatung bei dem Vorgesetzten vorgenommen, der umgehend entschieden hat, dass der betreffende Reservist repatriiert wird, und die Wehrübung wurde dann sofort beendet.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also es handelte sich um einen Reservisten in dem Fall, der aber Dienst hatte?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das spielt ja keine Rolle. Auch Reservisten sind in dem Moment, wo sie Dienst üben, Soldaten. Das bedeutet, in diesem Augenblick ist der MAD für sie zuständig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber nicht in dem Augenblick, wo sie nicht Dienst tun, aber Reservisten sind, oder wie ist es bei den Reservisten?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** So ist es. Also die Zuständigkeit des MAD beginnt und endet immer mit dem Soldatenstatus - sie ist daran gekoppelt -, und natürlich für die Zivilen der Bundeswehr genauso.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gibt es denn Regelungen, Weisungen - wie auch immer - für die Befragung von Zielpersonen, oder wie auch immer? Also, der MAD spricht mit einem Soldaten über meinetwegen seine extremistische Haltung oder politische Einstellung. Gibt es da Weisungen, wie da vorgehen ist, oder ist das im Bereich der eigenen Verantwortung des zuständigen MAD-Mitarbeiters?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein. Es gibt dazu Arbeitsweisungen. Die sind eingestuft. Die werden auch von dem Fachaufsichtsreferat gebilligt. Ich wäre jetzt aber überfragt, wenn ich Ihnen hier aus dem Detail erklären müsste, wie das genau funktioniert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie denn, ob es grundsätzlich untersagt ist, beispielsweise andere Nachrichtendienste an so einer Befragung teilhaben zu lassen? Also, konkreter Fall: Der MAD befragt jemanden, und jemand von einem Landesverfassungsschutzamt setzt sich als stiller Teilhaber mit rein, hört zu und nimmt seine Erkenntnisse auf. Ist so was grundsätzlich unzulässig, oder wäre so was zulässig?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich habe mir diese Frage noch nicht gestellt. Ich würde sie aber für problematisch halten, weil ja das MAD-Gesetz eine ausschließliche Zuständigkeit des MAD für die Soldaten fest schreibt, und diese Zuständigkeit gilt - das hat sogar mal ein Zeuge hier, glaube ich, etwas durcheinandergeworfen - eben nicht nur innerhalb der Kasernen, sondern sie gilt auch außerhalb des Kasernentors, und sie gilt grundsätzlich auch außerhalb, nach Freitag, 12 Uhr. Also, an sich hat der MAD hier eine klare Zuständigkeit.

<sup>16</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 2)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, denken Sie an die Zeit?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt, wo Sie mich darauf hinweisen, ja. Ich habe noch drei Fragen, aber das machen wir die nächste Runde. - Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das machen wir nächste Runde, ja. - Frau Kollegin Pau für die Fraktion Die Linke.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, Herr Gramm, eine Frage, die Sie mir bitte kurz und knapp beantworten. Vorhin, als die Kollegin Högl zum Thema Zeitverzögerung und Aktenzulieferung fragte, erklärten Sie, dass es Abstimmungsgespräche in der Bundesregierung gegeben hat, auch zur Frage des Umgangs mit dem Untersuchungsausschuss - so habe ich es jedenfalls verstanden - und wie man uns hier unsere Beweisbeschlüsse erfüllt. Können Sie kurz und knapp zusammenfassen, was für Sie jetzt das Ergebnis dieser Abstimmungsgespräche ist, welche Maßgabe für Ihr Ministerium und auch für Ihre Tätigkeit nach dieser Abstimmung jetzt gilt im Umgang mit diesem Ausschuss?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es ging nicht um die Frage generell „Umgang mit dem Ausschuss“, sondern in diesem Fall ganz konkret um die Frage der Personalakten. Da wurde ganz klar festgelegt: Wir wollten das von Anfang an Ihnen zuliefern, und so hat das auch die Bundesregierung entschieden.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Welche Ressorts waren denn an dieser Betrachtung, bis es entschieden wurde, beteiligt, außer dem Verteidigungsministerium?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich selbst war, als diese Besprechung stattfand, im Urlaub, aber mein Mitarbeiter hat mich darüber informiert, dass jedenfalls das BMI und das BMJ daran beteiligt waren.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Danke. - Dann kommen wir jetzt zu einem anderen Teil. Dazu hat vorhin schon - -

(MR Richard Reinfeld (BMI) meldet sich zu Wort)

- Herr Reinfeld? Geht das jetzt auf meine Zeit?

**MR Richard Reinfeld** (BMI): Frau Vizepräsidentin, wenn ich aus der Erinnerung schnell dazu rekapitulieren und zur Sachverhaltsaufklärung erhellend was dazu beitragen kann: Wie der Herr Unterabteilungsleiter gesagt hat, war das im Sommer. Das ist im Rahmen einer Ressortbesprechung - ich habe jetzt das Datum nicht, aber das kann ich gerne noch nachweisen; wir machen natürlich Ressortbesprechungen innerhalb der Ressorts - an uns herangetragen worden. Ich sage mal aus der Erinnerung, weil wir ja die Verfassungsabteilung bei uns haben: Ich glaube, wir haben das - aus der Erinnerung - innerhalb von Wochenfrist dann abgeklärt und dem BMVg dann zukommen lassen, unsere Erkenntnis zum Thema, wie mit Personalakten umzugehen ist, und dass die dann auch vorzulegen sind; also nur um diesen Sachverhalt.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Alles klar. Herzlichen Dank. Ich bin dankbar, wenn Sie das dann noch mal nachreichen der Vollständigkeit halber, damit wir das auch vom Zeitablauf her haben.

Zu einem anderen Bereich: Der Kollege Stracke hatte vorhin schon zum Thema Aktenvernichtung Fragen gestellt. Dazu würde ich auch gern noch mal kommen. Wenn ich mir die Liste der im Bereich des MAD noch nach dem 04.11.2011 vernichteten Akten ansehe, dann fällt mir auf, dass am 8. März 2012 eine Auswerteakte zur „Fränkischen Aktionsfront“ vernichtet wurde, immerhin eine Nachfolgeorganisation des „Fränkischen Heimatschutzes“. Die Begründung, die wir bekommen haben, ist, die Organisation existiere nicht mehr und die Erkenntnisse waren veraltet.

Ich suche immer noch nach einer Erklärung, wie man im März 2012, nach dem Auffliegen des NSU-Trios, nach Berichterstattung zum Beispiel im *Spiegel* am 12. Dezember 2011 zur „Fränkischen Aktionsfront“ und der engen Verflechtung mit dem „Thüringer Heimatschutz“ und damit auch mit dem späteren NSU-Kerntrio, auf die Idee kommen kann, dann im März 2012 solche Akten zu vernichten, weil sie offensichtlich keinen NSU-Bezug haben. Nun haben Sie ja vorhin schon gesagt, dass Sie ständig neue Stichwörter generiert haben, neue Namen eingegeben haben usw. Können Sie mir einfach erklären, wie es zu dieser Aktenvernichtung noch kommen konnte, wer die an-

geordnet hat und wer den NSU-Bezug geprüft hat?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das kann ich Ihnen selbstverständlich nicht beantworten, weil ich diese Akten weder kenne noch die genauen Abläufe im MAD-Amt hier nachvollzogen wurden von uns und auch nachvollzogen werden können. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wir haben noch einmal nachgefragt, erstens, ob die Akten rekonstruiert werden können. Das ist verneint worden. Und wir haben zweitens aufgrund der Begründungen, die in diesem Bericht auch enthalten sind, letztlich nur eine Art Plausibilitätskontrolle vornehmen können. Mehr an Möglichkeiten haben wir da als Fachaufsicht auch nicht. Viel mehr kann ich dazu nicht sagen.

Was wir noch rausbekommen haben, ist, dass diese Aktenvernichtungsaktion vom 8. März - - Auch die Frage tauchte ja einmal auf: Wann ist das eigentlich angewiesen worden? Weil das war ja so ein komisches Datum, der 8. März, nicht?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da haben wir nachgefragt, und da hat man uns bestätigt: Das ist der Durchführungstermin gewesen. Die Anordnung über die Vernichtung habe bereits im Februar stattgefunden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na ja, gut, das war ja nun auch deutlich nach dem 4. November 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist richtig. Aber das ist alles an Wissen, was ich Ihnen zu diesem Themenkomplex beitragen kann.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Dann hätte ich noch eine allgemeinere Frage zum Thema Aktenvernichtung. Auch mit Ihrem heutigen Kenntnis- und Wissensstand, würden Sie es nicht für angemessen halten, nicht nur mit Blick auf den MAD, sondern auf den gesamten Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verteidigung, dass man nun im November, spätestens Dezember 2011 etwas hätte tun müssen, was das BKA gemacht hat, nämlich einen sofortigen Aktenvernichtungsstopp, zumindest vorläufig, für den Phänomenbereich Rechtsextremis-

mus, für den gesamten Geschäftsbereich zu verhängen, weil man ja gar nicht wissen konnte, wie Sie ja auch plastisch dargestellt haben, was alles irgendwann NSU-Bezug bekommt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Aus heutiger Sicht kann man das sicherlich so sehen. Damals - sage ich ganz offen - habe ich zumindest an dieses Thema so noch nicht gedacht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Der Kollege Petermann macht weiter.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Herr Dr. Gramm, ich habe noch mal eine Frage zu der Leitungsvorlage, von der vorhin schon mal die Rede war. Können Sie sich noch daran erinnern, wann von Ihnen was konkret verfügt worden ist und inwieweit das auch an die Hausspitze vorgedrungen ist? Also, es ging da um die Wehrdienstzeit von Mundlos und Böhnhardt, speziell natürlich um die von Mundlos, und die Erkenntnisse, die Sie damals hatten.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Meinen Sie im Zusammenhang mit Sachsen, -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** - mit der sächsischen Anfrage? Ja, das ist eines der wenigen Dokumente, die ich mir heute mitgenommen habe. Die haben wir Ihnen auch vorgelegt, wenn ich mich richtig entsinne.

Wir haben in dieser Vorlage im Wesentlichen darüber informiert, über die Anfrage von Sachsen. Wir haben zweitens darüber informiert, dass der MAD dazu keine eigenen Datenbestände mehr besitzt, weil er sie den datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechend vernichtet hat. Wir haben auch reingeschrieben - ich zitiere -:

Es ist möglich und wahrscheinlich, dass sich Übermittlungen des MAD in den Akten anderer Sicherheitsbehörden befinden, weil es ja nachweisbar an vier Verfassungsschutzbehörden übersandt worden ist. (?)

Und wir haben dann noch erwähnt, dass es aus unserer Sicht als Fachaufsichtsreferat

positiv zu bemerken ist, dass der MAD seine Informationen, damals jedenfalls - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sagen Sie noch mal kurz, von wann Ihre Leitungsvorlage ist?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Vorlage ist vom 13. März 2012 und hat das Aktenzeichen 1720237-V65<sup>17</sup>.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich habe hier noch eine andere Vorlage, und zwar eine, die betrifft Journalistenanfragen, also speziell der *Stuttgarter Zeitung* und des MDR. Können Sie sich an die eventuell noch erinnern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja. *Stuttgarter Nachrichten* - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** 8. Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja. Das ist aber eine Vorlage, die haben wir nicht selbst gemacht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, aber die ist auch aus dem Bereich Recht, wenn ich das richtig sehe. Wer hat die gemacht aus Ihrer Sicht? Können Sie was dazu sagen, von wem die verfasst wurde?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die müsste ich jetzt sehen. Tut mir leid. Also, ich kenne - - Das müssten Sie mir die jetzt konkret vorhalten. Ich weiß, dass wir damals angefragt waren im Zusammenhang mit der Abteilung WV, die diese Vorlage gemacht hat. Das ist der Fall, den ich vorhin erzählt hatte, als es um diese Presseanfrage ging.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, im Kern geht es dort darum, dass Sie eine Antwort erteilen, letzten Endes abgestimmt, dass also Mundlos da auch eine Straftat begangen hat, dass die verfolgt wurde. Das war aber eine außerdienstliche und keine dienst-

liche Straftat. Und darüber hinaus müssen Sie aber, um das zu beantworten, eigentlich mal in die Wehrdienstakte reingeguckt haben.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein. Das ist nicht - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Die Frage ist doch, auf welcher Grundlage Sie dann so eine Antwort machen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich kann jetzt wirklich nur für meinen damaligen Zuständigkeitsbereich sprechen, für mein Referat. Das ist an andere, auch Referate in der Rechtsabteilung gegangen. Wir waren nur insofern beteiligt - und diese Frage konnten wir beantworten -, ob es einen Aktenrückhalt beim MAD über Herrn Mundlos gab, und diese Frage haben wir beantwortet.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, mit dieser Leitungsvorlage hatten Sie dann persönlich nichts zu tun?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Kann man das so sagen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, das kann man so sagen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Herr Dr. Gramm, Sie haben uns ja vorhin so nett rechtlich belehrt - zutreffend - über die Verweisungsketten vom MAD-Gesetz zum Gesetz über das Bundesamt für Verfassungsschutz, dort § 20, zu § 84 Gerichtsverfassungsgesetz [sic!] und dann zu den Staatsschutzvorschriften. - So weit, so richtig.

Was ich mich allerdings nun frage, wenn ich diese Vielzahl von Anhörungen lese, die der MAD gemacht hat in den 90er-Jahren mit der Thüringer Szene: dass eigentlich nie ein Hinweis an Staatsanwaltschaft oder Polizei erfolgte. Die konnten erzählen, was sie wollten, verstehen Sie? Ich sehe das Problem

<sup>17</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

auch, was wir hier mal haben, in Form des Beschlusses eines Amtsrichters in Sachen Mundlos, der meinte: Zu Hause kann man alles haben; solange man nicht verbreitet, ist das straflos; und dem armen Mundlos sei da richtig Unrecht geschehen. Das werden Sie sich doch aber nicht zu eigen machen, nehme ich mal an, in Ihrer Rechtsabteilung.

Und ich habe hier von einem gewissen J. W., der nun wirklich eine Zentralfigur der Skinhead-Szene und, wie wir jetzt wissen, auch des Handelns mit CDs und mit Fancines und sonst was gewesen ist - - Auch den haben Sie sozusagen mal in den Klauen gehabt, wobei die Klauen nicht sehr ausgefahren waren. Und der hat da auch munter erzählt, dass er eine Zeitung mit Namen „Foier frei“ herausgibt, und das war, als „Blood & Honour“ noch nicht verboten war, im Jahre 96. Erkennbar ist auch aus diesen Plaudereien nichts gefolgt. Da hätte es doch nahe gelegen - wenn jemand so was vertreibt, dann erfüllt er ja nun schon mal einen großen Teil des Tatbestandes von § 86, und wenn er selber sogar sagt: „Na, wegen einer Ausgabe hat es mal Schwierigkeiten gegeben, mit einem Artikel, aber ansonsten nicht mit der Staatsgewalt“ -, dass man dann mal sagt: Überprüft den mal.

Verstehen Sie? Sie sind alle in der Bundeswehr geblieben. Da haben wir schon gehört: Die waren halt Wehrpflichtige. Damals durchlief man auch als Nazi die Ausbildung bei der Bundeswehr - das war halt so -, auch als Hardcore-Nazi. Aber wenn da nun wirklich jemand ist, der im Grunde sagt, ansonsten lebt er von der Verbreitung solcher Materialien, und auch dann folgt nichts, da werde ich stutzig und sage: Die Paragrafenkette ist schön, aber man muss sie dann auch anwenden.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Sie werden verstehen, dass ich zu diesem Fall, den ich jetzt nicht kenne, nichts sagen kann. Ich muss dazu sagen: Persönlich, als Zeuge, kann ich nur über eigene Wahrnehmungen sprechen. Die setzen ab 1998 ein, Entschuldigung, ab 2008 ein. Länger bin ich in diesem Geschäft noch nicht tätig.

Ich stimme Ihnen aber bei der Grundsatfrage, die Sie aufwerfen, durchaus zu. Die Brücke, die wir jetzt haben, geht eigentlich über die Disziplinarvorgesetzten, die Disziplinarvorgesetzten, denen der MAD ja verpflichtet ist, vorhaltbare Erkenntnisse umgehend mitzuteilen. Das haben wir übrigens

in einer Weisung aus dem Jahr 2010 noch einmal verschärft, diese Mitteilungspflicht an die Vorgesetzten, damit sie imstande sind, möglichst schnell Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu ergreifen. Da ist in der Weisungslage auch ein klarer Hinweis darauf enthalten, dass gegebenenfalls eine Abgabe an die Staatsanwaltschaften zu erfolgen hat. Dafür haben die Vorgesetzten eben auch Rechtsberater.

Von der Weisungslage her ist das eigentlich, aus meiner Sicht, ganz in Ordnung. Dass es dann sicherlich auch Fälle geben mag, wo das nicht - - wo das, wie Sie sagen, auf dem Papier steht, dann aber vielleicht nicht in befriedigender Weise umgesetzt wird - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie sich denn mal die Materialien daraufhin angesehen, die man uns hier zugeliefert hat, diese Vernehmungsprotokolle von verschiedenen Personen, die da alle in der Zeit bei der Bundeswehr waren?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe mir manche angeschaut, aber nicht alle.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da muss es Ihnen doch auch aufgefallen sein: CDs mit rechtsextremem Inhalt hatten sie beinahe alle. So.

Ein anderes Beispiel: Nun nicht dieser J. W., sondern ein A. E., einer der Hauptunterstützer des Trios. Der sagt auf Befragen, dass er CDs der Gruppe „Endstufe“ besitze. Die Musik sei nicht schlecht, und die Texte seien nicht schlecht, manchmal aber etwas übertrieben. Beispielsweise die Passage „Sieg heil, haut die Kanaken“ finde er etwas abgedroschen. Nun ja. Ich habe hier mal - netterweise hat Herr Georgii ja immer eine juristische Bibliothek dabei - in die Kommentierung nach § 86 geguckt. Danach ist schon sozusagen „Rotfront verreckel!“ seinerzeit als ausreichend angesehen worden, um den Tatbestand zu erfüllen. „Rotfront verreckel!“, Nationale Sozialisten, das war zu Zeiten, als man noch weniger skrupulös war, vor allen Dingen, wenn es gegen links ging, aber zum Teil auch, wenn es gegen rechts ging.

Wenn jemand so was sagt, dann ist doch die nächste Frage: Wo haben Sie die her, diese CD? Geben Sie die weiter? Hören Sie die zusammen mit Kameraden, wie das ja

bei der Armee heißt? - Wir haben ja auch einen Paragrafen, der nun eigens die Bundeswehr schützt, und die Demokratie. Fällt mir auch auf: Das ist nie untersucht worden: Wollen die möglicherweise innerhalb der Bundeswehr gemeinsam tätig werden? Da langt es, dass sie gegen die verfassungsmäßige Ordnung agieren und entsprechende Texte und anderes verbreiten. Und dass das verfassungswidrig war, was die da so im Angebot hatten, da - denke ich - kann man nicht groß drüber diskutieren. Das war so.

Ist das denn mal ein Thema gewesen, ob die nicht vielleicht, wenn die da zusammen Musik hören, in den Kasernen, diesen Straf-tatbestand - § 69 [sic!] - erfüllen könnten?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wenn Sie mir gestatten - auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt wieder rechtsbelehrend wirke -, möchte ich auf Folgendes hinweisen dürfen: Der MAD ist keine Staatsanwaltschaft, sondern macht Vorfeldermittlungen und ist verpflichtet, von Gesetzes wegen, Informationen zu sammeln. Und es gibt nun - - Das ist aber wiederum eine persönliche Überzeugung von mir: Das MAD-Gesetz ist ein schlechtes Gesetz, nicht nur, weil es schwer verständlich ist, als Verweisungsgesetz, sondern auch, weil es verschiedene Lücken enthält. Eine Lücke habe ich vorhin bereits beschrieben: Wenn es um die Frage der Bewerber geht.

Ich will Ihnen eine zweite Lücke nennen - und vielleicht trifft das Ihr Problem -: Das MAD-Gesetz sagt ja nicht, was mit Informationen, die der MAD gewinnt, eigentlich anzufangen ist. In wenigen Fällen - das war unser § 20, den wir vorhin erwähnt hatten - gibt es gesetzliche Übermittlungspflichten. Und im Übrigen steht da nicht drin: Was ist eigentlich mit diesen Informationen zu tun? Diese Lücke des Gesetzes versuchen die Weisungen von 1997 zu schließen, indem der MAD verpflichtet wird. Und der MAD hat da auch eine ganz andere Rolle als andere Verfassungsschutzbehörden in diesem Lande, weil er eben für die Bundeswehr als geschlossenen Personalkörper zuständig ist. Das MAD-Gesetz sagt nicht, wohin mit diesen Informationen. Die 97er-Weisungen versuchen, das zu klären.

Verantwortlich dafür, etwas zu tun, sind dann die militärischen Vorgesetzten, Disziplinarvorgesetzten, und die personalbearbeitenden Abteilungen. Ich hoffe, ich meine, wir hätten Ihnen die 98er-Weisungen auch zuge-

liefert. Sofern das nicht der Fall ist, tun wir das selbstverständlich gerne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die sind - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Widerspruch bringe ich noch an.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte, Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der § 20 sagt genau, was Sie tun müssen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie müssen weiterleiten, wenn entsprechende staatschutzrelevante Informationen da sind. Die Staatsschutzrelevanz in § 89 Strafgesetzbuch schützt ausdrücklich die verfassungsmäßige Ordnung. Und wer es unternimmt, Bundeswehrangehörige verfassungswidrig zu beeinflussen - - Wir, also ich jedenfalls konnte nicht feststellen, dass man das auch nur als Gefahr gesehen hat, auch in den MAD-Befragungen. Da hat man immer - - Ja, die ist ja alles - - Ich habe es vorhin schon mal bei dem Herrn Brüsselbach vorgelesen: Bis hin zu „Ich liebe die SS“ und entsprechenden Tätowierungen, also deutlicher gar nicht darstellbar ein Nazi. Und dann kommt nur: Freundliche Gesprächsatmosphäre. - Und nichts folgt, nichts folgt. Und da nützt es mir nun wirklich wenig, dass da 98 vielleicht was geändert wurde oder 2000 geändert wurde. Im Jahre - - in den 90er-Jahren hatten die da Narrenfreiheit. Das muss ich Ihnen einfach so mal vorhalten.

(Der Zeuge nickt)

- Sehen Sie auch so.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich kann dazu jetzt aus eigener Kenntnis wirklich nichts sagen; aber wenn Sie das so wahrnehmen und vorlesen, dann wird das so sein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann nehmen Sie es als meine Wertung zur Kenntnis.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, selbstverständlich, auch gerne. Ich sage ja: Die Schnittstelle zwischen dem Informations-sammeln und dem, was damit geschieht, das ist ein zentrales Problem des MAD-Gesetzes. Das ist auch etwas, wozu vielleicht auch ein Ausschuss Sinnvolles empfehlen könnte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Ausschuss wird sehr Sinnvolles zu Papier bringen, habe ich die Erwartung, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gehe ich von aus, Herr Kollege. - Wir kämen zur nächsten Berliner Runde. Die Union hat signalisiert, sie hat keinen weiteren Fragebedarf. Dann hat die SPD-Fraktion das Frage-recht. - Kein Fragebedarf. Die FDP-Fraktion? - Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich schließe noch mal an das an, was wir vorhin hatten, an das Thema mit der Befragung. Da würde ich Sie bitten, ob Sie das vielleicht noch mal rechtlich klarstellen können, wie das eigentlich ist, wenn ein anderer Nachrichtendienst an so einer Befragung in einer Kaserne teilnehmen möchte, ob es da wirklich Untersagungen oder Ähnliches gibt. Das müssen Sie jetzt nicht noch mal herleiten, aber vielleicht können Sie das noch mal nacharbeiten und nachreichen, damit man da an der Stelle einfach auch sicher ist. Oder was passiert, wenn ein Verfassungsschutz-mitarbeiter sagt: „Der oder der ist jetzt bei euch. Interessiert mich. Kann ich dort teilnehmen, im Rahmen der Amtshilfe beispielsweise?“, oder Ähnliches. Das wäre eine gute Sache, damit wir da an der Stelle dann auch ein bisschen mehr Klarheit haben.

Ich hätte jetzt - - Sie hatten es eben angedeutet.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Darf ich, Herr Kurth, eine kurze Anmerkung dazu machen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es ist natürlich richtig - die Frage haben wir uns auch oft gestellt -: Wie scharf ist da eigentlich die ganz exakte Abgrenzung zwischen der Zu-

ständigkeit der LfV und des MAD und des BfV? Die Frage haben wir uns schon auch manchmal gestellt. Wie präzise das letztendlich rechtlich ausdifferenziert ist - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Na, es kann ja manchmal auch Sinn machen, dass jemand sagt: Ich will den nur mal sehen. Mal gucken, wie der aussieht. - - ob das Sinn macht, wenn er denn später kein Soldat mehr ist, den mal anzusprechen auf eine entsprechende Mitarbeit oder Ähnliches. - Das kann ja eine gute - - Könnte man ja mal drüber nachdenken.

Sie sagten eben - das will ich noch mal nachfragen -: Was passiert eigentlich mit den Erkenntnissen, die man aus den Gesprächen herleitet? Ja, die Frage haben wir jetzt ja auch schon häufig gestellt: Was passiert eigentlich mit den Erkenntnissen? Ich habe Sie richtig verstanden: Eine direkte rechtliche Weisung oder Ähnliches gibt es an der Stelle nicht?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Doch, es gibt eine Weisung. Ich hatte gerade versucht, darzulegen, dass diese - in Führungszeichen - Schwäche des MAD-Gesetzes durch Weisungen des Staatssekretärs geschlossen wird. Denn klar ist ja: Der MAD ist keine Exekutivbehörde. Er hat keine Exekutivgewalt. Er hat keine Möglichkeit, dienstrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, sondern der MAD kann nur, wie es im Gesetz drinsteht, Informationen sammeln und diese weitergeben. - Und die Frage ist eben jetzt: An wen muss er sie weitergeben, und was fangen die damit an? Das sind die entscheidenden Fragen. Dazu gibt es eben diese Weisungen, die ich bereits erwähnt habe und die in Teilen auch noch einmal überarbeitet und etwas verschärft wurden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wir hatten jetzt in einem Fall Erkenntnisse des MAD, die er sozusagen ordnungsgemäß weitergeleitet hat an die Herkunftsländer des Befragten, aber nicht an das Landesverfassungsschutzamt, wo eigentlich die Befragung stattgefunden hat, also im konkreten Fall Bayern. Thüringen wurde über die Erkenntnisse des Gesprächs informiert und Bayern nicht. Die Frage stellt sich: Warum ist das eigentlich so? Im übertriebenen Fall kann man ja auch sagen: Wenn jemand bei den Gebirgsjägern in Mittenwald ist, aber aus Hamburg kommt, wird der Hamburger Dienst

informiert, aber in der Regel die Bayern nicht. Warum ist das so? Oder: Sollte man so was abändern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da müssen Sie jetzt, ehrlich gesagt, den MAD fragen, warum er das in diesem Fall nicht auch an die Bayern gegeben hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, es gibt keine rechtliche Grundlage dafür?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Na ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Oder gibt es da eine Einschränkung oder - -

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Doch, doch, die müsste es geben, doch. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, weiter zu informieren, selbstverständlich. Innerhalb des Verfassungsschutzverbundes ist das im Prinzip kein Problem.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, hier, auf dem Platz, wo Sie gerade sitzen, wurde immer erklärt: Wir geben weiter an das Herkunftsland des betreffenden Soldaten.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das wird dann eben die Üblichkeit sein. Das heißt ja nicht, dass es nicht möglich ist, wenn Anhaltspunkte das rechtfertigen, das auch woanders hinzugeben.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sind eigentlich Haftbefragungen, also ein Soldat, der arrestiert ist und durch diese besondere Stresssituation möglicherweise auch zugänglicher ist - - Ist so was grundsätzlich untersagt, oder ist so was grundsätzlich zulässig?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Bevor ich was Falsches sage, würde ich das lieber prüfen. Aber mir ist im Moment eine Untersagungs Vorschrift dafür nicht bekannt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Operation „Rennsteig“.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Vielleicht ein Hinweis: Die Gespräche mit dem MAD sind ja keine Polizeiverhöre, sondern mit dem MAD - - Niemand ist verpflichtet, sich

mit dem MAD zu unterhalten. Es ist eine rein freiwillige Arbeit. Wer das nicht möchte, der lässt das bleiben und erklärt: Ich rede nicht mit dem MAD. Es gibt keine Verpflichtung - im Unterschied zu Polizeien -, sich mit dem MAD oder überhaupt mit einer Verfassungsschutzbehörde zu unterhalten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die Operation „Rennsteig“, wann ist die Ihnen denn bekannt geworden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Jetzt auch im Frühsommer, als die ganze Debatte hier hochkam.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gibt es denn da irgendwelche rechtlichen Hinweise für Anwerbeaktionen, für Operationen dieser Art, wie der MAD sich zu verhalten hat? Was sagt die Rechtsaufsicht?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Dazu kann ich - - Ich bin eigentlich dankbar, dass Sie den Punkt noch ansprechen. Ganz am Anfang meiner Dienstzeit bei R II - ich war ja damals noch Org 5/KS - hat der Staatssekretär Wichert eine klare Weisung erlassen, in der er die Möglichkeiten der Anwerbung von Quellen durch den MAD deutlich eingeschränkt hat.

Die Frage, welche Quellen man einsetzt, ist ja immer auch eine rechtstheoretische Grundsatzfrage: Wie sehr darf man sich mit dem einlassen, was man eigentlich bekämpfen will? Hier gibt es eine klare Weisung aus dem Jahr 2008, in der gesagt wird, dass jedenfalls für Dienstgrade ausnahmslos die Anwerbung von Extremisten oder ehemaligen Extremisten als Quelle unzulässig ist. Das bedeutet, dass die Möglichkeiten des Dienstes, überhaupt noch Quellen zu gewinnen, stark eingeschränkt sind. Das, diese Weisung, hat übrigens im MAD-Amt - in vertraulichen Gesprächen - nicht immer nur zu Begeisterung geführt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dienstgrade sind Unteroffiziere, Offiziere, oder wer ist „Dienstgrad“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Berufssoldaten, Offiziere, Offiziersanwärter, ausnahmslos. Auch für andere - - Wir können Ihnen die Weisung gerne zur Verfügung stellen. Andere Quellen dürfen auch nur

dann geworben werden, wenn sichergestellt ist, dass sie sich überzeugend von ihrem extremistischen Hintergrund gelöst haben und wenn das auch sozusagen ständig nachgehalten wird.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Können Sie das mal wiederholen? Eine Quelle muss sich vom extremistischen Gedanken gelöst haben? Nein.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, Quellen dürfen nur dann geworben werden - - Also, wir haben ja häufiger Fälle, dass es Leute gibt, die in ihrer Jugend mal - - Kürzlich gab es so einen Fall mal beim KSA.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wo? KSA? Was ist das?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** „Kommando Strategische Aufklärung“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Leute, die in ihrer Jugend einmal gewisse extremistische Tendenzen hatten, beispielsweise als 16-Jährige, und dort mal in die Fänge irgendwelcher Organisationen geraten sind und das dann danach hinter sich gelassen haben. Unter Umständen stehen die dann immer noch in NADIS drin, haben aber nichts mehr damit zu tun. Wir hatten jetzt einen solchen Fall, wo das MAD-Amt das sehr sorgfältig nachgewiesen hat und ich mich auch selbst in den Akten davon überzeugt habe, dass das korrekt war. Ich glaube, der Abgeordnete Ströbele hatte nach diesem Fall einmal gefragt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie noch Fragen, Herr Kurth?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, die Abfragen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie noch viele Fragen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie noch viele Fragen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na gut, dann machen Sie weiter.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Habe ich noch viel Zeit, oder ist sie schon abgelaufen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, eigentlich gar keine mehr. Aber ich dachte, wenn Sie sonst weiter keine haben, dann können Sie die, die Sie haben, jetzt stellen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Ich dachte, das wäre nämlich formalisiert, dass man sich praktisch schon bei der - - Also, der Herr Huth - - Deswegen habe ich gerade überlegt, was Herr Huth damals sagte, dass auf dieser Verfassungsschutzschule es bereits im ersten Semester sozusagen gelehrt wird, diese Frage zu stellen, ob man sich davon gelöst habe. Dann scheint das also formalisiert zu sein. Habe ich mich jetzt klar ausgedrückt? Wahrscheinlich nicht, oder?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Doch, schon, aber mir ist jetzt im Augenblick von mir oder von uns keine Weisung bekannt, in der das ausdrücklich so drinsteht, bis auf die soeben zitierte Weisung aus dem Jahr 2008, in der klipp und klar gesagt wird, dass solche Personen, die sich nicht gelöst haben, auch in unteren Diensträngen keinesfalls als Quelle eingesetzt werden dürfen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dann stelle ich meine letzte Frage, und dann - -

Ich habe noch mal über diese NADIS-Abfrage nachgedacht. Warum wird nicht einfach gesagt: „Wir haben jetzt hier 1 000 Bewerber für das nächste Quartal oder für den nächsten Einstellungstermin. Liebes Bundesamt, hier sind unsere 1 000 Bewerber. Könnt ihr mal kurz nachschauen? Und gebt uns die Namen zurück, wo NADIS anschlägt“, im Rahmen der Amtshilfe zum Beispiel?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, gut, wir bräuchten ja schon einen Rechtstitel, um uns selbst irgendwie diese Informationen auch in rechtmäßiger Weise verschaffen zu dürfen. Ich glaube, dass das ohne Weiteres nicht möglich ist. Das muss man sicherlich noch mal vertieft prüfen, ob das hier im Wege der

Amtshilfe möglich ist. Ich habe aber Zweifel daran.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gut, herzlichen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hat das Fragerecht jetzt die Linksfraktion. Herr Petermann.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Im Übrigen - Entschuldigung -: Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir um 18.10 Uhr voraussichtlich unsere weitere namentliche Abstimmung haben. Ich bitte, das zu bedenken.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Herr Dr. Gramm, Sie hatten vorhin gesagt, dass das MAD-Gesetz nicht gut genug war, um die Arbeit vielleicht so auszuüben, wie man es sich gewünscht hätte sie ausüben zu können. Das war auf Hinweis von Herrn Wieland so Ihre Antwort. Also, mit anderen Worten: Ihnen waren so ein bisschen die Hände gebunden. Sie hätten sich lieber ein besseres Gesetz auch gewünscht. - Es sind aber keine Signale überliefert an die Politik, da mal eine parlamentarische Initiative zu machen, um dieses Gesetz zu verbessern. Das wäre jetzt vielleicht sicher notwendig und möglich, aber als Sie die Probleme gesehen haben - davon gehe ich mal aus, dass Sie die Probleme gesehen haben -, war das jedenfalls nicht der Fall. Ich gehe aber auch eher davon aus, dass es ein Subsumtionsproblem gibt, dass also tatsächlich die Möglichkeiten, die bestanden haben - es wurde darauf verwiesen; die Verbindung zum Bundesverfassungsschutzgesetz -, diese Möglichkeiten wurden eben gerade nicht erkannt und auch nicht genutzt.

Ich möchte noch mal auf diese Leitungsvorlage vom 12. Dezember 2011 zu sprechen kommen, wo Sie nichts damit anfangen konnten. Ich sage Ihnen auch noch mal die Quelle, auch für die Kollegen zum Nachlesen: MAT A BMVg-6/2, Seiten 60 ff. Dort wurde also an den Staatssekretär Wolf eine Zuarbeit gemacht von den Kollegen, die Ihnen vielleicht bekannt sind, Vogt, Referatsleiter, und Frankenberger, Bearbeiter. Können Sie mit den Namen was anfangen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, das sind Mitarbeiter aus der Abteilung WV, die eben

für diese Kreiswehrrersatzämter zuständig waren damals, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dort heißt es in der Zuarbeit, Antwort zu Frage 2, die Frage also, ob Mundlos - - Ich lese es mal kurz vor :

**Frage:** „Uwe Mundlos, geboren ... hat in der Zeit von ... bis ... seinen Wehrdienst in Frankenberg/Sachsen geleistet. Im Juni 1995 wurde er wegen des „Verfassens und Bevorraten von verfassungsfeindlichen Symbolen“ vom AG Jena zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen verurteilt. Ist Ihnen bekannt, ob sich die Straftat während seines Wehrdienstes ereignet hat?“

Antwort, also in der Vorlage: Ja, das war der Fall. Die Straftat erfolgte während der Zeit des Grundwehrdienstes vom 1. April 94 bis 31. März 95, jedoch außerhalb des Dienstortes.

Und dann steht - ich zitiere -:

**Hintergrundinformation (nicht zur Weitergabe bestimmt):** Uwe M. leistete in der Zeit vom 1. April 94 bis 31. März 95 Grundwehrdienst in der Bundeswehr (.../PzGrenBtl ... Bad Frankenhausen). Der vom Amtsgericht Chemnitz im Juni 95 erlassene Strafbefehl gegen Uwe Mundlos bezieht sich auf eine am 13. August 94 begangene Straftat. Im Rahmen einer polizeilichen Personenkontrolle außerhalb des Dienstes wurden bei Uwe M. vier Visitenkarten mit dessen Wohnanschrift und einem Bildnis Adolf Hitlers sichergestellt, strafbar als Vergehen ...

Usw.

Also, um das auch herauszufinden, muss man natürlich das alles gelesen haben, was sich in der Akte befindet, und muss natürlich auch zwangsläufig darauf gestoßen sein, dass der MAD ihn befragt hat, weil das ergibt sich ja auch aus der Akte.

Da wäre natürlich die Frage, warum Sie als zuständiger Referatsleiter über diese Dinge damals nicht informiert worden sind; denn das wäre doch eigentlich sehr, sehr naheliegend gewesen, zu sagen: Mensch, Kollege in der Nachbarabteilung, hier ist uns

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses und des folgenden Zitats lautet: MAT A BMVg-6/2, Blatt 65.

doch wirklich ein Beifang gelungen; da musst du dich drum kümmern. - Und da war ja die Terrorzelle nun aufgefliegen. Der Untersuchungsausschuss - in der Tat - hatte seine Arbeit noch nicht aufgenommen; aber diese Fragen sind doch so was von dringend dann gewesen. Deswegen wundere ich mich, dass Sie darüber überhaupt nichts wissen, ehrlich gesagt. Also, ich bin geradezu entsetzt, dass so was in Ihrem Hause nicht weitergeleitet wird.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich bin mir jetzt nicht sicher, ob sich die Tatsache der Befragung aus der Personalakte Mundlos ergibt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist ja nicht befragt worden, leider!)

Also, ich gestehe, dass ich das jetzt nicht ganz verstehe. Wir wussten, dass diese Presseanfrage war, und wir wussten, dass wir den Auftrag hatten, zuzuarbeiten: Hat der MAD hierüber einen Aktenrückhalt? Das haben wir verneint, und das haben wir zugearbeitet. Das ist, was ich zu diesem Vorgang sagen kann. Aber die Betroffenheit des MAD, dass er also in dieser ganzen Sache auch mit zu tun hatte, hat sich doch nach meinem Wissensstand im Grunde genommen erst am 12. März durch die Anfrage von Sachsen richtig geklärt. Das ergab sich nicht aus der Personalakte.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, das wissen wir jetzt nicht so ganz genau, ob das nicht möglicherweise in der Tat schon aus diesem Vorgang, der ja gesichtet worden ist, hätte bekannt sein sollen. Zumindest ist aber bekannt gewesen, dass es sich hier um einen Hardcore-Rechtsextremisten handelt. Also, das hätte man Ihnen ja auch mal mitteilen können, dass sie in der Bundeswehr solche Leute hatten. Das ist doch für den MAD jedenfalls immer interessant, denke ich.

(Dr. Eva Högl (SPD): Absolut!)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, Herr Huth wird dazu sicher manches gesagt haben. Ich kann jetzt nur zitieren, nicht aus eigener Wahrnehmung. Aber die MAD-Leute in der Abteilung II haben gesagt, dass ein Herr Mundlos in den 90er-Jahren kein Einzelfall war. Rechtsextreme gab es natürlich in

der Bundeswehr. Das ist ja auch nie verschwiegen worden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich hätte noch eine Nachfrage. Können Sie ausschließen, aus Ihren bisherigen Recherchen und Kenntnissen, dass das der einzige Kontakt des MAD zu Herrn Mundlos während seiner Wehrdienstzeit war? Sie haben vorhin ja noch mal beschrieben, wie das ist, wenn jemand in das Alter kommt, Wehrdienst zu leisten, und welche Regeln da gelten usw. Ist das wirklich ausgeschlossen, und wenn ja, auf welcher Grundlage konnte man das ausschließen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe gelernt: Solche Fragen muss man immer sehr vorsichtig beantworten. Selbstverständlich können wir Ihnen zusichern, dass alles, was wir bislang finden konnten, wir Ihnen gegeben haben. Aufgrund dieser Funde, die wir haben - - Und da ist insbesondere dieser „Veranda“-Auszug, der ja dann später noch gefunden wurde und Ihnen, Herr Vorsitzender, mit Schreiben vom 24. September von Staatssekretär Wolf zugeleitet wurde, der auch in den Materialien enthalten ist. Dieser „Veranda“-Auszug ist schwer lesbar. Ich kann das auch nicht, aber man hat mir - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, wir haben ihn ja alle schon versucht, zu konspektieren.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist ziemlich schwierig. Sie kriegen dazu auch, glaube ich, noch eine Legende in kürzester Zeit, sofern Sie sie nicht schon haben. Aber so viel ergibt sich aus diesem Auszug, und so viel habe ich dann auch verstanden - das ist ja eine Datei, die wird nicht mehr genutzt, und die ist seit 2004 tot -, aber so viel ist klar: Ungefähr um den - - Am 14. September ist die Bearbeitung von sechs Verdachtspersonen aufgenommen worden. Da war wohl auch Herr Mundlos dabei. Und befragt wurde er dann im März. Das alles kennen Sie; das ist alles bekannt. Daraus können wir schließen, dass es weitere Befragungen wohl nicht gegeben hat. Der Charakter der Befragung und insbesondere des Befragungsberichts deutet darauf hin, dass es<sup>18</sup> sich hier um die erste und wohl auch um die letzte Befragung gehandelt hat; denn der Befragungsbericht beginnt - so haben mir die Experten erklärt - mit einer ausführlichen Darstellung seiner Vita. Das ist das, was typischerweise bei

<sup>18</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

einer Erstbefragung einer Verdachtsperson da reinkommt. Und dass nach dieser Befragung eine weitere Befragung stattgefunden hat, ist jedenfalls äußerst unwahrscheinlich, weil - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Es war ja nicht mehr viel Zeit. Da ist er noch befördert worden -

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Genau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** - und dann aus der Bundeswehr ausgeschieden.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Genau. Er wurde ja zehn Tage später entlassen, sodass in der Tat alles dafür spricht, dass es nur diese eine Befragung gegeben hat. Auch Hinweise aus gewissen Zeitungen der letzten Tage haben da zu keinen anderen Erkenntnissen bei uns geführt. Wir sind dem nachgegangen, haben aber nichts Neues da gefunden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Pau, zum einen ist das Fragezeitkontingent der Linkspartei erschöpft. Ich muss jetzt mal kurz fragen: Die Grünen haben auch noch Fragebedarf, nehme ich an? - Nein. Hat noch jemand Fragebedarf, weil jetzt läuft gerade der vorletzte Redner. Der läuft nicht, sondern der spricht gerade. Wir müssen dann gleich laufen.

Okay, dann stelle ich fest, es gibt keine weiteren Fragen an Herrn Dr. Gramm.

Dann herzlichen Dank, Herr Zeuge, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, Sie bekommen dann den Entwurf des Protokolls zum Gegenlesen. Wenn Sie es bekommen haben, haben Sie 14 Tage Zeit, es sich anzuschauen.

Dann darf ich Sie verabschieden und unterbreche die Sitzung. Ich bitte, nach der namentlichen Abstimmung dann wieder hier einzutreffen, damit wir fortsetzen können.

(Unterbrechung von  
18.03 bis 18.40 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen  
Jens Merten**

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Ich begrüße als dritten und letzten Zeugen des heutigen Tages Herrn Kriminaloberkommissar Jens Merten.

Herr Merten, ich möchte Sie zunächst darauf aufmerksam machen, dass von Ihrem heutigen Zeugenauftritt eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, dann wird die Audiodatei gelöscht oder das Tonband vernichtet. Das Protokoll Ihres heutigen Auftritts wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen Korrekturen vorzunehmen oder Ergänzungswünsche zu äußern.

Ich stelle fest, dass der Zeuge Merten ordnungsgemäß geladen worden ist. Die Ladung haben Sie am 7. November erhalten. Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge liegt eine Aussagegenehmigung Ihrer Dienstbehörde vor, nämlich der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge. Diese Aussagegenehmigung datiert vom 22. Oktober 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Merten, habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem, was ich bisher vorge tragen habe, Fragen?

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann, Herr Merten, darf ich Sie bitten, sich ganz kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe dem Ausschuss vorzustellen.

**Zeuge Jens Merten:** Ich heiße Jens Merten. Ich bin 49 Jahre alt, von Beruf Kriminalbeamter, und meine ladungsfähige Anschrift ist die Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Merten, Sie haben nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zu äußern zum Gegenstand, zu dem Sie heute gehört werden sollen. Ich habe Sie gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen. Sie haben das bejaht. Sie haben zugleich gesagt, Sie brauchen ungefähr eine halbe Stunde - nur, dass die Kolleginnen und Kollegen sich entsprechend einstellen können. Dann haben Sie jetzt zunächst das Wort. Bitte sehr.

**Zeuge Jens Merten:** Danke schön. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Gern mache ich von Ihrem Angebot Gebrauch, den Sachverhalt zum Beweisbeschluss Z-32 im Kern zusammenzufassen.

Also, ich bin Sachbearbeiter des Kommissariats 22 der Kriminalpolizeiinspektion Chemnitz in Sachsen. Dieses Kommissariat trägt den Namen „Rauschgift, Banden“ und umfasst auch die Bearbeitung von Raubstrafaten, vor allem aber Überfälle auf Geldinstitute, Tankstellen und Discounter. Zur Polizei gekommen bin ich im Jahre 87. Nach vier Jahren wechselte ich zur Kripo in Chemnitz. Das war 1991. Seither bin ich in der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge beschäftigt, also seit nunmehr 21 Jahren.

Dort bearbeite ich vornehmlich Raubstraf-taten. Betraut war ich mit den Ermittlungen bei den zwölf Raubüberfällen in den Jahren 1999 bis 2007. Eine Tat kommt angesichts späterer Erkenntnisse noch hinzu, ein Überfall 1998. Das werde ich nachher noch erläutern. Betonen möchte ich noch, dass ich bei den Chemnitzer Überfällen nicht alleiniger Sachbearbeiter war, und natürlich wurden die Zwickauer und die Stralsunder Überfälle von den dortigen Kollegen bearbeitet, freilich in enger Zusammenarbeit mit uns.

Vieles von dem, um das es geht, liegt weit zurück. Es begann ja im vorigen Jahrtausend. So gebe ich Ihnen aufgrund meiner Erinnerungen nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft. Aufgefrischt habe ich meine Erinnerung für diese Vernehmung mit den mir zur Verfügung stehenden Akten. Die Kopien dürften Ihnen möglicherweise ja auch zur Verfügung stehen.

Alles begann mit einem Überfall am 6. Oktober 1999 in Chemnitz; ein klassischer bewaffneter Überfall, deshalb für uns erst mal nichts Spektakuläres - zunächst. Zwei Männer stürmten die Poststelle in der Barbarossastraße. Kunden waren in diesem Augenblick nicht zugegen. Ohne zu zögern feuerte einer der Täter einen Schuss ab, vermutlich aus einem Schreckschussrevolver. Der zweite Täter sprang sofort über den Schalter, eine Art Tresen. Mit seiner Pistole zwang er die Angestellte, den Tresor zu öffnen und das Bargeld herauszugeben. Er drohte ihr, sie zu erschießen, falls sie unter das Geld eine Farbbombe mische. Eine solche sogenannte Farbbombe, offiziell als Security Pack bezeichnet, ist ein präpariertes Geldscheinbündel - ich will das mal kurz erklären -, das praktisch der Beute beigegeben wird. Dieses explodiert während der Flucht und versprüht einen roten Farbstoff, sogenannte Rhodamin. Dieser Farbstoff markiert nicht nur den Täter, sondern auch dessen Haut, die Bekleidung, alles, was sich im Umfeld befindet, und ist sehr auffällig. Dieser Farbstoff lässt sich nur sehr schwer entfernen und kann auch nach langer Zeit durch unsere Kriminaltechniker nachgewiesen werden, zum Beispiel wenn der Täter mit dem Fahrzeug flüchtet. Das hatten wir also auch schon, dass die Farbbombe im Fahrzeug selbst explodiert und wir nach Monaten auf den Sitzbezügen des Fahrzeuges diese rote Farbe nachweisen konnten.

Die beiden Täter trugen bei dem Überfall Integralhelme. So waren ihre Gesichter nicht zu erkennen. Bei diesem ersten Überfall erbeuteten sie 5 700 DM - damals noch - und flüchteten mit<sup>19</sup> einem grünen Moped S50. Wie gesagt, ein zunächst typischer Überfall für unser Kommissariat, nichts Spektakuläres angesichts unseres Geschäfts und unserer Klientel. Bemerkenswert allerdings hier schon die Brutalität der Täter: Eine Schussabgabe und die Bedrohung der Angestellten, sie zu erschießen. Das fiel etwas aus der Reihe.

Wir nahmen also zu diesem ersten Überfall unsere Ermittlungen auf - das übliche Programm -, die da wären: Zeugenbefragungen, natürlich im Wahrnehmbarkeitsbereich, wie wir sagen, also in der Poststelle, vor allem aber drum herum; aber niemand hatte die Täter unmaskiert gesehen. Überprüfung von Personen, sprich Vernehmungen, von - fast hätte ich gesagt - Stammkunden. Alle, die im Vorfeld vor allem auch wegen schwerer Delikte schon mal polizeilich in Erscheinung getreten sind, werden im Rahmen dieser ersten Ermittlung natürlich noch mal beleuchtet und überprüft. Fotos aus Überwachungskameras gab es leider nicht, im Gegensatz zu späteren Überfällen. Spurensuche natürlich: Fingerabdrücke, Schuhabdruckspuren, Faserspuren, DNA, alles, was ein Kriminaltechniker am Tatort und ringsherum finden kann. Darauf spezialisieren wir uns natürlich vor allem. Jedoch bei diesem Überfall gab es nur ein paar Schuhabdruckspuren, die wir nie irgendwohin zuordnen konnten und die uns nicht weiterhalfen, die Täter irgendwann zu identifizieren.

Eine Ringalarmfahndung wurde ausgelöst; auch sie verlief ergebnislos. Keines der erfassten Kennzeichen bot uns Anhaltspunkte, die Täter zu ermitteln. Natürlich wurde auch hier eine Blitzrecherche durchgeführt, eine Standardmaßnahme nach Überfällen. Die Erfahrung lehrt also, dass Räuber auf der Flucht zu schnell fahren und natürlich dann auch in so eine Blitzfalle geraten. Von unserer Seite wird also angeregt, alle mobilen und stationären Blitzer für den Tatzeitraum auswerten zu lassen. So erhalten wir eine Menge an Kennzeichen, die wir dann im Detail haltermäßig überprüfen können; aber auch das führte nicht zur Aufklärung des ersten Überfalls.

Und es wurden natürlich geprüft Bezüge zu früheren Überfällen, alles, was im Vorfeld an ähnlichen Straftaten passierte, egal ob mit

<sup>19</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

zwei oder drei oder mit einem Täter. Es ist natürlich logisch, dass man da schaut: Gab es Parallelen beim Modus Operandi, also bei der Begehungsweise, bei der Tatbekleidung, bei Spuren, die wir nun hier aber nicht hatten, usw. etc.? Dabei fiel uns auf, dass es ein Jahr zuvor, nämlich 98, also 1998, einen Überfall auf eine Edeka-Kaufhalle gegeben hatte. Einen möglichen Zusammenhang schlossen wir zunächst nicht aus. Aber aufgrund der Tatörtlichkeit - nämlich da es sich um eine Edeka-Kaufhalle handelte und nicht um ein Geldinstitut -, und damit verbunden auch um die Begehungsweise, die dadurch auch andersartig war als bei dem Überfall auf die Poststelle, verwarfen wir zunächst diesen Zusammenhang und haben den erst mal in den Hinterkopf verschoben; aber dazu erkläre ich nachher noch was. Das war also der erste Überfall, mit dem wir zu tun hatten. Wie gesagt, Auftakt: 6. Oktober 1999. 13 Jahre ist das her. Unsere Ermittlungen ergaben damals keinen Ansatz auf eine heiße Spur.

Im selben Monat gab es einen ähnlichen Raub, exakt drei Wochen später. Am 27. Oktober 1999 überfielen zwei Täter erneut eine Postfiliale in Chemnitz, unweit der ersten Filiale. Ganz in der Nähe des ersten Tatortes erbeuteten sie 63 000 DM. Diesmal flüchteten sie mit einem zuvor entwendeten Motorrad, das zuvor ebenfalls umlackiert worden war. Um Spuren zu verwischen, hatten die Täter es dann nach der Tat mit einem Pulverlöscher abgeschäumt, also eine nicht ungängige Praxis. Und uns fiel auf bei dem zweiten Überfall: Es waren einige Dinge gleich wie beim ersten: das Tatobjekt, eine Poststelle, außerdem unweit vom ersten Tatort, Modus Operandi, also die Begehungsweise der Täter, ein Zweiradfahrzeug als Fluchtmittel. Das sprach schon mal dafür, dass es sich hier um die gleichen Täter gehandelt haben könnte. Wir waren uns nicht sicher; aber der Zusammenhang lag sehr nahe.

Weiter ging es 13 Monate später, Tat Nummer 3. Am 30. November 2000 überfielen zwei Männer abermals eine Poststelle in Chemnitz, diesmal im Neubaugebiet Fritz Heckert. Spätestens von da an waren wir uns sicher, meine Kollegen und ich, dass wir es hier mit einer Überfallserie und wieder mit denselben Tätern zu tun haben. Letzte Sicherheit verschafften uns die Fotos der Überwachungskameras von diesem Überfall und dem vorherigen im Jahr zuvor, 1999.

Man konnte also auf den Fotos sehr gut Gemeinsamkeiten zur Personenbeschreibung der Täter erkennen, inklusive Tatmaskierung.

Es zeichnete sich nach dem dritten Überfall also ein Muster ab, das für uns die Sache etwas greifbarer machte, jedoch noch nicht in Richtung verlief, dass wir hier die Täter identifizieren konnten. Es waren stets zwei männliche Personen. Sie waren beide stets komplett maskiert, beide waren bewaffnet. Sie gingen extrem brutal vor. Mindestens einer springt über den Schaltermaschinen. Das war also bei allen drei Überfällen die gleiche gängige Praxis. Zielobjekt war immer der Tresor der Filiale. Einer der Täter - das war sehr auffallend - hielt die Waffe stets links. Wir konnten also davon ausgehen, dass es sich möglicherweise um einen Linkshänder handelt, eine Tatsache, die man nicht allzu häufig hat. Markant war außerdem diese Maskierung der Täter, diese Tücher. Ich werde gleich mal eines zeigen.

(Der Zeuge illustriert die folgenden Aussagen mithilfe eines Tuches)

Das waren ganz handelsübliche, als Massenware produzierte Bandantücher. Ich weiß nicht, ob der Ausdruck so weit bekannt ist. Das sind nichts als diese quadratischen Tücher, die einfach zum Dreieck gebunden werden und praktisch dann vors Gesicht gebunden werden. Das an sich ist jetzt nichts Besonderes, da das Massenware ist und das jeder Täter bei jeder Tat benutzen könnte. Das Individuelle an den Tüchern der Täter war - und das können wir sagen, weil wir das anhand der Überwachungsaufnahmen gut auswerten konnten -, dass die Tücher mit einem Kordelband befestigt wurden. Also, die Tücher selbst wurden nicht hinten am Nacken zusammengebunden, sondern durch dieses Kordelband, was einfach da durchgeführt wurde - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, heben Sie das mal bitte hoch! Dann können die das hinter Ihnen auch sehen!)

- Ja, gut. Okay.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das könnten Sie doch gleich mal umbinden!)

Also, das Tuch wurde nicht nur so zusammengelegt und dann das Tuch an sich hinten zusammengeknotet am Nacken, sondern es war ein Kordelband durchgezogen. Das hat

man also auf den Überwachungsfotos im Bereich des Nackens der Täter hinten sehr gut gesehen, dass da dieser Knoten von dem Kordelband war.

Und was noch sehr interessant und vor allem markant und individuell war, war die Tatsache, dass vorne an dem Tuch immer ein Stück Kordelband hervorschaute, also direkt im Gesichtsbereich. Wir haben uns natürlich immer gefragt: Ist das nun eine Masche der Täter? Wir haben also so was öfter, dass Täter versuchen, sich tatsächlich bei einer Serie zu erkennen zu geben, indem sie eben von mir aus immer das gleiche Basecap tragen oder die gleiche Tatbekleidung. Das gibt es also, so ungefähr wie: Hallo, schaut her, wir sind es wieder! - Das haben wir aber recht schnell verworfen und sind eigentlich auf die These gekommen, dass mit diesem hier vorne erkennbaren Kordelband bezweckt werden soll: Wenn die Täter die Filiale verlassen, die eigentlich in jedem Fall auch immer Handschuhe getragen haben, ist es schwierig, sich dieses Tuch aus dem Gesicht zu ziehen, und in dem Moment, wo die die Filiale verlassen, möglicherweise schon die ersten oder überhaupt irgendwelche anderen Zeugen die Filiale betreten wollen, dann ziehen die einfach an diesem Kordelband ohne große Mühe, das Tuch hängt unten am Hals, und keiner der hereinkommenden Zeugen macht sich Gedanken: Hallo, waren das jetzt Täter? Ach nein, das sind bestimmt normale Kunden gewesen.

Das ist also unsere Version gewesen. Ob die stimmt, können wir leider nicht mehr überprüfen. Interessant war, dass diese Tücher jetzt in den folgenden Überfällen auf diese Art und Weise getragen wurden, und das für uns natürlich ein megastarkes Indiz bzw. fast schon ein kleines bisschen ein Beweis war, dass es sich hier zumindest in der Hinsicht immer um unsere beiden Täter gehandelt hat. Das haben wir also bei keinem<sup>20</sup> Überfall auf diese Art und Weise gehabt mit diesen Tüchern. - Das nur kurz dazu zur Erklärung.

Weiter ging es ein dreiviertel Jahr später: Überfall Nummer 4. Zum ersten Mal schlug das Duo in Zwickau zu. Am 5. Juli 2001 erbeutete es 75 000 DM mit der ebenfalls wieder beschriebenen Begehungsweise. Das dokumentieren auch wieder die Bilder der Überwachungskameras: mit gleicher Maskierung - eben diesen Tüchern, wie ich gerade schilderte -, denselben Schuhen wie beim

Überfall im Jahr zuvor. Sie kamen wieder an den Tresor und konnten, wie gesagt, eine fünfstellige Bargeldsumme erbeuten. Wieder handelte einer als Linkshänder, also für uns ein Achtungszeichen. Diesmal war gegenüber Kunden auch Pfefferspray zum Einsatz gekommen. Hier wieder diese Brutalität: ohne Rücksicht auf Verluste und ohne Rücksicht auf die Gesundheit der anwesenden Angestellten oder Zeugen.

Die Täter flüchteten diesmal auf Fahrrädern. Ich erinnere nochmals: Das erste Mal war es ein Moped, dann war es ein Krad, jetzt haben wir Fahrräder. Dies gab uns zu denken; denn damit hatten wir es nun mit sehr weit auseinanderliegenden Tatorten in der Serie zu tun, zum einen Zwickau, jetzt neuerdings Chemnitz bzw. umgekehrt. Beide Orte liegen ungefähr 40 Kilometer auseinander, eine Entfernung, die natürlich mit Fahrrädern eher nicht zu bewältigen war. Aber wir hatten keinen Zweifel: Es waren dieselben Täter. Nicht nur die Art der Tatbegehung war eindeutig. Jeden Zweifel schlossen die Fotos aus den Überwachungskameras vom Tatort aus. Also mussten wir uns jetzt Gedanken machen: Wie kann es zusammenhängen? Egal, ob sie in Chemnitz wohnen oder in Zwickau - mit den Fahrrädern sind sie definitiv nicht, ich sage mal, nach Hause gefahren.

14 Monate später schlugen die Täter das nächste Mal zu. Auf die eben geschilderte Art und Weise erbeuteten sie in der Sparkasse - wiederum in Zwickau - am 25. September 2002 insgesamt 48 000 Euro. Wieder setzten sie Reizgas ein, diesmal gegenüber einer Kundin, die im Schalterraum im Wege stand. Die Flucht: abermals mit Fahrrädern. Spätestens hier kam für uns als Version für unser weiteres Vorgehen auf, was bislang eine Spekulation, eine Vermutung war, nämlich dass die beiden Täter noch anderweitig nachgeschaltet, also mobil gewesen sein müssen, also die Überlegung, dass sie mit den Rädern möglicherweise nur zu einem in der Nähe stehenden, möglicherweise größeren Pkw, Transporter oder ähnlichem Fahrzeug fuhren, um sie dort zu verladen und mit dem Fahrzeug zu flüchten.

Es folgten vier weitere Überfälle in Chemnitz im Jahrestakt. Ausnahme war das Jahr 2004. In ihm gab es zwei Überfälle, und das innerhalb von vier Tagen, und zwar im Mai. Stets waren, wie gesagt, die Täter extrem brutal, bedrohten Zeugen mit ihren Schusswaffen, schlugen sie, versetzten sie in Todesangst. Das muss man also sehen, diese

<sup>20</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

unsagbare Brutalität, diese Menschenverachtung dieses Duos. Das war regelrecht auffallend. Das hatten wir auch zuvor in keiner Serie von Banküberfällen.

Ich kann mal hier ein Foto hochhalten.

(Der Zeuge hält ein Foto hoch)

Das ist auch in der Zeitschrift *Spiegel* erschienen. Ich hoffe mal, dass man es so weit ganz gut sehen kann. Es ist also eindeutig erkennbar, dass einer der Täter den anwesenden Angestellten mit einer Pistole bedroht und hier die Herausgabe von Bargeld fordert. Jetzt muss man sich vorstellen: Das ist die eine Sache. Hinter diesem ersten Täter steht der zweite und hat eine Pumpgun in der Hand und bedroht die andere Angestellte. Also, man kann sich gar nicht sicherlich vorstellen und hineindenken in die Gefühle der Angestellten, in die Situation. Wir als Kriminalisten können nur annähernd nachvollziehen, was die in dieser Situation durchmachen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Zeuge, das ist also ungewöhnlich für einen Banküberfall?

**Zeuge Jens Merten:** Also, diese Brutalität, wie sie hier aufkam und registriert wurde, ist sehr ungewöhnlich. Das muss man wirklich klar herausstellen. Deswegen sage ich es auch von Anfang an: Wie gesagt, in der Regel bleibt es bei Bedrohungshandlungen, durchaus mit Schusswaffen; aber, wie gesagt, es wurden Angestellte geschlagen, es wurde Mobiliar zerstört, die PCs wurden teilweise mit brachialer Gewalt runtergeschmissen und dann eben auch nicht nur aus 3 Meter Entfernung den Angestellten mit einer Waffe bedroht, sondern, wie man es hier sieht, direkt an der Schläfe. Also, das sind schon Situationen, wo man sagen muss: absolute Brutalität und absolut ungewöhnlich. Das weckte natürlich unseren Ehrgeiz umso mehr, die Sache aufzuklären; aber es war verdammt schwierig, weil einfach keine Spuren da waren, weil die Täter bis dahin immer recht gut maskiert waren, was unsere Ermittlungstätigkeit eben, wie gesagt, sehr erschwerte.

Aus diesem typischen Schema fiel dann ein Überfall, und zwar der zehnte, wiederum in Zwickau, am 5. Oktober 2006. Der Linkshänder kam diesmal alleine, trat wieder brutal in Erscheinung, schlug eine Angestellte. Die Brutalität gipfelte jetzt in der Geschichte:

Ein Kunde versuchte, ihn zu überwältigen. Es fiel ein Schuss, der aber niemanden traf. In der weiteren Folge versuchte ein Auszubildender<sup>21</sup>, der dann vom Täter bedroht wurde, ihn niederzuringen; aber der wollte sich nicht niederringen lassen. So feuerte er abermals, traf den Azubi in den Bauch und verletzte ihn schwer, lebensgefährlich. Der Täter flüchtete daraufhin ohne Beute.

Warum er diesmal alleine kam, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir konnten es also bis zum vorigen Jahr nicht aufklären und werden es möglicherweise auch nicht erfahren. Ich kann nur eines sagen: Der Azubi ist wieder genesen. Er hat sogar später denn in der Filiale auch wieder begonnen, zu arbeiten. Aber das zeigte uns doch, dass die Täter hier offenbar zu allem entschlossen waren, nur - sage ich mal in Anführungsstrichen - um ans Geld zu kommen, und wir wussten das erste Mal, dass sie auch scharfe Waffen dabei hatten. Ich meine, das ist immer so eine Frage - man kann auf den Überwachungsfotos nicht immer erkennen -: Handelt es sich um eine Schreckschusswaffe? Handelt es sich um eine scharfe Waffe? Das wussten wir bis dahin nicht. Spätestens jetzt mussten wir damit rechnen, und auch natürlich, dass die Täter auch bei weiteren Überfällen auf alle Fälle vor nichts zurückschrecken und eventuell weiterhin scharfe Waffen einsetzen.

Allerdings war es den Tätern - ob nun dem einen, bzw. warum der andere nicht dabei war, sagte ich gerade, wissen wir nicht - nun in Sachsen zu heiß geworden. Weiter ging es einen Monat später in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich im November 2006. Das Duo überfiel in Stralsund eine Sparkasse und kam sogar ganz dreist zwei Monate später noch einmal zurück in dieselbe Filiale, Januar 2007. Beute insgesamt: 254 000 Euro.

In diesen Fällen war die Maskierung anders als beim gescheiterten Versuch des Einzelgängers in Zwickau. Sie trugen hier Sturmhauben. Also, hier wick die Maskierung das erste Mal von dem ab, was wir bis dahin - in Anführungsstrichen - gewohnt waren. Möglicherweise wollten sie in Stralsund doch etwas vertuschen, dass sie irgendetwas mit der Serie bei uns hier unten in Sachsen zu tun haben. An ihrem Dialekt - ob sie nun daran gedacht haben oder nicht - war aber auf alle Fälle erkennbar, dass es ein sächsischer war, und wir konnten so recht schnell in Zusammenarbeit mit den Stralsunder Kol-

<sup>21</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

legen auf den Punkt bringen, dass das also tatsächlich unsere Täter gewesen sind, die das letzte Mal hier 2006 mit dieser Schussabgabe gehandelt hatten.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann doch beim Überfall keine Karte hochheben: Die Sachsen müssen Sächsisch reden!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, wenn Sie was sagen möchten, nutzen Sie bitte das Mikrofon!

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Oder der Thüringer! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Thüringer auch! Man kann es ja beides machen!)

- Herr Wieland, man hört Sie nicht, und man kann Sie auch nicht protokollieren.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beides nicht nötig, Herr Vorsitzender! - Clemens Binninger (CDU/CSU): Das habe ich auch nicht verstanden!)

- Okay. Der Zeuge hat weiter das Wort.

**Zeuge Jens Merten:** Gut. - Damit riss die Serie ab. Das war also im Januar 2007 in Stralsund der letzte Überfall. Für uns auch unerklärlich: Warum, wieso, weshalb? Warum gab es erst dann im November 2011 einen erneuten Überfall? Warum die lange Zeit ohne Überfall? Das kann man heute sicherlich nicht mehr sagen.

Es gab ja dann - das wissen Sie ja - im Jahre 2011 die zwei weiteren Überfälle des mutmaßlichen Duos, im September in Arnstadt und im November in Eisenach, und das war dann das absolut definitive Ende. Mit der Bearbeitung dieser beiden Überfälle hatten wir nicht vordergründig zu tun, haben aber recht schnell mit den Thüringer Kollegen zusammengearbeitet, weil wir den Zusammenhang eigentlich relativ fix - meines Erachtens am selben Tag oder am nächsten Tag, als dieses Fernschreiben kam - erkannt hatten.

Ja, was soll ich sagen? Für uns all die Jahre stand natürlich immer die Frage im Raum - und das waren die wichtigsten Fragen eigentlich -: Wer sind die Täter? Wo kommen sie nun eigentlich her? Was ist der Grund der auffallend langen Handlungspausen, also dieser Intervalle? Wie kann es sein:

Ein Überfall im Jahr in der Regel, wenn man mal von 2004 absieht? Wie hängt das zusammen? Das alles war natürlich schwer für uns zu ermitteln, weil, wie ich eingangs schon sagte, es fehlten Spuren, es fehlten Gesichter von den Tätern. Es war so viel, was wir nicht hatten, trotz aller Bemühungen, aller nicht nur Standardmaßnahmen, die wir natürlich durchführen, sondern aller anderen adäquaten Maßnahmen, die wir als Kriminalpolizei ergreifen können. Dazu komme ich gleich noch.

Grundsätzlich möchte ich sagen, dass drei Versionen dominierten, warum es zu diesen langen Intervallen gekommen sein konnte: Zum einen haben wir natürlich gedacht, dass sie sich mit diesen Überfällen - ich sage mal so - ein recht gutes Leben leisteten. Das ist ja immer so der erste Gedanke, und ich kann gleich vorwegnehmen: Das besagt auch die Statistik, dass 85, 90 Prozent der Bankräuber sich nur zur eigenen, persönlichen, privaten Bereicherung ohne große Hintergedanken zu einer solchen Tat entschließen, also sich ein schönes Leben machen, möglicherweise sich auch kurzzeitig über ein Jahr im Ausland absetzen und das Geld ausgeben.

Die zweite Version war natürlich die, dass sie möglicherweise ein Geschäft finanzieren - Autohandel, Antikhandel oder irgend so was Ähnliches - und im Rahmen einer klassischen Geldwäschemethode agieren, also ein Geschäft beim Finanzamt angeben, das sie praktisch mit illegal erworbenen Geldern betreiben, nach außen hin. Oder vielleicht auch - haben wir überlegt; warum nicht, hat es auch schon gegeben -, dass sie mit den erbeuteten Geldern eine Zufinanzierung für ein tatsächlich gewolltes Projekt auf die Beine stellen wollten, ein Projekt, das aber vielleicht nicht lief und finanziell anders lief, als sie sich das erhofft haben, und sie vielleicht durch die Begehung der Überfälle immer gedacht haben: Na ja, wir müssen noch mal einen machen, um unser Projekt durchzukriegen. - Aber ich sage, das ist die Variante, die ganz hinten steht. Die erstere war für uns eigentlich Favorit. Das waren eigentlich die drei Grundgedanken, wo wir sagten, eine andere Erklärung kann es eigentlich nicht geben.

Doch keine der angestregten Bemühungen und Ermittlungen brachte uns auf die Spur der Täter, wie ich schon sagte. Ganz schwer war eben, dass wir in der ganzen Zeit kein Gesicht der Täter auf den Überwa-

chungskameras hatten. Durch die akribisch vorgenommene Maskierung - - auch wenn man sagen muss, es waren nicht mal Sturmhauben, wo man ja wirklich meistens nur die Augen sieht, sondern einfach nur diese Gesichtstücher<sup>22</sup>, ein bisschen Gesicht und Seitenteil vom Kopf guckt ja doch raus; aber es brachte uns nichts, dass irgendetwas im Rahmen einer Wiedererkennung möglich gewesen wäre.

Und der zweite Fakt ist einfach der, dass die Täter keinerlei für uns auswertbare Spuren hinterlassen hatten. Also, Schuhabdruckspuren hatten wir zur Genüge. Wir konnten also auch entsprechende Schuhe daraufhin identifizieren. Wir konnten recherchieren, in welchen Geschäften die angeboten wurden, welche Marke sie waren, von welchen Kunden sie gekauft wurden. Aber persönlich-individuelle Spuren, sprich DNA-Spuren, Fingerabdruckspuren, die ja wirklich absolut individuell sind und nur einer Person zuzuordnen sind, haben sie eben nie hinterlassen.

Heute im Nachhinein - und jetzt komme ich zu dem 13. Fall - wissen wir, es waren nicht nur diese zwölf Raubüberfälle, sondern eben auch dieser eingangs schon angesprochene Überfall auf diese Edeka-Kaufhalle. Sechs Tage vor Weihnachten 1998 ist das gewesen. Wir hatten die Verbindung zur späteren Serie, wie vorhin schon geschildert, bei uns im Kommissariat diskutiert. Die Täter hatten eine Angestellte, die gerade alle Kassen im Kundenbereich abschöpfte, mit einer Waffe bedroht und ihr die bereits eingesammelten Geldbeträge entrissen. Auf der Flucht schossen sie auf einen Zeugen, der sie verfolgen wollte. Im Rahmen dessen konnten wir später bei der Tatortarbeit Kleinkaliberhülsen sichern.

Aufgrund der tatsächlichen Begehungsweise<sup>22</sup>, die ja nun doch andersartig ist als beim Überfall auf ein Geldinstitut, eine Poststelle, eine Sparkasse, aufgrund des Tatobjektes - hier Kaufhalle, dort Geldinstitut - ordneten wir es damals nicht zu, behielten es aber im Hinterkopf. Ohnehin - und das kann ich hier ganz beruhigend sagen - hat es bei diesem Überfall Edeka-Kaufhalle auch keinerlei Spuren gegeben, die uns damals auf die Identität der Täter gebracht hätten. Erst viel später brachten uns diese Hülsen, die dann beim BKA all die Jahre in der entsprechenden Sammlung aufbewahrt wurden, den Nachweis, dass auch diese Tat von dem NSU-Trio begangen worden ist. Aber zur damaligen

Zeit gab es keine anderen auswertbaren Spuren, die uns hätten weiterhelfen können, weil wir sonst auch gesagt hätten: Gibt es dort eine Spur, die die Täter identifiziert? Müssen wir die überprüfen, ob es vielleicht doch unsere sind, die in einer solchen Überfallserie eine Rolle spielen? Aber die gab es nicht.

Gut. Zusammengefasst: Mit dieser Serie waren meine Kollegen und ich nun zwölf Jahre beschäftigt. Noch vier Jahre nach dem Überfall, sprich 2011, habe ich selbst noch Ermittlungen geführt und für uns verdächtige Personen überprüft. Damit will ich sagen, dass wir die Sache also 2007, als es den letzten Überfall in Stralsund gegeben hat, nicht einfach so in die Schublade gelegt haben und gesagt haben: „Okay, war nicht zu klären, abhaken“, sondern wir haben vier Jahre später noch zu überprüfende Personen ins Visier genommen, weil wir annahmen, dass sie möglicherweise Täter sein könnten. Durch die Aufklärung dieser beiden Überfälle in Eisenach und Arnstadt bekamen wir dann mit, dass diese von uns überprüften Personen nichts mit der Serie zu tun hatten; aber das erfuhren wir dann eben erst im November 2011.

Für mich war es natürlich schwierig,<sup>23</sup> all die Jahre an dieser Serie mitzuarbeiten. Ich sagte ja eingangs: Ich habe ja nicht alleine ermittelt. Ich habe natürlich ganz viele fleißige Kollegen gehabt in der Zeit, die hier auch Überstunden ohne Ende gemacht haben. Ich kann nur hier noch mal sagen vor dem Untersuchungsausschuss, dass das natürlich schon an die Kriminalistenehre geht, dass man so eine schwere Serie einfach nicht aufklären kann, dass es einem einfach nicht gelingen sollte, die Täter zu identifizieren und der Sache Inhalt zu geben. Aber es half alles nichts. Es ist manchmal so, dass man keine brauchbaren Spuren hat, dass nichts darauf hindeutet, dass man auch manchmal diesen Kommissar Zufall, wie er manchmal auch notwendig ist, nicht bekommt. Und so mussten wir damit leben.

Womit ich aber auch leben kann, ist mit meiner Gewissheit, dass wir in all den Jahren mehr als nur das Übliche im Rahmen unserer Ermittlungen gemacht haben. Das kann ich also hier auch ganz knallhart vertreten. Das kann ich auch für meine Kollegen sagen, die ich nun vorher nicht gefragt habe. Wir haben also sehr, sehr viel unternommen, um den

<sup>22</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

<sup>23</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Tätern hier Einhaltung zu gebieten und die Sache aufzuklären.

Vielleicht am Rande nur ein paar kleine Sachen. Vielleicht ist es für Sie ganz interessant, auch mal zu hören, was das so fachlich ist oder was man so für Möglichkeiten hat. Ich würde vielleicht zwei mal ein kleines bisschen im Detail erklären.

Also, zu den üblichen Maßnahmen, wie ich sie vorhin schon eingangs erklärte, was man machen kann, gehörte natürlich auch eine Vielzahl von Recherchen zu ähnlichen, ähnlich gelagerten Straftaten. Es ist ja so, dass zu der Zeit nicht nur unsere Überfallserie existent war, sondern überall in der Bundesrepublik - nicht nur in Sachsen, sondern auch in anderen Bundesländern - gab es ja auch Überfälle, Einzelüberfälle bzw. Überfallserien. Wir haben natürlich immer stets im Kontakt mit dem LKA entsprechende Fernschreiben von anderen Taten bekommen bzw. angefordert bzw. recherchieren lassen und immer Zusammenhänge prüfen lassen: Wo haben wir denn mal eine gleiche Personenbeschreibung zu den Tätern? Wo haben wir eine gleiche Vorgehensweise? - Was zum Beispiel bei uns auffällig war: Es waren ja vorwiegend durchweg immer Poststellen, Sparkassen. - Wo haben wir vielleicht noch eine Tätergruppierung, die in anderen Bundesländern auch nur Poststellen, Sparkassen überfällt? Das sind also so Sachen. Das war unwahrscheinlich viel Arbeit, Rechercheaufwand. Das ist also auch sehr mühsam.

In dem Zusammenhang schließt sich der logische Schluss: Wir haben also auch ständig den Kontakt zu anderen Dienststellen gesucht. Wir haben also nicht für uns alleine in Chemnitz in unserem Zimmerlein gesessen und haben versucht, das aufzuklären, sondern wir haben auch den Kontakt gesucht zu anderen Dienststellen, natürlich in unserem Fachbereich. Denn ich kann mir vorstellen, nachher kommt die Frage: Ja, warum nicht zu allen Dienststellen? Das ist natürlich nicht so möglich. Man sucht natürlich erst mal im eigenen Fachbereich: Wo könnte es Parallelen geben? Daraus resultieren also auch Kontakte zu anderen Dienststellen.

Abfragen in Melde-, Gewerbe-, Arbeits- und Sozialämtern noch und nöcher, also alle zu überprüfenden Personen, die bei uns irgendwo mal auf der Liste auf irgendeinem Zettel standen, wurden natürlich in Hinsicht dieser Fakten geprüft. Ich kann gleich sagen, zum Beispiel auch diesen Fakt: Wir haben

einen Tatort in Chemnitz, wir haben Tatorte in Zwickau. Da wurde natürlich auch stets immer geprüft: Hat der mal im anderen Ort einen Wohnsitz gehabt oder ein Arbeitsverhältnis, oder, oder?

Wir hatten ständig Kontakt mit Waffenverständigen [sic!]. Sie haben es vielleicht schon gesehen auf den Fahndungsplakaten, oder wir sehen es nachher denn. Nach unserer Meinung spielen ungefähr vier bis fünf verschiedene Waffen eine Rolle, und wir haben natürlich auch immer die Waffenverständigen [sic!] kontaktiert und natürlich nachgehakt: a) Was ist es für ein Waffentyp? Was kann man ableiten? Ist es eine Schreckschuss-, ist es eine scharfe Waffe?, b) Spielt die schon mal irgendwo eine Rolle bei anderen Taten? Sind diese Modelle irgendwo schon mal bekannt als bei Überfällen angewandt? - Das verlief natürlich permanent; aber wie Sie wissen und wie wir wissen, hat uns das in all den Jahren eben leider nicht weitergebracht.

Wir haben zum Beispiel durchgeführt eine Tätergrößenermittlung. Vielleicht kann ich das mal erklären, ganz kurz. Tätergrößenermittlung ist nichts anderes, als zu versuchen, die Größe des Täters festzustellen. Das klingt jetzt erst mal relativ simpel, aber es ist doch sehr wichtig für eine spätere Auswahl von verdächtigen Personen. Sie müssen sich vorstellen: Wenn ich jetzt Personen überprüfe, dann versucht man ja erst mal, so grobe Details und grobe Dinge abzufragen: Was passt ein bisschen? Und die Größe einer Person ist doch schon erst mal doch was, da brauche ich keinen Zollstock. Da kann ich ja mal Daumen - - Ich sehe jemanden und weiß ungefähr, der passt schon mal von der Größe in mein Raster oder nicht. Also, wenn bei mir einer ins Büro kommt, der 1,60 groß ist, und ich habe vorher 1,85 als für den Täter passend gemessen, dann kann ich erst mal schon sagen: Zumindest dieser kleine Mann ist nicht einer von meinen beiden Tätern gewesen. Der kann immer noch das Fluchtfahrzeug gefahren haben oder eine andere Rolle bei der Planung des Überfalls oder bei der späteren Begehung gespielt haben, aber der kann zumindest schon mal nicht einer meiner beiden Täter sein.

Das ist zum Beispiel auch ein recht aufwendiges Verfahren. Da können wir also vom LKA Spezialisten betrauen, und das geht folgendermaßen - vielleicht ganz interessant -: Wir nehmen also, wenn wir haben, ein Überwachungsfoto, auf dem ein, nach Mög-

lichkeit natürlich beide Täter in voller Gestalt zu sehen sind. Man muss also die Füße, unten den Grund, und man muss die letzte Kante oben am Kopf sehen. Jetzt kommen die Spezialisten vom LKA, und die haben heutzutage ein moderneres Verfahren, als sie damals bei uns eingesetzt haben. Heutzutage wird das mit einem Laservermessungsgerät gemacht, mit so einem 3D-Scanner. Damals wurde das noch fotografisch durchgeführt. Die kommen also jetzt in die Filiale. Wir müssen dann mal die Filiale leerräumen - meistens haben wir das dann zur Mittagszeit gemacht; da darf dann niemand drin sein -, stellen in der Mitte der Filiale ein Gerät auf, und mit diesem Gerät - ich sage es ganz einfach - werden alle Eckpunkte in dem Raum dieser Filiale, wo also Tage vorher oder Wochen vorher der Überfall stattgefunden hat, vermessen. Diese Eckpunkte werden zusammengewürfelt und später mit dem Bild vom Täter, den wir ja in seiner ganzen, vollen Gestalt sehen, der ja in diesem Raum gestanden hat, ins Verhältnis gesetzt - ich hoffe, das haben Sie so verstanden -, sodass man aus diesen Berechnungen der Linienseiten - also die Türrahmenbreite, Fensterrahmenbreite und Wandhöhe, so was - - die kann man dann mit dem Bild, auf dem der Täter zu erkennen ist, ins Verhältnis setzen und kann daraus Schlüsse zur Größe des Täters ziehen. Das ist, wie gesagt, für uns doch ein ganz wichtiges Kriterium, von vornherein sagen zu können. Mensch, der ist um die 1,85, so, wie das gemessen wurde. Der passt erst mal. Er ist erst mal - ich will jetzt nicht übertreiben - verdächtig nicht, aber er passt erst mal ins Raster.

Und interessant war zum Beispiel, dass wir, glaube ich - wir hatten zwei Messungen gemacht -, ich glaube, einmal 1,83, 1,84 - - und beim Überfall ein, zwei Jahre später sind wir auf 1,85 gekommen. Meines Erachtens passt das in das Kriterium von Mundlos und Bönnhardt. Die sind, glaube ich, 1,84, 1,85 groß gewesen, sodass wir dort mit dieser Messung offenbar auch recht gut lagen.

Vielleicht sollte ich auch sagen: Man kann das natürlich nicht auf den Millimeter genau machen, weil man muss sich bedenken: Wenn der Täter hier jetzt so ein Basecap aufhat, dann kann man ja nicht wissen: Wie viel Luft ist dazwischen? Hat der volles Haar? Hat der dünnes Haar? Wie hoch ist eigentlich der Kopf? Also, diese Messung lässt sich nur grob einschätzen. Aber sie reicht für uns als ein Detail, zu sagen: Der ist

1,85 groß; den müssen wir uns genauer angucken.

Wir haben natürlich in der Vielzahl auch die ganzen Ermittlungen zu Tatbekleidung, zu Tatschuhen gemacht. Ich sagte das vorhin schon. Wir haben uns sogar die Arbeit gemacht: Wenn wir Schuhabdruckspuren hatten, haben wir versucht, uns die Überwachungsbilder vorzunehmen, die Schuhabdruckspuren, die Sohlen, sagen wir mal, vorzunehmen und zu recherchieren bei Adidas: Was ist denn das für ein Turnschuh? In der Regel haben sie Turnschuhe getragen bei unseren Überfällen. Dann hatten wir ganz konkret den Turnschuh. Dann haben wir uns mit Adidas - ich will jetzt keine Werbung machen; das hätte auch jeder andere Schuh sein können, sorry - in Verbindung gesetzt und haben gesagt: So, wir haben hier den Schuh.

(Dr. Eva Högl (SPD): Auf den Bildern ist auch Nike!)

- Nike haben wir auch dabei, na klar.

Wir haben also konkret erfragt: „Welcher Schuhtyp ist das? Wo, wann wurde der verkauft? In welchen Filialen?“, und haben dann über die Geschäfte versucht, zu recherchieren: Haben wir Kunden, die diesen Schuh gekauft haben, und wenn ja - - Es nützt uns ja nur was, wenn das mal mit EC-Karte erfolgte, sodass man auch mal ein paar Daten hat, wo man Kunden abprüfen kann. Nun passt das natürlich auch nicht wieder immer: EC-Karte. Täter kaufen nicht unbedingt Schuhe mit der EC-Karte.

Aber ich will Ihnen nur mal vor Augen führen: Wir haben Dinge gemacht, wo man vielleicht von vornherein sagt: Ach Mensch, lohnt sich das, oder ist das nicht zu überspitzt? Wir haben es einfach gemacht, weil Spuren hatten wir keine, wie ich sagte, und wir haben einfach versuchen wollen, jedes noch so kleine Detail hier auszuermitteln. Und wenn es diese Schiene war, dass wir gesagt haben - - Gut, wir wussten, welche Schuhe es sind. Wir haben die Geschäfte in Chemnitz, in Zwickau vielleicht am Rande geprüft. Wir haben alle Kunden geprüft, und die drei, vier fünf, die da übrig blieben, die mit EC-Karte gekauft haben, die haben wir eben geprüft. Und selbst, wenn wir dann sagen konnten: „Okay, die sind nicht Täter gewesen“, konnten wir wenigstens sagen: Die Spur ist exakt abgeprüft worden.

Okay. Wir haben natürlich auch Recherchen zu entwendeten Fahrrädern gemacht.

Die Problematik war für uns all die Überfälle, dass durch die Zeugen eigentlich immer unterschiedliche Fahrräder beschrieben wurden und wir eigentlich nie richtig wussten: Ja, haben die nun immer dieselben Fahrräder benutzt, oder waren es zu jedem Überfall andere Fahrräder? Haben sie im Vorfeld vielleicht welche entwendet und im Nachhinein, nach dem Überfall, irgendwo entsorgt? Unsere Version war schon, dass sie immer dieselben Fahrräder hatten; aber die Zeugenvernehmungen sprachen anders, sodass wir also auch in diversen Fundbüros recherchiert haben, ob Fahrräder nach unseren Tatzeiten gefunden wurden. Wir haben recherchiert, wo wann Fahrräder entwendet wurden, vornehmlich vor unseren Überfällen.

Und ich sage mal: Gerade diese Rechercharbeiten sind natürlich immer sehr aufwendig, mühsam; aber wir haben einfach gesagt: Wir müssen das machen. Wir haben nicht allzu viel. Also müssen wir das mit überprüfen.

Wir haben unter anderem auch einen Phantombildabgleich gemacht. Vielleicht kann ich das auch noch mal kurz erklären. Es ist nichts weiter, als dass man von einem existierenden Phantombild - - Und wir hatten ja eins, und zwar von dem letzten Überfall in Stralsund. Da war es ja das einzige Mal, dass wohl eine Zeugin eine Person gesehen hat - ich glaube, in der Nähe der Sparkasse oder aus der Sparkasse herauskommend -, von der man wohl meinte, es wäre der Täter, der wohl gerade die Maske abgenommen hatte. Und aufgrund dieser Wahrnehmung gibt es ein Phantombild. Das ist auch Bestandteil unseres letzten Fahndungsprotokolls. Und dieses Phantombild haben wir herzugewonnen und haben damit einen Phantombildabgleich im LKA beantragt. Sprich: Da gibt es also einen Computer, der die biometrischen Daten dieses Phantombildes, also dieses Gesichtsausdruckes, speichert und jetzt mit allen einliegenden Tätern abgleicht und natürlich versucht, dadurch alle polizeilich in Erscheinung getretenen und einliegenden, natürlich mit Bildern einliegenden Personen gegenüberzustellen. Das Ding wurde uns aufgelistet. Ich weiß jetzt gar nicht, wie viel Hunderte Personen das waren.

Aber ich muss jetzt mal ganz ehrlich sagen: Dieses System schien zumindest damals noch nicht ganz ausgereift zu sein, weil man wirklich eindeutig gesehen hat: Da kam eine Fülle an Personen, die doch so was von unterschiedlich aussahen, dass man nicht

sagen konnte, die hatten wirklich Ähnlichkeit mit dem Täter. Also, da war von bis alles dabei, inklusive Brillenträger, ich sage mal, was hätte eigentlich nicht sein dürfen, sodass wir diese vielen Hundert Personen dann im Detail auch gar nicht abgeprüft haben, weil wir gesagt haben: Das ist irgendwie ein untaugliches Mittel. - Das half nichts.

Ich will hier bloß verdeutlichen, dass wir versucht haben, in jede Richtung zu denken, um wirklich alles Menschenmögliche zu tun, hier die Sache aufzuklären.

Vielleicht noch eine ganz andere interessante Geschichte. Ich sagte ja eingangs, dass wir nie ein Gesicht hatten auf den Überwachungskameras. Wenn ich dieses Bild noch mal zeigen kann,

(Der Zeuge hält ein Foto hoch)

fällt da sehr gut auf, dass die Seitenpartie von dem Täter zu sehen ist und mit der Seitenpartie dessen Ohr. Vielleicht schmunzeln Sie jetzt, aber die Ohren eines Menschen sind doch etwas ganz, sehr auffällig Individuelles. Viele glauben das gar nicht, aber die Ohren sind doch sehr individuell, natürlich bei weitem nicht mit einem Fingerabdruck oder mit einer DNA-Spur zu vergleichen, aber von den ganzen Körperteilen, die wir so an uns Menschen haben, sind die Ohren doch was sehr Individuelles und Vergleichbares.

Ich selber hatte mal in einer Überfallserie auf Tankstellen im Rahmen dessen - da ging es nicht um Ohren, sondern da ging es nur um das Gesicht, und an die Sache konnte ich mich erinnern - einen Anthropologen, also einen ausgebildeten Spezialisten auf diesem Gebiet, der das Gesicht einer Videoüberwachungskamera, nämlich in einer Tankstelle, unserem konkreten Täter zuordnen konnte, der aufgrund dieses anthropologischen Gutachtens auch verurteilt wurde. Wir hatten nämlich keine anderen Beweismittel als dieses Überwachungsfoto.

(Der Zeuge hält ein Foto hoch)

Und deswegen war unsere Taktik folgende, dass wir schon - - Ich glaube, spätestens 2004, als diese Fotos hier entstanden - wir haben also nicht nur dieses eine Foto; da gibt also ganz viele aussagekräftige zu den Ohren beider Täter -, haben wir also den Anthropologen von damals, mit dem ich damals zu tun hatte, kontaktiert, haben ihm diese Bilder geschickt und haben ihn gefragt: Wie sieht es denn aus, Herr Anthropologe?

Könnten wir mit diesen Bildern was anfangen, wenn wir Ihnen da jemanden liefern, wo wir denken, der könnte unser Täter sein? - Und tatsächlich: Der hat sich die Bilder angeschaut und hat gesagt: Also, sofort. Kann losgehen. Bringen Sie mir den Verdächtigen. Ich mache Ihnen ein anthropologisches Gutachten, und ich kann Ihnen sagen - natürlich nie mit hundertprozentiger Sicherheit, aber immer an 99 Prozent heranreichend -: Das sind die Ohren von dem Herren, den Sie da verdächtigen.

Das haben wir uns all die Jahre natürlich immer im Hinterkopf behalten. Es war uns aber eben nicht vergönnt, mal jemanden bei uns auf dem Stuhl zu haben, wo wir sagen: Den prüfen wir jetzt dahin gehend mal ab. - Aber er war stets bereit, bis zum Schluss, und, wie gesagt, das wäre eine Möglichkeit gewesen, auch auf diesem Wege beweistechnisch irgendetwas zusammenzuschieben.

Und zum Schluss, möchte ich noch erklären, haben wir uns also auch nicht gescheut - da war ja diese Variante, sich ein schönes Leben im Ausland machen -, zu prüfen zum Beispiel die ganzen Auswanderer. Wir haben also bei uns bei der Behörde - und in Zwickau meines Erachtens auch - mal abgeprüft, wer ab einem bestimmten Zeitraum ins Ausland abgewandert ist, sich abgemeldet hat oder wie auch immer. Also, auch diesen Ansatz sind wir natürlich weitergegangen und haben gesagt: Mensch, nicht, dass uns da was durchrutscht!

Schlussletztendlich haben wir ja, wie ich gerade vorhin schon sagte, selbst nach 2007, nach dem letzten Überfall, also auch ganz massiv Kontoauswertungen betrieben, also gerade den Herrn S., den ich bis zum Schluss überprüft habe. Dort haben wir sehr umfangreich Kontoeinsichten beantragt, und bei dem war es nun gerade so - deswegen war der für mich bis zum Schluss sehr heiß -, dass der - ich will das bloß mal erklären - zufälligerweise immer zu den Tatzeiten unserer Überfälle auch tatsächlich Abhebungen hatte. Interessant war bei dem - da komme ich nachher noch drauf -, dass der auch einen Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern hatte, was uns natürlich sowieso ganz heiß machte, sage ich mal. Und diese jeweiligen Abhebungen zu den Tatzeiten waren immer unterschiedlich, mal oben in Stralsund, mal in Chemnitz, und wir wussten nicht so recht: Ist das nun ein Zufall oder ist das, um für sich ein Alibi zu beschaffen, weil er einem Kumpel

die Geldkarte in die Hand gedrückt und gesagt hat: Heb mal ab in der Zeit, wo wir den Überfall machen! - Ich will bloß erklären: Der war für uns ein heißer Kandidat, und hier haben wir eben so eine aufwendige Kontoauswertung gemacht, die natürlich auch viel Zeit bindet und wo man, wie gesagt, auch ein bisschen moralisch dranbleiben muss und sich immer wieder sagen muss: Mensch, wir wollen das Ding aufklären, und wir gehen hier wirklich mal ins Detail, auch wenn man natürlich nicht immer gleich Licht am Ende des Tunnels sieht.

Das nur mal als kurze Zusammenfassung zu den Dingen, die wir also außer der Reihe der normalen, standardmäßigen Maßnahmen polizeitechnisch gemacht haben. Aber unter dem Strich, muss man eben ehrlich sagen, ist es uns trotz dieses Aufwandes nicht gelungen, die Täter zu identifizieren und die Serie aufzuklären, zumindest nicht bis dahin.

Was ich auch noch sagen muss, ist folgender Punkt - ich denke mal, dazu wird auch eine Frage kommen -: Was wir nicht unterschlagen haben, ist natürlich auch die Öffentlichkeitsfahndung. Die ist natürlich auch sehr wichtig; denn ich muss mal sagen: Was nützt es uns, wenn wir ermitteln für uns, und keiner draußen weiß: Ja, was machen denn die Polizisten da? Warum zeigen die nicht mal ein paar Bilder? - Da haben wir uns also ganz stark engagiert und - Sie haben es schon gesehen - haben dort, ich glaube, 2003, 2005, 2007 noch mal die aussagekräftigsten Fotos auf den Fahndungsplakaten zu Papier gebracht, eine Nummer größer als jetzt Ihnen vorliegend, und haben die also öffentlichkeitswirksam in Behörden, in Polizeidienststellen, Sparkassen, Geldinstituten, Buswartehäuschen in Chemnitz, Zwickau und Umgebungsorten und zum Schluss dann natürlich auch im ganzen Bereich Stralsund ausgehangen, immer wieder hoffend, dass man den einen oder anderen Zeugen findet, der darauf vielleicht eine Person erkennt. Ich sage mal, wir haben ja hier sehr deutlich und gut die Bekleidungsgegenstände zu erkennen, die teilweise ja markant sind. Aber auch aufgrund dieser Fahndungsplakate haben wir eben nie so richtig den entscheidenden Hinweis bekommen. Es gab immer mal Hinweise, die aber nie zielführend waren für uns.

Neben diesen Fahndungsplakaten haben wir natürlich keine Möglichkeit gescheut, die Sendereihe *Kripo live* zu bedienen. Jetzt weiß ich nicht, ob es hier auch so bekannt ist. Wir haben aber auch oft - - In anderen

Straftaten hatte ich oft Hinweise auch aus Berlin. *Kripo live* ist also so eine Fahndungssendung im MDR-Fernsehen, sonntags 10 vor 20 Uhr, also eigentlich zur besten Sendezeit. Ich selber war achtmal dort bei *Kripo live* und habe unsere Fälle dort vorgestellt, einschließlich Zeigen der Überwachungsfotos oder der Waffen, mit der Frage: Wer kennt die Personen? Wer kann Angaben zu deren Identität machen? Wer kennt möglicherweise die Bekleidungsgegenstände? Wer kann möglicherweise was zu den Waffen sagen? Wer hat sie möglicherweise zur Tatzeit, davor, danach im Bereich gesehen? Und ein Kollege war auch noch mal bei *Kripo live*. Also, insgesamt waren wir neunmal bei *Kripo live*.

Daraus resultierten natürlich auch einige Hinweise. Die gingen aber immer in die Richtung: Na ja, die kennen jemanden, der ähnlich aussieht, aber immer mit dem Zusatz: Ich glaube nicht, dass er es war. Das ist ein Anständiger. Aber der sieht so aus. - Also, das war das Gros unserer Hinweise. Wir haben das natürlich akribisch geprüft; aber es führte uns nie weiter.

Das natürlich immer einhergehend mit vorangekündigten Presseveröffentlichungen. Es ist dann immer so, dass wir dann in der örtlichen und überregionalen Presse diese Fahndungssendung publik machten, gleichzeitig mit mindestens einem Bild einer der Überwachungskameras, sodass also auch nur Zeitungsleser, die jetzt vielleicht nicht so am Fernseher präsent sind Sonntagabend, schon die Möglichkeit haben, dort den einen oder anderen Hinweis zu geben.

Und ich selbst war also auch einmal selbst bei XY im ZDF in der Sendung und habe dort als Zusammenfassung der Serie - ich glaube, das war 2005 - den Fall vorgestellt. Auch dort haben wir einige Hinweise erhalten, die uns aber auch nicht auf die Spur der eigentlichen Täter führten.

Ja, das ist erst mal so im groben Ganzen das, was wir in all den Jahren gemacht haben.

Nicht vergessen möchte ich vielleicht, relativ abschließend noch zu sagen - weil ich kann mir vorstellen, die Frage kann auch kommen -, dass wir natürlich auch mit den Geldinstituten - vornehmlich in unseren Fällen mit den Sparkassen und Poststellen, also sprich mit den Vorständen der Geldinstitute - im Kontakt standen, also wirklich in sehr regem Kontakt, weil wir natürlich auch sagten: Welche Möglichkeiten haben wir denn? Wir

wissen einmal, a) haben wir hier Täter, die haben bis jetzt einige Überfälle begangen - spätestens ab dem dritten war ja auch anzunehmen, dass sie wiederkommen -, und b) Was könnte man denn vorsorglich tun, präventiv, um der Sache vielleicht Herr zu werden?

Nun muss ich sagen, es ist natürlich nicht so einfach, zu sagen: Wir rüsten jetzt jede Filiale mit 20 Rundumkameras aus. - Das geht natürlich nicht, weil da natürlich finanzielle Grenzen gesetzt sind und auch andersartige Grenzen. Aber man kann zum Beispiel solche Dinge klären wie, dass man eine recht hohe Auslobungssumme zum Beispiel vereinbaren kann, und das war ja bei uns der Fall. Wenn Sie mal auf das letzte Fahndungsplakat gucken: Wir haben also 22 000 Euro ausgelobt für einen Hinweis, der zur Identifizierung der Täter führt. Also, ich muss mal sagen: Einen besseren Anreiz kann man doch für einen Zeugen nicht schaffen. Und da denke ich jetzt eigentlich nicht nur an irgendeinen Zeugen oder Hinweisgeber, sondern mit diesem vielen Geld haben wir sogar eigentlich auch mal an die Leute aus dem Umfeld unserer Täter gedacht. Das muss man sich mal vorstellen. Da kann es doch den einen oder anderen geben, der unsere beiden Täter kennt, möglicherweise Bekannten-/Verwandtenkreis, und sich sagt: Mensch, ich kenne die zwar, aber auf der anderen Seite: 22 000 Euro ist ja doch eine Menge Kohle. Hm, vielleicht - - Und wenn ich wenigstens anonym auf dem Polizeirevier anrufe. - Das sind also Dinge - - Wir haben also schon Hinweise mit weitaus weniger Auslobungssumme gehabt, und wir haben immer gedacht: Mensch, bei so viel Geld im fünfstelligen Bereich, da muss doch mal was kommen.

Aber es kam eben nichts. Sodass wir aber auch weiterhin nicht nur diese Geschichte mit den Vorständen geklärt haben, sondern wir sind sogar so weit gegangen, dass wir versucht haben, in Richtung Aufklärung der Angestellten etwas zu tun, sprich präventiv. Also, wir haben versucht, dass die Vorstände Kurse mit den Angestellten abhalten. Jetzt nicht zu hochtrabend gesehen: Kurse nicht, dass die sich jede Woche nun einmal treffen mussten, aber zweistündige Sitzungen, wo man sagt: Die Angestellten wurden nochmals auf den Fakt - - Jeder Angestellte weiß ja, dass es überhaupt mal in ihrem beruflichen Leben auch mal zum Überfall kommen kann; da mussten wir nicht

erst kommen. Aber in diesem speziellen Fall haben wir die noch mal sensibilisiert und haben gesagt: Wir haben im Moment eine Überfallserie. - Es ist immer wieder damit zu rechnen - vornehmlich Sparkassen, Poststellen -, dass unsere Täter noch mal - vorwiegend in Chemnitz oder in Zwickau - kommen, und die sollten doch etwas vorbereitet werden.

Wir sind sogar so weit gegangen, dass wir entsprechend vorgefertigte Fahndungsschreiben fertiggemacht haben und an die Vorstände verteilt haben, die praktisch dann an die Angestellten weitergegeben wurden, in denen man so grobe Angaben zur Personenbeschreibung hatte, und die Angestellten nach so einem Überfall nur noch diese groben Daten zur Personenbeschreibung - dick, dünn, schmales Gesicht, große Augen, kleine Augen, breite Lippen usw. - nur noch ankreuzen mussten, also dass die dieses Ding in der Schublade zu liegen hatten. Es kommt jetzt zum Überfall, und die Angestellten waren angehalten, so viel wie möglich wahrzunehmen, das, was sie wahrnehmen können, und dann das Ding aus der Schublade zu holen, und ohne, dass die jetzt groß überlegen müssen - wie sah denn der aus oder wie auch immer? -, brauchten die teilweise Zeichnungen vom Gesicht, vom Mund, von den Augen nur noch anzukreuzen, um denen die Arbeit zu erleichtern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das?

**Zeuge Jens Merten:** Ich würde sagen, nach dem vierten, fünften Überfall vielleicht. Aber das kann ich jetzt so genau nicht mehr sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber noch, als die Serie lief?

**Zeuge Jens Merten:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Als die Serie noch lief?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, ja, als die Serie noch lief, definitiv.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat das geholfen?

**Zeuge Jens Merten:** In einem Fall hatten wir - ich sage jetzt mal, pfiffig oder nicht - Angestellte, die tatsächlich den Zettel auch ausgefüllt haben. Es ist ja dann wieder so: Jeder hat dann auch seinen persönlichen Ehrgeiz, und wir haben auch gemerkt, dass es dann Angestellte gab, die hatten eben auch den Ehrgeiz. Die wollten selber schildern, wie hat der Täter ausgesehen, und haben das dann nicht genutzt. Aber wir hatten ausgefüllte Bögen, und das sagte uns, dass ja zumindest diese Linie dann unten angekommen ist von dem, was wir uns erhofft hatten.

Aber hat es geholfen in dem Sinne? Ja, eigentlich nicht, sonst hätten wir ja - - bzw. nicht, was die Aufklärung der Serie angeht, das natürlich nicht. Aber so hatten wir den Eindruck: Die Angestellten, die es ausgefüllt hatten, für die war es schon eine Arbeits erleichterung.

Aber es war ja ohnehin schwierig, weil wir ja auch vorher nicht sagen konnten: Wo werden die Täter das nächste Mal zuschlagen? Welche Filiale suchen sie sich raus? Nun hatten wir das Problem Zwickau, Chemnitz und später ja dann noch Stralsund. Es war ja auch überhaupt keine örtliche Richtung abzusehen.

Ich will nur noch mal verdeutlichen: Wir haben also so weit auch in Zusammenarbeit mit diesen Poststellen und mit den Sparkassen recht gut zusammengearbeitet.

Und dass will ich vielleicht zum Schluss noch sagen: Wir haben natürlich auch diese Thematik Videoüberwachungskameras angesprochen, weil wir bemerkt haben - ich denke mal, da werden wir nachher noch mal drauf zukommen -, dass in den meisten Fällen wir zwar qualitativ sehr gute Überwachungsfotos hatten, die uns also auch wirklich was gebracht haben, zumindest in der Hinsicht, was Bekleidung, Täterbeschreibung etc. angeht, aber in dem einen speziellen Fall war es ja so, dass wir dort leider nur unscharfe Bilder hatten, und gerade in dem Fall, als einer unserer Täter sich demaskiert hat. Und da wäre es schön gewesen, man hätte dort natürlich scharfe Bilder gehabt, sodass unsere Intuition war, die Sparkassen natürlich nicht bitten zu können, an jeder Filiale noch zehn weitere Außenkameras anzubringen, aber zumindest dafür Sorge zu tragen, dass die ihre Monteure noch mal durch alle Filialen schicken und drauf achten, dass a) die Überwachungsbereiche richtig eingestellt sind. Das hatten wir also auch ab

und zu in der Vergangenheit, nicht bei dem Überfall, aber bei anderen Sachen. Da war eben der Bereich der Kamera - - Oder eine Putzfrau hat die Linse geputzt. Zack, war die Kamera nicht in der Richtung, wo sie hin sollte. Oder dass eben teilweise die unscharf eingestellt waren. Was nützt mir die Videoüberwachungskamera, wenn ich nachher unscharfe Bilder habe, mit denen ich nichts anfangen kann?

Also, ich will zusammenfassend sagen: Auch die Zusammenarbeit war also sehr intensiv. Ich denke mal, ich habe vielleicht deutlich gemacht, dass wir versucht haben, hier wirklich adäquat in jede Richtung zu ermitteln und zu tun, was man so weit tun kann.

Relativ zum Schluss möchte ich natürlich ergänzen - und das ist fast eigentlich der wichtigste Punkt von diesem Teil Öffentlichkeitsarbeit - - haben wir natürlich auch diese Möglichkeit genutzt, alle Fälle - zumindest eine Zusammenfassung der Fälle - in den entsprechenden - ich nehme an, das sagt Ihnen was - LKA- und BKA-Blättern zu veröffentlichen. Das sind also interne publizistische Zeitschriften, die allerdings heutzutage nur noch auf einem PC üblich zu lesen sind, um doch sagen zu können: Da kommt dann irgendwann mal einer und sagt: In Chemnitz, die haben ja im stillen Örtchen ermittelt. Warum haben die nicht mal ein bisschen was publik gemacht? - Also, mit Hilfe dieser LKA-/BKA-Blätter, mit dem Intranet vor allem auch haben wir also natürlich auch versucht andere Dienststellen anzusprechen, und haben uns immer erhofft, dass der eine oder andere Überfall mal kommt. Ich bin jetzt nicht sicher. Möglicherweise gab es mal ein Feedback von ein oder zwei Kollegen aufgrund dieser Veröffentlichung; aber es war nie etwas Entscheidendes dabei, was uns hätte helfen können, dass wir die Täter identifizieren.

Ich muss gleich an der Stelle noch mal auf die Sache kommen, weil das ist ja heute auch der Hauptgrund mit der Fragestellung: Es hat auch niemals - weder vom LKA noch von irgendeiner anderen Dienststelle - irgendeinen Hinweis gegeben, dass es sich hier um Beschaffungskriminalität rechts orientierter Personen oder einer rechts orientierten Zelle handeln könnte. Da haben wir also zu keinem Zeitpunkt auch nur ansatzweise irgendeinen Hinweis bekommen.

Also, von der Warte haben wir zumindest das auch versucht. Aber, wie gesagt, auch dort kamen keine entscheidenden Hinweise.

Abschließend - und damit möchte ich eigentlich zum Ende kommen; alles andere kann ja dann erfragt werden - kann ich nur sagen, dass wir so weit in all den Jahren - wie gesagt, bis 2011, bis praktisch kurz vor der Aufklärung durch die zwei letzten Überfälle dann in Thüringen - alles gemacht haben, was eigentlich im Menschenmöglichen stand. Ich kann auch erwähnen, dass es zu keinem Zeitpunkt - und das kann ich hier als Rückblende ganz klar und deutlich sagen - einen<sup>24</sup> Hinweis darauf gegeben hat, dass hier Mundlos, Böhnhardt oder überhaupt NSU-Trio oder überhaupt irgendeine rechts orientierte Zelle sich mit diesen Banküberfällen finanziert, um andere Straftaten zu begehen. Das hat es also absolut nicht gegeben.

In diesem Sinne würde ich meine Ausführungen so weit beenden und wäre dann bereit, Fragen zu beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank, Herr Merten, für die umfangreiche Einleitung für Ihre Anhörung als Zeuge.

Ich habe eigentlich nur eine Frage, die sich an Sie als Kriminalist wendet. Wir wissen ja nun von den Morden, die dem NSU zuzuordnen sind. Wir wissen von den Überfällen. Das, was ja auffällig ist, wenn man sich die Tatorte anschaut, ist, dass von den Morden nur ein einziger in Ostdeutschland stattgefunden hat, nämlich in Rostock 2004, von den Überfällen kein einziger in Westdeutschland, sondern ganz im Gegenteil, auch noch regional betrachtet, von der Landkarte her, mit einem Schwerpunkt durchaus, wie wir heute wissen, in Wohnortnähe der Täter. Das heißt, sie haben nicht in der Nähe des eigenen Lebensmittelpunktes gemordet, aber sehr wohl Überfälle begangen, in Chemnitz immerhin sieben.

Haben Sie dafür eine Interpretation?

**Zeuge Jens Merten:** Ich kann nur sagen, dass wir natürlich, beim ersten Überfall angefangen, schon die Personen - aber man muss ja sehen, dass man sich da erst mal auf die konzentrieren kann, die schon mal polizeilich in Erscheinung getreten sind - - auf die Personen auch konzentriert haben, die natürlich im Umfeld eines jeweiligen Tatortes wohnhaft sind oder vielleicht auch mal dort wohnhaft gewesen sind. Das ist für uns eigentlich eine ganz logische Sache. Aber man kann ja nun nicht - - Ich sage mal, 2000 war der Überfall im Fritz-Heckert-Gebiet. Das

<sup>24</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

ist ein Neubaugebiet. Man kann einfach - das ist gar nicht möglich, dort 40 000 oder - lassen wir es mal; 40 000 lebten damals im Heckert-Gebiet - - aber sagen wir mal, im Umfeld der Filiale 5 000 Personen, die nicht mal unbedingt polizeilich in Erscheinung getreten sein müssen, oder wie auch immer, einfach nur pro forma überprüfen. Das ist technisch und kräftemäßig nicht möglich.

Diese Ermittlungen konzentrierten sich schon auch auf die Umfelder des Tatortes in Chemnitz als auch in Zwickau, aber erbrachten keine Hinweise für uns oder keine Spuren, dass wir da irgendwie hätten die Täter ermitteln können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, ich frage, wie Sie das bewerten. Also ich meine, die haben, wie wir heute wissen, überwiegend in der Zeit, in der sie in der Illegalität gelebt haben, in Zwickau gelebt. Sie haben offenkundig bei den Morden sehr darauf geachtet, dass die Schauplätze sich nicht da irgendwo regional in der Nähe befinden. Aber ich meine, selbst in Zwickau - da, wo sie gewohnt haben - haben sie zwei Banken überfallen, und zwar noch 2011 - - und zwar 2001, 2002 und 2006. Haben Sie jetzt aber auch keine Erklärung für uns anzubieten? Das war jetzt einfach nur eine Frage.

**Zeuge Jens Merten:** Ich kann nur dazu sagen: Wir wussten damals nicht, dass die dort wohnen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, klar.

**Zeuge Jens Merten:** Ich hatte keine Kenntnis von den beiden, erst ab 2011. Ja, wie ich es bewerte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Wir finden in den Akten - das ist MAT A GBA-4/25 c, Blatt 795 f. - vom 31.05.2007 ein Schreiben Ihrer Polizeidirektion an das Landeskriminalamt Sachsen. Das ist von Herrn Rechenberg. Ist das ein Kollege von Ihnen da in - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das war mein damaliger Kommissariatsleiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, an das LKA Sachsen, „Erkenntnis-anfrage m.d.B. um bundesweite Steuerung“.

Das war ja deutlich nach dem letzten Ihnen bekannt gewordenen Fall. Oder war das im Zusammenhang mit Stralsund, mit dem zweiten Überfall?

**Zeuge Jens Merten:** Können Sie mir das Datum bitte noch mal sagen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 31.05.2007.

**Zeuge Jens Merten:** Das war deutlich nach dem letzten Überfall. Der war also im Januar 2007 in Stralsund. Das war der letzte, also zu unserer Serie gehörige, Überfall, richtig. Das war ein paar Monate später.

Bitte um Steuerung: Ich kenne jetzt den Inhalt des Schreibens nicht. Kann jetzt durchaus sein, dass da noch mal eine Zusammenfassung unserer ganzen Überfallserie geschildert wurde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau, und da wird die These aufgestellt, dass die Täter aus dem Rockermilieu stammen könnten.

**Zeuge Jens Merten:** Ach ja, da kann ich mich erinnern. Das war so eine Version. Neben den drei Versionen, wie ich sie vorhin als Grundsätzliches nannte, haben wir einfach gesagt: Mensch, all die Jahre ist es uns nicht gelungen, die Täter bei uns, die polizeibekannt sind, oder woanders zu finden. Wir könnten mal anfragen, ob die eventuell im Rockermilieu zu suchen wären. - Das war einfach so eine theoretische Version, weil man da ja auch immer Geld verbindet. Die müssen sich auch finanzieren, und das war so die Grundidee.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Wobei: Dass die Rockerszene jetzt gezielt Banküberfälle begeht, ist ja mir jetzt jedenfalls nicht geläufig. Die machen doch eher so was wie Prostitution und - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja, richtig. Aber daran sehen Sie ja, dass wir einfach nichts auslassen wollten, und selbst unter dieser Rubrik und diesem Gedankengang haben wir gesagt: Wir probieren das einfach; vielleicht führt es uns irgendwie weiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber gab es denn schon vor dem 31.05.2007 so eine sozusagen bundesweite Abfrage?

**Zeuge Jens Merten:** Also, Recherchen haben wir - also, mit Sicherheit -, Recherchen haben wir, wie ich vorhin schon sagte, eine Vielzahl betrieben, natürlich jetzt nicht nur ins Rockermilieu - das war nur diese eine Version -, sondern wir haben ja recherchieren lassen nach Tätern, die adäquat von der Personenbeschreibung wie unsere aussehen. Wir haben nach ähnlich gelagerten Straftaten recherchieren lassen. Wir haben zum Beispiel nach Linkshändern recherchieren lassen. Das war ja auffällig bei der Serie, dass wir diesen Linkshänder hatten. Also, es lag ja nahe, zu recherchieren: Wie viele linkshändige Täter haben wir denn, die in den letzten Jahren mal in Erscheinung getreten sind? Also, diesen Kontakt zum LKA haben wir eigentlich all die Jahre gehabt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt sind ja die Täter sehr brutal aufgetreten. Das haben Sie ja bereits berichtet. Haben sie auch professionell agiert, oder würde man als Krimineller sich anders verhalten? Ich habe in den Akten gefunden, dass zum Beispiel offenkundig die Frage, ob gerade viel oder wenig Publikumsverkehr bestand, offenbar nicht so relevant war für die beiden.

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich vertrete den Standpunkt schon, dass die professionell gearbeitet und gehandelt haben. Das zeigt uns einfach der Fakt, dass sie in all den Jahren - - dass es ihnen gelungen ist, keine Spuren zu hinterlassen, und dass sie all die Jahre es geschafft haben, hier ohne Gesicht zu erscheinen. Ich kann nicht sagen: Wie haben sie sich vorbereitet? Haben sie sich wirklich so professionell vorbereitet, oder hatten sie einfach immer nur Glück? Aber ich meine, bei der Vielzahl dieser Überfälle und dem Fakt, dass sie keinerlei individuelle Spuren zurückgelassen haben, kann ich einfach nur schlussfolgern, dass die das akribisch vorbereitet und durchgeführt haben und dass man hier durchaus von einer Professionalität sprechen kann.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist es schwierig, keine Spuren zu hinterlassen?

**Zeuge Jens Merten:** Wenn man hochkonzentriert ist, ist es eigentlich nicht schwierig. Da komme ich zu einem Punkt - da bin ich schon mal befragt worden; das ist eigentlich ein bisschen kurios -, nämlich die Frage, ob die Täter sich im Rahmen so einer Überfallserie eigentlich qualifizieren, also - ich sage mal auf gut Deutsch - immer besser werden, oder ob die Täter eigentlich eher im Gegenteil - ich sage mal - schlampiger werden. Und das zeigt eigentlich oftmals bei Serielikten doch die Wahrheit, dass es eher weniger ist, dass sie sich qualifizieren, vielleicht im minimalen Maße. Klar, man bekommt ja eine gewisse Übung rein und man wird abgebrühter, das ist klar. Aber auf der anderen Seite spielt immer mehr die Rolle, dass es doch immer eine stereotype Handlung wird. Ich sage es jetzt mal so übertragen: Eine gewisse Eingespieltheit ergibt sich für die Täter, und dadurch werden die natürlich auch leichtsinniger, und dadurch kommt es oftmals bei Serienverfahren erst nach dem dritten, vierten oder fünften Überfall - ob das nun Geldinstitute oder Tankstellen sind - doch dazu, dass sie mal einen Handschuh verlieren, dass was aus dem Rucksack fällt oder dass sie eben nicht so konzentriert rangegangen sind oder dass eben doch mal - wie in unseren Fällen, was wünschenswert gewesen wäre - eine Maske runterrutscht und wir mal ein Gesicht gehabt hätten. Also, von der Warte kann man das schon so sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe den Akten entnommen, dass mindestens in einem Fall ein Fahrrad gefunden worden ist, das von der Polizei als mögliches Fluchtfahrzeug betrachtet wurde. Hat man da Spuren gesucht?

**Zeuge Jens Merten:** Gesucht auf jeden Fall, ja klar. Aber ich weiß jetzt selber nicht, in welchem Fall das gewesen ist. Aber wenn wir gegenständlich ein Fahrrad haben, dann kann ich Ihnen versichern, dass dort daktyloskopisch und DNA-mäßig das ganze Ding abgepinselt wurde und wirklich akribisch gesucht wurde, ob wir eine auswertbare Spur haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das war nach dem Überfall in Chemnitz auf die Sparkassenfiliale, 14. Mai 2004.

**Zeuge Jens Merten:** Albert-Schweitzer-Straße.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Also, im Detail erinnere ich mich nicht, aber ich kann nur sagen: Das ist definitiv dann erfolgt. Und wenn es hier keinen Vermerk dazu gibt - und ich weiß ja selber so grob im Kopf, was wir an Spuren hatten -, kann ich sagen, war es einfach wahrscheinlich nicht der Fall, dass wir eine Spur dran hatten, zumindest nicht eine, die wir zuordnen konnten. Man muss ja da mal vorsichtig sein. DNA-Spuren waren möglicherweise schon dran, natürlich vom letzten Halter. Aber Sie wissen ja, wie das ist: Wir haben eine DNA-Datenbank beim LKA, und wenn die DNA-Spur, die am Fahrrad ist - - Das muss ja nicht unbedingt die von dem sein, der sie jetzt zum Schluss, kurz vor dem Auffinden des Fahrrads - - der das genutzt hat. Das kann auch irgendwann mal ein Freund gewesen sein, der das Fahrrad mal vor einer Woche gefahren hat. Und wenn die Spur - dieser Freund war also noch nicht polizeilich bekannt, liegt also auch nicht in der DNA-Datenbank -, wenn die Spur also nicht einliegt, kann also auch kein Treffer kommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie wissen jetzt nicht, ob da eine Probe genommen worden ist?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich gehe davon aus, dass keine DNA dran war, weil wir haben bloß in zwei bzw. in einem Fall bei einem Überfall in Zwickau eine DNA-Spur an einer Türklinke einer Sparkassenfilialtür. Das ist eigentlich, glaube ich, meines Erachtens die einzige DNA-Spur, die wir haben. Also, von der Fahrrad-DNA-Spur war meines Erachtens nicht die Rede.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir fangen an mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat zunächst die CDU/CSU-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Merten, vielen Dank für die Ausführungen. - Ich habe eine ganze Reihe Fragen und hätte deshalb die Bitte, wenn das für Sie in Ordnung ist, immer möglichst kurz zu antworten,

nicht, weil es unhöflich sein soll von mir, sondern weil ich in der Zeit viele Fragen unterbringen will.

Erste Frage: Sind Sie mit dem Wissen über diese ganze Serie und jetzt den Erkenntnissen von heute - und Sie haben uns ja auch freundlicherweise einen Ausdruck der Überwachungskamerafotos hier verteilen lassen - überzeugt davon, dass Mundlos und Böhnhardt die Täter dieser 15 - bei den letzten zwei, bei den allerletzten steht es ja auf jeden Fall fest - - aber die Täter Ihrer Überfälle waren, und zwar von allen?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich sage mal so: Wenn ich für mich den Schluss gezogen habe, dass es sich bei den beiden Personen, die hier in unserer Überfallserie bis 2007 - - um dieselben Personen handelt und dass ich sicher bin, dass auch diese beiden Personen die letzten beiden Überfälle in Thüringen begangen haben und es aufgeklärt werden konnte, dass das Mundlos und Böhnhardt waren, muss ich ja den Schluss ziehen, dass die auch unsere Überfälle begangen haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Warum?

**Zeuge Jens Merten:** Wie ich schon sagte: Wir können sagen anhand der Tatbekleidung, an dem, was wir an wenigem Brauchbaren - ich sage mal -, speziell Ohren, was zu sehen ist, anhand der Waffen, an der Begehungsweise, an allem, was ich vorhin versucht habe, so ein bisschen aufzuzählen - - bin ich der Meinung - sehr sicher -, dass das immer die beiden gleichen Personen waren, die unsere Überfallserie begangen haben, und dass das auch die beiden sind, die in Thüringen die Überfälle begangen haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie konnten jetzt aber nicht für jeden Fall Übereinstimmung feststellen?

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Ich bin auch - - Ich kann das nur als Kriminalist und als Sachbearbeiter dieses Verfahrens sagen, nach dem, was mir an Fakten vorliegt. Ich kann hier nicht mit Bestimmtheit sagen: Das sind die Täter gewesen. - Da müssen natürlich ganz andere Personen drüber urteilen anhand der Akte. Ich kann das nur aus meinem Wissen, von meiner Erfahrung, von

meiner Arbeit in all den Jahren sagen, dass ich selber überzeugt bin, dass es sich bei Mundlos und Bönnhardt um die beiden handelt, die auch all unsere Überfälle gemacht haben, von dem, was ich weiß, zu den Personen, zu der Maskierung, zu den Waffen etc.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Zweifel - - Wenn Sie die Fotos anschauen, einen Teil der Überwachungsfotos - jetzt wissen Sie ja, wie Mundlos und Bönnhardt aussehen -, da hat Sie bei keinem der Fotos ein gewisser Zweifel beschlichen?

**Zeuge Jens Merten:** Vielleicht - - Ich weiß nicht, ob Sie es vorzuziehen haben. Ich hatte mir mal die Mühe gemacht nach November 11, als die Sache aufgeklärt wurde, einen Ohrenvergleich - auch wenn Sie jetzt schmunzeln - zu Mundlos und Bönnhardt zu machen, und bin eigentlich zu dem Schluss gekommen, dass die Ohren sehr gut, also, die Ohren, wie wir sie all die Jahre von unseren Überwachungsfotos hatten, sehr gut auf Mundlos passten. Es ist mir persönlich, obwohl ich wirklich sagen muss: „Ich bin kein Anthropologe“, aber auch gelungen, die Ohren jeweils dem Mundlos und dem Bönnhardt - denn sie hatten unterschiedliche Ohren - zuzuordnen. Ich weiß nicht, ob Sie diese kleine Lichtbildanlage gerade gefunden hatten. Das nur mal zu dem Thema. Deswegen bin ich auch überzeugt, dass es Mundlos und Bönnhardt waren.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie hatten zu jeder Tat auch ein Foto, wo man die Ohren der beiden Täter gesehen hat, dass man das vergleichen kann?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das nicht. In der Gesamtheit aller Aspekte, muss ich hier sagen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, andersrum gesprochen - ich will nur ganz präzise sein -: Es gibt Banküberfälle, wo Sie Fotos von Überwachungskameras haben. Da sieht man die Ohren der Täter. Dadurch sind Sie dort in diesen Fällen in der Lage, zu vergleichen mit den Ohren von Mundlos und Bönnhardt heute. Aber Sie haben auch Banküberfälle, wo Sie keine Fotos haben der Ohren. Ist das richtig?

(Dr. Eva Högl (SPD): Stimmt!)

**Zeuge Jens Merten:** Richtig. Aber - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie haben hier auch ein Foto - - Ich weiß nicht, Sie kennen es ja selber besser als ich. Das ist die erste Seite. Und Sie haben es ja auch vorliegen. Oberhalb der Geldkassette, dieses Foto.

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Ich habe so ein Exemplar jetzt nicht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Soll ich es Ihnen vorbringen lassen, wenn Sie es nicht haben? Sonst bringt es Ihnen jemand vor, kein Problem.

**Zeuge Jens Merten:** Das wäre ganz nett. Ich habe nämlich so ein Exemplar jetzt nicht. Ich habe sie alle ausgegeben. Vielleicht kann ich dazu sagen: Wenn mir - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, jetzt warten Sie doch, bis Sie es gleich haben. Es geht mir um eine ganz bestimmte Person, die da abgebildet ist. Da würde mich jetzt interessieren: Von welchem Bankraub ist das?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielleicht können wir mal für die Gäste auf der Tribüne einfach ein, zwei Exemplare verteilen lassen?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, wenn wir mehr Exemplare haben, dass wir oben ein paar verteilen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben wir so viel? - Also, wir machen Kopien und verteilen es oben. Dann können Sie es nachverfolgen. Ich warte aber nicht so lange mit der Frage, wenn es okay ist.

Also, auf der ersten Seite -

**Zeuge Jens Merten:** Oberhalb der Geldkassette.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - die unterste Fotoreihe, das zweite Foto von links.

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ein Mann mit so einem Blouson, vorne eine Aufschrift, weiße Buchstaben, kein Basecap, eine Sonnenbrille auf und, wenn das Foto jetzt nicht täuscht in der Qualität, ohne Mütze, ohne alles, mit vollen Haaren.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, richtig. Dazu kann ich sagen - - Das war der - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wo war das? Welcher Banküberfall?

**Zeuge Jens Merten:** Das war der Überfall in Zwickau.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, in Zwickau war mehr als einer. Wann und wo?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, Moment. Das müsste 2001 die Sparkassenfiliale in Zwickau gewesen sein. Warten Sie.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): 25. September, Karl-Marx-Straße.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, ich kann es Ihnen genau sagen.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen - Dr. Eva Högl  
(SPD): Meinen Sie das eher rechts von der Geldkassette?)

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das ist der Überfall -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das zweite von links.

**Zeuge Jens Merten:** - am 25.09.2002, Sparkasse Zwickau, Karl-Marx-Straße 10.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Genau. 49 000 Euro und Fahrräder waren im Spiel. Also, was mich jetzt halt einfach - - Da bin ich jetzt drüber gestolpert. Wir haben ja auch einen Haufen Fotos von Mundlos und Bönhardt. Also, da würde ich jetzt auch bei einem Maximum an Fantasie und Interpretation im Leben nie auf einen der beiden kommen.

**Zeuge Jens Merten:** Gut. Ich darf es erklären.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie kommen Sie dazu?

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Das war der einzige Überfall, wo wir auch der Meinung sind, dass diese Person hier eine Perücke trägt, weil das so auffällig unecht aussieht, dieses volle Haar.

Aber jetzt komme ich auf das Entscheidende. Moment! Was man hier auf diesem kleinen Foto nicht sieht, aber im Großformat, ist, dass dieser Mann hier unser Tuch trägt. Und wenn Sie jetzt ganz vorne hingucken, sehen Sie das, was ich vorhin eingangs -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die Kordel. Ja, ich sehe sie.

**Zeuge Jens Merten:** - erklärt habe: das Kordelband. Und spätestens das, weil das Kordelband mit der Maskierung bei dem zweiten Täter ebenfalls dort vorne wieder rausschaute - - haben wir uns gesagt, sind das definitiv die Täter, die im Vorfeld die Überfälle begangen haben und auch im Nachfeld. Das war für uns mit das - - Natürlich, die Begehungsweise, der Modus Operandi - - Hier ist Pfefferspray eingesetzt worden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Einverstanden, Herr Merten, mit allem, was Sie sagen an Indizien. Aber am Ende ist doch ein Fakt, dass, wenn ein Täter so völlig anders aussieht wie die, die ich jetzt kenne - - kann doch die Kordel und das Tuch nicht den Ausschlag geben, zu sagen: Dann muss er es doch gewesen sein.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, ich habe doch nur gesagt: Das ist doch nur mein kriminalistischer Erfahrungswert aus dem - - aus meiner Arbeit. Ich kann doch jetzt nicht darüber richten. Das würde sicherlich nie für eine Anklage reichen. Das ist klar. Und ich habe doch nicht damit gesagt, dass den beiden damit das bewiesen werden kann. Aber dieser Fakt - Auftreten, Begehungsweise und dieses typische Kordelband - sagt mir: Das müssen auch unsere Täter gewesen sein. Es passt ja auch zeitlich wieder in unser Raster rein, vom Intervall her.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich will - - Also, dass kein falscher Eindruck aufkommt: Das Letzte, was ich vorhätte, wäre, die zwei für irgendwas zu entlasten. Aber wenn eben ein Foto so gar nicht passt, habe ich zumindest bei dieser Tat eben Zweifel.

Wenn sie doch zusammengehören, müsste man ja auch andere Fragen stellen.

Ich will Sie was Zweites fragen. Bei dem Banküberfall in Chemnitz, Johannes-Dick-Straße 4, 30. November 2000, da konnten wir den Akten entnehmen, dass ein Fingerabdruck gesichert wurde, und dieser Fingerabdruck wurde zwischenzeitlich auch abgeglichen mit Mundlos und Böhnhardt, mit dem Ergebnis: Er passt für beide nicht.

Jetzt ist meine Frage: Kann es sein, dass dieser Fingerabdruck eine Trugspur war? Und wo wurde der gesichert damals beim Banküberfall?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das stimmt. Ich habe gerade mal meine Spurentabelle bemüht. Wir haben also zum Überfall 2000 eine offene Dakty-Spur - das war die Spur 02 -, und ich habe mir vermerkt, dass die offen bleibt. Das heißt also, es kann natürlich theoretisch immer eine Trugspur sein. Es kann aber ganz einfach eine Spur eines Zeugen, eines Kunden oder Angestellten sein. Ich kann jetzt selber aus der Erinnerung nicht mehr sagen, wo wir die gesichert haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber ich will es mal so sagen: Weil eine Postfiliale, das ist ja ein Ort mit viel Kundenverkehr.

**Zeuge Jens Merten:** Klar.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da hinterlässt ja jeder Kunde natürlich am Schalter, am Tresen Fingerabdrücke - ganz normal -, beim Betreten. Das heißt, wenn die Spurensicherung kommt nach einem Banküberfall oder nach einem Überfall auf die Postfiliale, wird die ja sowieso nur dort einen Fingerabdruck überhaupt sichern - um das Risiko zu minimieren, dass es eine Trugspur sein könnte -, wo vielleicht jemand der Angestellten sagt: Da hat der hingefasst. - Oder es ist ein Bereich hinter dem Tresen, wo der Normkunde ja nicht hinkommt, aber der Bankräuber eben schon, wenn er sagt: „Machen Sie den Tresor auf!“, und mitgeht. Und dann kann man es ja abgleichen mit den Angestellten. Die sind berechtigt, am Tresen Fingerspuren zu hinterlassen. Der Täter natürlich nicht.

Deshalb wäre jetzt für mich wichtig gewesen: Wo wurde diese - die Sie ja doch jetzt zehn Jahre lang als Täterspur haben laufen

lassen, jetzt auch überprüft wurde - Finger-spur gesichert?

**Zeuge Jens Merten:** Ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich meine, mich zu erinnern, dass die im Außenbereich der Filiale entweder an der Tür oder am Griff draußen der Eingangsfilialtür gesichert wurde. Ich kann das aber leider aus der Erinnerung nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Aber ich denke, ich wüsste es. Wenn es eine Spur vom Tresor gewesen wäre, dann hätte sich mir das fester im Gehirn eingebrannt, sage ich mal so. Aber ich kann es Ihnen nicht mit Bestimmtheit sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, Sie hatten doch so selten, haben Sie vorhin gesagt, DNA-Fingerabdruckspuren, -

**Zeuge Jens Merten:** Eben, deswegen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - dass ich jetzt eigentlich gehofft hatte, dass Sie mir sagen können, warum Sie gerade an stark frequentierten Orten sagen: Diese eine Spur, die könnte vom Täter gewesen sein. Deshalb wird sie gesichert, und deshalb versuchen wir, sie abzugleichen, auch jetzt. - Aber das können Sie jetzt nicht?

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Ich kann nur noch mal vielleicht auf Folgendes darauf hinweisen: Wie Sie natürlich schon richtig sagten, erhofft man sich natürlich, Spuren, die hinter dem Tresen verursacht wurden und die man ja von den Angestellten splitten kann durch einen Vergleich oder die am Tresor hinterlassen wurden, zu sichern. Aber das ist ein Trugschluss. Es werden auch grundsätzlich Spuren vorne am Tresen genommen. Es werden immer die Eingangstüren genommen, weil wir ja davon ausgehen: Die Täter werden ja nicht maskiert die Filiale betreten, weil sie nach außen hin ja immer versuchen, zu dokumentieren: „Wir sind ganz normale Kunden“, haben eventuell also draußen auch noch nicht die Handschuhe unbedingt an, sodass wir also auch immer grundsätzlich die Filialtüren abpinseln, sage ich mal so kriminalistisch, weil das für uns eigentlich keine Frage ist, dass das mit Sicherheit einfach die Spur eines Zeugen, eines Kunden gewesen ist.

Unter dem Strich können wir es ja eh nicht auf den Punkt bringen. Sie liegt ja in der

Daktyl-Datei<sup>25</sup> ein, und wenn kein Treffer kommt, können wir es ja trotzdem nicht aufklären.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Schon klar. Aber, Herr Merten, mit der Begründung, die Sie jetzt gerade gebracht haben, hätten Sie bei 14 Banküberfällen bei jedem Banküberfall Fingerabdrücke haben müssen, die Sie nicht den Angestellten zuordnen können. Das hatten Sie nicht. Es war hier offensichtlich eine besondere Spur. Sie können es jetzt nicht sagen. Das ist auch nicht weiter schlimm. Aber für mich war es eben von Interesse, weil auch der Abgleich heute - das ist dann der zweite Überfall - mit Mundlos und Böhnhardt leider nicht übereinstimmt.

Dritte Frage: Bei den Überfällen 2003 - Chemnitz; da wurden nur 400 Euro erbeutet - und dann bei den beiden in 2004 jeweils im Mai - 14. und 18. Mai, auch auf die Sparkasse in Chemnitz, andere Filialen - haben wir den Akten entnommen, dass Sie den Verdacht hegten, ein Bundeswehrangehöriger könnte der Täter sein, und auch eine Abfrage veranlasst haben. Was war der Grund für diesen Verdacht bei drei Banküberfällen über einen Zeitraum von acht Monaten, Bundeswehrangehörige könnten die Täter sein, oder ein Bundeswehrangehöriger?

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Das war eine ganz simple Geschichte. Wenn Sie sich bitte mal das zweite Fahndungsplakat anschauen, dieses gelbliche, und das zweite Bild links von oben. Da sehen Sie, wie einer der Täter gerade die Filialtür öffnet.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das zweite Bild links von oben.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, links, das zweite von oben, wie der gerade den Arm rausstreckt und die Filialtür öffnet.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Hier sieht man sehr gut, dass der weiße Handschuhe trägt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Moment!

**Zeuge Jens Merten:** Das war mit das Erste, was uns auffiel, als wir die Überwa-

chungsfotos hier auswerteten. Sonst - - Im oberen Bild sieht man ja, einer der Täter hat dunkle, schwarze Handschuhe, und selbst auf dem oberen Bild ist dieser weiße Handschuh im Hintergrund recht gut zu erkennen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da sind sie noch vor der Bank, ja?

**Zeuge Jens Merten:** Ja<sup>26</sup>. Nein, das ist noch beides drin, beides in der Filiale.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da gehen sie wieder raus.

**Zeuge Jens Merten:** Da gehen sie wieder raus, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nach dem Banküberfall.

**Zeuge Jens Merten:** Richtig. - Und das war für uns so auffällig. Wir haben also noch nie vorher einen Täter mit weißen Handschuhen gehabt, und haben uns natürlich gesagt: Wie kann das sein? Wie kommen die zu weißen Handschuhen? Und wir haben jetzt eine sehr aufwändige Recherche betrieben und mal hinterfragt: In welchen Gewerben, wo überall kommt man denn an weiße Handschuhe?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Bei der Verkehrspolizei.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, überall. Also, man glaubt gar nicht - - Selbst beim Bestattungswesen, auch wenn man denkt, die müssten schwarz tragen, gibt es weiße Handschuhe, im Sanitärwesen, Medizinbereich, überall. Und eben auch bei der Bundeswehr. Logisch: Bei der Ausgangsuniform und bei allen, die hier repräsentativ Wache stehen - - die haben natürlich weiße Handschuhe an. Und gerade die Bundeswehr war für uns interessant, weil wir sagten: Mensch, die sind brutal, die haben Waffen. Wir wissen alle, bei der - -

(Heiterkeit)

- Nein, nein, Moment! Bitte ausreden lassen! Halt!

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Es hat niemand was gesagt.

<sup>25</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

<sup>26</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

**Zeuge Jens Merten:** Ja, ja, aber ich habe schon die Reaktion gemerkt. - Dass es dort eben immer so ein bisschen, ich sage mal, welche gibt, so ein bisschen Waffennarren, sage ich mal, auch bei der Bundeswehr - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, das war schon Thema heute. Ich kann Sie beruhigen.

**Zeuge Jens Merten:** Die gibt also auch woanders. Aber dieser Zusammenhang - Waffen, möglicherweise Bundeswehr, dort gibt es auch weiße Handschuhe -, Mensch, den müssen wir prüfen. Und so kam das einfach, dass wir auf diese Prüfung kamen. Nichts anderes.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, und der hatte dreimal weiße Handschuhe an? Weil Sie haben - - Ihrem Schreiben entnehme ich, dass Sie diesen Bundeswehrverdacht ja bei drei Banküberfällen geäußert haben.

**Zeuge Jens Merten:** Da müsste ich jetzt schauen.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wenn ich mich jetzt nicht verlesen habe. Aber ich meine - - Nein, das war das Schreiben da an die - -

**Zeuge Jens Merten:** Ich hätte mich jetzt erinnert, dass das nur bei diesem einen Überfall der Fall gewesen ist.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das können wir ja noch mal nachschauen nachher.

Dann fiel mir auf: Bei dem Banküberfall im Jahr 2005, 22. November in Chemnitz, da kommt es wohl auch zu einer Rangelei mit Bankangestellten. Und da ist zu entnehmen, dass auf dem Hemdärmel des Bankangestellten gemutmaßt wird: Da könnte fremde DNA sein. - Hat man dieses Hemd damals in der Erwartung, es könnte irgendwann ja mal auch passen, sichergestellt und versucht, da herauszufinden, ob wirklich DNA vom Täter drauf ist?

**Zeuge Jens Merten:** Darf ich noch mal nachfragen? Der Überfall 22.11.2005?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja. Sparkasse Sandstraße in Chemnitz. Beute: Keine. Es gab ja diese ... (akustisch unverständlich) danach, ja.

**Zeuge Jens Merten:** Also, wenn ich meine Spurenaufstellung bemühe, habe ich hier eine Faserspur, drei DNA-Spuren, die an den Münzbeuteln gesichert wurden, wo gemutmaßt wurde, ob die von den Tätern sein könnten, obwohl sie Handschuhe getragen hatten. Aber eine DNA-Spur an einem Pullover, sagten Sie?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** „Hemdärmel“ habe ich gelesen.

**Zeuge Jens Merten:** Hemdärmel.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Des Bankangestellten. Gab es da diese Rangelei bei dem Fall?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ehrlich gesagt: Das war ja der Versuch gewesen. Die kamen hier rein, haben die beiden Angestellten bedroht mit Waffen, aber eine der Angestellten, die zum damaligen Zeitpunkt, glaube ich, schon mittlerweile den vierten Überfall mitgemacht hat, die war also schon etwas abgebrüht, und die hat recht schnell den Überfallknopf drücken können. Das war den beiden Tätern ein Dorn im Auge, weil nämlich an der Rückfront des Schaltertresens ein kleines technisches Kästchen hing und da ganz aufgeregt eine LED leuchtete, und aus diesem Grunde haben die vom Überfall abgelassen und sind ohne Beute wieder geflüchtet. Ich weiß nicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, es war ja in dieser großen Übersicht, Blatt 170 ff. für uns in den Akten. Da tauchte dieser Satz auf - ich habe mir das aufnotiert -: DNA auf dem Hemdärmel der Bankangestellten, so auch als Mutmaßung. Sie wissen jetzt nicht, ob man das da gesichert hat?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich kann nur sagen: Wenn es diese Bemerkung gibt, dann muss es ja eine DNA-Spur gegeben haben, und die ist mit Sicherheit ausgewertet worden. So kann ich es jetzt nur sagen. Aber Sie merken schon: Mir sagt diese Spur nichts.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, und der Fingerabdruck jetzt auch nicht? Bei den weißen Handschuhen haben wir gerade noch mal geguckt. Also, es waren - -

**Zeuge Jens Merten:** Einen Fingerabdruck habe ich hier. Der ist aber zur Auswertung als ungeeignet eingestuft worden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, und den anderen, den man jetzt überprüft hat, wo man jetzt nicht - - wussten, wo er gesichert wurde.

Bei den weißen Handschuhen waren es in der Tat drei Überfälle, wo man gemutmaßt hat: Bundeswehr. Deshalb war meine Frage, ob Sie dreimal auf Fotos weiße Handschuhe gesehen hatten. - Nicht? Okay.

Bei einer Tat - so ein bisschen Spuren gibt es ja dann doch immer, wenn man mal sich durch die Akten guckt -, dem Überfall auf die Postfiliale Limbacher Straße, Chemnitz, 27. Oktober 99, da wird ein 7 Zentimeter langes Haar an einem Holzstück gesichert. Könnten Sie uns da mal die Hintergründe erklären, wie das zustande kommt?

**Zeuge Jens Merten:** Also, das war noch wirklich eine recht alte Filiale, die es also auch vor der politischen Wendezeit schon gegeben hat. Eine ganz einfache Eingangstür, die ganze Filiale keinem besonderen Sicherheitsstandard entsprechend. Und die Täter sind dort rein, und einer der beiden Täter hat, wie die in der Filiale waren, von innen den mitgeführten - also sprich: selbst mitgebrachten - Holzpflöck unter die Türklinke gestellt - man glaubt es nicht -, um zu verhindern, dass in der Zeit Zeugen reinkommen könnten, die den Tatablauf stören. Dieser Holzpflöck ist dann beim Hinausgehen bloß umgestoßen worden, und wir konnten den praktisch im Rahmen der Tatortarbeit sichern. Und an dem Holzpflöck ist dann dieses Haar gesichert worden.

Nun haben wir natürlich prüfen wollen: Kann das Haar von dem Täter stammen? Denn wir wissen ja nicht: Wie lange vorher hat er diesen Holzpflöck schon aufbewahrt, vielleicht mit dem Hintergrund, ihn dann bei dem Überfall einzusetzen? Das Haar kann also durchaus von ihm gewesen sein, muss aber nicht. Aber natürlich hatten wir den Ehrgeiz, das zu prüfen.

Es stellte sich dann aber heraus, dass wir das bei uns am LKA nicht prüfen konnten, da es ein wurzelloses Haar war - also, im

telogenen Bereich, nennt sich das - und so eine umfängliche DNA, ein umfängliches DNA-Muster, um es in die DNA-Datenbank einzulegen, nicht vorhanden war. Wir haben das Haar also dann an die Uni nach Mainz geschickt, und die haben uns das bestätigt, dass man hier nur eine sogenannte mtDNA - ich verwende mal kurz den Fachausdruck; das ist eine mitochondriale DNA - nur verifizieren kann. Das heißt also, wenn ich es mal versuche einfach zu erklären: Eine DNA-Spur bestand bis vor kurzem aus acht einzelnen - ich sage jetzt mal - physikalischen Segmenten. Diese acht Segmente einer Spur werden in die DNA-Bank eingelegt, und alles, was mit dem gleichen Muster, wo die acht Segmente übereinstimmen, passt, da gibt es für uns einen DNA-Treffer.

Diese mtDNA, diese mitochondriale DNA, ist aber nur eine ganz kleine, abgespeckte Version. Also, wir brauchen uns ja nur vorzustellen: Es ist keine Wurzel an dem Haar, also lässt sich auch nicht die komplette DNA an diesem Haar ermitteln. Das ist nur wie ein kleiner, geringer Wert von diesen acht Systemfaktoren, die ich brauche für eine vollständige Spur, und diese kleine mtDNA lässt sich also nicht in die Datenbank eingeben, weil die kann man mit diesem Achter-System nicht vergleichen. Deswegen hätten wir zum damaligen Zeitpunkt damals die weder in die Datei eingeben können noch mit jemandem vergleichen. - Sprich, das ist nicht ganz richtig. Mit jemandem vergleichen hätten wir sie können, nämlich mit einem ganz konkreten Tatverdächtigen. Hätten wir also damals schon einen gehabt, wo wir sagen: „Mensch, da haben wir einen dringenden Tatverdacht“, hätte man durchaus von ihm die DNA nehmen können und hätte das mit dieser mtDNA vergleichen können.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay. - Also, wollen wir mal festhalten: Es gab durchaus eine teilweise DNA beim dritten Überfall. Es gab eine DNA auf dem Hemdsärmel - den müssen wir jetzt noch suchen - beim zehnten, es gab den Fingerabdruck beim vierten Fall, die weißen Handschuhe in drei Fällen. Bundeswehr, das war negativ.

Sie haben vorhin gesagt, Sie haben ständigen Kontakt gehalten zu Waffensachverständigen.

**Zeuge Jens Merten:** Hm.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da kann es jetzt sein, dass ich mich täusche, aber wir hatten schon mal einen Kollegen des BKA hier, der uns auch die Bankraubserie ganz am Anfang unserer Arbeit vorgestellt hat, soweit es eben ging, auch die Fotos der Überwachungskamera. Ich meine, mich zu erinnern, dass man auf einem der Fotos die Waffe - bei einem Delikt wohl nur, aber einmal - identifiziert hat als eine Ceska. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Jens Merten:** Meinen Sie jetzt in unserem Fall?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Täusche ich mich da?

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Markant war ja vor allem dieser kleine Revolver hier, der ja damals -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das ist keine Ceska, ist klar.

**Zeuge Jens Merten:** - zur Anwendung kam, und bei dem fiel es uns schwer, den - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, das mag sein. Aber was ich jetzt versuchen will, zu klären mit Ihnen: Wir haben ja nahezu von jedem Bankraub Fotos der Überwachungskameras. Oder gibt es ein Delikt, wo - -

**Zeuge Jens Merten:** Nur beim ersten. Nur beim ersten hatten wir keine.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, dann haben wir immerhin bei zwölf Fällen noch in Ihrer Zeit und die zwei anderen - - mal sehen. Und überall haben die ja Waffen in der Hand, zum Teil Waffen in beiden Händen, dann mal die Pumpgun, dann der eine, der immer in der linken Hand die Waffe trägt. Also, man sieht es.

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich meine - vielleicht kann mal jemand der Kollegen helfen, um mein Gedächtnis aufzufri-

schen -, dass eine Waffe bei einem Delikt als Ceska - -

**Zeuge Jens Merten:** Nein, kann ich definitiv sagen. Also nicht, dass es mir bekannt ist. Wir haben überhaupt nie eine Waffe ganz typmäßig konkretisieren können.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da muss ich kurz vorhalten hier eine auch Zusammenfassung der Delikte: Weiterer Überfall. Die Täter flohen mit Fahrrädern vom Tatort. Auch dieser Raub wurde der Serie von Raubtaten zwischen 99 und 2004 zugeordnet. Die aufgrund der Überwachungsbilder vermutete Waffe solle - das wird ein bisschen eingeschränkt - entweder eine Walther PP oder eine Ceska 83 gewesen sein. Man hat ja in der Frühlingsstraße noch eine zweite Ceska gefunden, nicht nur die mit Schalldämpfer und verlängertem Lauf, sondern auch eine andere.

Wenn Sie immer mit Waffensachverständigen zu tun hatten, hätte der ja auch sagen können: Die sieht aus - man kann es ja nicht immer erkennen - wie eine Walther oder eine Ceska.

Ich reite deshalb etwas darauf rum, weil natürlich eine Abfrage bundesweit - wo sind noch zwei Männer bei Gewaltdelikten in Erscheinung getreten mit einer Ceska und mit Fahrrädern weg vom Tatort? - hätte Sie zwingend zur Ceska-Mordserie geführt, auch wenn es eine andere Ceska war. Keine Frage: Die eine hatte einen Schalldämpfer, die andere nicht. Aber da hätten Sie auch übereinstimmende Merkmale gehabt. Das wurde nie gemacht?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kenne weder diesen Aktenvermerk - - Ich kann nur sagen: Zu meiner Ermittlungszeit haben wir nie eine Waffe typmäßig konkretisieren können. Vielleicht wollen Sie so nett sein und mir sagen, was das für ein Aktenvermerk ist oder wer den geschrieben hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. Ich habe mich auf meine Erinnerungen bezogen von der Präsentation des BKA-Kollegen Anfang des Jahres, im März, hier in diesem Ausschussraum, wo er uns Fotos gezeigt hat und wir da - - Einmal erkennt man - - es war nicht ganz klar, ob Walther oder Ceska, aber eben diesen Link.

Dann frage ich andersrum an Sie: Hat Ihnen der Waffensachverständige überhaupt mal gesagt: Das könnte die Waffe sein, das könnte die sein, das könnte die sein?

**Zeuge Jens Merten:** Das sagte ich ja gerade. Es gab immer Mutmaßungen, aber die waren so weit jenseits von dem entfernt. Er hat mir dann vorgeschlagen - - Ich habe also ihm immer die Überwachungsfotos gegeben, und er hat versucht, dort Waffen zu recherchieren, wo wir in jedem Fall immer gesagt haben: Nein, da gibt es Details, gerade bei diesem kleinen Revolver, weil dieses hohe, spitze Korn ein ganz markantes Detail war<sup>27</sup>, was man kaum an solchen Revolvern findet - - Wir haben nicht einmal eine Waffe gefunden, die annähernd von der Form so aussah<sup>28</sup>. Also, wir haben es nie konkretisieren können, und von der Ceska war auch nie die Rede.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ich wollte jetzt aber nicht darauf raus, dass ein Waffensachverständiger sagt: „Ich suche exakt die gleiche Waffe mit der Form“, sondern ich hätte jetzt die Erwartung, dass, wenn ich einen Waffensachverständigen frage und sage: „Hier habe ich 14 Überwachungskamerafotos von Banküberfällen. Da haben die Täter Waffen in der Hand. Die sieht man teilweise oder ganz oder gar nicht. Können Sie mir sagen, um was für einen Typ, Marke es sich hier mit hinreichender Wahrscheinlichkeit handeln könnte?“ - - Das wäre mein erstes Interesse als ermittelnder Beamter. Und dann sagt er mir: „Ich kann es nicht identifizieren“, oder: „Es ist eine Walther“, oder: „Es ist eine Radon“, oder: „Es ist eine Winchester“, oder: „Es ist eine Ceska oder eine Browning“, oder was auch immer. Wurde das denn mal gemacht?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das wurde in jedem Fall gemacht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Und da kam nie der Hinweis - -

**Zeuge Jens Merten:** Ohne irgendein brauchbares Ergebnis, ohne einen Hinweis. Ich sagte ja eingangs: Wir haben ja die Abbildung von den Waffen auch in den LKA-/BKA-Blättern veröffentlicht. Also, andere Dienststellen hatten ja auch die Möglichkeit, drüberzuschauen. Ich denke jetzt mal ganz konkret an unsere Mordermittler

aus der Ceska-Mordserie. Die hätten genauso gut im Umkehrschluss mal draufgucken können: Mensch, hier spielt doch eine Waffe als Tatwaffe bei den Überfällen eine Rolle, die wir auch haben. - Ich sage es mal so rum.

Also, publik gemacht haben wir es genügend. Aber ich kann nur wiederholen: Es war zu unserer Zeit niemals von einer Ceska-Waffe die Rede.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Man kann jetzt ja durchaus sagen - insofern will ich Ihnen da auch nicht zu nahe treten -, dass der BKA-Waffensachverständige jetzt auf den Fotos eben erkennt nach seiner Auffassung: Es ist eine Ceska. Aber ich erinnere mich ziemlich gut, dass das hier also gefallen ist. Aber das war nicht möglich.

Sie haben gesagt, Sie haben Abfragen gemacht nach vergleichbaren Taten. Das war aber immer nur bezogen auf den Datenbestand des Landes Sachsen? Oder haben Sie mal eine bundesweite Abfrage gemacht nach Gewaltdelikten, bei denen zwei junge Männer mit Fahrrädern am Tatort gesehen wurden, gleichgültig ob Raub, Mord oder ein anderes Gewaltdelikt?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich bin mir sicher, dass wir das natürlich bundesweit gemacht haben, weil wir das eigentlich nie so einschränken wollten, dass wir das nur auf Sachsen beziehen, weil bei so einer Serie man doch nicht ausschließen darf, dass da überörtlich gehandelt wird. Aber, wie gesagt, dann als Anfrage ans LKA mit Bitte um bundesweite Steuerung. So läuft das in der Regel.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ja, „bundesweite Steuerung“ und „Abfrage“ ist noch mal ein bisschen ein Unterschied. Da kommen wir ja vielleicht nachher noch mal drauf zurück.

Darf ich noch eine Frage stellen, oder ist schon drüber?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 27 Minuten bisher.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Nein. Okay, dann nachher. - Danke.

<sup>27</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

<sup>28</sup> siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Wir gucken gerade mal nach in den Akten wegen Ceska.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der Vorsitzende ist aber großzügig heute Abend. - Schönen guten Abend, Herr Merten!

**Zeuge Jens Merten:** Guten Abend!

**Dr. Eva Högl (SPD):** Mich würde mal eines interessieren: Wer war eigentlich der Linkshänder? Ich weiß das bis heute nicht. Vielleicht wissen das die anderen, aber ich nicht. Wer war der Linkshänder?

**Zeuge Jens Merten:** Ich müsste erst nachschauen, aber wir haben es auf den Punkt gebracht. Also, ich will jetzt nichts Falsches sagen. Ich müsste in den Akten jetzt nachgucken. Bzw. den Band habe ich nicht hier; aber ich habe es in der Dokumentation, die ich vorhin erwähnte - mit den Ohren -, eindeutig bestimmt. Ich will aber Ihnen jetzt den falschen Namen nicht sagen. Aber es ist eindeutig bestimmbar.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Böhnhardt soll  
der Linkshänder gewesen sein!)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Böhnhardt, okay. - Sehen Sie, die Kollegen wissen das gut.

Dann interessiert mich mal Folgendes. Sie haben vorhin sehr ausführlich beschrieben - - Überhaupt bedanke ich mich, dass Sie so ausführlich das uns dargestellt haben und so viele Fragen schon - - Die müssen wir gar nicht mehr stellen, weil Sie die schon beantwortet haben. Aber Sie haben sehr ausführlich beschrieben, dass Sie sich Gedanken darüber gemacht haben: „Wer kommt auf die Idee, Banküberfälle zu begehen, und wozu brauchen die Menschen, die die Banküberfälle begehen, das viele Geld?“ - - und haben sich da ausführlich mit befasst und haben das ja auch dargestellt und haben unter anderem auch Leute ins Visier genommen, die ausgewandert sind.

Jetzt frage ich Sie mal: Sind Sie nie mal zwischendurch auf die Idee gekommen, auch Untergetauchte, also Leute, die von der Bildfläche verschwunden sind, einfach mal auch ins Visier zu nehmen, im Sinne von: Das könnte auch eine Gruppe sein, die Geld ge-

brauchen könnte? Ist das mal erwogen worden bei Ihren Besprechungen?

**Zeuge Jens Merten:** Theoretisch schon. Ich kann jetzt nicht sagen, ob wir diese Ermittlungsrichtung begangen haben, aber ich meine, dass wir auch darüber zumindest diskutiert haben. Aber ich kann es jetzt aus meiner Erinnerung nicht sagen, ob wir diesen Schritt ganz konkret durchgeführt haben oder inwiefern und akribisch wir das irgendwie ermittelt haben; kann ich Ihnen jetzt einfach nicht mehr sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben ja sehr akribisch ermittelt - das haben Sie ja auch ausführlich dargestellt -, und Sie haben ja auch diese Thesen akribisch verfolgt. Also, wenn Sie dann tatsächlich an den Tatorten abfragen, welche Personen ausgewandert sind, das ist ja wirklich sehr akribisch. Aber auf die Idee sind Sie nicht so konkret gekommen, dass Sie gesagt haben: „Das überführen wir mal in einen Ermittlungsansatz, nach Untergetauchten zu gucken“?

**Zeuge Jens Merten:** Ich kann mich jetzt einfach nicht erinnern. Ich kann es Ihnen jetzt so konkret nicht beantworten. Möglicherweise spielte der Gedanke mal eine Rolle; aber ich könnte Ihnen jetzt nicht sagen, ob wir es tatsächlich gemacht haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie noch mal Banküberfälle zu ermitteln haben - was wir natürlich alle immer nicht hoffen -, aber würden Sie jetzt daraus die Erkenntnis ziehen: „Man muss auch Untergetauchte mal in den Blick nehmen“? Also, würden Sie auch sagen: „Das war damals ein Fehler zumindestens, dass nicht auch mal erwogen zu haben“, gerade wo Sie ja so umfänglich erwogen haben? Sonst hätte ich das gar nicht gefragt.

**Zeuge Jens Merten:** Na ja. Jetzt müssen wir erst mal festlegen: Was heißt denn „Untergetauchte ermitteln“? Das ist ja das Problem: Wie kann ich denn die Leute erfassen? Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Wir haben ja eine Vielzahl - nicht nur in Sachsen, sondern bundesweit -, die irgendwann mal wo gewohnt haben; ich sage jetzt mal: in Chemnitz. Dann sind die dort nicht mehr präsent in der Wohnung. Die werden nach einer bestimmten Frist vom Meldeamt ganz offiziell

als „nach unbekannt verzogen“ abgemeldet und sind weg. Wie soll ich - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, in dem Fall würde ich es beschränken darauf, dass die Leute per Haftbefehl gesucht werden zum Beispiel. Sonst hat man ja keine Chance, nach Untergetauchten - - wenn wir da nichts Spezielles zu suchen haben.

**Zeuge Jens Merten:** Das meine ich. Wo will ich da anfangen? Ich meine, solche Leute gibt es natürlich in der Vielzahl. Und wo will man da jetzt anfangen, zu sagen: Ich suche jetzt nach Untergetauchten? Das ist natürlich verdammt schwierig und natürlich eine immense Aufgabe. Also, da gab es zumindest auch nie so einen - vielleicht sagen wir mal - Hinweis. Aber ich meine, mich zu erinnern: Den Gedanken gab es möglicherweise. Aber das lässt sich einfach ganz schwer irgendwie realisieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir sitzen ja hier zusammen, weil wir rausfinden müssen: Warum ist das nie zusammengebracht worden: die bundesweite Mordserie, die Sprengstoffanschläge, die Banküberfälle und die drei Untergetauchten? Irgendwie müssen wir versuchen, zu gucken: Woran hat das gelegen, dass man das nicht zusammengebracht hat? Deswegen will ich Sie auch noch mal fragen - Sie arbeiten ja in Chemnitz -: Haben Sie mal gehört von den drei Untergetauchten, die ja auch in Sachsen gesucht wurden, weil man vermutet hatte, dass sie da untergetaucht sind? War Ihnen das ein Begriff: „das Trio“ oder „die Jenaer Bombenbastler“? Hatten Sie von denen mal gehört? War Ihnen das bekannt? Kannten Sie auch die Kollegen, die nach denen gesucht haben?

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Wie ich vorhin schon sagte: Erst nach dem zweiten Überfall in Thüringen und dem dritten, vierten, fünften Tag, nachdem ganz offiziell bekannt wurde, dass es dieses Trio gab, dass in dem Wohnwagen Mundlos und Böhnhardt lagen, da habe ich das erste Mal die Namen gehört; ich habe das erste Mal von der Existenz dieses NSU-Trios gehört und überhaupt von dieser rechten Zelle. Bis dahin hatte ich davon noch nie von niemandem etwas gehört.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Auch, als die untergetaucht sind und gesucht wurden?

**Zeuge Jens Merten:** Überhaupt nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da gab es ja auch Fahndungsfotos in der Zeit.

**Zeuge Jens Merten:** Nein, auch nicht in der Zeit, als wir hier unsere ersten Überfälle ermittelten. Gerade so - ich denke mal - 99/2000 haben die ja in Chemnitz gewohnt. In all der Zeit haben wir davon nichts gewusst. Ich sagte ja vorhin schon: Wir haben weder vom LKA noch von einer übergeordneten Behörde noch von jemandem irgendeinen Hinweis daraufhin erhalten, dass die dort observiert wurden, dass die als Bombenbauer eine Rolle spielten, dass die in Chemnitz wohnen. Ich habe erst Kenntnis seit November 2011 von den drei Leuten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben sich jetzt so viele Jahre mit diesen Bankrauben befasst. Dann steckt man ja wahrscheinlich da auch so ganz tief drin und kennt jede Einzelheit. Das merkt man ja jetzt auch, wenn Sie darüber berichten. Als dann rauskam, dass das die beiden waren, Böhnhardt und Mundlos, haben Sie das zusammengebracht mit Ihren Ermittlungserkenntnissen, also war das so was wie: „Aha, jetzt weiß ich es, und das passt“, oder hat das für Sie erst mal viele Fragen aufgeworfen, und sind Sie da erst noch mal hinterhergegangen, das alles noch mal wieder Revue passieren zu lassen?

**Zeuge Jens Merten:** Also, gepasst insofern: Ich habe ja vorhin schon mal angedeutet, dass ich diesen Ohrenvergleich gemacht habe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Das war so ziemlich das Erste, weil ich mich nun über die Jahre mit dieser Ohrenproblematik auch so intensiv beschäftigt habe bzw. meine Kollegen. Und da war für mich nichts Näherliegendes, als die relativ aktuellen Fotos herzunehmen und die Ohren zu vergleichen. Aufgrund dieser Tatsache konnte ich die beiden also auch auseinanderhalten, und man konnte eben auch sehen: Wer ist nun der Linkshänder von den beiden? Das war für mich schon mal der Fakt, wo ich sofort sagte: Das passt. - Keine Frage.

Und als ich dann erst viel später hörte, dass die Wohnorte in Chemnitz hatten, dass

sie wegen Bombenbauens verdächtig waren und dergleichen, was dann alles viel später bekannt wurde, da gab es ohnehin keinen Zweifel. Das passte dann immer mehr ins Bild. Aber alleine die Tatsache von den Ohren sagte mir schon: Ohne - - Um Gottes willen, ich will mich nicht falsch verstanden wissen. Ich bin kein Anthropologe. Aber einfach, weil wir uns nun so intensiv damit beschäftigt haben, habe ich mir das angemaßt, diesen Vergleich mal für mich zu machen, und da hat es schon mal super gepasst.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das haben wir schon richtig verstanden. Das ist ja auch interessant, das mit den Ohren.

Es fällt ja auf, dass es eine lange Pause gibt von 2007 bis 2011 dann in der Serie. Erst 13 Banküberfälle bis 2007, dann die zwei nacheinander im Herbst 2011. Das ist ja bei den Morden genauso. Der letzte Mord war an Michèle Kiesewetter am 25. April 2007. Haben Sie - jetzt frage ich Sie; Sie sind eben schon mal gefragt worden - als Kriminalist eine Erklärung dafür, für so eine lange Pause? Hat das Geld gereicht, oder gab es irgendwie andere Gründe? Sie haben sich da ja sicherlich Gedanken drüber gemacht.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, natürlich. Aber ich muss Ihnen sagen: Wir hatten natürlich auch keine Erklärung dafür und haben natürlich fieberhaft überlegt: Wie kann es sein, dass die Serie jetzt abreißt? Januar 2007 war der letzte Überfall. Grob rechneten wir vielleicht Ende 2007 mit einem erneuten oder eventuell dann doch Anfang 2008. Aber es passierte dann nichts. Und als es 2008 und 09 und 10 keinen gab, haben wir gesagt: Muss irgendwas - was auch immer - dazwischengekommen sein, weshalb sich die beiden dazu entschlossen haben, keine Überfälle mehr zu begehen.

Und genauso die Frage, warum sie dann doch wieder im November 2011 begannen, noch mal zwei derartige Delikte zu verüben. Einfach großes Fragezeichen! Es gab auch keinen Schluss oder nichts Schlüssiges, was uns das hätte erklären können. Sie hatten einfach aufgehört und nicht wieder angefangen, und das war für uns ein genauso großes Fragezeichen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Jetzt haben wir schon gemeinsam festgestellt, und wir wissen es ja auch: Es ist nie ein Zusammenhang hergestellt worden zwischen der

Mordserie, den Sprengstoffanschlägen, den drei Untergetauchten und den Banküberfällen, mit denen Sie sich beschäftigt haben. Wenn Sie jetzt mit dem Wissen von heute - wir wissen jetzt, wer die Täter waren, haben ein klareres Bild zumindest -, wenn Sie jetzt darüber nachdenken, fällt Ihnen irgendwas ein, dass Sie sagen: „Wenn wir das gemacht hätten oder das gehabt hätten oder wenn wir hier noch mal einen Vergleich gezogen hätten oder wenn ich diese Information von da und dort gehabt hätte, hätte ich einen Zusammenhang herstellen können“? Haben Sie da irgendwas, wo Sie sagen: „Daran hat es gelegen, dass wir nun die Täter nicht gefunden haben oder dass sie erst jetzt so spät dann rauskamen“?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, na klar. Also, ich sage ja: Wenn wir ein paar überhaupt auswertbare Spuren gehabt hätten oder die Info, dass diese drei damals, 2000, vielleicht in Chemnitz wohnten und schon durch andere Kräfte observiert worden sind oder wie auch immer, hätte man sicherlich das im Vorfeld aufklären können. Ich meine, das ist klar. Da kann ich jetzt nichts anderes dazu sagen. Aber wir hatten dahin gehend keine Info. Wir hatten keinen Hinweis. Es gab keine Spuren, die uns jemals irgendwohin führten, ganz konkret zielführend zu den beiden Personen.

Und wie ich schon sagte: Es gab überhaupt keinen Ansatz - vielleicht sollte ich das auch noch mal verdeutlichen -, dass das überhaupt in diese Ecke Rechtsterrorismus geht, weil Sie müssen sich ja vorstellen: Was haben wir denn gehabt? Wir haben die Täter, wir haben die Überwachungsfotos, wir haben die Beschreibungen der Zeugen zu den Tätern. Alles, was man so weit zusammenfassen konnte, haben wir versucht akribisch zu machen. Ich habe also - - Wir haben ja selbst geprüft: „Wie sprechen die Täter?“ - nicht nur wegen des Dialekts -, um zu schlussfolgern: Wo kommen sie her? Man kann ja aus den Worten der Täter vielleicht auch mal das eine oder andere ableiten. Es war da nichts, wo man sagen könnte: Die müssen aus dem rechten Milieu kommen. Weder die Bekleidung, die wir ja sehr gut aufgrund der vielen vorliegenden Überwachungsfotos haben - - konnte man irgendwas abzeichnen, konnte man irgendwas schlussfolgern, dass es sich hier um irgendwelche Rechten handelt. Im Gegenteil: Wir haben das immer so ein bisschen als Hip-Hopper-Kleidung eingestuft:

Sportschuhe, lockere Hosen, die Kapuzen-shirts.

Das ist überhaupt nichts auffällig, was in die rechte Ecke geht, sage ich mal so. Also, es gab für uns von dem, was wir an Fakten hatten - ob das die Zeugenaussagen waren, ob das die wenige Spuren waren, die wir hatten, aber die uns eben nicht weitergeführt haben, oder von dem, was wir zu den Tätern von der Beschreibung wussten -, nichts, was uns hätte drauf bringen können, dass wir dort hingucken.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Nein, Herr Merten, das vertritt, glaube ich, auch niemand. Also, ich kann Ihnen sagen: Ich vertrete das nicht. Anders bei den Mordermittlungen oder bei den Sprengstoffanschlägen, wo die Taten eine andere Sprache gesprochen haben - - kommt, glaube ich, niemand auf die Idee, dass Sie jetzt hier hätten vermuten können, dass das Rechtsterroristen sind. Darum ging es mir eigentlich auch gar nicht, sondern eher um die Frage: Wir kommen ja auch von der anderen Seite. Wir versuchen das ja zusammenzubringen, und wir hatten zum Beispiel von V-Leuten vom Verfassungsschutz Hinweise, dass die drei Untergeachteten kein Geld mehr brauchen, weil sie sich mit Überfällen, mit Banküberfällen jetzt Geld besorgen. Also, eher von der anderen Seite wäre das interessant gewesen.

Aber ich wollte Ihre Expertise nur mal nutzen, zu fragen: Was könnten wir verbessern? Oder wo hätten Sie Informationen gebraucht, um drauf zu kommen? Aber wenn Ihnen da spontan nichts einfällt, dann ist das auch in Ordnung.

Ich habe keine weiteren Fragen. Dann bedanke ich mich.

**Zeuge Jens Merten:** Okay, vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Rix. - Dann hat das Fragerecht die FDP-Fraktion. Herr Kurth, bitte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Schönen guten Abend!

**Zeuge Jens Merten:** Guten Abend!

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie denn den Ohrenanthropologen auch noch mal gefragt eigentlich?

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wollen Sie das noch mal tun, oder - -

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Es ist bekannt, es steht in den Akten, dass wir diese Möglichkeit hätten. Ich habe also da auch mehrmals drauf hingewiesen, dass wir den damals dafür bereit hatten. Aber ich bin eigentlich dahin gehend nie noch mal befragt worden, ob wir den noch mal bemühen können, um eben die alten Sachen dahin gehend rund zu machen, sage ich mal.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Da muss er sich wirklich sicher sein an der Stelle. Na gut.

Die DNA, da habe ich es richtig verstanden: Sie haben die DNA also von diesem Holzstückchen gehabt, und die könnten Sie zuordnen, wenn Sie direkt den Täter hätten, direkt einer.

**Zeuge Jens Merten:** Richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und haben Sie diese DNA-Spur noch?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das ist das Problem. Das geht auch aus der Spurentabelle hervor. Es gibt da irgendwie eine Diskrepanz. Es gibt Unterlagen. Wir haben also versucht, als das gegen Mundlos und Bönnhardt bekannt wurde, natürlich dieses Haar, diese - ich sage mal - kleine mtDNA mit Bönnhardt und Mundlos zu vergleichen. Aber es gibt dort ein kleines Fragezeichen hinsichtlich des Verbleibes dieser Spur -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aha.

**Zeuge Jens Merten:** - das ist also auch aus der Spurentabelle ersichtlich -, sodass uns das einfach nicht mehr möglich war. Möglicherweise ist die mal an die Staatsanwaltschaft gegangen. Im Laufe der vielen Jahre sind aber eine Vielzahl von Aktenzeichen doch immer wieder geändert worden, und möglicherweise ist sie mal asserviert worden als<sup>29</sup> Asservat bei der Staatsanwaltschaft ... (akustisch unverständlich)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, die DNA ist weg? Diese Spur ist weg?

<sup>29</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

**Zeuge Jens Merten:** Richtig. Die haben wir einfach nicht mehr.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die ist nicht mehr aufzufinden?

**Zeuge Jens Merten:** Genau, ja. Deswegen lässt sich da also heutzutage auch nicht mehr ein Abgleich machen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das ist aber mal interessant.

**Zeuge Jens Merten:** Das geht aus der Spurentabelle im Band 1 hervor.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Kommt das häufiger vor, dass Spuren weg sind?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das sollte eigentlich gar nicht vorkommen. Also, ich - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, wir sind ja alle - - Wir arbeiten ja usw.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, aber man sieht: Es ist nichts unmöglich.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ein bisschen Schwund ist ja immer. Ist das bei Spuren auch so?

**Zeuge Jens Merten:** An und für sich nein. Ich kann jetzt nicht Ja sagen, um Gottes willen. Es darf die minimalste Spur nicht wegkommen. Aber vielleicht muss man ein kleines bisschen sehen: Ein Verfahren, das man über viele Jahre bearbeitet - das soll um Gottes willen keine Entschuldigung sein; es darf keine Spur wegkommen -, mit verschiedenen Zuständigkeiten und Tatörtlichkeiten, mit einer Menge von verschiedenen Aktenzeichen, weil die umgeschrieben wurden - - Ich kann es nicht entschuldigen, aber man sieht: Es kann durchaus passieren, dass eine Spur mal weg ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, wir machen ja hier keinen Strafprozess mit Ihnen. Aber wir haben die größte Verbrechenserie, was Mord und was eben auch diese Raubüberfälle anbelangt, in der jüngeren deutschen Geschichte, und dann hätten wir so eine wichtige Spur, von der Sie gerade erzählt haben. Wir sind ja die ganze Zeit nur damit beschäftigt, merkwürdige Zufälle hier

aufzuarbeiten. Jetzt haben wir schon wieder den nächsten Zufall, dass eine sehr, sehr wichtige Spur wegkommt.

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das muss ich einschränken - Entschuldigung -, weil diese sehr, sehr wichtige Spur uns damals überhaupt nichts genützt hätte, weil, wie ich ja eingangs sagte, die lässt sich nur eins zu eins mit einem ganz konkret Verdächtigen vergleichen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Deswegen würde die uns ja heute viel nützen, diese Spur.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, heute im Nachhinein könnte man sagen: Mit dieser Spur könnte man denn die Limbacher Straße ganz perfekt und rund machen. Aber hier steht doch auch im Raume, zu erfahren: Hätten wir es damals schon klären können? Und das - muss ich definitiv sagen - hätten wir nicht, weil, wie gesagt, Mundlos und Böhnhardt ja erst 2011 für uns bekannt wurden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Diese Klamotten, die die Leute anhaben hier, also die Schuhe und die unterschiedlichen, sehr eindeutigen, auch zuordenbaren Mützen, sind die denn eigentlich noch mal aufgetaucht in der Wohnung, in dem Wohnmobil, auf einem der vielen mittlerweile kursierenden Urlaubsbildern? Haben Sie da was wiederentdecken können?

**Zeuge Jens Merten:** Ich weiß von einem Kollegen, dass zwei dieser Tücher mit diesen Kordelbändern im Haus in Zwickau auf der Frühlingsstraße gefunden wurden. Das ist das, was ich weiß. Mehr weiß ich leider nicht, weil mir jetzt im letzten zurückliegenden Jahr, obwohl ich nun all die Jahre Sachbearbeiter war, nicht sehr viele Details zu den ganzen Aufklärungshandlungen nach November 2011 zugetragen wurden. Aber ich weiß, und ich hatte das selber mal erfragt - den Ehrgeiz hatte ich natürlich -: Habt ihr denn diese Masken mit den Bändern mal gefunden? - Da wurde mir bestätigt: Die sind in dem Haus gefunden worden.

Was noch gefunden wurde, was man an Tatbekleidung, Behältnissen, Rucksäcken zuordnen kann, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur: Es ist eine Menge gefunden worden. Aber mir hat das nie jemand erzählt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, oder haben Sie es angefordert, oder ist für Sie die Akte geschlossen? Dürfen Sie das gar nicht mehr, jetzt noch mal abgleichen, oder?

**Zeuge Jens Merten:** Ich nehme an, dass das in die Richtung geht, dass man das gar nicht wollte, bevor der GBA jetzt nicht die abschließenden Ermittlungen führt, dass jetzt ein großer Kreis an weiteren Personen da vielleicht Detailkenntnisse hat zu dem, was man gefunden hat. Ich weiß es nicht. Ich habe es auch immer nicht so explizit nachgefragt. Ich habe immer gehofft, dass mal jemand auf mich zukommt und sagt: So, guck mal an, das haben wir gefunden von dem Überfall, das Shirt usw. - Aber es war nicht der Fall, und ich habe auch nicht so direkt immer nachgefragt. Nur in dem einen Fall.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie denn die Frage beantworten? Haben Sie jetzt - - Kommt Ihnen was bekannt vor von den Fahndungsfotos?

**StA Andreas Christeleit** (BMJ): Also, ich denke, dass das Gegenstand einer Zeugenvernehmung sein sollte und auch Gegenstand der Hauptverhandlung sein wird. Also, wenn der Herr Merten nichts dazu sagen kann - ich bin in dieser Situation hier nicht in der Lage, etwas dazu zu sagen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wo Sie einmal da saßen, dachte ich mir: Frage ich doch gleich mal.

Jetzt hatten Sie vorhin gesagt: In Stralsund waren die beiden bei dem Überfall zu identifizieren mit ihrem sächsischen Dialekt. Deswegen konnte man sozusagen auch die Querverbindung herstellen. - Jetzt kommen Sie ja aus Sachsen. Ich komme aus Thüringen. Wenn Sie bei uns in Thüringen ein Brötchen bestellen, merkt man sofort, dass Sie aus Sachsen sind. Man müsste doch jetzt eigentlich auch in Sachsen relativ stark merken: „Moment mal, die sprechen doch gar nicht Sächsisch, die sprechen doch Thüringisch“, bei so einem Raubüberfall, auch wenn man die ganz kleinen Feinheiten vielleicht auch gar nicht erkennt, aber - -

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich kann nicht von mir reden. Ich habe die Wahrnehmung

nicht gemacht. Ich kann Ihnen nur sagen, was in den Akten steht, und der Großteil - Sie können es nachlesen - der Zeugen hat einfach vom sächsischen Dialekt gesprochen. Ich kann Ihnen da nichts weiter dazu sagen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, könnte ja sein, dass es da - -

**Zeuge Jens Merten:** Das zog sich durch. Also, offenbar gab es doch einen Hauch in diese Richtung Dialekt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wir wissen ja auch nicht, wie sie gesprochen haben. Aber ich kann Ihnen sagen: In Jena wird eine ganz komische Art von thüringischem Dialekt gesprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, Herr Kurth, ich war Anfang - vielleicht das als Information; das muss natürlich noch mal verifiziert werden, ob das so war, falls das von Interesse ist - des Jahres in Zwickau, und da sagte mir die örtliche Oberbürgermeisterin, dass der Dialekt, der in Zwickau gesprochen werde, sehr dem ähnele, der in Jena gesprochen werde,

(Dr. Eva Högl (SPD): Das habe ich auch gehört!)

und dass man sich als Jenenser - - dass man da also vom Sprachbild her in Zwickau nicht notwendigerweise auffallen würde.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): So lerne auch ich noch was dazu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Da müssen wir vielleicht Frau Gleicke mal fragen. Die kommt doch auch daher.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Frau Gleicke kommt aus Südthüringen. Da spricht man ganz anders.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Nur eine Ergänzung noch: Die Oberbürgermeisterin hat auch gesagt, das sei vermutlich ein Grund gewesen, warum sie da untergetaucht sind: weil sie da wegen ihres Dialekts nicht aufgefallen sind. So hat sie das auch ergänzt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber hier geht es ja um

Chemnitz, früher „Korl-Morx-Stodt“. Ja, für mich ist das alles das Gleiche - das gebe ich ja zu - als Berliner. Ich höre immer nur noch: „Mochen Se mal en Gofferraumdeckel auf!“

(Heiterkeit)

Aber komisch ist es schon. Auf jedem Fahndungsplakat steht: Sie sprachen Sächsisch. - Und sie kamen nun nicht aus Sachsen ursprünglich. Das fiel mir auch auf. Aber Kollege Rix hat mir ja den Mund verboten. Also, dass ein Stralsunder das sagt, das verstehe ich als Berliner gut. Aber da unten müsste man das doch differenzieren können.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, aber ich muss mal ehrlich sagen: Da sind Sie bei mir jetzt wirklich an der falschen Stelle. Ich kann doch als Sachbearbeiter nur das wiedergeben, was die Zeugen in ihren Wahrnehmungen wahrgenommen haben, und wenn die davon sprechen, dass die Täter sächsischen Dialekt gesprochen haben, dann muss ich das so hinnehmen, ob mir das passt oder nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth hat weiter das Fragerecht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dann sprachen Sie von diesen LKA- und BKA-Blättern; also das ist sozusagen die interne Hauspostille, einmal für das Land und einmal bundesweit. Haben Sie denn jetzt noch mal kurz durchgeblättert nach diesem Auffliegen vor einem Jahr, ob denn die Thüringer - da sind ja mehrere Sonderkommissionen usw. dran gewesen - mal was veröffentlicht haben, also - so wie Sie sich um Öffentlichkeit in Ihrem Fall bemüht haben - ob die sich um Öffentlichkeit in dem Drillingfall, also in dem Trio-Fall, bemüht haben? Also, „polizeiinterne Öffentlichkeit“ meine ich.

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich kann nur so viel sagen, dass wir selber natürlich auch in den entsprechenden LKA- und BKA-Blättern geschaut haben, ob es adäquate Straftaten gibt, die zu unserer Serie passen. Das kann ich so weit sagen. Aber mir selber - - Ich kann jetzt nicht sagen, dass mir da was von den Thüringern aufgefallen war. Dann hätten wir ja sicherlich in die Richtung ermittelt. Aber wir haben natürlich im Umkehrschluss auch LKA- und BKA-Blätter durchgeforstet - ist ja klar - und geguckt: „Wo könnte was zu einer anderen Serie oder zu anderen Einzelüberfällen passen?“, vielleicht

auch schon nur deshalb, nicht um nur vordergründig jetzt den Zusammenhang zu einer anderen Serie zu erkennen - wussten wir ja nicht -, sondern vor allem stand für uns ja auch immer die Frage: „Mensch, wenn die einmal im Jahr einen Überfall machen, geht uns da was durch die Lappen, machen die möglicherweise drei im Jahr“ - das war eigentlich vornehmlich dieser Hintergrund - „und wir haben es nur nicht erfahren oder auf die Reihe gebracht, dass die woanders, in anderen Bundesländern, vielleicht zwei machen und machen vielleicht, wie gesagt, einmal rundum in der Bundesrepublik drei Überfälle in verschiedenen Bundesländern und die jeweilig örtlich-regionales Kriminalpolizeidienststellen kriegen es gar nicht mit?“

Das war fast der Hauptgrund, dass ich sage: Wir haben natürlich auch in LKA- und BKA-Blättern geguckt. Aber natürlich sind wir ja nicht so, dass wir nicht über den Tellerrand schauen. Und wenn es da irgendeine Serie oder eine andere Straftatenhäufung gegeben hätte, die uns ins Auge gestochen wäre, wo wir auch sagen: „Mensch, das passt doch auf uns“ - sei es anhand der Waffen oder der Tatbekleidung -, dann hätten wir dort natürlich Ermittlungen aufgenommen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Mein Hintergrund ist jetzt: Wenn die Sachsen zweimal im Jahr oder einmal im Jahr reingegeben hätten: „Wir suchen zwei Leute zwischen 1,75 und 1,85“ und die Thüringer zweimal im Jahr: „Wir suchen drei Leute, davon zwei Männer, davon zwei eben zwischen, weiß ich, 1,75 bis 1,85“, dann hat man ja schon eine relative Gleichheit. Oder sucht man ständig irgendwelche Leute?

**Zeuge Jens Merten:** Man sucht ständig irgendwelche Leute - kann ich gleich abkürzen -, weil es gibt so viel - - Man darf ja jetzt auch nicht verhehlen - vielleicht darf ich noch mal drauf hinweisen -: Wir jetzt hier an der Stelle beobachten und nehmen ganz explizit diese beiden Serien auseinander. Ich will nicht wissen, wie viele Überfallserien es zum damaligen Zeitpunkt bundesweit gegeben hat. Da hat es also auch noch weitaus mehr Überfallserien gegeben, nicht nur unsere. Und natürlich hat es nicht so eine große Mordserie gegeben, aber sicher den einen oder anderen Mord, der möglicherweise auch im Minidetail irgendwelche Parallelen gehabt hätte.

Also, man darf hier nicht vergessen: Jetzt im Nachhinein, nach 12, 13 Jahren, ist es einfach, in einer Rückschau auf diese zwei Sachen zu schauen. Aber für uns als Kriminalisten hat es ja damals eine Vielzahl von Straftaten gegeben, von Serien. Und wo fängt man da jetzt an? Wo sagt man: „Mensch, das passt, und das passt nicht“?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): War das Geld eigentlich registriert, was gestohlen worden ist, oder konnte man das irgendwie zuordnen? Und die zweite Frage, die sich anschließt: Ist es denn irgendwo wieder aufgetaucht?

**Zeuge Jens Merten:** Also, aufgetaucht ist es nirgends. Ich schaue gerade mal. Wir haben, glaube ich, in ein oder zwei Fällen Registriergeld gehabt. Sekunde!

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, es wurden ja insgesamt in den zwölf Jahren 608 452 Euro drei Cent - - Da ist kein einziger Cent irgendwo aufgetaucht?

**Zeuge Jens Merten:** Ich erkläre das mal mit dem Registriergeld, warum schon der Cent nicht auftauchen kann. Also, Registriergeld sind grundsätzlich immer Geldscheine. Registriergeld ist solches, dass man sagt: Wir nehmen zwei Bündel her - ob es nun 50-Euro-Scheine sind oder 100-Euro-Scheine -, und bevor die in den Tresor kommen oder in die jeweilige Lade vom Cashmaster oder am Schaltertresen, werden die einzelnen Individualnummern der Geldscheine aufgeschrieben, und dieser Zettel wird irgendwo in der Filialleitung oder beim Vorstand hinterlegt. Diese zwei Bündel werden beim Überfall entweder dem Täter mitgegeben oder werden durch die Täter ohnehin selber aus dem Tresor herausgenommen.

Nun hat man die - allerdings geringe - theoretische Chance, dass, wenn die Täter dieses Geld irgendwann irgendwo mal ausgeben, man dann nachvollziehen könnte anhand der Nummern: Mensch, das ist doch das Geld, was in der Sparkassenfiliale dann und dann bei dem Überfall weggekommen ist.

Aber wann haben wir so einen Punkt, dass wir mal jemanden überprüfen und mal die Geldscheinnummern angucken? Das ist

eigentlich nur der Fall, wenn wir zum Beispiel jetzt bei polizeibekanntem Personen - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn man D-Mark in Euro eintauscht.

**Zeuge Jens Merten:** Bitte?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn man D-Mark in Euro eintauscht.

**Zeuge Jens Merten:** Zum Beispiel. Aber die Arbeit hat sich beim Umtausch damals bestimmt niemand gemacht, weil das waren ja Unsummen. Das ist nicht der Fall.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel sagen: Wenn wir zum Beispiel eine Wohnungsdurchsuchung machen und finden beim Delinquenten eine größere Menge Bargeld - vor allem natürlich Geldscheine -, machen wir uns in der Regel immer die Mühe, jeden einzelnen dieser Scheine nummernmäßig bei uns im Polizeicomputer abzufragen: Steht der zur Fahndung oder nicht? Denn diese Registrierscheine, die damals beim Überfall mit rausgegangen sind, sind natürlich bei uns im Computer auch als Fahndungsscheine mit eingegeben, und jeder Polizist - ob der in Sachsen ist oder oben in Kiel oder unten in München - kann beim Eingeben dieser Nummer, weil er gerade diesen Schein hat von jemand Beschuldigtem - - kann den eingeben in den Computer und findet diesen Fahndungstreffer und sieht sofort: Mensch, der ist damals beim Sparkassenüberfall dort und dort weggekommen.

Also, ich will damit erklären: Grundsätzlich sind das immer nur die Geldscheine. Aber die Chance, die dann bei irgendeinem Täter später mal aufzufinden, besteht nur darin, dass man bei dem konkret mal eine Wohnungsdurchsuchung macht und die Geldscheine überprüft, dass er im Rahmen der Fahrzeugkontrolle mal kontrolliert wird, und die Geldscheine werden überprüft. Aber ansonsten, wenn der das Geld im Media Markt ausgibt, haben wir niemanden, der sich die Nummern mal anguckt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bezüglich der Waffen noch mal. Also, dem einen Azubi wurde in den Bauch geschossen. Mit einer normalen Waffe oder mit einer Schreckschusspistole?

**Zeuge Jens Merten:** Mit einer scharfen Waffe. Er wurde schwer verletzt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie konnten hinterher zuordnen, welche Waffe das ist? Oder was ist das für ein Waffentyp, oder?

**Zeuge Jens Merten:** Das konnte dann zugeordnet werden. Wenn Sie sich jetzt wundern, warum ich mich bedeckt halte: Das liegt daran, weil dieser Fall der einzige war, den die Zwickauer Kollegen wirklich in absoluter Eigenständigkeit bearbeitet haben aufgrund dieser Schwere und dieser Schusswaffenanwendung, sodass ich jetzt die ganzen Hintergründe dieser Waffe nicht weiß. Ich weiß nur, dass entweder aufgrund dieses Geschosses, das durch diese Schussabgabe am Tatort gesichert wurde, und zu dieser Waffe, die dann später in dem Haus gefunden wurde, glaube ich, der Schluss gezogen wurde: Das kann nur die Waffe von Mundlos und Bönnhardt gewesen sein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Habe ich noch Zeit, Herr Vorsitzender?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Drei Minuten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dann will ich noch mal sagen: Wir haben ja mehrere Hinweise auch gehabt, übrigens auch aus Mecklenburg-Vorpommern. Für das Protokoll: MAT A GBA-7 a, Seite 352, beschreibt ein Hinweisgeber aus der JVA Tegel einen Mitinsassen, der ziemlichen Hass auf Türken hatte, morden wollte und Banküberfälle ankündigte, das Ganze mit einem Fahrrad durchführen will und in unterschiedlichen Städten in ganz Deutschland verbreitet. Das einzige Problem dabei war: Den, den er meinte, der war sozusagen nicht die, über die wir jetzt auch sprechen. Aber ansonsten waren ja solche - - oder war dieser Hinweis eigentlich ein Treffer, wenn man so möchte, nur dass es persönlich nicht stimmte. Aber von dem, was er beschrieben hat, wo wir am Ende dann alle sagten: Das kann ja gar nicht wahr sein - - Es gab also auch solche Hinweisgeber.

Hätte denn aber - jetzt ist ja diese Frage -, wenn Sie so einen Hinweis haben von den Kollegen, hätte Ihnen das weitergeholfen eigentlich?

**Zeuge Jens Merten:** Jetzt muss ich erst mal fragen: Aber dieser Hinweis ist nicht in unserem Verfahren gekommen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein.

**Zeuge Jens Merten:** Weil mir sagt er nichts.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, aber wenn er bei Ihnen - - Er war beim LKA Mecklenburg-Vorpommern, und die Frage ist jetzt ja, wenn Sie solche Hinweise auch hätten, ob Ihnen das aus Ihrer Praxis heraus was nützt.

**Zeuge Jens Merten:** Na klar, diese Person kann ja dann konkret überprüft werden. Man kann Alibizeiten prüfen etc. Das ist ein richtig knalliger Hinweis, wo ich eigentlich als Ermittler froh bin, wenn ich so einen mal bekommen würde. Da habe ich eine Menge Ansätze, die man da schon überprüfen kann, selbstverständlich.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt haben wir noch mehrere andere Hinweisgeber, die sagten: Die Untergetauchten brauchen kein Geld mehr; die brauchen keine Spenden mehr zu sammeln, das über mehrere Zeiträume; sie jobben jetzt, sie gehen einer Arbeit nach. - Diese Hinweise haben Sie nie erreicht damals? Nein, das wissen wir ja auch, dass sie Sie nicht erreicht haben. Hätte Ihnen das was genutzt, wenn Sie damals gehört hätten: „Da ist ein Trio untergetaucht, die jobben“? Untergetauchte gehen einer Arbeit nach.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, nur ganz kurz: Ich habe keine Stelle gefunden, wo in dem Zusammenhang, dass sie sich jetzt finanziell selber versorgen könnten, ein Hinweis darauf gegeben worden wäre, dass sie jetzt jobben, sondern das, was sich findet in den Akten - ich glaube, das war in den Thüringer Verfassungsschutzakten -, ist, dass eine Quelle, ein V-Mann, seinem V-Mann-Führer berichtet,

(Dr. Eva Högl (SPD): Jobben in Führungsstrichen! Haben Sie auch gefunden? - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ja!)

er hätte gehört, man bräuchte keine Spenden mehr zu sammeln für die drei Untergetauch-

ten, weil sie jetzt finanziell unabhängig seien, nicht, dass sie irgendwie einer Tätigkeit nachgehen würden oder jobben würden. Haben Sie das irgendwo gelesen?

(Dr. Eva Högl (SPD): Das war wirklich in Anführungsstrichen!  
Das weiß ich noch!)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Doch. Das ist im Schäfer-Bericht, Seite 148: Und sie würden jobben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Dass sie Aktionen machen!)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jobben. Und Ralf Wohlleben hatte durchgegeben, dass sie jetzt viele Sachen machen und Aktionen machen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja genau, das sind die Hinweise!)

Die Frage ist ja nur: Wenn wir jetzt entscheiden: „Sind das wichtige oder unwichtige Hinweise, die der Polizei auch weiterhelfen?“, dann sitzen Sie jetzt hier an der richtigen Stelle, um uns zu sagen, wenn solche Hinweise Sie erreicht hätten, ob das für Sie eine verwertbare Spur gewesen wäre. Also, es handelt sich jetzt hier um - - Die Hinweisgeber sind Quellen aus dem rechtsextremen Bereich, die dem Verfassungsschutz Mitteilung gemacht haben.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, also, grob ist es erst mal ein relativ allgemeiner Hinweis. Das kann ich schon mal sagen. Aber ich würde mal sagen: Da wir ja damals nicht viele Spuren hatten<sup>30</sup> und, wie ja ich eingangs erklärte, eigentlich versucht haben, an jedem kleinen Zipfel zu ziehen, wo man hätte ziehen können, denke ich mal, hätten wir das möglicherweise auch geprüft. Aber das ist ja nun jetzt doch sehr rein spekulativ. Aber ich kann mir vorstellen, dass - -

Ich muss mal sagen, vielleicht im Umkehrschluss, mal anders herum gesagt: Jedem kleinsten Hinweis, den wir irgendwoher gekriegt haben, und sei es jetzt vielleicht von so einer anderen Dienststelle - da sowieso - oder aber auch von irgendeinem Zeugen von der Straße - jetzt nicht abwertend gemeint -, sind wir in all den Jahren nachgegangen. Und ich bin jetzt einfach sicher: Klar hätten

wir natürlich hier auch geprüft, ob wir da irgendwas dran machen können. Aber alles andere ist jetzt natürlich spekulativ. Es kommt immer darauf an: Wie kommt der Hinweis bei uns an, wie konkret, und was haben wir? Aber ich bin sicher, dass wir da zumindest Überprüfungshandlungen geführt hätten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht würde jetzt, Herr Kollege Kurth, zur Linksfraktion wechseln. Herr Petermann, bitte.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Herr Merten, Sie hatten ja wirklich die Antennen draußen. Als auch in Arnstadt dann dieser Raubüberfall stattgefunden hat auf die Sparkasse, haben Sie sich ja in Verbindung gesetzt mit der dortigen Polizeiinspektion. Das ergibt sich zumindest aus einem Aktenvermerk, den die zuständige Polizeidirektion Gotha angefertigt hat, MAT A GBA-4/18, Blatt 658 f. Sie hatten also offensichtlich gesehen, dass da ein Zusammenhang besteht, weil der Aktenvermerk sagt - ich will es mal kurz zitieren -:

Geht man davon aus das der hiesige schwere Raub der Bankraubserie dazugehörig ist und sieht man sich diese an, dann ist zu vermuten, dass die Täter aufgrund der doch geringen Beute im hiesigen Fall eine **weitere Straftat** begehen werden.

Die hat dann tatsächlich stattgefunden in Eisenach.

Also, ich will damit nur sagen: Sie haben natürlich damit auch einen Beitrag geleistet - das ist vielleicht für Sie auch so ein bisschen auch emotional wichtig -, dass die Sache aufgeklärt werden konnte am Ende, weil die Kollegen von der Polizeidirektion Gotha waren dann sehr gut vorbereitet und konnten ja dann in Eisenach auch relativ schnell handeln.

Es ist vorhin mal kurz angesprochen worden das BKA-Fahndungsplakat, das leider noch keiner der hier befragten Zeugen gesehen hat oder sich daran erinnern kann. Können Sie sich daran erinnern, dass es da mal ein BKA-Fahndungsplakat gab, mit dem Bombenbauer gesucht wurden, die im Untergrund waren?

<sup>30</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich kann mich an das Plakat mit den Ceska-Morden erinnern, wo diese - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Mit der Deutschlandkarte!)

- Mit der Deutschlandkarte, genau.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es gab wohl vorher schon - -

**Zeuge Jens Merten:** Daran kann ich mich privat erinnern.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es gab wohl vorher schon ein Fahndungsplakat, -

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** - nachdem die 98 in den Untergrund gegangen sind. Da waren die auch abgebildet. Möglicherweise hätte man da auch, weil Sie von den Ohren so überzeugt sind, vielleicht Kommissar Zufall, wie das manchmal so ist - - Das hätte Ihnen möglicherweise auch weitergeholfen, aber das ist Ihnen auch nicht untergekommen?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, sagt mir nichts.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich will aber noch mal auf was anderes eingehen. Der Schäfer-Bericht ist ja hier schon angesprochen worden. Ich will kurz darauf zu sprechen kommen.

Herr Schäfer fasst die Versäumnisse des thüringischen Verfassungsschutzes in Bezug auf die Nichtweitergabe von Informationen wie folgt zusammen:

Ebenso schwer wie dieses Unterlassen wiegt aber das grundsätzliche Versäumnis des TLfV, Quellenberichte nicht entsprechend nachrichtendienstlichen Grundsätzen ausgewertet zu haben. Denn ihre Bedeutung erschließt sich nur aus dem Zusammenhang und durch eine Zusammenschau. Schließlich hätte es für das TLKA von großer Bedeutung sein können, dass Quellen über die Versuche des TRIOs, sich Waffen und falsche Identitäten zu verschaffen, berichteten. Genauso verhält es sich mit den Berichten über den Aufenthalt des Trios in Chemnitz, seine an-

fänglichen Geldnöte und deren plötzliches Ende, so dass Geldspenden ... zurückgewiesen werden konnten. Hätte das sächsische LKA diese Erkenntnisse durch das TLKA erlangt, wäre ein zeitlicher Zusammenhang des Endes der Geldsorgen mit den Banküberfällen in Chemnitz nicht verborgen geblieben. Für die danach gebotene bundesweite Fahndung nach dem TRIO durch das BKA wäre es nicht darauf angekommen, ob die Überfälle dem TRIO tatsächlich hätten zugerechnet werden können.

Das ist also aus dem Bericht der Schäfer-Kommission, Seite 245.

Herr Merten, retrospektiv: Würden Sie diese Analyse auch so mittragen? Hätten Sie mit den Informationen was anfangen können, wenn Sie diese Informationen bekommen hätten?

**Zeuge Jens Merten:** Ich würde jetzt mal sagen: Ja, sicherlich. Das ist ja eine Menge an Detailinformationen, die uns -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Die tatsächlich vorhanden waren, ja.

**Zeuge Jens Merten:** - da mit Sicherheit weitergebracht hätten. Ich kann es jetzt nur einfach so sagen. Ich würde das jetzt so mutmaßen, aber ich denke mal, schon mit Berechtigung.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Im Umkehrschluss hat es an einer Zusammenarbeit mit dem LKA Thüringen und mit den Landesämtern für Verfassungsschutz in Sachsen und Thüringen gefehlt?

**Zeuge Jens Merten:** Offensichtlich.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Auf Seite 197 schreibt die Schäfer-Kommission in ihrem Bericht:

Eine Konsequenz hieraus

- aus den Informationen über den Aufenthalt des Trios in Chemnitz in den Jahren 1999 und 2000 -

wäre gewesen, über zuständige Polizeibehörden, gegebenenfalls auch durch Einschaltung des sächsischen Verfassungsschutzes, das Vorliegen entsprechender unaufgeklärter Straftaten prüfen zu lassen.

Eine Verbindung zu den in Chemnitz begangenen Banküberfällen vom 06.10.1999, 27.10.1999, 30.11.2000 hätte sich sodann aufgedrängt. Voraussetzung wäre hier natürlich ein funktionierender Informationsfluss zwischen dem TlfV, dem TLKA und den sächsischen Behörden gewesen, der jedoch ganz offensichtlich nicht stattfand.

Sie hatten soeben bestätigt, dass Sie das auch so sehen. Insofern hat sich die Frage, ob diese Analyse zutreffend ist, eigentlich schon beantwortet. Können Sie das vielleicht auch noch mal so deutlich bestätigen?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich bin sicher, wenn wir all diese Hinweise in der Gesamtheit gehabt hätten oder vielleicht auch ein Stück weit nur von dem, was jetzt hier angesprochen wurde, dann wäre es sicher und durchaus viel eher möglich gewesen, diese Straftaten aufzuklären und das bekannt zu machen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wie schätzen Sie denn die aktuelle Situation ein der Zusammenarbeit mit den Landesämtern und, darüber hinausgehend, den LKAs?

**Zeuge Jens Merten:** Na ja, das kann ich natürlich schwer sagen. Ich muss noch mal darauf hinweisen: Ich bin also Sachbearbeiter in einem Fachbereich, und die Zusammenarbeit - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Man redet ja auch mit Kollegen darüber.

**Zeuge Jens Merten:** Bitte?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Man redet ja auch mit Kollegen darüber unter Umständen.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, sicher, in Einzelfällen natürlich auch mit dem Sachbearbeiter aus dem Thüringer Raum. Aber im Großen und Ganzen findet die Zusammenarbeit meines Erachtens doch auf höherer Ebene statt, sodass ich da jetzt nicht so viel sagen kann. Sollte auch auf höherer Ebene stattfinden, weil ich als Sachbearbeiter mich ja wirklich auf das konzentrieren muss, was ich an konkreten Verfahren auf dem Tisch habe. Die Zusammenführung und mögliche Erkennung von Parallelen zu Serien - ob im

eigenen Bundesland oder zu anderen - sollte doch irgendwo höher angebunden sein, und meines Erachtens ist das auch so. Dort müsste man dann einfach mal fragen: Warum war da die Zusammenarbeit nicht da? Warum hat das nicht funktioniert?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat jetzt Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Merten, Sie haben ja auch mal versucht, eine Funkzellenabfrage zu machen. Können Sie sich daran entsinnen?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das ist richtig.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und woran ist das gescheitert?

**Zeuge Jens Merten:** Das ist einfach daran gescheitert - - Vielleicht darf ich den Ausgangsprung schnell erklären. Die beiden Täter - - Wir hatten also wieder recht gute Überwachungsaufnahmen, und bei einem der Täter war zu erkennen, dass er offenbar ein Headset oder zumindest irgendwas mit Kabeln hier zu hängen hatte, wo wir davon ausgehen mussten, dass er möglicherweise per Handy in Verbindung mit dem zweiten Täter in der Filiale oder möglicherweise - was wir ja von Anfang an favorisiert haben - mit dem dritten Mann, der möglicherweise draußen im Fahrzeug sitzt, Verbindung hält. Das war also für uns die Veranlassung, hier eine Funkzellenabfrage zu beantragen bei der Staatsanwaltschaft. Das ist auch erfolgt. Der Staatsanwalt hat die auch beantragt beim Ermittlungsrichter. Dort ist die aber unter der Maßgabe abgelehnt worden, dass es keinen Zeugen gibt, der unsere beiden Täter hat telefonieren sehen. Punkt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Also, mir ist da einiges aufgefallen. Also, einmal hat man es sozusagen just bei dem gescheiterten Banküberfall gemacht, wo die Täter ohne Beute die Bank verlassen haben.

**Zeuge Jens Merten:** Das war übrigens der Überfall.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Jens Merten:** Das ist der Überfall.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sage ich ja. Danach hat man es versucht bei dem, wo sie ohne Beute gingen. Und dann fehlt in dem Antrag jeder Hinweis darauf, dass man von einer Serie ausgeht und dass man möglicherweise, wenn man mit Wiederholungen rechnet, mit Funkzellenabfragen, die man dann macht, auf Übereinstimmungen kommen könnte.

Also, ich fand den Antrag - muss ich Ihnen sagen - sehr lapidar im Jahr 2005, wo Sie selber sagen, schon nach dem dritten gingen Sie von einer Serie aus.

**Zeuge Jens Merten:** Aber wenn ich sagen darf: Der Ermittlungsrichter, für den ist das nicht das Kriterium, die Serie. Deswegen habe ich es eben ganz so konkret gesagt. Für den ist entscheidend der Fakt: Gab es einen Zeugen, der wahrgenommen hat, dass die Täter Mobilfunkgeräte benutzt haben? Wenn ja, bin ich sofort bereit, diesen Funkzellenantrag zu befürworten. Wenn nicht, lehne ich den ab. Das ist also auch leider eine gängige Praxis, auch bei anderen Überfällen schon bei uns in Chemnitz gewesen, womit ich persönlich auch nicht einverstanden bin. Aber ich bin kein Ermittlungsrichter. Das muss er wissen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Richter sind auch nur Menschen, wie wir wissen, und lassen sich ab und an auch davon beeinträchtigen, welche Schwere das Delikt tatsächlich hat nach Vorwurf, und eine Serie mit äußerst brutal vorgehenden Tätern

(Dr. Eva Högl (SPD): Ohne Frage!)

war aus diesem Antrag nicht zu ersehen. Das muss ich deutlich sagen. Nun können Sie sagen: Ich habe immer noch recht, denn der hat nur gefragt, der Richter: „Wurde telefoniert? Gibt es dafür Hinweise?“, und die gab es nicht. Dass man hier möglicherweise für die Zukunft, weil man von einer Serie ausgeht, was gewinnen kann, der Gedanke taucht nicht auf.

**Zeuge Jens Merten:** Der taucht nicht auf, weil ich auch aus meiner früheren Erfahrung vor den Ermittlungen dieser Serie das leider einsehen musste, dass, wenn wir nicht solche Zeugenaussagen haben, die das bestätigen, die Nutzung von Mobilfunkgeräten, wir eine Funkzellenabfrage nicht bestätigt bekommen vom Ermittlungsrichter.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann hätten Sie es ja gar nicht erst versuchen dürfen.

**Zeuge Jens Merten:** Und daran sehen Sie, dass wir doch alles versucht haben, obwohl ich es wusste.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, na gut.

**Zeuge Jens Merten:** Nein, aber ich muss das jetzt wirklich mal so hinstellen. Es ist so. Ich weiß zum Beispiel, dass in anderen Bundesländern - - Die kriegen eine Funkzellenabfrage für eine Häufung von Bandendiebstählen, Einbrüche in Einfamilienhäuser. Ist doch ganz logisch, dass die dort mit Handys arbeiten. Ich hoffe, jetzt nichts Falsches zu sagen. Die würde ich bei uns in Chemnitz nicht kriegen. Aber gut.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann haben Sie es besonders schwer.

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mal eine andere Frage. In diesem Vermerk - ich will ja nicht drauf rumreiten -, den Ihnen der Kollege schon gesagt hat, von Ihrem Kollegen aus Gotha, von dem Herrn Wötzel, steht als vorletzter Satz:

Es ist daher zu vermuten, dass es sich um überörtliche Täter handelt, nur in einem Fall wird von einem sächsischen Dialekt berichtet.

Ich habe die Akten auch gelesen, aber habe sie nun nicht eidetisch abgespeichert. Mir ist aufgefallen, dass die Zeugen oft gesagt haben: Keine Auffälligkeiten beim Dialekt. Die kamen von hier. - Verstehen Sie?

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/18, Blatt 659.

Dieses: „Die sprachen Sächsisch“, habe ich eigentlich nicht gelesen, sondern nur: „Da haben wir nichts gehört“. Dann wäre es ja eher ein Schluss gewesen: Da jeder sagt, die sprechen normal, die sprechen wie von hier, muss es Sächsisch sein.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, den Schluss haben wir dann in diesen Fällen natürlich gezogen. Das ist richtig, okay.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Andere Frage: Dieser Schuss auf den Azubi, der ihn ja verletzt hat, wie haben Sie den rechtlich eigentlich gewertet? Wissen Sie das?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich ja sagte: „Das ist das Verfahren, was die Zwickauer Kollegen in absoluter Eigenständigkeit bearbeitet haben“, und ich weiß jetzt auch nicht, wie es jetzt zum Schluss rechtlich einkategorisiert worden ist.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn man es als Mordversuch genommen hätte, dann hätte das Ganze ja nun noch einen höheren Rang strafrechtlich gehabt. Aber das wissen Sie nicht?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, das weiß ich nicht.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

**Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke:** Das Fragerecht wechselt nun zur CDU/CSU-Fraktion. Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Merten, wir haben noch mal nachgesehen in den Akten, dass wir auch präzise bleiben. Es ist also so, dass in der Tat das BKA - oder wer auch immer dort, ein Waffensachverständiger - bei der Auswertung der Bankfotos nach dem Auffliegen der - - der Überwachungskamerafotos nach dem Auffliegen der Zelle zu der These gelangt ist: Bei dem einen Banküberfall könnte es sich anhand der zu erkennenden Waffe um eine Walther oder eine Ceska 83 handeln.

**Zeuge Jens Merten:** Okay.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das Einzige, das jetzt eben offenbleibt, ob Ihr Waffensachverständiger, mit dem Sie ja häufig in Kontakt waren, zu diesem Schluss vielleicht auch hätte kommen können. Es ist jetzt aber müßig, darüber zu spekulieren.

Dann habe ich noch mal geguckt mit dieser DNA auf dem Hemdsärmel. Das war also in der Tat bei dem elften Überfall am 5. Oktober 2006, Kosmonautenstraße in Zwickau. Da heißt es jetzt in diesem zusammenfassenden Bericht - das ist MAT A GBA-4/25 a; das ist unsere Fundstelle, Seite 190 -:

Während der körperlichen Auseinandersetzung zwischen dem Bankangestellten ... und dem Täter ..., in deren Verlauf Herr RESCH angeschossen wurde, könnten sich durch die Atem- und Sprechaktivitäten des Täters

- die Rangelei ist sogar zu sehen auf den Fotos -

seine DNA-Spuren auf den Hemdsärmel ... von Herrn RESCH übertragen haben. Laut Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung konnten keine DNA-Spuren von Uwe MUNDLOS und Uwe BÖHNHARDT auf dem Hemdsärmel nachgewiesen werden.

Das ist also da die DNA-Sache gewesen.

Ihr verloren gegangenes Haar - da hätte ich jetzt eine Frage dazu - stammte ja vom dritten Überfall, 27. Oktober 99, Postfiliale Chemnitz.

**Zeuge Jens Merten:** Entschuldigung, vom zweiten Überfall, Limbacher Straße.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich habe den Edeka-Markt halt jetzt dazugezählt.

**Zeuge Jens Merten:** Gut, dann ist es korrekt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da fällt mir auf - der war ja 99 -, dass Sie Ende 2004 sich zu diesem Gutachten entschließen und das Haar an die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Rechtsmedizin, versenden. Warum so spät?

**Zeuge Jens Merten:** Ich meine, mich zu erinnern, dass diese Problematik DNA-Auswertungen, wie ich natürlich eingangs auch sagte - vielleicht hätte ich es dort schon er-

wähnen sollen -, in den Jahren 99, 2000, 2001, vielleicht 2002 -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Noch nicht so weit war.

**Zeuge Jens Merten:** - noch nicht so weit war. Deswegen erst 2004, wo mal jemand signalisiert hat: Mensch, wir haben doch jetzt die Möglichkeiten. Lass uns dieses Haar auswerten. - So hängt es einfach zusammen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Jens Merten:** Es ist also nicht verschusselt worden, sondern ab dann hatte man erst diese technischen Möglichkeiten, daran was zu machen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Genau. 2005 kommt dann das Ergebnis, dass man eben nur eine Untersuchung machen kann mitochondrialer Art, und dazu bräuchte man eigentlich ja den -

**Zeuge Jens Merten:** Ja, konkreten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - Ursprungs-DNA-Geber. Und dann: Die oben genannte Haarspur senden wir Ihnen daher zu unserer Entlastung zurück. - Das war 2005. Und danach hat sich das Haar verabschiedet. Ist das richtig?

**Zeuge Jens Merten:** Genau.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gut. - Können Sie uns sagen, wie hoch die Gesamtsumme war, die die Täter erbeutet haben bei den Banküberfällen? Mal ohne Eisenach, den letzten beiden. Das waren dann 87 000. Aber davor?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Zeuge Jens Merten:** Ich habe eine Gesamtsumme von 504 169,73 Euro.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Rund 500 000, kann man sagen, ja?

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Davon wurden ja, soweit wir den Akten entnehmen konnten, rund 190 000 noch gefunden. Das

heißt, ausgegeben haben die über all die Jahre etwas über 300 000 Euro.

Jetzt mit dem Wissen, das Sie auch haben über alle Fälle: Kann das für drei Personen bei dem Lebenswandel, bei drei verschiedenen Wohnungen, bei einem Erwerb von 20 Waffen, teuren Fahrrädern, Anmietung von Wohnmobilen usw., kann das reichen? Zumal ja auch hier auffallend lange Lücken sind, wo sie keine Beute haben, also fast mal eine Pause von fast drei Jahren, wo sie keine Beute haben durch einen Banküberfall. 2002 passiert gar nichts. Da passiert auch kein Mord. Also, die Bankraubserie bewegt sich wirklich immer entlang der Mordserie. Ich weiß nicht, ob sie da woanders außer Landes waren. 2003 nur 400 Euro, also de facto keine Beute, und dann geht es erst im Mai wieder los.

Halten Sie das für plausibel, dass die Summe reicht, um das Leben im Untergrund für drei Menschen über 13 Jahre hinweg zu finanzieren, 300 000 Euro rund?

**Zeuge Jens Merten:** Also, ich muss erst mal sagen: Ich höre das erste Mal, dass so viel Geld gefunden wurde.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das haben wir entnommen - - Liege ich falsch?

(StA Andreas Christeleit (BMJ):  
Nein!)

- Nein. Okay.

**Zeuge Jens Merten:** Also gut, ich will bloß sagen: Für mich ist es jetzt schwierig, so ad hoc zu sagen. Wir haben fünf Jahre, drei Mann, die Waffen gekauft haben, Wohnmobile anmieten, finanzieren mussten, wir haben 300 000 - passt das oder nicht? Ich denke, das wäre jetzt reine Spekulation. Also, da kann ich Ihnen jetzt keine genaue Auskunft geben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, ich hatte deshalb gefragt, weil Sie eingangs ja doch sehr ausführlich mögliche Hypothesen für Banküberfälle uns vorgestellt haben, also das Finanzieren des Lebensunterhaltes, dann die Schwarzgeldfirma. Deshalb hatte ich gedacht, dass Sie da auch ein bisschen einen Erfahrungswert haben, weil Sie das ja beschrieben hatten. Aber es ist sicher ein Punkt, der woanders noch geklärt werden muss.

Jetzt würde mich interessieren: Wie hat der Kollege aus Thüringen mit Ihnen Kontakt aufgenommen? Ich habe das gelesen in den Akten - der Kollege Wieland hat es ja auch gerade zitiert - und muss sagen: Also, wenn das so ablief, wie es dort steht - ich habe jetzt keinen Zweifel daran -, war das brillante Polizeiarbeit, weil er hatte nur einen einzigen Banküberfall. Bis dato gab es ja in Gotha, bei der PD Gotha - da gehört ja Eisenach dazu - keinen. Die Serie war viereinhalb Jahre zu Ende. 2007, am 18. Januar, war der letzte Überfall in Stralsund. Bei Ihnen war es ja noch länger - - schon davor zu Ende, Kosmonautenstraße, 2006. Das heißt, es passiert über vier Jahre nichts, viereinhalb Jahre, deutschlandweit von diesem Duo, wenn wir jetzt mal davon ausgehen, und dann passiert ein Überfall auf die Sparkasse in Arnstadt-Ilmenau, 15 000 Euro Beute, am 7. September 2011, und der Kollege entdeckt durch Abfragen sofort den Zusammenhang zu einer Serie, die schon mehrere Jahre zurückliegt, mit der Hypothese: Die kommen bald wieder, weil sie noch mehr Geld brauchen. Wie kam das zustande?

**Zeuge Jens Merten:** Ganz einfach. Der Kollege hat eine WE-Meldung abgesetzt - sprich: ein Rundschreiben mit dem Sachverhalt -, also eine klassische WE-Meldung, die bundesweit gesteuert wurde, und die Kollegen in Zwickau und wir in Chemnitz haben relativ gleich aufgrund dieser WE-Meldung erkannt: „Mensch, das sind doch unsere Täter aus unserer Überfallserie, die spontan 2007 aufhörte“, und haben uns mit dem Herrn Wötzel in Verbindung gesetzt. So einfach war das.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also, für mich war das nicht einfach. Für mich ist das außerordentlich gute Polizeiarbeit, weil, wenn es so schnell gegangen wäre, Zusammenhänge zu entdecken - - Landete es bei Ihnen auf dem Tisch, und Sie hatten es aus der Erinnerung her noch parat, oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Jens Merten:** Ich habe es nicht aus der Erinnerung parat. Ich sagte ja vorhin: Ich habe 2011 an dem Verfahren ja noch gearbeitet. Ich hatte die Akten bei mir noch im Zimmer zu stehen. Also, für mich war der Fall immer noch aktuell, obwohl der letzte Überfall 2007 war, also vier Jahre zurücklag, sodass das für mich tägliches Brot war, an

diese Überfallserie zu denken. Und jetzt lesen wir dieses Fernschreiben, dass es in Thüringen, eben nicht so weit von Sachsen entfernt, diesen Überfall gab, und wir haben eins und eins zusammengezählt und haben gesagt: Mensch, wenn das nicht unsere sind, die 2007 aufgehört haben. Wir haben den Herrn Wötzel angerufen, und schwupp haben wir relativ konkret auf den Punkt bringen können: Mensch, das könnten unsere sein. Es gab zwei, drei, vier Punkte, die auch nicht ganz so passten. Wir haben es erst mal offengelassen, aber wir haben signalisiert: Das sind garantiert unsere Täter.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Und wie kamen Sie zu dem Schluss, oder wer kam dann auf die Hypothese: „Wenn die jetzt hier einmal zugeschlagen haben, die kommen sicher irgendwann im gleichen Landkreis wieder“? Wie kam man darauf?

**Zeuge Jens Merten:** Das lag einfach an der niedrigen Beute, dass wir gesagt haben - - Ich weiß jetzt nicht genau, wie viel die bei dem ersten Überfall erbeutet hatten. Jedenfalls war es bloß dreistellig, sodass wir gesagt haben: Nach der langen Zeit machen die einen Überfall. Dann gehen die doch davon aus, dass die da auch richtig viel - ich sage es mal auf Deutsch - Kohle machen. So, jetzt erbeuten die bloß 300, 400 oder 500 Euro. Ich bin jetzt nicht genau sicher, wie viel bei dem ersten - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** 15 000.

**Zeuge Jens Merten:** Ach, 15 000 waren es sogar - gut - in Arnstadt. Gut, okay. Dann war es sogar fünfstellig. Aber 15 000 zu dem - - Wenn wir mal sehen, dass sie in Stralsund fast über 200 000 erbeutet haben, sind sie sicherlich mit anderen Vorstellungen dort reingegangen, sodass es nicht schwierig war, zu schlussfolgern: Die kommen bestimmt dieses Jahr noch mal wieder. Einfach dieser Fakt.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Gut, und was hat man dann gemacht? Gab es irgendwelche Empfehlungen, dass man die Banken überwacht hat, die Banken sensibilisiert hat? Was wurde gemacht dann?

**Zeuge Jens Merten:** Das kann ich im Detail nicht sagen, weil dann müsste der

Herr Wötzel gefragt werden, was er jetzt ganz konkret in seiner Dienststelle dort veranlasst hat. Wir haben von unserer Seite so weit alles getan, um ihn aufzuklären, was wir all die Jahre ermittelt haben, dass wir diese Überfallserie hatten. Wir haben ihm die Überwachungsfotos zukommen lassen. Also, alle Details, die wir hatten, haben wir ihm so weit übertragen und haben gesagt: Pass auf, bei uns waren sie immer regelmäßig da. Das wird bei euch sicherlich nicht anders sein, vor allem in Anbetracht dieser relativ geringen Summe, die sie beim ersten Mal erbeutet haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gab es in Arnstadt auch Fotos, mit denen er dann Ihre Fotos vergleichen konnte?

**Zeuge Jens Merten:** Da gab es Fotos, aber meines Erachtens hatten sie dort mit andersartigen Masken gehandelt. Also, ich glaube, das eine war irgendwie eine Tiermaske oder so. Also, es war von der Maskierung irgendwie anders. Es passte nicht zu unseren Tüchern und nicht zu den Sturmhauben in Stralsund. Es waren irgendwelche Masken, soweit ich mich erinnere. Das war auch dieser Punkt, wo wir sagten, das passte erst mal nicht. Aber es war eben eine Vielzahl von Dingen, wo wir recht sicher waren: Das sind unsere Täter.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Hätten nicht Sie dann auch damit rechnen müssen, dass die wieder zu Ihnen kommen nach Zwickau oder nach Chemnitz? Also woher die Sicherheit: Die kommen noch mal in Zuständigkeit - -

**Zeuge Jens Merten:** Nein, nein, da gab es keine Sicherheit. Na klar haben wir damit auch gerechnet. Wir haben überlegt: Kommen die nur jetzt in Thüringen noch mal wieder oder noch mal Zwickau/Chemnitz oder noch mal Stralsund? Das war einfach ein offenes Fragezeichen. Aber es war von uns nicht beeinflussbar erst mal. Es war einfach nur für uns so weit sicher, dass wir recht logisch schlussfolgerten: Möglicherweise noch in diesem Jahr, in nicht allzu ferner Zeit, werden die noch mal zuschlagen, ob in Thüringen, Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die hätten ja auch in ein anderes Bundesland gehen können. Gaben Sie dem Kollegen - -

**Zeuge Jens Merten:** Auch. Theoretisch auch, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Andere Bundesländer haben sich nicht gemeldet auf die bundesweite Abfrage?

**Zeuge Jens Merten:** Das weiß ich nicht. Das kann nur der Herr Wötzel wissen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil dann wäre es ja doch schon - - Weil Sie vorhin auch mal gesagt haben: Es gab ja viele ähnliche Serien bundesweit, die durchaus vergleichbar waren.

**Zeuge Jens Merten:** Das kann durchaus sein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber da hat sich dann niemand gemeldet?

**Zeuge Jens Merten:** Das kann ich nicht sagen. Das kann nur er wissen, weil er hat ja das Fernschreiben gesteuert. Also hat er dann ja auch die entsprechenden Kontakte möglicherweise bekommen, wenn es welche gegeben hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben Sie dann auch schon auf die Fahndungshinweise gedrungen, also Fahrräder am Tatort, die flüchten - -

**Zeuge Jens Merten:** Auf alles, komplett, die ganze Serie. Also, der Herr Leucht, was der Kommissariatsleiter in Zwickau war, hatte ja sogar kurz vor mir den Kontakt schon mit dem Herrn Wötzel, und wir haben sogar selbst diese Lichtbilder, die hier umfassend in Band 1, bei Ihnen noch in der Dupliakte drin sind - - das haben wir so weit alles, diese Spurenübersicht, die Tabelle, alles, und vor allem die Begehungsweisen, die Sachverhalte, so weit alles übertragen, weil es für uns ja nach dem ersten Überfall auch schwierig war. Es ist ja erst mal Thüringer Zuständigkeit gewesen. Wir wollten aber natürlich auch nicht, dass die nun vor sich hinmuddeln - sage ich mal so - und unsere Geschichte dort aus dem Auge verlieren. Deswegen haben wir eigentlich so gut und

umfassend alle Informationen, die wir aus den Jahren hatten, wie es ging auf die Schnelle, dem Herrn Wötzel dort zukommen lassen, damit er wirklich völlig im Bilde ist und auch adäquat dann handeln kann. Und sind natürlich auch verblieben, sobald es die erste Geschichte noch mal geben sollte, überfalltechnisch, dass er dann uns sofort kontaktiert, was ja dann auch nach dem zweiten Überfall sofort passiert ist.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wann hat er Sie da kontaktiert? Sie selber oder Ihren Vorgesetzten oder die Dienststelle oder - -

**Zeuge Jens Merten:** Das müsste jetzt in der Akte nachgelesen werden. Ich bin aber sicher, dass es bestimmt am selben Tag - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber Sie selber würden sich ja daran erinnern.

**Zeuge Jens Merten:** Bitte?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wurden Sie selber kontaktiert? Daran erinnert man sich ja, wenn der Kollege anruft. Es ist ja noch nicht so lange her.

**Zeuge Jens Merten:** Ich bin sicher, dass wir am selben Tag oder spätestens einen Tag später dann noch mal miteinander telefoniert haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und was war dann so sein erster Eindruck? Also, was hat er - - Können Sie sich da an was erinnern, was er gesagt hat? „Sie sind es“ oder „Wir haben die zwei“ oder - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Der Fakt, dass die beiden im Wohnmobil liegen und dass wir sie nur zu all den Taten nicht mehr vernehmen können. Und dann kam - das war so das Grobe erst mal -, dass es auch Personalien gibt natürlich, und die erste Frage von mir natürlich: Namen? Ist ja klar, weil man natürlich sofort in die Rückschau geht: „Wo sind die möglicherweise schon mal aufgetaucht?“ und ich für mich gleich abhaken konnte in dem Sinne: Die Namen habe ich nie gehört in all den zwölf Jahren. Und alles andere kam dann wirklich Stück für Stück viel später, über Wochen und Monate, wo man

mal das eine oder andere Detail dann in Erfahrung brachte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Hat der Herr Wötzel Ihnen am Telefon dann relativ bald nach dem 04.11. sagen können: „Zwei Täter, der eine heißt Mundlos, der andere heißt Böhnhardt“?

**Zeuge Jens Merten:** Ich bin jetzt nicht sicher, ob er es mir gesagt hat oder ob es mir der Kollege Leucht aus Zwickau gesagt hat, weil wir so ein bisschen einen Dreierkontakt hatten. Und da der Herr Leucht anfangs auch die gesamte Serie, die Unterlagen zugeschickt hatte, kann es durchaus sein, dass der Herr Wötzel nach dem zweiten Überfall den ersten Kontakt mit dem Herrn Leucht geführt hat. Und es ist nicht auszuschließen, dass auch der Herr Leucht der war, der mich dann umfassend darüber informiert hat, dass die Namen zumindest Mundlos und Böhnhardt waren; das kann durchaus sein. Aber mit dem Herrn Wötzel habe ich definitiv dann mindestens einen Tag später auch telefoniert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was haben Sie dann gemacht, als Sie die zwei Namen hatten? Die mal abgefragt in INPOL oder sonst einer polizeilichen Datei?

**Zeuge Jens Merten:** Selbstverständlich, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und dann kam nichts heraus, oder?

**Zeuge Jens Merten:** Richtig, ja. Also, da war nicht viel zu finden, um nicht zu sagen: -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nichts.

**Zeuge Jens Merten:** - Wenn ich mich nicht irre, war gar nichts zu finden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. - Hat sich bei Ihnen dann noch mal jemand vom Staatsschutz darum gekümmert, jetzt danach?

**Zeuge Jens Merten:** Nein; kann ich nicht sagen. Ich hatte eigentlich zu keiner Zeit irgendeinen Kontakt mit dem Staatsschutz, weder während der Ermittlungen noch später dann.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wäre doch aber naheliegend, weil jetzt hat man zwei Täter, die gleichzeitig zehnfache Mörder sind, -

**Zeuge Jens Merten:** Richtig.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - Rechtsterroristen. Das ist ja auf polizeilicher Seite dann eigentlich ein Fall für den Staatsschutz, und für ein Land, in dem sie Straftaten begangen haben, wäre es ja auch Ihr Staatsschutz zumindest mal, das heißt vom LKA oder vom PP Chemnitz, der sich dafür interessieren müsste.

**Zeuge Jens Merten:** Sicher; aber ich wusste ja nun nicht, was die wissen zu dem Zeitpunkt. Ich habe erst viel, viel später erfahren, dass ja möglicherweise die Kollegen vom Staatsschutz da auch irgendwelche Maßnahmen im Frühjahr 99/2000 federführend geführt haben. Ich kann mich nur erinnern, dass ich mal ein Verfahren auf den Tisch bekommen habe, das ich zum Staatsschutz hochgegeben habe. Das kann aber im Dezember, möglicherweise dann auch Anfang 2012 gewesen sein, wo ein möglicher Zusammenhang zu Böhnhardt und Mundlos geprüft werden sollte. Aber ich glaube, das war ein Verfahren von einem Einzeltäter, was meines Erachtens dann mit der Sache nichts zu tun hatte. Also - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nach Auffliegen?

**Zeuge Jens Merten:** Nach Auffliegen, ja. Deswegen sage ich: Anfang 2012 vielleicht auch, aber weit später. Ich wollte damit sagen: Das war, glaube ich, mein einziger Kontakt mit dem Staatsschutz in all den Jahren. Vor Auffliegen hatte ich persönlich überhaupt keinen Kontakt mit dem Staatsschutz, weil es für uns nie eine Veranlassung dazu gab, und die sind auch nie auf uns zugekommen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und auch danach nicht, dass Sie sagen - - Jetzt waren Sie ja der Sachbearbeiter der großen Raubüberfallserie, der meisten Taten zumindest, außer in Zwickau. Man wusste: In Sachsen gab es ja mal Fahndungsmaßnahmen gegen dieses Trio in den Jahren 1999 bis 2001. Daran waren Sie ja sicher nicht

beteiligt. Aber dass da noch mal jemand auf Sie zukommt und sagt: Hast du - -

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Es gab keinen Kontakt?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, keinen Kontakt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Stracke.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Die letzte Tat in Sachsen unterscheidet sich ja von den anderen Taten in der Serie dadurch, dass hier nur ein Täter gehandelt hat. Haben Sie eigentlich irgendeine Erklärung dafür, warum das der Fall ist?

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Ich habe es ja schon in meinem Statement gesagt: Für uns war das eben auch ein riesengroßes Fragezeichen. Ich meine, man kann da spekulieren, wie man will. Die beiden Täter, von denen wir annahmen, dass sie ja doch mehr als befreundet sein müssen - - Zwei Mann, die über Jahre so eine Gewaltserie verüben, müssen ja mehr als Freunde sein. Und wir waren uns sicher, dass die sich mehr als gut kennen.

Warum nun bloß einer gehandelt hat - - Wir haben gesagt: Es kann persönliche Diskrepanzen gegeben haben. Wir haben sogar so weit spekuliert: Es kann sein, der eine ist möglicherweise in Haft gegangen, und der andere sagt sich jetzt: Okay, mein Kompagnon ist weg; jetzt muss ich die Sache allein regeln. - Aber das sind alles wilde Spekulationen. Wir hatten nie einen Hinweis dazu oder einen ganz konkreten Ansatzpunkt: Warum ist der da allein gekommen?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ist das unter Umständen auch die Ursache, dass es hier zum doch schwerwiegenden Täterverhalten gekommen ist, mit Bauchschuss?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, kann ich mir vorstellen, weil der eine offensichtlich dann mit der Situation überfordert war, in der angemessenen oder seiner möglicherweise

geplanten Zeit nicht das Geld bekommen hat und dann doch irgendwie zu heftig, um es mal untertrieben zu sagen, reagiert hat. Ich denke schon, dass das eine Reaktion darauf war. Die waren nicht zu zweit, die waren nicht das eingespielte Team, und deswegen möglicherweise diese Überreaktion.

Und man darf natürlich nicht verhehlen: Wir hatten auch<sup>31</sup> in keinem Fall vorher - das liegt ja in der Natur der Dinge - - Damit will ich natürlich nichts gegen unsere starken Frauen hier sagen. Aber wir hatten es ja bis jetzt immer mit Frauen als Angestellten zu tun, und wir haben ja das erste Mal den Fall, dass wir hier zwei männliche Angestellte haben - und das spielt sicherlich auch eine Rolle, dass der Azubi jetzt sagt: „Mensch, jetzt versuche ich mal was; den überwältige ich jetzt einfach“ -, wo wir im Vorfeld vielleicht bei den anderen Überfällen keine Frau gehabt hätten, die sich das getraut hätte. Das würden wir auch nie von jemandem verlangen; ist ja logisch. Aber ich denke mal, das kann auch eine Rolle gespielt haben.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Hatten Sie eigentlich jemals stichfestere Hinweise dahin gehend, dass es sich unter Umständen bei der Serie oder bei einzelnen Taten der Serie um drei Täter handeln könnte?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, hatten wir nicht. Das war einfach eine Version von uns, spätestens ab dem Zeitpunkt, wo die mit den Fahrrädern davonfahren und in Zwickau in Erscheinung getreten sind, wo wir sagen: Wohnen sie in Chemnitz und machen den Überfall in Zwickau, und wie kommen die nach Chemnitz zurück? Oder wohnen sie in Zwickau und haben vorher Überfälle in Chemnitz gemacht?

Also, spätestens ab der Version haben wir favorisiert - wir wissen es ja bis heute nicht; das kann möglicherweise auch nur vielleicht die Frau Zschäpe noch mal irgendwann aussagen -, dass es möglicherweise einen dritten Mann gibt, der im Tatfahrzeug irgendwo auf die beiden wartet, die Fahrräder werden ins Auto verladen, und die fahren dann zu dritt weg. Aber wir haben nie einen konkreten Hinweis darauf gehabt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): In den Akten findet sich eine Zeugenaussage dahin gehend, dass unter Umständen einer der Täter in Begleitung eines Kindes gesehen

worden ist. Können Sie uns dazu irgendwas sagen?

**Zeuge Jens Merten:** Da muss ich jetzt passen. Können Sie das ein bisschen genauer sagen, bitte?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja, und zwar eines Bauarbeiters namens Kölner (?).

**Zeuge Jens Merten:** Vielleicht - - In welchem - - Bei welchem Überfall?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ich müsste es suchen. Ich suche Ihnen das nachher heraus.

Noch eine Frage: Sie haben ja gesagt, Sie haben die Namen der jetzt aufgekommenen und bekannten Terrorzelle niemals gewusst. Umgekehrt gesehen: Hat denn Ihr Kollege aus Thüringen eigentlich Sie in irgendeiner Weise da mal aufmerksam gemacht aus Gotha?

**Zeuge Jens Merten:** Meinen Sie im Vorfeld der Aufklärung?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Nein, auch nicht. Wir hatten auch vorher niemals Kontakt miteinander.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann habe ich keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat noch jemand bei der Union eine Frage? - SPD? - Auch nicht. FDP? - Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Stracke, Sie meinten jetzt den Herrn Wötzel? - Er meinte jetzt den Herrn Wötzel, mit dem Sie noch nie Kontakt gehabt haben?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, richtig. Also, mit dem Herrn Wötzel hatte ich vorher auch nie Kontakt, erst nach den beiden Überfällen im November 2011.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben vorhin gesagt, es wurden die üblichen Maßnahmen bei den Banküberfällen, zumindest bei Ihnen im Bereich, durchgeführt, unter anderem Ringfahndung. - Und da war keine Auffälligkeit, um das noch mal festzu-

<sup>31</sup> Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

stellen - das habe ich richtig verstanden? -, also kein Wohnwagen oder Ähnliches?

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Bei der Sache am 04.11. hat Sie dann der Herr Leucht angerufen. Hat er Sie angerufen, oder wie war das?

**Zeuge Jens Merten:** Sie meinen am 05.11. Welches Jahr?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Am 04.11.2011, -

**Zeuge Jens Merten:** Ach so, ja; okay.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): - als der Wohnwagen brannte, hat Sie der Herr Leucht angerufen?

**Zeuge Jens Merten:** Das war das, wo ich gerade sagte: Es kann durchaus sein, dass mich erst der Herr Leucht informiert hat und ich dann mit dem Herrn Wötzel gesprochen habe. - Das kann durchaus sein. Aber ich kann es jetzt nicht genau sagen. Es müsste in der Akte stehen, im Aktenvermerk.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja. Also, Sie haben zuerst mit Herrn Leucht gesprochen. Und Herrn Leucht kannten Sie auch schon?

**Zeuge Jens Merten:** Den kannte ich vorher. Wir haben also seit dem ersten Zwickauer - - Andersrum: Wir hatten vorher schon, vor der Überfallserie, ab und zu dienstlich miteinander zu tun, weil er der Kommissariatsleiter vom Raubkommissariat in Zwickau war und es immer mal irgendwelche Parallelen gegeben hat, wo wir Hand in Hand zusammengearbeitet haben mit den Zwickauer Kollegen. Aber ganz explizit haben wir seit dem ersten Zwickauer Überfall ganz direkt im schnellen Kontakt zusammengearbeitet, richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie noch sagen, wann er Sie an dem Tag angerufen hat? Das würde mich interessieren.

**Zeuge Jens Merten:** Also, wenn ich dazu einen Aktenvermerk geschrieben habe, dann

steht es ganz konkret drin. Dann habe ich garantiert geschrieben: „am heutigen Tage“ oder „am Soundsovielten“.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, „am heutigen Tage“.

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Und dann muss ja oben rechts ein Datum stehen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, am 04.11.; aber nicht, wann. Kurz vor der Abendpause oder so oder wann? Das ist schwer zu sagen.

**Zeuge Jens Merten:** Sorry, daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Denn was mich ja wundert, ist, dass am 04.11. doch schon viel los war in Thüringen und in Sachsen, und zwar unabhängig voneinander. Das ist wahrscheinlich die Professionalität der Thüringer und der sächsischen Polizei, dass in so einer Situation, die man schon als Ausnahmesituation gewissermaßen bezeichnen kann, daran gedacht wird, sich gegenseitig zu informieren - noch am gleichen Tage -, dass die beiden Bankräuber die sein müssen, die die Taten vorher auch begangen haben. Also, während die Wohnung sozusagen brannte, explodiert war, während der Wohnwagen brannte, hat man bereits die Informationskette aufgebaut und alle informiert. Also, der Herr Wötzel - - Wieso eigentlich von der KPI Gera? Das haben Sie hier reingeschrieben in Ihren Vermerk. War das ein Versehen?

**Zeuge Jens Merten:** Dann war es sicher ein Versehen. Da müsste sicherlich „Gotha“ hin, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, der Herr Wötzel hat den Herrn Leucht angerufen, und der Herr Leucht hat Sie dann angerufen -

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): - und hat Sie informiert. Das ist üblich, dass man noch gleich am Tag sich gegenseitig informiert?

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das ist schon üblich. Ich weiß jetzt nicht, wo Ihre Frage hingeht, möglicherweise dahin gehend, warum es jetzt nicht über den übergeordneten Weg geht. Aber das ist ja einfach der Vorteil der Polizei, dass man auch auf dem kleinen, schnellen, kurzen Dienstweg, wie man manchmal so schön sagt, eigentlich oftmals viel effektiver arbeiten kann als über die große Schiene. Da machen wir uns sicherlich nichts vor: Das wird sicherlich in allen Bereichen so sein.

Aber durch diese Extravaganz dieser Serie und die Schwere der Taten war es überhaupt kein Ding und was ganz Normales, dass der Herr Wötzel den Leucht und der mich natürlich sofort am selben Tage auch noch anruft. Das ist einfach was ganz Logisches.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja. - Sie schreiben in Ihrem Vermerk, dass durch das Wohnmobil also für Sie da auch relativ schnell klar war, dass das die gewesen sein müssen.

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nun hat aber ein Wohnmobil eigentlich selten vorher eine Rolle gespielt bei den anderen.

**Zeuge Jens Merten:** Schon. Aber das Wohnmobil war ja insofern ganz interessant, weil wir ja spätestens seit dem dritten, vierten Überfall, wo die mit Fahrrädern geflüchtet sind, diese Version favorisierten, was ich vorhin schon sagte, dass die in der Nähe ein Tatfahrzeug zu stehen haben. Und was kann ich denn Besseres haben als ein Wohnmobil, wo ich auf die Schnelle zwei Räder reinstelle und gewiss bin, dass eine Polizeistreife, die möglicherweise eine Fahndungskontrolle auf der Ausfahrtstraße macht, ein Wohnmobil vielleicht durchwinkt, weil sie sagt: „Ach, Mensch, die kommen aus dem Urlaub; komm, lass die durchfahren“? Deswegen hat mir das Wohnmobil gleich von Anfang an gefallen, als das hier zur Rede stand. Und deswegen - - Das war ja einer von den Punkten, wo wir sagten: Mensch, das haben die vielleicht 2003, 2004 schon so gemacht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ab wann hatten Sie ungefähr das Wohnmobil als eine gute Idee entdeckt?

**Zeuge Jens Merten:** Nein, nicht das Wohnmobil konkret, sondern ich sagte vorhin: einfach ein größeres Fahrzeug oder einen Transporter oder irgendwas, wo natürlich Fahrräder und mindestens zwei oder drei Personen reingehen. Aber nach dem dritten und vierten Überfall - das waren die beiden in Zwickau, wo die das erste Mal mit Fahrrädern geflüchtet sind - haben wir diese Version, dass es ein Tatfahrzeug geben könnte, favorisiert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dann beschreiben Sie bitte noch mal Ihren Eindruck - - Also, Sie schreiben dann in Ihrem Vermerk relativ genau, was passiert ist - Sie sind der dritte Mann in der Informationskette sozusagen -: Zwei Polizisten nähern sich einem Wohnmobil an, man hört zwei Knallgeräusche, das Wohnmobil geht in Flammen auf, und man findet dann später zwei Leichen. - Das hat doch eigentlich mit Ihrer Sache, die Hergehensweise, gar nichts zu tun. Warum haben Sie das in Ihren Vermerk reingeschrieben? Es hätte auch ausgereicht: Es wurden zwei Leichen entdeckt, die höchstwahrscheinlich unsere Männer sind. - Warum schreiben Sie noch rein, was da alles passiert ist?

**Zeuge Jens Merten:** Das ist einfach so meine Art oder wie ich denke, dass andere Kollegen das auch machen. Das ist einfach eine Fülle von Informationen gewesen. Ich wusste schon im Kopf, ich muss dazu einen kleinen Vermerk schreiben. Und dann habe ich einfach das, was ich erfahren habe, auch gleich dort reingeschrieben. Da gab es jetzt keinen großartigen Hintergedanken, wie auch immer. Das waren die Infos, die ich hatte, und die habe ich einfach gleich mit reingeschrieben, dass das erst mal dokumentiert ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja. Da sind ja auch - - Also, so wie Sie es aufgeschrieben haben, sind das die offiziellen Ergebnisse, die man in den drei Sätzen auch mit den gleichen Worten immer wieder gelesen hat seitdem. Und dann stößt man ja erst recht darauf, weil Wiederholungen auch gerade bei der Ermittlung ja immer so ein Hinweis sind. Wenn sich etwas wortgleich wiederholt, muss man ja diese Wortgleichheit auch noch mal prüfen, ob es dann erst recht nicht ein Hinweis darauf ist, dass da vielleicht irgendwo was im Argen liegt.

**Zeuge Jens Merten:** Also, sorry; aber ich verstehe jetzt nicht, was Sie meinen, dass da was im Argen liegen könnte. Ich habe einfach das dokumentiert, was der Kollege Leucht mir an dem Tag mitgeteilt hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und warum wollte Herr Leucht nicht, dass Sie noch an dem Tag mit Herrn Wötzel telefonieren? Warum hatte er was dagegen?

**Zeuge Jens Merten:** Können Sie mir die entsprechende Stelle bitte mal vorlesen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie haben ihm gesagt, dass Sie mit Herrn Wötzel von der KPI Gera das noch besprechen wollen.

**Zeuge Jens Merten:** Ich weiß schon, wo es hingeht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Dazu teilte Kollege Leucht mit, dass er sich schon - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja, alles klar. Das hing einfach damit zusammen, dass der Herr Wötzel aufgrund dieser Fülle von Maßnahmen, die an dem Tag für ihn natürlich jetzt auf dem Programm standen, nicht noch mal explizit mit mir alles durchsprechen wollte, weil er ja recht ausführlich - - Und Sie sehen es ja, dass er recht ausführlich dem Herrn Leucht mitgeteilt hat, und das kann für mich vielleicht auch der Grund gewesen sein, dass ich gleich sagte: „Gut, dann schreibe ich das gleich in meinen Aktenvermerk rein“, weil er einfach den Herrn Wötzel etwas entlasten wollte, weil der an dem Tag ja nun Stress ohne Ende hatte. Und deswegen hatte er mich, glaube ich, gebeten: Pass auf, du brauchst heute nicht anzurufen. Lass dir mal noch einen Tag Zeit. Der hat heute Megastress. Ruf den morgen an oder die Tage. Ich habe mit ihm so weit erst mal alles geklärt. - Ich glaube, das war einfach der Hintergrund, nichts anderes.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber das war ja auch der Einstieg in meine Fragen: Warum ist es Herrn Wötzel erst mal sehr wichtig, Ihnen mitzuteilen, dass die Serie aus den letzten zehn Jahren aufgeklärt ist, an diesem Tag? Warum war ihm das so wichtig, wo man eigentlich sagen könnte - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja, das ist doch Polizistenehre. Wenn er weiß, dass wir hier in Sachsen zwölf Jahre an einer Überfallserie ermittelt haben und es uns nicht gelungen ist, das aufzuklären, und er hat jetzt den Punkt, wo er bloß eine Nummer zu wählen braucht und ruft uns an und sagt: Mensch, ob nun wir Thüringer Polizisten - für mich sind wir alle eine Polizei - das halt haben aufklären können, egal unter welchen Umständen - - Das hätte ich genauso gemacht. Ich verstehe jetzt nicht ganz, was daran für Sie so verwerflich ist.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Das ist kollektiver als bei der FDP!)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bei den Grünen wäre das vielleicht auch einen Tag später erst gemeldet worden, weil dann ist ja die Information immer noch gleich viel wert.

**Zeuge Jens Merten:** Aber daran sehen Sie vielleicht im Umkehrschluss, wie wir offenbar dem Herrn Wötzel gegenüber nach dem ersten Überfall schon deutlich gemacht haben, wie wichtig uns diese Aufklärung ist. Und das hat er sicher zum Anlass genommen, uns auch gleich zu informieren. Und ich finde, es gibt überhaupt gar keine andere Frage. Ich hätte es genauso getan.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und dann haben Sie sich einen Tag später oder zwei Tage später sehr intensiv dafür interessiert, ob die Gewerbeanmeldungen hatten, also der Mundlos. Warum haben Sie das eigentlich gemacht?

**Zeuge Jens Merten:** Da spielen Sie jetzt möglicherweise auf das Ersuchen an, das ich bekommen habe von der Soko „Capron“.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, richtig. - Da habe ich also ein Ermittlungsersuchen bekommen. Die haben also darum gebeten - - Es gebe wohl Anhaltspunkte, dass - ich weiß nicht, wer - Mundlos oder Bönnhardt hier in Chemnitz wohl mal ein Computergeschäft betrieben hätten. Dazu sollte ich entsprechende Ermittlungen führen, sollte mich mit dem Gewerbeamt in Verbindung setzen, was ich auch getan habe. Wir haben dort eine

recht umfassende Recherche geführt, die wir recht allgemein gehalten haben, damit uns dort nichts durchflutscht. Und ich meine, mich zu erinnern, dass mir das Gewerbeamt eine CD - darum hatte ich gebeten, weil die Listen zu umfangreich waren - gegeben hat, die ich eins zu eins an die Soko „Capron“ dann im Rahmen der Antwort auf dieses Ermittlungsersuchen weitergeschickt habe.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und warum wollten die das unbedingt von Ihnen haben? Weil man Sie jetzt einmal kannte oder - - Sie sind ja normalerweise für Raubüberfälle zuständig.

**Zeuge Jens Merten:** Richtig. Aber das hat ja nur mit unserer Serie zu tun gehabt. Die Abfrage sollte in Chemnitz erfolgen, und da haben sie sich natürlich logischerweise an mich gewandt, weil sie wussten, ich habe nun zwölf Jahre schon an dieser Serie gearbeitet.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und dann könnten Sie auch mal beim Gewerbeamt nachfragen, oder was?

**Zeuge Jens Merten:** Richtig, ja. Das ist also einfach auf dem kurzen, schnellen Dienstweg - - Ähnlich wie wir drei Kollegen uns ja wegen der beiden Überfälle auf die Schnelle unterhalten haben, ist das also auch nichts Unübliches. Das ist ja logisch. Ich hatte ja auch die Detailkenntnis. Es hätte also durchaus sein können, dass ich sage: Mensch, klar, ich weiß, dass der ein Geschäft hat. Was wollt ihr denn alles wissen? - Sicherlich war das der mögliche Hintergrund. Aber da ich dazu nichts wusste, habe ich gesagt: Selbstverständlich erledige ich dieses Ermittlungsersuchen. - Das war also gar kein Problem.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. - Das Fragerecht wechselt. Ich muss mal die Linkspartei fragen: Sind Sie einverstanden mit einer Zwischenfrage von Herrn Binninger, Herr Petermann?

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nur weil wir es gerade mit den Telefonkontakten

unter Kollegen hatten: Versuchen Sie sich noch einmal daran zu erinnern - - Wie hieß Ihr Kollege in Zwickau?

**Zeuge Jens Merten:** Leucht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Mit dem hatten Sie ja Kontakt am 4. November 2011, ja?

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil Sie waren sich vorhin nicht mehr ganz sicher, ob der -

**Zeuge Jens Merten:** Im Aktenvermerk steht es ja so drin, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - Wötzel bei Ihnen oder über Leucht - - Und der Leucht hat Sie - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Hat der Ihnen dort oder auch schon am Tag danach auch etwas gesagt - eher spontan -: „Stell dir vor“ oder „Stellen Sie sich vor“ - je nachdem, ob Sie per du oder per Sie sind -, „wir haben auch gerade noch einen Hausbrand in Zwickau; da ist eine Wohnung in die Luft geflogen. Das könnte auch damit zusammenhängen“?

**Zeuge Jens Merten:** Da müsste man jetzt in den Aktenvermerk gucken. Wenn er es mir erzählt hat - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Mir wäre lieber, wenn Sie in Ihrem Gedächtnis kramen.

**Zeuge Jens Merten:** Nein, sorry; aber wenn, dann hätte ich es dort reingeschrieben. So detailreich, wie ich alles andere auch geschrieben habe, hätte ich das da mit reingeschrieben. Aber ich kann es - - Ich weiß es nicht mehr, nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Daran erinnern können Sie sich nicht, -

**Zeuge Jens Merten:** Nein.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): - dass er gesagt hat: „Wir haben jetzt dort den Banküberfall, und hier bei uns ist gerade ein Haus in die Luft geflogen“? Das löst ja auch einen Polizeieinsatz aus.

**Zeuge Jens Merten:** Ich sage mal so: Es muss ja ungefähr - weil ich vorhin auch nach der Zeit gefragt wurde, nach der Uhrzeit - irgendwas um den Nachmittag gewesen sein. Möglicherweise hat den Herrn Leucht diese Nachricht mit dem brennenden Haus auf der Frühlingsstraße zu dem Zeitpunkt noch gar nicht erreicht. Ich weiß es aber nicht.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Das Haus war 15 Uhr und der Banküberfall, das Ende, war 12 Uhr.

**Zeuge Jens Merten:** Ja, richtig. Also, es kann ja durchaus sein - - Wir haben jetzt um 14 Uhr schon telefoniert; da konnte der Herr Leucht das mit dem Haus ja noch gar nicht wissen. Ich bin sicher, ich hätte es sonst mit reingeschrieben, so wie ich alles andere auch reingeschrieben habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Petermann, bitte.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Also, die angekündigte letzte Frage: Herr Merten, hatten Sie jemals in dieser Sache mit dem Staatsschutz bei Ihnen im Hause gesprochen bzw. im LKA?

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Ich sagte es ja gerade schon mal: Also, es gab in der ganzen Zeit keinen Kontakt zum Staatsschutz, weder von unserer Seite - weil wir keinerlei Veranlassung dazu hatten - noch von der Seite des Staatsschutzes, dass da mal jemand dagewesen wäre und gesagt hätte: „So, wir haben hier Observations, da haben wir welche. Habt ihr da was Ähnliches?“ oder dergleichen. Wir haben keinen Kontakt gehabt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nur eine Frage zu einem Komplex; der Kollege Kurth hat mich auf die Idee gebracht. Kollegial zu sein, ist ja richtig gut. Aber nun wird zum Teil in den Medien

gesagt: Gotha war besser. Die haben einen Ringalarm schon vorbereitet, und dadurch sind ihnen die beiden sozusagen in die Lappen gegangen. - Ärgert Sie das, oder lässt Sie das völlig kalt? Und die Anschlussfrage: Ich weiß - das haben Sie im Sächsischen Landtag schon gesagt -, dass Sie für die Auslösung von Ringalarm nicht zuständig sind; aber es ist ja wohl Tatsache, dass es nur viermal geschehen ist in dem Komplex Zwickau/Chemnitz.

**Zeuge Jens Merten:** Okay. - Gotha ärgert mich überhaupt nicht - das kann ich gar nicht so sagen -, weil das nicht ganz korrekt ist. Die waren also nicht schneller mit irgendeiner Ringalarmfahndung oder wie auch immer, wie das jetzt so rüberkam ein kleines bisschen. Die hatten einfach nur den entscheidenden Hinweis eines Zeugen, der ein Kennzeichenfragment benennen konnte, im Rahmen dessen die Gothaer Kollegen in der weiteren Absuche des Tatortumfeldes und des weiteren Bereiches auf dieses Wohnmobil gestoßen sind bzw. dann wohl den Hinweis auf dieses V-Kennzeichen und dieses Wohnmobil erhalten haben. Das war einfach das, was uns zwölf Jahre nicht vergönnt war: dieser kleine, wie ich immer sage, Kommissar Zufall, dass man mal eben einen Zeugen hat, der ein Auto sieht, wo die ihre Fahrräder verladen, und mal ein Kennzeichen bringt. Das hatten wir all die Jahre nicht. Das hatten die Gothaer.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber die Täter sollen ja dort stehen geblieben seien - „sollen“ sage ich -, weil sie wussten, es gibt Ringalarm, und weil sie den abwarten wollten - als Hypothese, die nun auch überall verbreitet wird. Ohne Ringalarm hätten sie ja wegfahren können. Dann wäre man möglicherweise irgendwann auf das Wohnmobil gestoßen, möglicherweise. Aber sie wären ja dann erst mal weg gewesen.

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Aber wenn die erst nach der Ringalarmfahndung wegfahren, wären sie nicht registriert worden; also wären sie weg gewesen. Und wenn wir jetzt den Hinweis von dem Zeugen mit dem Kennzeichen nicht gehabt hätten, hätten die Polizisten - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Der kam dazu. Aber ohne - -

Wir sind ein bisschen im hypothetischen Bereich; das gebe ich ja zu. Aber der wurde ja auch gefeiert, Ihr Kollege in Gotha, und es wurde gesagt: Der hat es geschafft, der verdient einen Orden, der war vorbereitet, und er hatte auch schon einen Ringalarm vorbeitet.

**Zeuge Jens Merten:** Nein. Dazu muss ich erst mal was sagen, Entschuldigung.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Jens Merten:** Diese Vorbereitung Ringalarm - - Es gibt keine Vorbereitung Ringalarm. Ganz kurz zum Ablauf: Es wird bekannt, dass ein Überfall stattgefunden hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Moment! Nur aus alter Verbundenheit: Details, wie eine Ringalarmfahndung abläuft, brauchen Sie uns hier nicht zu erzählen, weil das einfach polizeitaktische Dinge sind. Sie können es so ein bisschen eindampfen, dass Sie - -

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Aber dann kann ich es leider nicht erklären, weil - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich erkläre es dem Kollegen hinterher.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Reicht es Ihnen, das von Herrn Binninger erklärt zu bekommen, oder möchten Sie es vom Zeugen hören?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf lege ich gar keinen Wert mehr. Meine Frage ist ja eigentlich - - Ich habe es ja deutlich gesagt: So stand es in den Medien. - Das haben Sie ja wahrscheinlich auch gelesen.

**Zeuge Jens Merten:** ... (akustisch unverständlich)

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Deswegen sind sie nicht weggefahren. Also hat der ausgelöste Ringalarm - warum auch immer, ob vorbereitet oder nicht - möglicherweise dazu beigetragen, dass sie aus dem Leben schieden in dieser Situation.

Meine Frage ist ja eher - auch wenn Sie nicht der Verursacher von Ringalarm in Sachsen sind -, ob Sie sich erklären können, warum er so selten ausgelöst wurde. Gerade da Sie die Theorie hatten - die ja möglicherweise richtig war -, die verladen ihre Fahrräder in irgendein Automobil, wäre es ja doch sehr sinnvoll gewesen, einen Ringalarm zu machen, insbesondere zwischen Chemnitz und Zwickau.

**Zeuge Jens Merten:** Stimmt. Aber ich bin nicht zuständig, zu entscheiden, wann ein Ringalarm ausgelöst wird und wann nicht. Das obliegt wirklich der Entscheidungskraft des Führungs- und Lagezentrums einer jeden PD, weil ich erst nachgeschaltet die Information von dem Überfall bekomme. Diese Auslösung Ringalarmfahndung ergeht sofort - mehr sage ich nicht dazu -, wenn bekannt wird, dass es einen Überfall gegeben hat. Und nach der möglichen Auslösung Ringalarm vom Führungs- und Lagezentrum - ob nun ja oder nein; ich kann nicht sagen, warum er in einigen Fällen nicht ausgelöst wurde - bekommen wir als Kriminalisten die Info und rücken aus zum Tatort. Aber warum es jetzt nicht in allen Fällen gemacht wurde, das kann ich nicht sagen; aber es wäre schön gewesen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Darf Herr Binninger ganz kurz?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vier ist ja eine deutliche Minderheit. Nicht in allen Fällen, sondern in einer Minderheit von Fällen wurde es dann nur gemacht.

**Zeuge Jens Merten:** Das ist eine Minderheit, ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich erlaube eine Zwischenfrage des Experten Binninger, des ... (akustisch unverständlich) Experten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Lang ist es her, lang ist es her. - Sie haben ja gesagt, die Ringalarmfahndung wird vom Führungs- und Lagezentrum ausgelöst, unmittelbar wenn der Notruf eingeht; Details können wir weglassen. Aber es wäre natürlich, Herr Merten, nach dem fünften, sechsten, siebten Raub, wo Sie ein bisschen was über das

Fluchtverhalten der Täter ja kannten, Ihnen oder Ihrem Vorgesetzten unbenommen gelieben, zu sagen: Für den nächsten Banküberfall besprechen wir das heute schon mit dem Führungs- und Lagezentrum, wie wir uns dann verhalten. - Wurde das denn gemacht? Das hat offensichtlich ja Gotha gemacht. Gotha hat ja für den vorsorglichen Fall, sie kommen zurück, vorher schon alle instruiert, wie man sich dann zu verhalten hat, hat es also nicht der Momententscheidung des Polizeiführers im Lagezentrum überlassen, die dann so oder so ausfallen kann. Haben Sie das damals in Chemnitz auch mal erwogen, Ihr Lagezentrum und alle, die dann mit Fahndung ja betraut sind, vorbeugend zu instruieren: Wie gehen wir damit um als Strategie?

**Zeuge Jens Merten:** Ja. Ich meine, mich zu erinnern, dass wir in der Mitte der Verfahren - also, das kann 2003, 2004 gewesen sein - mal so ein Gespräch mit dem Leiter vom Führungs- und Lagezentrum hatten, wo genau das angesprochen wurde - das war möglicherweise auch schon, nachdem wohl ein- oder zweimal nicht ausgelöst wurde; ich glaube, das war in Zwickau gewesen - und wo wir darauf gedrängt haben, dass das für uns doch eine ganz wichtige Fahndungsmaßnahme wäre, ohne Zweifel. Da muss ich Ihnen also zustimmen. Warum es aber letztlich dann nicht getan wurde, das kann ich nicht beantworten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich fragen, ob wir eine weitere Berliner Runde benötigen. Union? - SPD? - Herr Kurth? - Herr Wolff? - Linkspartei? - Bündnis 90/Die Grünen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Nicht um Fragen betteln, Herr Vorsitzender, sondern Schluss machen! Es ist halb zehn durch!)

- Auch nicht.

Herr Merten, herzlichen Dank, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen entweder noch einen netten Abend in Berlin oder eine gute Heimreise. Sie bekommen, wie gesagt, wenn das Protokoll erstellt ist, ein Exemplar zugeschickt, mit der Möglichkeit, da noch mal

drüberzugucken und innerhalb von 14 Tagen uns zu informieren, falls da was nicht stimmen sollte oder was fehlt.

Ich will darauf hinweisen, dass wir uns um 9 Uhr morgen früh - Herr Merten, Sie sind da ausgenommen; ich meine die weiteren Damen und Herren, die Kolleginnen und Kollegen - wiedersehen zur nächsten Sitzung. Diese findet statt - darauf will ich ausdrücklich hinweisen - im Anhörungssaal drüben im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, nicht hier in diesem Raum, weil er belegt ist.

Ich würde dann die Sitzung schließen. Ich habe aber die Bitte, dass sich die Obleute noch mal kurz fünf Minuten mit mir und Herrn Georgii und Herrn Stracke zusammensetzen. Die Sitzung ist beendet.

(Schluss: 21.45 Uhr)

rere Befragungen des MAD gegeben haben sollte, was der Artikel ja nicht expressis verbis behauptet, sondern der Freund sagt: „Verfassungsschutz/MAD“, dann spricht dafür wenig. Denn bei den Aussteuerungen - siehe auch in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und zum Bundesamt für Verfassungsschutz - wäre nach meinem Dafürhalten und meiner Logik die anderen Befragungen auch ~~ausgetauscht~~ <sup>ausgetauscht</sup>, auch ausgesteuert worden und müssten sich heute zwangsläufig irgendwo dort wiederfinden im Gesamtkontext. Meine These: Nicht auszuschließen ist, dass Mundlos auch vom Verfassungsschutz befragt worden ist in der Zeit; nicht in einer Kaserne.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Kaserne!)

- Nicht in einer Kaserne. - Aber ich kann nicht ausschließen, dass der - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in einer Kaserne! Aber der Zeuge sagt: im Arrest!)

- Wir?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, im Artikel sagt er das!)

**Serkan Tören (FDP):** Nein, im Arrest.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ach so.

**Serkan Tören (FDP):** Ist denn das Bundeskriminalamt noch mal irgendwie auf Sie zugekommen wegen dieser Befragung des Freundes?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Meines Wissens nicht.

**Serkan Tören (FDP):** Also, Sie wissen auch nicht, wer dieser Freund da ist?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, das ist ja jetzt auch lange nach meiner Zeit.

**Serkan Tören (FDP):** Ja, deswegen frage ich ja. Aber Dezember 2011 hat ja noch eine Befragung dieses Freundes stattgefunden durch das Bundeskriminalamt.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein, meines Wissens ist das Bundeskriminalamt

nicht auf uns zugekommen, mit keiner Frage in diesem Kontext zu Mundlos.

**Serkan Tören (FDP):** Vielleicht noch ein paar Fragen. Können Sie eigentlich sagen, ob aus dem Umfeld des Trios, ob da der MAD irgendwie weitere Personen gefragt hat? Oder haben da Interviews stattgefunden aus dem Umfeld des Trios?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt müssten Sie mir zunächst, Herr Abgeordneter, sagen, wie weit Sie das Umfeld ziehen. Ich meine, schon im Frühjahr war ja dann die Zahl der Personen - ich habe das in einer Liste nachhalten lassen -, über die wir von Dritten, also den zehn Stellen ungefähr, die uns gefragt haben, gefragt worden sind -- Da waren wir ja auch bei über 100 angekommen, zu denen diese Liste geht.

**Serkan Tören (FDP):** Diese Liste meinte ich ja, die spreche ich ja an.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Deshalb kann ich nicht sagen, inwieweit der MAD im Umfeld - ohne das Trio - von Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe, wenn Sie so wollen -- Ja, denn die Befragung des Herrn H. müsste man ja dann in diesem Sinne - so interpretiere ich Sie, Herr Abgeordneter - unter „Umfeld“ sehen.

**Serkan Tören (FDP):** Meistens ging es ja um Wehrpflichtige: Ist auch im Offiziersbereich irgendwie -- Gab es da auch eine Beobachtung oder Interviews?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Zu jener Zeit?

**Serkan Tören (FDP):** Ja.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Kann ich nicht sagen. Wenn es Verdachtsfälle im Offiziersbereich gegeben hat in jener Zeit, dann hat der MAD da selbstverständlich auch und umso intensiver gefragt. Aber im Nachlauf oder im Rücklauf aller Befragungsberichte, die ich gelesen und erhalten habe, habe ich keinen Offizier gesehen.

**Serkan Tören (FDP):** Keinen.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

heitsbescheides ist, zahlreiche Sicherheitsbescheide auch für Grundwehrdienstleistende nicht erteilt worden sind. Das ist meine Erinnerung über die Sicherheitsüberprüfung. Bitte nehmen Sie das mal zu dem Thema hinzu.

Im Rahmen Extremismusbeobachtung und Folgen habe ich das zwischen 94 und 97 nicht beobachtet, sondern erst wieder 98 beobachtet. Und auch dort, vor dem Untersuchungsausschuss, hatte ich nicht den Eindruck, dass das, was der MAD dort sagt und vorschlägt und macht und berichtet, keine Folgen hat. Ich erinnere mich allerdings an die ein oder andere Diskussion dann im Ministerium, auch mit dem einen oder anderen Rechtsberater, dass der MAD am Anfang des Prozedere, wenn Sie so wollen, als Staatsanwaltschaft Informationen erhebt, auch entlastende, und sie vorträgt und auf der anderen Seite zum Teil auch oft das Prozessrisiko eine Rolle gespielt hat, das Prozessrisiko abgewogen wurde und gesagt wurde: „Mit dem und dem Sachverhalt“ - davon vielleicht nur der und der Teil ~~Verhalt~~ ~~wat~~ und der und der Teil ~~Beweis-wat~~ - „würden wir bei einem Disziplinarverfahren bzw. bei einem Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung oder einem Entlassungsverfahren möglicherweise nicht durchdringen.“ Das alles hat eine Rolle gespielt; aber intensiv, nachdem ich dann da war - nicht weil ich da war; um Gottes willen -, nachdem ich dann im Ministerium aufgeschlagen bin.

Und nach 98 ist dies - „dies“ heißt: Was geschieht damit, und geschieht das konsequent mit solchen Informationen? -- war ständiges Thema der Leitung. Und die Minister und die Staatssekretäre, die ich in meiner Zeit im Ministerium erlebt habe, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, für die war das immer ein Leitungsthema und ein ständiges Thema, auch gegenüber den Inspektoren der Teilstreitkräfte darauf zu dringen, dass es mit Informationen in Sachen Rechtsextremismus keinerlei Kompromissbereitschaft gibt. So erinnere ich das.

Und wenn es den ein oder anderen Fall gab, in dem die Truppe - verzeihen Sie mir den Ausdruck „die Truppe“ - an der Stelle eines Kommandeurs nicht entsprechend reagiert hat, dann gab es Weisung, dies vorzutragen seitens des MAD, und dann wurde vonseiten der Leitung dort direkt interveniert. So habe ich das in Erinnerung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Wir kommen nun, nachdem die Grünen ihre Zeit 50 Prozent mit meiner Duldung überschritten haben, zur nächsten Berliner Runde - das nur vorsorglich, Herr Wieland. Das Fragerecht hat wieder die Unionsfraktion, und es fährt fort der Kollege Stracke.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ich knüpfe an an die Fragen des Kollegen Wieland zum Thema Umgang mit Extremismus, speziell Rechtsextremismus in der Truppe. Die Bundeswehr oder gar eine Wehrpflichtarmee ist ja ein Spiegelbild der Gesellschaft. Und mich würde jetzt einfach mal der Blick auch in die Zukunft interessieren. Mit welchen Veränderungen rechnen Sie denn eigentlich, gerade mit dem Blick auf Rechtsextremismus in der Truppe, durch den Wegfall der Wehrpflicht?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Eine schwierige Frage, Herr Abgeordneter, das zu prognostizieren, erst recht für einen ehemals Verantwortlichen, der sich nun nicht mehr in Verantwortung befindet. Aber mich hat das Thema natürlich nach dem Wegfall der Wehrpflicht und bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienst auch schon sehr interessiert. Wir waren uns mit dem Ministerium darüber einig - und ich weiß, dass bei meinem Ausscheiden daran noch gearbeitet wurde -, dass die ehemaligen, alten wirksamen Vorbeugungsinstrumente der Zusammenarbeit mit den Kreiswehrratsämtern beim Wegfall der Wehrpflicht und des Kreiswehrratsamtes als solchem nicht mehr greifen würden und dass man neue Instrumente wird etablieren müssen, um das unerkannte Eindringen von Rechtsextremisten in die Bundeswehr zu verhindern. Das war Konsens. Welche Instrumente dort jetzt etabliert worden sind, kann ich nicht sagen. Aber es wird nicht einfacher werden; so war unsere These.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Können Sie denn da hinsichtlich Ihrer Überlegungen das noch ein bisschen aufschließen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich hatte die eine oder andere Überlegung, die ich auch gegenüber dem Ministerium artikuliert habe. Ich weiß nicht, ob wir Schriftsätze ausgetauscht haben; auf der Arbeitsebene, ja. Ich persönlich habe, glaube ich, jedenfalls zu diesem Thema keine Schriftsätze ausgetauscht, aber ich habe -- Ich bin so ausgeschieden, dass ich letztendlich das Schlüs-

dieser Datei im MAD-Amt gab. Das ist mir nie vorgetragen worden. Im Nachhinein habe ich erfahren, dass ein findiger Mitarbeiter sich erinnert hat und dann zu seinen Vorgesetzten gesagt hat: Da gibt es noch Reste dieser Datei. - Ich kannte diese Datei nur aus meiner Vorvorzeit im MAD, und ich wusste - und mit nichts anderem habe ich auch gearbeitet -, dass die Abteilung Extremismusabwehr im MAD längst, Mitte des Jahrzehnts ungefähr, auf die Datei ~~EXTRA 21 (?)~~ also Extremismusabwehr 21, umgestellt war und dass mit „Veranda“ weder gearbeitet wurde noch dass sie dazu noch hätte dienen können, um Informationen oder Reste von Informationen zu generieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie haben Sie denn davon erfahren, dass es noch so einen „Veranda“-Auszug gibt, so einen Ausdruck? Da waren Sie ja schon nicht mehr im Dienst.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das habe ich am 5. November erfahren, als ich im MAD-Amt war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** 5. November 2011?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** 5. November 2012, als ich nach der Ladung im MAD-Amt war -

**Dr. Eva Högl (SPD):** 12? Ah, okay, als Sie sich vorbereitet haben.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - und man mir das erzählt hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay, alles klar. Da haben Sie das dann im Rahmen Ihrer Vorbereitung erfahren. Und dann haben Sie ja auch den Ablauf gesehen; denn Sie haben sich das ja sicherlich angeguckt. Das ist ja ein Beleg neben dem Befragungsprotokoll dafür, dass der MAD mit Uwe Mundlos Kontakt hatte.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Sorry, bei den Unterlagen, die man mir dort gezeigt hat, war dieser Auszug, soweit ich das erinnere, nicht dabei. Also, da müssten Sie mir den Ablauf noch mal kurz in Erinnerung --

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Also, ich will nur auf eine Frage noch mal kurz hinaus, nämlich die späte Befragung. Das ist etwas,

wofür wir eine Erklärung brauchen. Uwe Mundlos fällt auf Mitte August 1994 durch rechtsextremes Verhalten. Das haben wir schon erörtert. Dann gibt es auch ein Strafverfahren, Arrest wird beantragt, wird aber nicht verhängt. Und die Befragung ist dann im März, am 9. März 1995. Am 31. März 1995 endet seine Wehrdienstzeit. Wie kommt das zustande, dass er so spät befragt wurde? Haben Sie da eine Erklärung für?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das aus Ihrer Sicht nicht auch zu lang, der Zeitraum zwischen Auffallen durch rechtsextreme Verhaltensweise und Aktivität des MAD?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Das ist fraglos zu lang. Ich denke, dass man diese Frage „Wie waren die Zusammenhänge?“ nur beantworten könnte, Frau Abgeordnete, wenn man diese Akte Mundlos, also in Ihrer MAD-Konsistenz, hätte, nachvollziehen könnte: Gab es andere Kontakte? War der MAD in der Truppe? Hat er mit dem Vorgesetzten gesprochen? Hat er mit dem Disziplinarvorgesetzten gesprochen? Hat er mit dem nächsthöheren Vorgesetzten gesprochen? Hat er mit anderen aus der Gruppe, aus der Stube, aus dem Zug gesprochen? Wer hat eigentlich was zu dieser Zeit zwischen Truppe und MAD und zwischen MAD und Truppe getan? Das ist ja, soweit ich das verstanden habe, auch aus den anderen Akten nicht ersichtlich. Die Zeit ist zu lang. Es gibt nicht erst seit meiner Zeit, sondern seit Längerem, wahrscheinlich seit Ende 90, die mehrfach wiederholte Weisung - und zwischen uns und dem Ministerium so abgesprochen -, dass verzugslos zu befragen ist, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, genau, das meinte ich auch.

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** - wenn ich eine Befragungsbasis habe, und dass nach der Befragung verzugslos zu informieren ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. - Vielen Dank dafür.

Dann möchte ich noch mal auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Sie haben vorhin ausgeführt - ich weiß nicht mehr,

unterbrechen. Wir haben ja gesagt, wir verbinden das mit einer Mittagspause. Das heißt, wir setzen hier um 14.15 Uhr fort und haben dann direkt das Fragerecht der Linksfraktion.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von  
13.16 bis 14.44 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind in der zweiten Berliner Runde, und das Fragerecht hat die Linksfraktion. Die Fragen stellt der Kollege Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Herr Brüsselbach, ich möchte mal eins voranstellen: Wir haben leider nicht feststellen können, also nicht in einem einzigen Fall oder unter einem Aspekt, dass Sie als MAD-Amt in diesem ganzen Rechtsterrorismuskomplex jemals die Staatsanwaltschaft über irgendwas informiert hätten, obwohl es eigentlich aus dem MAD-Gesetz in Verbindung mit dem Bundesverfassungsschutzgesetz notwendig gewesen wäre oder zumindest möglich gewesen wäre. - Das will ich mal voranstellen.

Sie hatten unter anderem ja auch den Grundwehrdienstleistenden und wohl auch Informanten Tibor R. vernommen. Der hat in seiner ersten Befragung durch den MAD darauf hingewiesen, dass er das untergetauchte Trio kenne und dass er vermute, dass Ralf Wohlleben und André Kapke mehr über den Verbleib des Trios wüssten. Der MAD hat dann Tibor R. am 25.03.2001 mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz erneut befragt. Damals wies Tibor R. darauf hin, dass er das Trio persönlich kenne und dass die drei nach Szene-Informationen vermutlich in Chemnitz untergetaucht seien. Dann macht er weiter detaillierte Angaben darüber, dass Uwe Mundlos seit 1996 intensive Kontakte zum „Blood & Honour“-Aktivisten aus Chemnitz hatte, und nennt Namen, weist auch nochmals auf Kapke und Wohlleben als enge Unterstützer der drei Untergetauchten hin.

Durchgängig in den Akten fällt das besondere Interesse des MAD am Aufenthaltsort des Trios also auf. Der Zeuge Huth, der ja lange Jahre der Rechtsextremismus-Abteilung Ihres Hauses vorstand, hat uns dazu auf Nachfrage, ob es denn einen besonderen Auftrag gegeben habe für seine Abteilung, nach dem Trio zu fragen, zunächst gesagt,

nein, den habe es nicht gegeben. Und dann, als intensiv auch noch mal nachgefragt und Fundstellen vorgehalten wurden, hat er eingeräumt, dass es da wohl Erinnerungslücken gäbe.

Herr Brüsselbach, haben Sie möglicherweise in letzter Zeit mal mit Beteiligten des Amtes insoweit gesprochen, also nach dem 04.11.2011, hat es also aus Ihrer Sicht oder nach Ihrer Kenntnis einen Auftrag für den MAD gegeben, nach dem Trio zu suchen, nachdem es 98 abgetaucht war, bzw. können Sie unseren Eindruck bestätigen, dass Sie danach gesucht haben?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Jetzt, Herr Abgeordneter, betrifft das nicht meine Zeit im Amt, also nur das, was ich retrospektiv jetzt nach dem 04.08. ... (akustisch unverständlich) aus den Akten entnommen habe. Diese Befragung, wenn das die nämliche ist, auf die Herr Abgeordneter Binninger reflektiert hat - Chemnitz ist mir nicht bekannt -, die habe ich nicht gelesen. Ob es einen Auftrag - in Anführungszeichen - gab, kann ich nicht sagen. Ich habe keinen Auftrag gesehen. Ich habe keine gemeinsame Entschließung der Sicherheitsbehörden gesehen, nach ihnen zu suchen. Aber die ganzen Befragungsberichte, die ich gelesen habe, sofern darin die drei oder eine von diesen drei Personen vorkommen, die lesen sich für mich im Nachhinein so, als wenn alle Beteiligten, hier der MAD, gefragt haben. Wenn sich Gelegenheit gab, sprich Personen aus der Szene, aus diesem geografischen Bereich, dann wurde danach gefragt; das war mein Eindruck. Nicht durchgängig; aber wenn es Anlass gab in den Befragungen - welchen Anlass auch immer; ich kenne da die Gesamtzusammenhänge aller Akten nicht -, dann wurde danach gefragt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Und was ist dann denn aus diesen Erkenntnissen geworden, die Sie gewonnen haben bei den Befragungen?

**Zeuge Karl-Heinz Brüsselbach:** Ich habe keine Erkenntnisse gesehen. Außer der eigenen Quellenerkenntnis, die Richtung Kreta ging, habe ich keine Erkenntnisse gesehen in diesen Akten, die mir jemals gesagt hätten: Ja, der MAD wusste zu diesem und jenem Zeitpunkt, da sind sie, oder da könnten sie sein.

04.08. 08.11. 2011

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben - ich weiß allerdings nicht mehr ganz genau, wann das war; aber es war jedenfalls noch im Dezember - spätestens im Zusammenhang mit der Anfrage der *Stuttgarter Nachrichten* selbstverständlich auch beim MAD nachgefragt, ob es beim MAD einen Aktenverhalt über Mundlos gegeben habe. Das hat das MAD-Amt damals bereits dezidiert verneint. Die Frage ist von uns gestellt worden, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Dr. Gramm, bedurfte es einer Anfrage der *Stuttgarter Nachrichten* beim Bundesverteidigungsministerium, damit das Verteidigungsministerium auf die Idee kam, beim MAD mal nachzufragen, ob es da Unterlagen gibt zu Herrn Mundlos? Ist das Ihr Ernst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich gestehe, dass ich das nicht mehr genau weiß, was jetzt der genaue Auslöser war. Ich weiß aber, dass wir auch beim MAD angefragt haben, ob es dazu Unterlagen gab.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wegen einer Presseanfrage?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Es gab damals mehrere Themen, die durch die Presse gegangen sind. Ich glaube, es war auch noch ein MDR-Bericht. Wir haben sehr frühzeitig Kontakt mit dem MAD-Amt aufgenommen: Habt ihr dazu etwas?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das, in welcher Form?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ging mit Sicherheit telefonisch. Wir haben eine sehr enge Zusammenarbeit mit meinen Mitarbeitern und den Mitarbeitern des MAD-Amtes, und diese Frage ist mit Sicherheit frühzeitig gestellt worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir finden in den Akten - das ist dieselbe MAT-Nummer, MAD-5 - auf den Seiten 49 bis 50 ein Schreiben von Herrn Christmann, Abteilungsleiter im MAD, an Sie. Das datiert vom 06.01.2012. In den ganzen Bezugspunkten wird Bezug genommen insbesondere auf Anfragen vom Bundeskriminalamt, aber nicht auf Anfragen vom Verteidigungsministerium.

Sind Sie sich sicher, dass unabhängig von einer Presseanfrage das Verteidigungsministerium von sich aus den MAD gebeten hat, mögliche Bezüge zu den beiden am 04.11. in Eisenach verstorbenen Personen zu prüfen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da bin ich ganz sicher; denn es hat bereits vor Weihnachten ein Telefongespräch zwischen dem Präsidenten, dem damaligen Präsidenten Brüsselbach, und mir gegeben. Wir haben eine sehr intensive und enge Zusammenarbeit gepflegt. Da hat Herr Brüsselbach mich auch informiert und mir erzählt, dass das Bundeskriminalamt Akten haben wolle, Anfragen gestellt habe und dass wir uns um diese Frage doch bitte kümmern mögen. Daran kann ich mich sehr genau erinnern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Um welchen Teil des Ministeriums handelt es sich eigentlich bei der Bezeichnung WV I 5?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist die Abteilung für Wehrverwaltung, die es inzwischen ja nicht mehr gibt, da wir einen Umbruch vorgenommen haben. Das ist die Abteilung, die für die Kreiswehersatzämter zuständig war. In den Kreiswehersatzämtern lagern die Personalakten der ehemaligen Soldaten und eben auch von Uwe Mundlos.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann hat denn das Bundesverteidigungsministerium das erste Mal die Personalakte von Herrn Mundlos erreicht?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Personalakte von Herrn Mundlos ist zum ersten Mal im Zusammenhang mit dieser Anfrage von Stuttgart seitens der Abteilung WV in das Ministerium gelangt. Sie ist damals aber nicht zur Rechtsabteilung, also nicht in mein Referat gelangt, was auch nicht weiter verwunderlich ist, da für die Aktenhaltung innerhalb des Ministeriums die Abteilung WV zuständig war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Schreiben, auf das ich mich gerade bezogen habe, datiert vom 06.01.2012. Da schreibt Herr Christmann an Sie, Herr Dr. Gramm - ich zitiere -:

In diesem Zusammenhang hat das Kreiswehersatzamt Erfurt uns am

unseren Unterlagen dem BKA zwei Monate später erst zugegangen ist, am 07.03.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das trifft zu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das sind acht Wochen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das trifft zu. Ich wollte gerade versuchen, das zu erläutern, und tue das gerne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Aber ich meine, ist es nicht naheliegend, bei einer solchen brisanten Angelegenheit zu sagen: „Wir wissen, die Akte ist in Erfurt beim Kreiswehrrersatzamt. Es gibt eine Anfrage des Bundeskriminalamtes. Seht mal zu, dass das innerhalb von 24 Stunden beim Bundeskriminalamt ist“, und nicht, wenn ich am 7. Januar einen Brief kriege, zu sagen: „Na ja, und wenn es am 07.03. zum BKA geht, ist auch gut“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nach unserer Vorstellung hätte das deutlich schneller gehen können und auch gehen müssen. Wir hätten es uns in dieser Lage sehr einfach machen können und sagen können: Dafür sind wir gar nicht zuständig. Personalakten gehen die Fachaufsicht über den Militärischen Abschirmdienst überhaupt nichts an. - Das wäre so das übliche beamtische Verhalten, was man vielleicht normalerweise als schlechtes Beispiel für Beamtentum kennt.

Hier lag die Lage aber so: Das MAD-Amt selbst hat uns mitgeteilt, dass es sehr gerne der Überbringer dieser Akten wäre. Da gab es aber einige rechtliche Schwierigkeiten zu lösen; denn das MAD-Amt war für Herrn Mundlos nicht zuständig, nicht mehr zuständig.

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es gibt eine Zwischenfrage der Kollegin Högl.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, aber gerne.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sehr herzlichen Dank. - Herr Dr. Gramm, wenn Sie als Fachaufsicht über den MAD als das Referat nicht zuständig waren, wie Sie jetzt ausgeführt haben, dann lassen Sie uns doch mal bitte wissen: Wer wäre denn zuständig gewesen

im Bundesministerium der Verteidigung für die Personalakte Uwe Mundlos?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wie angedeutet: Zuständig für die Aktenhaltung waren damals die Abteilungen, die die Kreiswehrrersatzämter unter sich haben. Also, das war die damalige Abteilung WV. Ich sage es mal ganz platt: Wir hätten es uns einfach machen können und ein Schreiben an das BKA schreiben können: „Bitte richtet euch an die Abteilung ~~Wilhelmshaven~~“, oder wir hätten es auch einfach an die Abteilung WV weiterreichen können, damit die sich darum kümmern.

↳ Wehrverwaltung

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich wollte nur eine kurze Zwischenfrage stellen. Aber wenn der Vorsitzende es erlaubt, würde ich gerne eine Bemerkung machen.

Also: Eine bundesweite Mordserie. Die Täter fliegen auf. Wir sind in einer brisanten Situation. Es wird bekannt, dass ein Täter bei der Bundeswehr war. Und Sie haben nichts anderes zu tun, als darüber nachzudenken, ob die Abteilung Wehrverwaltung oder die Rechtsabteilung oder vielleicht doch der MAD, weil er den besseren Kontakt zum BKA hat, die Akte übermittelt, und dann fliegt die Akte irgendwo drei Monate rum, und im März bekommt sie dann irgendwann das BKA. - Entschuldigen Sie bitte, dass ich das hier so als Zwischenbemerkung mache. Aber das ist komplett unverständlich, und das zeugt auch von einer Ignoranz gegenüber der Relevanz dieses Vorgangs, wenn ich das so deutlich sagen darf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, und hinzu kommt ja offenkundig, dass bereits zum Jahreswechsel eine Kopie der Akte das BMVg erreicht hat. Die ist dann bearbeitet worden, um eine Presseanfrage beantworten zu können, und wurde anschließend vernichtet. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** So habe ich das einmal gehört, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ah ja. - Sie waren ja hier auch doch bei einigen Sitzungen als Vertreter des BMVg dabei. Da haben Sie sich ja wahrscheinlich auch vorbereitet und schlau gemacht.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, -

jetzt die Personalabteilung. Wir arbeiten zu. Das soll in Zukunft verbessert werden.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ich möchte mal den Blick lenken auf die Zusammenarbeit des BMVg bzw. des MAD hier mit diesem Untersuchungsausschuss. Es fällt ja grundsätzlich auf, dass Sie bei jeglichen Aktenlieferungen einen Hinweis unten anführen, nämlich: „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“. Könnten Sie uns das mal erläutern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Dieses „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht“ geht zurück auf einen alten Streit; ich habe das vorhin erwähnt. Grundsätzlich sagt ja die Verfassung, dass für Gegenstände im Bereich des Verteidigungsministeriums allein der Verteidigungsausschuss zuständig ist. Das hat auch schon in früheren Untersuchungsausschüssen immer einmal eine Rolle gespielt. Wir haben aber daraus nicht die formaljuristische Konsequenz gezogen, uns der Zuarbeit hier zu verweigern, sondern wir arbeiten selbstverständlich auch für den Bereich des MAD Ihnen zu. Aber das ist der Hintergrund. Also, konkret ist es der Art. 45 a Abs. 3 wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Wir hatten jetzt hier als Ausschuss im Februar ja bereits drei Beweisbeschlüsse erlassen gehabt, und es ist auffällig: Was an Aktenlieferungen kam bis zum Juli dieses Jahres, war eigentlich nur etwas, was mit Organigrammen, mit Übersichten zu tun hat, aber nichts, was in irgendeiner Weise der Erfüllung der Beweisbeschlüsse im tieferen Sinne dienlich gewesen wäre. Wir hatten hier den Zeugen Christmann ja schon bei uns, der darauf hingewiesen hat - ich zitiere -:

Und nachdem die Regeln klar waren, haben wir auch für die Zusammenstellung der Unterlagen für den U-Ausschuss sofort angefangen zu suchen.

Jetzt würde mich mal interessieren: Was sind denn das für Regeln, auf die er unter Umständen Bezug nimmt? Warum haben Sie denn, als Sie die drei Beweisbeschlüsse bekommen haben, eigentlich so lange gebraucht innerhalb des Hauses, um uns hier entsprechend mit Informationen zu versorgen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wir haben sehr schnell mit dem MAD-Amt Kontakt aufgenommen und eine Arbeitsgruppe gegründet und das MAD-Amt an diese Aufgabe - ich sage auch mal: durchaus im Sinne der Fachaufsicht - herangeführt. Dafür hat es vieler Gespräche bedurft, viele Gespräche gegeben. Es gab dabei auch - sagen wir mal - durchaus einen Lernprozess. Es musste durchaus auch deutlich gemacht werden, dass man mit Schwärzungen in Texten doch eher zurückhaltend umgehen muss. Es musste deutlich gemacht werden, dass Schwärzungen, wenn sie denn Platz greifen, substantiiert begründet werden müssen und nicht formelhaft, und dergleichen mehr. Das war tatsächlich ein Prozess, der nicht immer leicht war.

Hinzu kommt aus unserer Sicht Folgendes: Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass wir in einer Umbruchsituation waren und dass wir - - Ich wollte das hier nicht ausbreiten, weil es vielleicht auch zu sehr nach billiger Entschuldigung klingt. Aber wir hatten neben dem NSU-Ausschuss und neben den Routineaufgaben drei weitere Hauptbaustellen. Die eine betraf einen Abschlussbericht über den MAD - der ja in der politischen Debatte immer wieder in Zweifel gezogen wurde in letzter Zeit - für das Vertrauensgremium des Deutschen Bundestages, an dem auch die Hausleitung ein großes Interesse hatte.

Die zweite Großbaustelle betraf den Umbau und die Neuausrichtung der Streitkräfte, von denen eben auch das Ministerium, insbesondere auch mein Referat, betroffen war. Wir haben neue Aufgaben, aber zunächst kein Personal bekommen, so wie das ja manchmal üblich ist.

Und der dritte Bereich war, dass das MAD-Amt selbst neu ausgerichtet wurde und seine Neuausrichtung zum 1. April bereits eingenommen hat - oder in Teilen zumindest -, und auch da waren wir stark gefordert. Wir selbst haben - das räume ich hier ohne Weiteres ein - durchaus Startschwierigkeiten gehabt, bis wir so richtig in Gang gekommen sind. Ich habe in einem der Protokolle gelesen, dass es ja einen Kulturwechsel offenbar gegeben habe in Richtung Juni, dass dann plötzlich der Aktenfluss funktioniert hätte. Nun, das liegt auch an der personellen Situation bei uns, dass wir eine ganze Zeit gebraucht haben, bis wir eine schlagkräftige Mannschaft zusammengestellt haben. Das war erst im Mai im Grunde genommen wirklich der Fall, was eben viel mit der Neuorga-

einen Aktenvernichtungsstopp. Mich würde einfach auch hier mal die Rechtslage interessieren. Zum einen: Waren Sie denn damit in irgendeiner Frage zunächst einmal befasst, mit der Frage von Aktenvernichtungen, dass da ein Stopp kommt und Akten jetzt im Zusammenhang mit NSU oder - grundsätzlicher Art - mit Rechtsextremismus nicht weiter einer Aussonderung zugeführt werden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Dieses Thema hat meines Wissens in den Besprechungen mit dem MAD-Amt, die wir ja ständig geführt haben - sozusagen mit wachsender und steigender Tendenz -, immer eine Rolle gespielt. Einer meiner Mitarbeiter, der das dann auch maßgeblich ab April übernommen hat, hat darauf stets hingewiesen, dass Akten mit einem möglichen Bezug zum Untersuchungsgegenstand keinesfalls zu vernichten sind. Es hat sich allerdings damals, weil uns das völlig ~~selbstständig~~ *selbstständig* erschien, nicht in einer schriftlichen Weisung niedergeschlagen, noch nicht. Das ist dann später gekommen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und jetzt ist die Situation, Sie vernichten keinerlei Akten aus dem gesamten Phänomenbereich Rechtsextremismus oder bezogen auf NSU-Bezug?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, es gibt aus dem gesamten Bereich mit rechtsextremistischen Bezügen einen Vernichtungsstopp. Wir haben da einmal die Anweisung von dem Vorsitzenden Herrn Edathy umgesetzt. Das ist unmittelbar geschehen - ich glaube, noch am gleichen Tage - durch den Präsidenten des MAD-Amtes. Es hat dann auch innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung eine entsprechende Weisung des Abteilungsleiters „Rechts“ an alle Abteilungsleiter im Hause mit nachgeordneten Bereichen gegeben.

Wir haben übrigens auch noch einmal im Vorfeld dieser Sitzung das MAD-Amt angewiesen, zu überprüfen, ob die damals vernichteten Teilakten - es wurde Ihnen darüber berichtet - rekonstruiert werden können. Das ist abschlägig beschieden worden. Man hat uns aber auch versichert, dass seit der Weisung oder seit diesem Bericht vom 24.09. - wenn ich das mir hier richtig notiert habe - keine weiteren Akten im MAD-Amt vernichtet worden sind.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** So ein Vernichtungsstopp ist ja pragmatisch. Mich würde allerdings dennoch die Rechtssituation interessieren. Ist das denn mit geltendem Datenschutzrecht eigentlich in Einklang zu bringen, bzw. wie lange kann denn so ein Vernichtungsstopp an sich dauern? Also, müsste man hier unter Umständen auch noch mal gesetzlich nachjustieren? Mich würde Ihre Einschätzung interessieren.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Diese Frage -- Ganz offen gesagt, bringt uns dieser Vernichtungsstopp rechtlich durchaus in bestimmten Bereichen in gewisse Verlegenheiten; denn es gibt ja in der Tat gesetzliche Vernichtungspflichten, wo vorgesehen ist, dass Akten zu beseitigen sind und zu vernichten sind. Wir behelfen uns da, ehrlich gesagt, mit so einer Art Eisschranklösung, indem wir sicherstellen, dass auf diese Akten kein Zugriff mehr erfolgen kann, dass sie aber auch nicht vernichtet werden. Letztendlich müssen sie aber irgendwann vernichtet werden, und zwar - aus meiner persönlichen Sicht - rechtlich zwingend dann, wenn der Untersuchungsausschuss beendet ist, also mit dem Ende der Legislaturperiode.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Okay, vielen Dank. - Wir haben keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Gramm, ich muss noch mal kommentieren und auch noch mal nachfragen. Sie haben gesagt: Die Tatsache, dass dieser Untersuchungsausschuss ein anderer Untersuchungsausschuss ist, hat bei Ihnen zu einem veränderten Verhalten geführt, was die Zulieferung angeht oder die Bearbeitung oder so. - Das hätte ich ganz gerne noch mal erklärt, was das genau hieß; denn wir kommen gleich noch mal zu ein paar Details, wie da zugearbeitet wurde oder nicht.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Wenn wir es rein rechtlich sehen, ist es doch eigentlich nicht erforderlich. Normalerweise besteht doch die Pflicht der Regierung, die Akten, die sie findet, zuzuliefern. Wir tun mittlerweile

wollten aber sicherstellen, dass das BKA diese Akte so schnell wie möglich bekommt. Es hat umfangreicher Gespräche bedurft mit der Abteilung WV - der Kollege Witz hat die geführt -, um die davon zu überzeugen, dass sie die Personalakten überhaupt herausgeben dürfen. Das hat wieder rechtliche Probleme<sup>7</sup> die ich jetzt nicht vertiefen möchte.

Es hat zweitens auch umfangreicher Gespräche bedurft, um den MAD-Amt<sup>7</sup> ~~klar~~ ~~durchaus auch~~ Auch das möchte ich bitte erläutern: Das MAD-Amt wollte den Boten machen. ~~Es war aber~~ Es hat sich aber von uns eine sehr - sagen wir mal - enge Weisung gewünscht an diesem Punkt. Es wollte sozusagen von uns die Sicherheit bekommen, das auch tun zu dürfen. Diese Sicherheit haben wir auch gerne gegeben. Deswegen das Papier vom 26. Januar.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Dr. Gramm, ist in Ihrem Haus die Dimension dieses Komplexes - bundesweite Mordserie, 15 Banküberfälle, zwei Sprengstoffanschläge -, ist die Dimension gesehen worden? Also, ich möchte noch mal zu sprechen kommen: Personalakte Uwe Mundlos wird ans Bundesministerium der Verteidigung gefaxt am 7. Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** An die WV, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und das löst gar nichts aus. Sie wird gefaxt, eine Presseanfrage wird beantwortet, und dann wird sie weggeschmissen. Also, das ist einfach ein unvorstellbarer Vorgang. Das ist doch ein relevantes Dokument, wenn einer der drei Straftäter in diesem Komplex bei der Bundeswehr war. Es existiert noch eine Personalakte - das ist ja schon mal was -, man erfährt das im Hause, und, Herr Dr. Gramm, das löst gar nichts aus: Das löst keine Leitungsvorlage aus, das löst keine Besprechung aus, das löst keine Zuständigkeitsklärung aus, sondern die Akte wird in den Papierkorb gesteckt, und dann beginnt das ganze Verfahren von Neuem. Dann wird nämlich die Akte im Februar erst -- Am 17. Februar gibt es ein Schreiben des Abteilungsleiters II aus dem MAD an das Kreiswehrersatzamt in Erfurt, und dann mit Kurier am 24. Februar übermittelt. Ich verstehe das nicht. Wie kann das angehen? Das war doch ein wichtiges Dokument.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Zweifellos. Es waren sicherlich auch viele Stellen im Hause daran beteiligt. Auch das ~~ist~~ haben Sie ja den Akten entnehmen können. Es hat zu diesem Zeitpunkt noch keine verschärfte Bemühung gegeben, diese Akte herzustellen, um sie Ihnen zu übersenden. Ich kann nur sagen zu unserer Entschuldigung: Es gab damals den Untersuchungsausschuss auch noch nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, Herr Dr. Gramm, das muss doch bei Ihnen was auslösen. Darum geht es mir doch. Ich sagte doch gerade: Sie arbeiten doch nicht nur für uns. Sie arbeiten in der Bundesregierung. Ich frage mich wirklich -- Also, ich meine, Personalakte Uwe Mundlos, das legt man doch nicht an die Seite, schmeißt es in den Papierkorb wie eine Zeitschrift oder so, sondern da guckt man doch mal; das legt man dem Minister vor, da guckt man mal genau hin: Was war denn da? Wie ist es denn dem so ergangen bei der Bundeswehr? Was müssen wir denn eventuell weiter damit machen?

Und dann will ich Ihnen noch mal ganz kurz sagen: Dieser Untersuchungsausschuss hat am 9. Februar den Beweisbeschluss MAD-2 gefasst, und die Personalakte Uwe Mundlos hat uns hier - da können sich, glaube ich, alle Beteiligten noch dran erinnern - erreicht, nachdem wir Huth terminiert hatten, Oberst Huth, für den 11. September. Da haben wir nämlich eine SMS bekommen, dass der *Spiegel* die Personalakte Uwe Mundlos hat. Und da war Ihr Kollege vom Verteidigungsministerium plötzlich ganz erschrocken und wurde blitzartig in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt, und dann haben wir die Personalakte Uwe Mundlos als Tischvorlage bekommen. Das war der Her gang. Halten Sie das für angemessen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe bereits eingeräumt, dass ich diese Zeitabläufe für unglücklich halte und dass wir das aus heutiger Sicht anders machen würden; überhaupt keine Frage. Das ist damals nicht optimal gelaufen. Das hätten wir besser machen müssen. Ich kann dazu nichts anderes sagen. Ich kann Sie da verstehen. Ich möchte --

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wissen Sie was? Wissen Sie was? Wir haben Sie ertappt damals. Sie haben geglaubt, Sie können die Befragung von Oberst Huth hier irgendwie

haben; das weiß ich nicht. Da hatten wir nichts mit zu tun, bei dieser Pressegeschichte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und da spricht man auch im Haus nicht drüber?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Unser Haus ist relativ groß.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn ich kurz fragen darf, Herr Dr. Gramm: Sie gehen davon aus, dass der Minister über die Existenz der Personalakte Mundlos nicht informiert worden ist?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich weiß das nicht, weil ich die Informationsstränge, als die Personalakte erstmalig im Dezember ja dann bei uns angelandet ist über die Presseabteilung, wie das genau gelaufen ist. Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Definitiv klar ist aber, dass er im März informiert worden ist über den Fund in Sachsen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist definitiv der Fall. Diese Vorlage habe ich selbst unterzeichnet, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat der Minister zu irgendeinem Zeitpunkt Ihres Wissens mal geäußert: „Liebes Haus, tut bitte alles, damit der Ankündigung der Bundeskanzlerin auch Taten folgen, was Aufklärung, Transparenz betrifft, liefert alles, was die brauchen!“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das war eigentlich selbstverständlich. ~~Das hat - f~~ Im Übrigen habe ich über diese Frage wenn, dann mit meinem Staatssekretär gesprochen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was hat der gesagt?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Der hat uns unterstützt. Er hat mich gefragt: Braucht ihr Personal? - Ich habe gesagt: Ja. - Selbstverständlich, kriegt ihr, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, Herr Dr. Gramm, ich meine jetzt eigentlich nicht, ob der Minister gesagt hat: „Wir tun alles, um Herrn Dr. Gramm zu unterstützen“, sondern: „Tut bitte in unserem Ministerium alles, um den Ausschuss zu unterstützen.“

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Na gut, aber einer muss es ja machen im Ministerium. Einer muss sich ja darum kümmern, dass Personal zustande kommt, dass die Akten rübergeschoben bekommen, und das war - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat es jemals von der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums Ihnen gegenüber eine Aussage gegeben, die inhaltlich etwa folgenden Kern hatte: „Tut bitte alles, um die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses zu unterstützen“?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe darüber mit dem Bundesminister der Verteidigung persönlich nicht kommuniziert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Habt Ihr noch? - Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe noch ein bisschen, genau. - Das ist sehr untypisch, wenn ich das so offen sagen darf, weil Meinungsäußerungen des Ministers auch in der Regel das Haus erreichen, selbst wenn man nicht jeden Tag persönlich mit dem Bundesminister spricht. Also eine Meinungsbildung dergestalt: „Volle Kraft voraus, alle Anstrengungen zur Unterstützung des Untersuchungsausschusses!“, hätte Sie erreicht, wenn es die gegeben hätte - da bin ich ziemlich von überzeugt -, ohne dass Sie dazu persönlich mit dem Minister hätten sprechen müssen.

Ich will noch mal eine andere Frage stellen, nämlich: Wer ist denn heute im Bundesministerium der Verteidigung dafür zuständig, also für alles, was mit den Personalakten der rechtsextremen Unterstützer des NSU zu tun hat, und welche Konsequenzen daraus dann auch für die Bundeswehr insgesamt in der Frage Umgang mit Rechtsextremismus zu ziehen sind? Wer macht das heute bei Ihnen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, heute findet die gesamte Steuerung im Referat Recht II 5 statt. Herr Witz, den Sie ja kennen,

leitet das im Wesentlichen. Er wird dabei unterstützt durch auch mich, und wir bemühen uns darum, das aus allen Ecken und Enden jetzt zusammenzuführen. Das betrifft einmal die Personalaktendimension, und es betrifft aber auch die Disziplinaraktendimension, also da, wo es zu den Truppendienstgerichten geht. Und es betrifft auch, soweit wir da weiterkommen - was nicht immer einfach ist -, die Akten im Bundesarchiv. Also, wir haben uns schon seit September hier neu aufgestellt und sind da, glaube ich -- bemühen uns da jedenfalls.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich setze das in der nächsten Runde fort.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Gramm, zunächst einmal ist ja durchaus zu bemerken - das haben Sie ja schon festgestellt -, dass im Zeitablauf seit Bestehen des Untersuchungsausschusses ja zumindest mal vernehmlich ein Denkwandel stattgefunden hat, sodass dann spätestens seit dem Wechsel an der Spitze des MAD auch tatsächlich Informationen an den Ausschuss geflossen sind. Trotzdem haben Sie gerade eben angekündigt, dass Sie jetzt weitere Namen und weitere Akten, die wir noch gar nicht kennen würden, uns geben wollen. Es würde mich dann schon mal interessieren, warum wir das noch nicht haben.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Zusammenhänge liegen ja nun nicht offen auf dem Tisch, sondern Zusammenhänge ergeben sich aus Studien, aus Hinweisen, aus allen möglichen Zusammenhängen, die wir auch selbst nicht kennen. Ich habe vorhin versucht, zu sagen, dass es für uns sehr schwierig ist. Wir können nicht in den Schrank greifen und haben die Akte NSU ~~und haben diese Akte~~, sondern wir müssen überall gucken: Wo gibt es noch Bezüge? Wo ist noch irgendjemand, der Kontakt hatte mit irgendjemand auf der Hunderter-Liste oder so weiter? Das sind immer wieder Dinge, die auftauchen und bei denen wir versuchen, Ihnen aktiv zuzuarbeiten.

Wir sind übrigens jetzt auch dazu übergegangen - wenn ich dieses Beispiel erwähnen darf -, Akten zu versuchen wieder zurückzugewinnen, die wir gar nicht mehr haben,

sondern die wir - Stichwort Hunderter-Liste - möglicherweise bei Landesbehörden vermuten. Aber auch das ist nicht ganz einfach.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Haben Sie dann die Landesbehörden jetzt konkret deswegen noch mal angesprochen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das MAD-Amt ist angewiesen, dieses zu tun, und wir haben das getan, ja.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Welche, wenn ich kurz fragen darf?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich glaube, sämtliche.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ich würde weitermachen, wenn es möglich ist. - Danke.

Sie haben vorhin das Problem mit der NADIS-Abfrage angesprochen. Wie haben Sie es denn bisher gelöst, also wenn Sie selber nicht oder der MAD selber nicht NADIS abfragen kann? Aber das scheint ja einleuchtend zu sein. Das muss möglicherweise auch tatsächlich mal im parlamentarischen Verfahren behandelt werden, dieses Problem. Aber wie wurde das denn bisher gelöst?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Bisher hatten wir es vergleichsweise einfach, weil wir ja unter den Bedingungen der Wehrpflicht agiert haben. Bei der Wehrpflicht war immer klar, dass bestimmte Jahrgänge zur Musterung heranstehen würden. Man konnte dann im Zusammenhang mit den anderen Verfassungsschutzbehörden und den Staatsschutzbehörden im Rahmen gewisser Listenabgleiche feststellen: Wer, welcher erkannte Extremist kommt denn nun im Laufe der nächsten ein, zwei Jahre auf uns zu?

Das MAD-Amt besitzt deswegen selbstverständlich keine rechtliche Zuständigkeit, aber man hat sich hier mit einem - ich will es mal -- mit einem besonderen Verfahren beholfen: Das ist das sogenannte BuB-Verfahren gewesen, die berühmte „Bitte um Beteiligung“. Das heißt, das MAD-Amt hat in solchen Fällen ein Schreiben an die Kreiswehersatzämter gerichtet, in dem drinstand: „Wenn diese Person zum Wehrdienst heransteht, dann benachrichtigt uns bitte.“ Auf die Weise haben wir dem Gesetz genügt, dass

wir keine Informationen sammeln dürfen über Personen, die der Bundeswehr ja noch nicht angehören - das ist immer die rechtliche Grenze, die das MAD-Gesetz ja sehr klar zieht -, haben aber andererseits sichergestellt, dass bestimmte Personen, die extremistisch sind, nicht zur Bundeswehr kommen. In der Praxis hat sich das häufig so ausgewirkt - aber das hat Herr Huth wahrscheinlich schon erläutert -, dass insbesondere Gewalttäter gar nicht eingezogen wurden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, die -- Das scheint ja jetzt die Regelung zu sein. Bei Grundwehrdienstleistenden allerdings ist das doch anders. Wenn ein Rechts-extremist zum Wehrdienst ansteht, ist er aufgrund seiner politischen Einstellung vom Wehrdienst befreit gewesen?

*1-1-1*  
**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, ~~es handelte sich hier nur um~~ Es gab Unterschiede. Ich glaube, Gewalttäter und gewalttätig geneigte Leute haben dann ein sogenanntes verschärftes BuB bekommen. In den anderen Fällen hat der MAD dann eine Rückmeldung erhalten, wie die -- damit sie dann die Möglichkeit hatten, hier auch vorzugehen gegebenenfalls.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie sprachen eben von Listenabgleich. Können Sie das noch mal definieren oder genauer beschreiben: den Listenabgleich mit anderen Verfassungsschutzbehörden?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Da müssten Sie bitte vor allem jetzt den MAD befragen, wie das genau funktioniert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, die rechtlichen Grundlagen oder -- schon in Ihrem Zuständigkeitsbereich.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das findet statt im Rahmen der normalen Zusammenarbeit zwischen den Verfassungsschutzämtern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bei Zugang und auch anschließend nach Wehrdienstabgang?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein, bei Zugang.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Bei Zugang?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und da gibt es eine rechtliche Regelung, dass man sagt, ein Soldat, der die Wehrdienstzeit beendet, aber auch im Blickfeld des MAD war, wird dann nicht weitergemeldet an Verfassungsschutzämter, oder wie ist das? Also, durchaus auch --

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Moment, Moment jetzt! Entschuldigung, das ist jetzt eine andere Frage. Das ist jetzt die Frage: Was passiert mit Extremisten, die die Bundeswehr verlassen, mit erkannten Extremisten? In solchen Fällen werden Verfassungsschutzbehörden selbstverständlich benachrichtigt. Das BfV wird benachrichtigt auf der Grundlage von, ich glaube, § 3 ist das, und für die anderen gibt es andere Grundlagen im MAD-Gesetz bzw. im Bundesverfassungsschutzgesetz.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Welche Maßstäbe setzen Sie denn an, um einen Extremisten zu definieren oder zu erkennen? Gibt es da rechtliche Grundlagen, Dienstvorschriften, ZDv, wie auch immer?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, dazu gibt es Grundlagen in der Weisung. Wenn Leute beispielsweise extremistischen Organisationen angehören, wenn sie sich dort betätigen, dafür gibt es Grundlagen, ja. Das sind im Wesentlichen die Weisungen, die der vorhin schon zitierte Staatssekretär Dr. Wichert, der ein ganz entschiedener Gegner gegen jede Form von Rechtsextremismus in den Streitkräften war, erlassen hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie weit ist denn dann geregelt auch, dass -- Wir haben bisher im Ausschuss hier gehört, dass die unmittelbaren Disziplinarvorgesetzten beispielsweise darüber entschieden haben, ob jemand befördert wird oder nicht befördert wird aufgrund seiner politischen Einstellung. Nun handelt es sich ja bei sehr vielen Truppentteilen um vergleichsweise junge Kompaniechefs zum Beispiel, die so eine Entscheidung zu treffen haben. Wie wird denn gewährleistet, dass dieser Kompaniechef eine

richtige Entscheidung trifft in so einer sensiblen Frage? Wir reden ja auch --

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Das will ich noch kurz erklären: Wir reden ja auch nach wie vor über die Staatsbürger in Uniform bei manchmal vermutetem extremistischem Hintergrund, die nach wie vor aber natürlich bürgerliche Freiheiten haben, die auch innerhalb einer Kaserne geschützt sind, wenngleich auch gewisse Grundrechte in der Kaserne natürlich ausgesetzt sind; das ist klar.

*H-g  
H dafür*  
**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Es gibt dafür eine eigene Weisung ~~Auch~~, aber dieses Mal eben der damaligen Personalabteilung; auch heute noch ist die ~~da noch für~~ zuständig. Hier geht es also letztlich darum -- Es geht um zwei Themen. Es geht einmal um das Thema: Welche Maßnahmen sollen die Disziplinarvorgesetzten ergreifen? Und dafür gibt es eben Hinweise für das Vorgehen gegen Extremisten, eine Weisung aus dem Jahr 1998, das sogenannte Olboeter-Papier - so heißt das nur bei uns in der Bundeswehr -, in dem im Einzelnen geregelt ist, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Und der MAD nimmt ja auch, wenn er einen Extremisten erkennt, regelmäßig eine Beratung der Vorgesetzten vor, indem er ihnen Vorschläge macht, wie in einem solchen Falle zu verfahren ist.

Also, mir fällt ganz konkret ein Beispiel ein. Wir hatten jetzt kürzlich - das ging auch durch die Presse - einen Soldaten in Afghanistan, der wegen rechtsextremistischer Dinge aufgefallen ist. Der MAD war sehr schnell dran und hat dann, glaube ich, zehn Tage später eine sogenannte Absicherungsberatung bei dem Vorgesetzten vorgenommen, der umgehend entschieden hat, dass der betreffende Reservist repatriert wird, und die Wehrübung wurde dann sofort beendet.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also es handelte sich um einen Reservisten in dem Fall, der aber Dienst hatte?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das spielt ja keine Rolle. Auch Reservisten sind in dem Moment, wo sie Dienst üben, Soldaten. Das bedeutet, in diesem Augenblick ist der MAD für sie zuständig.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Aber nicht in dem Augenblick, wo sie nicht Dienst tun, aber Reservisten sind, oder wie ist es bei den Reservisten?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** So ist es. Also die Zuständigkeit des MAD beginnt und endet immer mit dem Soldatenstatus - sie ist daran gekoppelt -, und natürlich für die Zivilen der Bundeswehr genauso.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Gibt es denn Regelungen, Weisungen - wie auch immer - für die Befragung von Zielpersonen, oder wie auch immer? Also, der MAD spricht mit einem Soldaten über meinewegen seine extremistische Haltung oder politische Einstellung. Gibt es da Weisungen, wie da vorgehen ist, oder ist das im Bereich der eigenen Verantwortung des zuständigen MAD-Mitarbeiters?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein. Es gibt dazu Arbeitsweisungen. Die sind eingestuft. Die werden auch von dem Fachaufsichtsreferat gebilligt. Ich wäre jetzt aber überfragt, wenn ich Ihnen hier ~~aus dem~~ *H-im* Detail erklären müsste, wie das genau funktioniert.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Wissen Sie denn, ob es grundsätzlich untersagt ist, beispielsweise andere Nachrichtendienste an so einer Befragung teilhaben zu lassen? Also, konkreter Fall: Der MAD befragt jemanden, und jemand von einem Landesverfassungsschutzamt setzt sich als stiller Teilhaber mit rein, hört zu und nimmt seine Erkenntnisse auf. Ist so was grundsätzlich unzulässig, oder wäre so was zulässig?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich habe mir diese Frage noch nicht gestellt. Ich würde sie aber für problematisch halten, weil ja das MAD-Gesetz eine ausschließliche Zuständigkeit des MAD für die Soldaten fest schreibt, und diese Zuständigkeit gilt - das hat sogar mal ein Zeuge hier, glaube ich, etwas durcheinandergeworfen - eben nicht nur innerhalb der Kasernen, sondern sie gilt auch außerhalb des Kasernentors, und sie gilt grundsätzlich auch außerhalb, nach Freitag, 12 Uhr. Also, an sich hat der MAD hier eine klare Zuständigkeit.

positiv zu bemerken ist, dass der MAD seine Informationen, damals jedenfalls - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sagen Sie noch mal kurz, von wann Ihre Leitungsvorlage ist?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die Vorlage ist vom 13. März 2012 und hat das Aktenzeichen 1720237-V65 ~~(1)~~.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich habe hier noch eine andere Vorlage, und zwar eine, die betrifft Journalistenanfragen, also speziell der *Stuttgarter Zeitung* und des MDR. Können Sie sich an die eventuell noch erinnern?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja. *Stuttgarter Nachrichten* - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** 8. Dezember 2011.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja. Das ist aber eine Vorlage, die haben wir nicht selbst gemacht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, aber die ist auch aus dem Bereich Recht, wenn ich das richtig sehe. Wer hat die gemacht aus Ihrer Sicht? Können Sie was dazu sagen, von wem die verfasst wurde?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Die müsste ich jetzt sehen. Tut mir leid. Also, ich kenne - - Das müssten Sie mir die jetzt konkret vorhalten. Ich weiß, dass wir damals angefragt waren im Zusammenhang mit der Abteilung WV, die diese Vorlage gemacht hat. Das ist der Fall, den ich vorhin erzählt hatte, als es um diese Presseanfrage ging.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, im Kern geht es dort darum, dass Sie eine Antwort erteilen, letzten Endes abgestimmt, dass also Mundlos da auch eine Straftat begangen hat, dass die verfolgt wurde. Das war aber eine außerdienstliche und keine dienst-

liche Straftat. Und darüber hinaus müssen Sie aber, um das zu beantworten, eigentlich mal in die Wehrdienstakte reingeguckt haben.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein. Das ist nicht - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Die Frage ist doch, auf welcher Grundlage Sie dann so eine Antwort machen.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich kann jetzt wirklich nur für meinen damaligen Zuständigkeitsbereich sprechen, für mein Referat. Das ist an andere, auch Referate in der Rechtsabteilung gegangen. Wir waren nur insofern beteiligt - und diese Frage konnten wir beantworten -, ob es einen Aktenrückhalt beim MAD über Herrn Mundlos gab, und diese Frage haben wir beantwortet.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, mit dieser Leitungsvorlage hatten Sie dann persönlich nichts zu tun?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Kann man das so sagen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ja, das kann man so sagen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Herr Dr. Gramm, Sie haben uns ja vorhin so nett rechtlich belehrt - zutreffend - über die Verweisungsketten vom MAD-Gesetz zum Gesetz über das Bundesamt für Verfassungsschutz, dort § 20, zu § 84 Gerichtsverfassungsgesetz [sic!] und dann zu den Staatsschutzvorschriften. - So weit, so richtig.

Was ich mich allerdings nun frage, wenn ich diese Vielzahl von Anhörungen lese, die der MAD gemacht hat in den 90er-Jahren mit der Thüringer Szene: dass eigentlich nie ein Hinweis an Staatsanwaltschaft oder Polizei erfolgte. Die konnten erzählen, was sie wollten, verstehen Sie? Ich sehe das Problem

doch wirklich ein Beifang gelungen; da musst du dich drum kümmern. - Und da war ja die Terrorzelle nun aufgefliegen. Der Untersuchungsausschuss - in der Tat - hatte seine Arbeit noch nicht aufgenommen; aber diese Fragen sind doch so was von dringend dann gewesen. Deswegen wundere ich mich, dass Sie darüber überhaupt nichts wissen, ehrlich gesagt. Also, ich bin geradezu entsetzt, dass so was in Ihrem Hause nicht weitergeleitet wird.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, ich bin mir jetzt nicht sicher, ob sich die Tatsache der Befragung aus der Personalakte Mundlos ergibt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist ja nicht befragt worden, leider!)

Also, ich gestehe, dass ich das jetzt nicht ganz verstehe. Wir wussten, dass diese Presseanfrage war, und wir wussten, dass wir den Auftrag hatten, zuzuarbeiten: Hat der MAD hierüber einen Aktenrückhalt? Das haben wir verneint, und das haben wir zugearbeitet. Das ist, was ich zu diesem Vorgang sagen kann. Aber die Betroffenheit des MAD, dass er also in dieser ganzen Sache auch mit zu tun hatte, hat sich doch nach meinem Wissensstand im Grunde genommen erst am 12. März durch die Anfrage von Sachsen richtig geklärt. Das ergab sich nicht aus der Personalakte.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, das wissen wir jetzt nicht so ganz genau, ob das nicht möglicherweise in der Tat schon aus diesem Vorgang, der ja gesichtet worden ist, hätte bekannt sein sollen. Zumindest ist aber bekannt gewesen, dass es sich hier um einen Hardcore-Rechtsextremisten handelt. Also, das hätte man Ihnen ja auch mal mitteilen können, dass sie in der Bundeswehr solche Leute hatten. Das ist doch für den MAD jedenfalls immer interessant, denke ich.

(Dr. Eva Högl (SPD): Absolut!)

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Also, Herr Huth wird dazu sicher manches gesagt haben. Ich kann jetzt nur zitieren, nicht aus eigener Wahrnehmung. Aber die MAD-Leute in der Abteilung II haben gesagt, dass ein Herr Mundlos in den 90er-Jahren kein Einzelfall war. Rechtsextreme gab es natürlich in

der Bundeswehr. Das ist ja auch nie verschwiegen worden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich hätte noch eine Nachfrage. Können Sie ausschließen, aus Ihren bisherigen Recherchen und Kenntnissen, dass das der einzige Kontakt des MAD zu Herrn Mundlos während seiner Wehrdienstzeit war? Sie haben vorhin ja noch mal beschrieben, wie das ist, wenn jemand in das Alter kommt, Wehrdienst zu leisten, und welche Regeln da gelten usw. Ist das wirklich ausgeschlossen, und wenn ja, auf welcher Grundlage konnte man das ausschließen?

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Ich habe gelernt: Solche Fragen muss man immer sehr vorsichtig beantworten. Selbstverständlich können wir Ihnen zusichern, dass alles, was wir bislang finden konnten, wir Ihnen gegeben haben. Aufgrund dieser Funde, die wir haben - - Und da ist insbesondere dieser „Veranda“-Auszug, der ja dann später noch gefunden wurde und Ihnen, Herr Vorsitzender, mit Schreiben vom 24. September von Staatssekretär Wolf zugeleitet wurde, der auch in den Materialien enthalten ist. Dieser „Veranda“-Auszug ist schwer lesbar. Ich kann das auch nicht, aber man hat mir - -

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, wir haben ihn ja alle schon versucht, zu konspektieren.

**Zeuge Dr. Christof Gramm:** Das ist ziemlich schwierig. Sie kriegen dazu auch, glaube ich, noch eine Legende in kürzester Zeit, sofern Sie sie nicht schon haben. Aber so viel ergibt sich aus diesem Auszug, und so viel habe ich dann auch verstanden - das ist ja eine Datei, die wird nicht mehr genutzt, und die ist seit 2004 tot -, aber so viel ist klar: Ungefähr um den - - Am 14. September ist die Bearbeitung von sechs Verdachtspersonen aufgenommen worden. Da war wohl auch Herr Mundlos dabei. Und befragt wurde er dann im März. Das alles kennen Sie; das ist alles bekannt. Daraus können wir schließen, dass es weitere Befragungen wohl nicht gegeben hat. Der Charakter der Befragung und insbesondere des Befragungsberichts deutet darauf hin, dass es sich hier um die erste und wohl auch um die letzte Befragung gehandelt hat; denn der Befragungsbericht beginnt - so haben mir die Experten erklärt - mit einer ausführlichen Darstellung seiner Vita. Das ist das, was typischerweise bei

Is es

**Korrektur des stenografischen Protokolls vom 29.11.2012;  
Zeuge Jens Merten:**

- S. 92 rechts (oben) ...**mit** einem grünen Moped...
- S.94 links (unten) ...bei keinem **anderen, außerhalb der Serie verübten** Überfall...
- S.95 rechts (oben) ...**Auszubildender**...
- S.97 links (oben) ...**Gesichtstücher** (nicht: - masken)...
- links (unten) ...der **tatsächlichen Begehungsweise**
- rechts (mitte) ... für mich war es natürlich schwierig, **neben der täglich anfallenden Arbeit,**  
all die Jahre...
- S.104 rechts(oben) ...**einen** Hinweis darauf...
- S. 111 links(oben) ...**Dakty-**(statt: DNA-)**Datei**...
- oben(rechts) ...Ja.(das Wort „Ja“ streichen!) Nein, das ist...
- S.115 links(oben) ...ganz markantes Detail **war** (das Wort:“war“ einfügen!)  
...so aussah, **wie dieser Revolver** (ebenfalls einfügen!)
- S.119 rechts(unten) ...asserviert werden **als** Asservat...
- S.125 links(unten) ...damals nicht viele Spuren **hatten** und,...
- S.135 links(oben) ...wir hatten **auch** in keinem Fall vorher...